Finanz- und Wirtschaftskrise:

SIE kriegen den Karren nicht flott ...

Anmerkungen zu Ursachen und "Lösungen"

von Rainer Roth

KLARtext
Rhein-Main-Bündnis
gegen Sozialabbau
und Billiglöhne

Finanz- und Wirtschaftskrise:

SIE kriegen den Karren nicht flott …

Anmerkungen zu Ursachen und „Lösungen“

3. Auflage, November 2009

Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne
KLARtext e.V.

Sie kriegen den Karren nicht flott ...

Anmerkungen zu Ursachen und Lösungen der Finanz- und Wirtschaftskrise

Einleitung 5

Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise 6

1.1 Menschliche Gier? 6

1.2 Langfristig fallende Eigenkapitalrenditen 8

1.3 Versagen der Märkte? 13

1.4 Mangelnde Aufsicht durch den Staat? 28

2.1 Sinkende Zinsen – Folge von Kapitalüberschüssen 37

2.2 Sinkende Zinsen – Folge falscher Geldpolitik? 43

2.3 Kapitalüberschuss – Produkt der „Realwirtschaft“ 47

2.4 Kapitalüberschuss – Folge falscher Verteilung? 50

2.5 Wirtschaftskrise wegen mangelnder Binnennachfrage? 53

Lösungen der Finanz- und Wirtschaftskrise 60

3.1 Finanzmärkte sollen der „Realwirtschaft“ dienen? 60

3.2 Verstaatlichung oder Vergesellschaftung? 68

3.3 Hypo Real Estate – Verstaatlichung im Interesse der Deutschen Bank 87

3.4 Mehr Regulierung der Kapitalverwertung der Banken? 91

4.1 Konjunkturprogramme? 96

4.2 Explosion der Staatsschulden? 106

4.3 Soziale Forderungen 114

4.4 Umverteilung - Mittel der Verhinderung von Finanzkrisen? 118

4.5 Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft? 120

Schluss 124

Literatur 126

Echo 127

Einleitung

Die vorliegende Broschüre hat nicht den Anspruch einer umfassenden, ausgereiften Analyse. Sie will nur einige Anregungen geben. Sie hat ihren Schwerpunkt in der Analyse der Finanzkrise. Ihr Ziel ist der Nachweis, dass die auf Kapitalverwertung gegründeten Eigentums- und Produktionsverhältnisse die wichtigste Ursache der gegenwärtigen Krise sind, nicht eine falsche Politik bzw. eine falsche Verteilung.
Gegenwärtig wird Kapital, das für die Kapitalverwertung überschüssig ist, in unvorstellbaren Summen vernichtet. Das Überangebot an Geldkapital wird ebenso stillgelegt, wie das Überangebot an Waren mitsamt der zugrundeliegenden Überkapazitäten an Produktionsmitteln. Damit werden auch die Arbeitskräfte überflüssig, die sie mit längeren Arbeitszeiten und Reallohnsenkungen aufgebaut haben. Das ist die „natürliche" Art der heutigen Produktionsweise, Krisen zu „überwinden".

Die heutige Krise hat sich „organisch" aus dem Gang der Verwertung von Kapital entwickelt. Das Kapital zieht sich selbst den Boden unter den Füßen weg, indem es die LohnarbeiterInnen, die es mit ihrer unbezahlten Arbeit vermehren, mit steigender Produktivität immer mehr überflüssig macht. Damit verengt das Kapital auch die Absatzmöglichkeiten für die Warenmassen, die es in der Hoffnung auf Profit auf die Märkte wirft. Die Verwertung des Kapitals wird schwieriger; riesige Kapitalüberschüsse entstehen. Diese treiben über Kredite und die Anlage in Aktien und Immobilien die erlahmende Wirtschaft zu Scheinblüten an. Die Blasen platzten bisher nur in partiellen Aktiencrashs, regionalen Immobilien- und Finanzkrisen, Krisen der Staatsfinanzen einzelner Länder usw. Sie potenzierten sich zur gegenwärtigen Krise, weil das Feuer der letzten Krise ab 2001 mit einer wahren Explosion von Krediten gelöscht wurde. Die daraus entstandenen Ansprüche auf Zins und Tilgung übersteigen bei weitem die Möglichkeiten der kapitalistischen Weltwirtschaft.
Mit einer unverschämten Selbstverständlichkeit nehmen Banken und Konzerne gesellschaftliche Mittel in Anspruch, um weiterhin privat mit Finanz- und auch Produktionsmitteln als Kapital spekulieren zu können. Dem dienen auch die Verstaatlichungen und die Vermehrung der Staatsschulden. Wer nicht für die Misere der Verwertung des Kapitals haftbar gemacht werden will, ist gezwungen, seine Interessen denen des Kapitals entgegenzustellen und gegen die Abwälzung der Krise auf seinen Rücken zu kämpfen.
Solange aber die Kapitalverwertung die Grundlage der Wirtschaft bildet, bereitet jede Bewältigung der gegenwärtigen Krise, wie auch immer sie gelingt, die nächste (noch tiefere?) Überproduktions- und Finanzkrise vor.

Frankfurt, im März 2009

Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise

1.1 Menschliche Gier?

Alan Greenspan, der frühere Chef der US-Zentralbank, hielt Blasen am Immobilien- oder Aktienmarkt, deren Zusammenbruch die jetzige Krise auslöste, für unvermeidlich, weil sie der Natur des Menschen entsprächen. Während eines Wirtschaftsaufschwungs werde die Begeisterung größer, das führe zu Übertreibungen und zur Unmöglichkeit, Blasen zu verhindern (FAZ 08.09.2007).
Greenspan hat recht, dass es tatsächlich kein Mittel gibt, Finanzkrisen zu verhindern. Aber nicht wegen der (überzeitlichen) Natur des Menschen, sondern wegen der (historischen) Natur der Kapitalverwertung und nur solange diese die Grundlage einer Wirtschaftsordnung ist. Die erste Weltwirtschaftskrise gab es übrigens erst 1857 und nicht, seit es Menschen gibt (Braunberger, Fehr 2008, 54 ff.). Barack Obama erklärte in seiner Antrittsrede, dass die USA als Folge der „*Gier und Verantwortungslosigkeit einiger*" stark geschwächt seien (FAZ 21.01.2009).
Obama hat recht, Verantwortungslosigkeit anzugreifen. Aber die Vertreter des Kapital (und zwar nicht nur einige) waren nur deshalb verantwortungslos gegenüber der ganzen Gesellschaft, weil sie ihrer Verantwortung gegenüber dem Kapital nachgekommen sind.
Kanzlerin Merkel mahnte in ihrer Neujahrsansprache: „*Das Verlieren von Maß und Mitte mancher Banker und Manager - wahrlich nicht alle, aber mancher -, das hat die Welt in diese Krise geführt. Die Welt hat über ihre Verhältnisse gelebt*" (FAZ 31.12.2008).
Merkel hat recht, dass Bankern und Managern Maß und Mitte gefehlt hat. Aber nicht in erster Linie wegen ihrer zweifellos vorhandenen persönlichen Gier oder wegen falschem „Risikomanagement", sondern weil der konkrete Zustand der Kapitalverwertung im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts Banker weltweit zu riskanten Finanzanlagen gezwungen hat, um das frühere „Maß" der Kapitalverwertung zu halten, das verloren gegangen war. Die Welt hat über ihre Verhältnisse gelebt, weil Kredite explodiert sind und Ansprüche an reale Einkommen erzeugt haben, die nicht auf Dauer befriedigt werden können. Die Wurzeln der Weltwirtschaftskrise liegen im Übrigen nicht nur in den USA, sondern auch in im selbstgefälligen Deutschland bzw. dem unter seiner Führung stehenden Europa. Sie liegen allgemein in der Entwicklung der Kapitalverwertung begründet.
Roland Koch klagte: „*Wir haben eine Ordnung, in der sich auch Egoismus ausleben kann. Zu viele sind am Ende stolz, Egoisten zu sein*" (FAZ 30.12.2008).
Koch hat recht, dass wir eine Ordnung haben, in der sich der Egoismus ausleben kann. Der Egoismus ist die vorherrschende Charaktereigenschaft vor allem der herrschenden Klasse, weil die bestehende Ordnung auf dem Privateigentum an Kapital beruht. Die Besitzer und Verwalter der jeweiligen Kapitalmassen konkurrieren gegeneinander mit dem Ziel, sich für ihr jeweiliges egoistisches Sonderinteresse an Profitraten Vorteile zu verschaffen. Auf diesem Boden ist eine Abkehr vom Egoismus unmöglich. Im übrigen ist Geldgier in einer Wirtschaftsordnung unvermeidlich, in der Geld als Privatbesitz der Ausgangs- und Endpunkt der ge-

sellschaftlichen Produktion ist und der ganze Stolz des Kapitals sich in den Zahlen verkörpert, wie viel Geld umgesetzt und als Profit übriggeblieben ist.
„*Der Druck der Finanzinvestoren auf eine schnelle und vor allem hohe Rendite droht zum Maßstab für die ganze Wirtschaft zu werden,*“ erklärt ver.di (ver.di, Oktober 2007, 15). Das dürfe nicht sein. Gefordert sei die Abkehr vom shareholder-value Finanzkapitalismus, der an kurzfristigem Maximalprofit orientiert ist und die Rückbesinnung auf den langfristigen (Durchschnitts-)Profit vor allem der „Realwirtschaft“.
Beim Appell sich rückzubesinnen auf Tugenden wie Genügsamkeit und Solidarität, dürfen auch Appelle des Papstes, des Stellvertreters Gottes auf Erden, nicht fehlen sowie anderer Repräsentanten Gottes (FAZ 27.12.2008). Auch der Mittelstand mahnt, sich auf die Tugenden des ehrbaren Kaufmanns und die goldenen Bankregeln rückzubesinnen. Leider aber helfen solche anrührenden Appelle wenig, weil die zweifellos vorhandene Maßlosigkeit der Finanzjongleure erstens ihre Grundlage in der „Realwirtschaft“ hat und zweitens eher Ausdruck von Verzweiflung als von Gier ist. Da die Verwertung des kapitalistischen Reichtums mit steigendem Umfang immer schwieriger wird, war die „Maßlosigkeit“ notwendig. Dabei hat geholfen, dass die Verwalter des Kapitals die kurze Zeit der Superrenditen in vollen Zügen als Party-Time genossen, aber die Folgen nicht wahrhaben wollten. Aber auch die VertreterInnen der langfristig angelegten Kapitalverwertung haben nicht bemerkt, dass die Profitmacherei insgesamt, ob kurz- oder langfristig, die tiefste Krise seit der von 1929-1932 vorbereitete.

Die Merkels der Welt wollen die Bezahlung der Bankmanager so ändern, dass sich ihre finanziellen Anreize vermindern, riskante Geschäfte einzugehen. „*Exzessive Bonuszahlungen verleiten Finanzmanager dazu, unvertretbare Risiken einzugehen. Die Folgen sehen wir jetzt in der Finanzkrise,*“ erklärte EU-Kommissionspräsident Barroso (FTD 23.02.2009). Die Boni wurden jedoch von Banken gezahlt, die damit eben genau das Eingehen von Risiken fördern wollten. „*Wir haben ... getan, was unsere Vorstände von uns verlangt haben. ... Je süchtiger der einzelne Banker nach Geld ist, desto mehr wird er versuchen, für seinen Arbeitgeber einen möglichst hohen Gewinn einzufahren, denn danach bemisst sich sein Bonus. Je mehr Risiken er eingeht, desto höher fällt der potentielle Gewinn aus – und damit auch sein Gehalt*“ (Anne T., ehemalige Derivatebrokerin, FAZ 07.03.2009). Die Bonuszahlungen waren weder Ursache der Finanzkrise, noch ist ihre (ohnehin mangels entsprechendem Gewinn unvermeidliche) Beschränkung die Lösung. Die Ursache liegt im Mechanismus der Kapitalverwertung. Sie ist sachlicher, nicht persönlicher Natur.

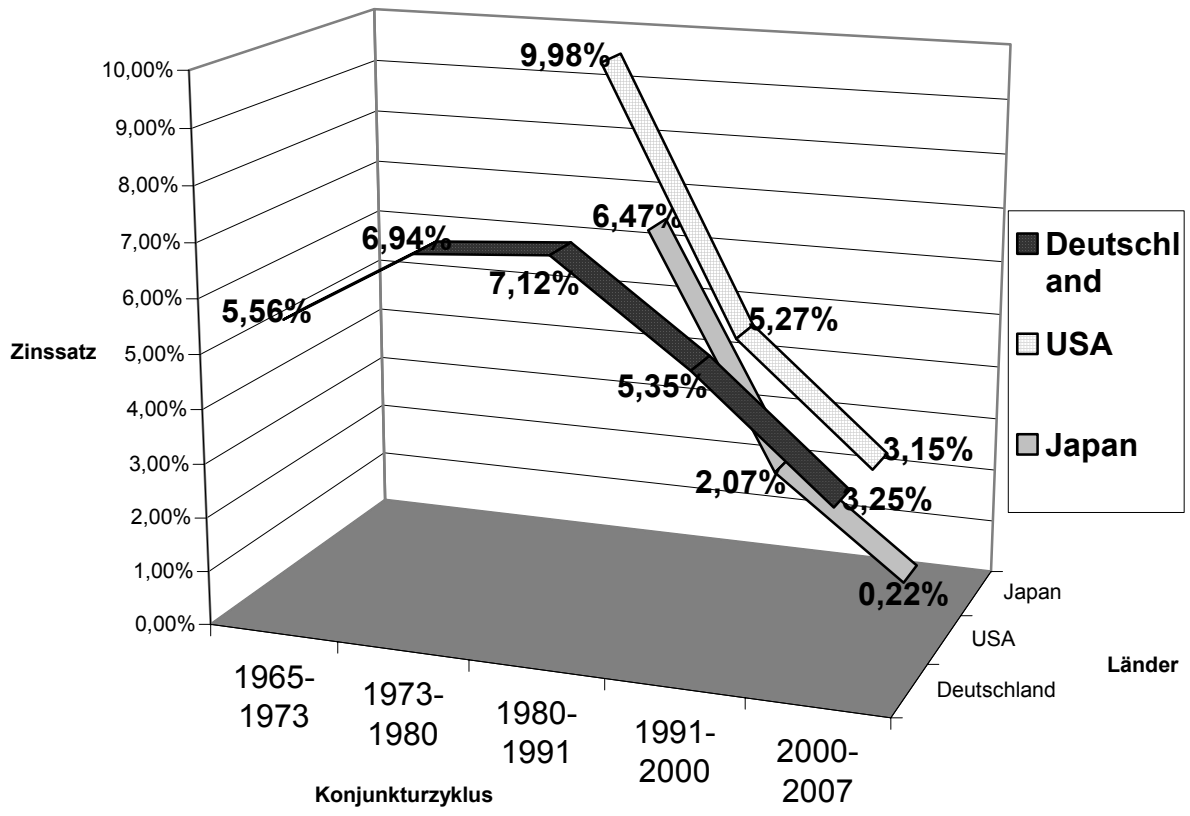
1.2 Langfristig fallende Eigenkapitalrenditen

Die abenteuerlichen Methoden, Renditen zu erhöhen, waren letztlich Mittel, dem Fall der Bankrenditen entgegenzuwirken, der insbesondere in der Wirtschaftskrise 2000/2001 zu verzeichnen war. Das soll im Folgenden nachgewiesen werden.

Langfristiger Fall der Zinssätze

Geschäftsbanken ziehen zwei Drittel bis drei Viertel ihres Gewinns aus Zinsgeschäften. Kredite zu höheren Zinssätzen zu vergeben, als Einlegern gezahlt wird, ist die Grundlage ihrer Profite. Das Zinsniveau hat jedoch die Tendenz zu fallen. Der Geldmarktsatz für Dreimonatsgeld ist der Satz, zu dem sich Banken untereinander kurzfristig Geld leihen. Im Euroraum heißt er Euribor. Der Geldmarktsatz im Interbankenmarkt steht in der Regel nahe dem Leitzins der Notenbanken. Der Leitzins der Notenbank markiert die untere Grenze, unter die der Interbankenzins nicht fällt. Das Dreimonatsgeld hatte in Deutschland seine Höhepunkte entweder auf dem Höhepunkt des jeweiligen Aufschwungs (1973, 1990, 2000, 2007) oder zu Beginn der Krise (1966 und 1981), um danach abzustürzen und sich im Aufschwung wieder auf einen neuen Höhepunkt zu steigern. Um langfristige Tendenzen zu erfassen, ist es notwendig, die Durchschnitte der verschiedenen Konjunkturzyklen zugrunde zu legen.

Geldmarktsatz für Dreimonatsgeld



(eigene Berechnung http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download)

Auch die langfristigen Zinssätze für Staatsanleihen sind gefallen. Diese bilden den Fixpunkt für alle langfristigen Anleihen (auch für Hypotheken).

Zins für langfristige Anleihen der öffentlichen Hand (Umlaufrendite)					
	D	Euro-Raum		USA	Japan
1973-1980	8,05 %				
1980-1991	7,73 %				
1991-2000	6,08 %	7,3 %	1990-2000	6,7 %	3,71 %
2000-2007	4,16 %	4,4 %	2000-2007	4,7 %	1,46 %

(eigene Berechnung nach http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/zeitreihen/ZR053.xls; Euro-Raum: ... ZR016.xls; USA und Japan ...ZR016.xls)

Langfristiger Fall der Realzinsen

Der um die Inflationsrate bereinigte Zins heißt Realzins. Die durchschnittlichen realen Zinsen sind in den letzten drei Zyklen noch schneller gefallen als der Nominalzins. Der Realzins auf Staatsanleihen der G 10 Staaten z.B. fiel von etwa 7 % im Jahre 1984 auf 1,39 % im Jahr 2008 (FAZ 07.02.2008). Der Realzins für Dreimonatsgeld lag von 2000 bis 2007 nur noch bei etwa 0,35 % (eigene Berechnung), der für langfristige Anleihen bei 1,9 %. Zur Zeit ist der Realzins in den USA negativ. Seit Dezember 2008 liegt die Umlaufrendite, d.h. der durchschnittliche Zinssatz aller inländischen festverzinslichen Wertpapiere, in Deutschland unter 3 %. „*In allen anderen Phasen der deutschen Geschichte zahlte der Staat mehr für seine Schulden ... sogar in der Großen Depression der dreißiger Jahre*“ (FAZ 05.12.2008). In den USA fiel die Umlaufrendite auf nahezu 2 %.

Langfristiger Fall der Zinsspannen

Entscheidender als die absolute oder reale Höhe des Zinses aber ist die Zinsspanne, d.h. das Verhältnis des Zinsüberschusses (Zinserträge minus Zinsaufwendungen) zum insgesamt in Bewegung gesetzten Kapital, d.h. zur Bilanzsumme. Der Zinsüberschuss ist zwar gestiegen, weil mehr Kredite vergeben wurden. Der Umfang der Bilanzsumme stieg aber vor allem seit Mitte der 90er Jahre schneller als der Zinsüberschuss.

Die Nettozinsspanne ist die Zinsspanne nach Abzug anteiliger Verwaltungskosten (Personal-, Sachkosten usw.). Durch Einsparungen bei Personal- und Verwaltungskosten können Banken sinkenden Zinsspannen entgegenwirken. Wenn diese bei gleichbleibenden Zinsspannen aber steigen, sinkt die Netto-

Zinsüberschuss in Prozent der Bilanzsumme	
	Deutschland
1973-1980	2,0 %
1980-1991	1,9 %
1991-2000	1,6 %
2000-2007	1,15 %

(eigene Berechnungen nach den Angaben der Bundesbank über die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute, Monatsberichte)

zinsspanne.
„*In den USA waren die Zinsmargen weiterhin höher als in anderen Industrieländern, wenngleich sie in historischer Betrachtung nach wie vor niedrig waren und durch höhere Gebühren- und Provisionsgeschäfte wettgemacht werden mussten*“ (BIZ 74. Jahresbericht, 137).

Nettozinsspanne großer Banken in Prozent der Bilanzsumme		
	Deutschland	USA
2000	0,82	3,07
2002		3,45
2007	0,52	2,47
2000-2007	0,74	

(Jahresberichte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), eigene Berechnungen)

Sinkende Zinsmargen (oder Zinsspannen) üben Druck aus, sie mit anderen Geschäften wettzumachen. Hier liegt die bedeutendste Quelle für die waghalsigen Geschäfte, mit denen sowohl die US-Banken als auch Banken in Deutschland, Europa und dem Rest der Welt die Misere ihrer Kapitalverwertung beheben wollten. Nur selten wird dieser Zusammenhang offen ausgesprochen. Weder die herrschende Kreise noch ein Großteil ihrer linken Kritiker lassen sich darüber aus. Die Bundesbank jedoch erklärte in einem Anflug von Unabhängigkeit, dass „*sinkende Margen aggressive Geschäftspraktiken begünstigten*“ (Neuere Entwicklungen im internationalen Finanzsystem, Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 7/2008, 19). Axel A. Weber, der Präsident der Bundesbank, ließ sich die Einsicht entlocken: „*Der Prozess der Bereinigung der Bankbilanzen trifft ... vor allem das Kreditersatzgeschäft. Die Verluste* (der Kreditwirtschaft in Deutschland) *kommen vor allem aus Wertpapierportfolien, die aufgebaut wurden, um die zu geringen Margen im Kreditgeschäft im Inland zu ersetzen und durch höhere Erträge am Kapitalmarkt oder von Immobilienmärkten im Ausland auszugleichen*“ (Handelsblatt 5.12.2008).
Ähnlich das Vorstandsmitglied der Bundesbank, Hermann Remsperger: „*Konfrontiert mit niedrigen Realzinsen und begünstigt durch ein Umfeld weltweit reichlicher Liquidität haben viele Anleger gerade in den Jahren vor Ausbruch der gegenwärtigen Finanzkrise ihre Jagd nach Rendite verstärkt. ... Das Spiegelbild dieser Entwicklung waren eine weltweit überaus kräftige Expansion der Kreditvergabe und eine Preishausse bei verschiedenen Finanz- und Realvermögenswerten, etwa im Immobiliensektor einiger Länder*“ (Vortrag 10.12.2008 in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nr. 52, 10). Was hier über die Beweggründe der Käufer von profitträchtigen Finanzprodukten z.B. in Deutschland gesagt wird, trifft auch auf ihre Verkäufer zu, z.B. die aus den USA. Alle, sowohl Banken als auch Versicherungen, Pensionsfonds, Investmentfonds usw. wollten das „niedrige Zinsniveau“ bzw. „zu geringe Margen“ durch anderweitig erzielbare höhere Gewinne aufbessern. Solche nebenbei geäußerten Erkenntnisse, die der Wahrheit näher kommen, werden allerdings kaum verbreitet, werfen sie doch Fragen auf nach den Grundlagen dieses Wirtschaftssystems, die man lieber nicht anschneiden möchte, wenn man es rechtfertigen will.
Dass, wie und warum die Renditen gefallen sind, erwähnen die Professoren vorsichtshalber nicht. So kann die Gier doch noch ins Spiel kommen.

Langfristiger Fall der Eigenkapitalrentabilität

Die Jagd nach Rendite, erzwungen durch sinkende Zinsspannen, war nicht erfolgreich. Die Eigenkapitalrendite ist im vergangenen Konjunkturzyklus sogar abgestürzt. Die Rentabilität, d.h. die Gewinne bezogen auf das Eigenkapital, ist die wichtigste Kennziffer des Bankgeschäfts. Die Eigenkapitalrendite ist das Verhältnis des Jahresüberschusses vor Steuern zum Eigenkapital. Der Jahresüberschuss speist sich überwiegend aus dem Zinsüberschuss, aber auch aus dem Provisionsgeschäft (Einnahmen aus Wertpapierhandel, Unternehmensberatung, dem Handel mit sonstigen Finanzprodukten usw.). Das Eigenkapital umfasst vor allem das Kapital, das die Eigentümer der Bank zur Verfügung gestellt haben sowie Rücklagen.

Eigenkapitalrendite Kreditinstitute Deutschland	
1983-1991	15,7 %
1991-2000	13,15 %
1994-2000	13,28 %
2000-2007	6,72 %

(Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahre 1994, Monatsbericht Deutsche Bundesbank Oktober 1995, 32 - geschätzt, www.bundesbank.de/download/ statistik/bankenstatistik/guv_tab6.pdf)

Eigenkapitalrendite nach Bankentyp				
	Groß-Banken	Sparkassen	Genossenschaftsb.	Landesbanken
1994-2000	13,41 %	18,42 %	14,52 %	9,53 %
2000-2007	7,88 %	9,74 %	8,70 %	3,98 %

(www.bundesbank.de ebda.)

Nach den Statistiken der Deutschen Bundesbank sank die Eigenkapitalrentabilität der Kreditinstitute in Deutschland erheblich. Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind Großbanken bei der Eigenkapitalrentabilität überlegen. „*Aber auch sie mussten seit 1993 Rückgänge von mehr als 50 % hinnehmen*“ (Varmaz 2006, 101). Die Großbanken weisen erhebliche Schwankungen der Eigenkapitalrentabilität auf. Sie erzielen in einzelnen Jahren die höchste Rentabilität und in anderen Jahren die höchsten Verluste (1998: 39,51 %; 2005: 31,72 %, aber auch 2003: -12,85 %). Entscheidend ist jedoch die durchschnittliche Rendite innerhalb eines Zyklus.
Angesichts des Verfalls der Renditen versteht man Bankenpräsident Müller, wenn er sagt, „*dass sich jeder freuen wird, wenn er den zweistelligen Bereich erreicht*“ (FAZ 25.11.2008). Und man versteht auch, warum neben den Großbanken gerade Landesbanken angesichts ihrer mageren Rentabilität riskantere Geschäfte tätigen mussten. „*Vor allem öffentliche Institute hatten in den vergangenen Jahren bei riskanten Wertpapiergeschäften mit vollen Händen zugegriffen, um hohe Renditen zu erzielen*“ (Süddeutsche Zeitung 02.12.2008). Sparkassen sind allerdings ebenfalls öffentliche Institute. Auch sie und Genossenschaftsbanken sind dem Druck auf riskante Geschäfte ausgesetzt, aber nicht so stark.

Auch „*z.B. in den USA, im Vereinigten Königreich und in Schweden waren die Eigenkapitalrenditen der Geschäftsbanken 2001 niedriger als in jedem anderen Jahr in der zweiten Hälfte der Neunziger*“ (BIZ, 72. Jahresbericht, 142).
Der Jahresüberschuss vor Steuern muss jedoch vorrangig auf das insgesamt in Bewegung gesetzte Kapital, also auf die gesamte Bilanzsumme bezogen werden. Das insgesamt zu verwertende Kapital besteht nur zu einem kleinen Teil aus Eigenkapital. Der Jahresüberschuss speist sich nicht in erster Linie aus der Anlage des verschwindend geringen Eigenkapitals, sondern aus der Anlage des aufgenommenen Fremdkapitals und der Einlagen der Kunden.

Gewinn großer Banken vor Steuern in Prozent der Bilanzsumme					
	USA	GB	Japan	Schweiz	D
1999	2,17	1,43	0,12	0,96	0,55
2000	1,86	1,65	0,13	0,96	0,53
2001	1,52	1,24	-0,69	0,41	0,14
2002	1,89	1,06	-0,55	0,12	-0,01
2003	2,20	1,24	0,11	0,42	0,04
2004	1,84	0,95	0,34	0,73	0,13
2005	1,93	0,87	0,66	0,66	0,38
2006	1,82	0,97	0,67	0,87	0,55
2007	1,02	0,67	0,50	0,31	0,28

(Zusammenstellung der Tabellen aus den Jahresberichten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich → 71.-78. Jahresbericht → www.bis.org)

Es ergeben sich keine Staunen erregenden, zweistelligen Renditen mehr. Umso weniger, als wir davon ausgehen können, dass die offiziellen Statistiken zu einem unbekannten Grad auf Bilanzfälschungen der Banken beruhen, die die Lage noch beschönigen.
Aus den Statistiken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) geht hervor:

1. In der Krise 2000/2001 (USA) bzw. 2001/2003 (D usw.) sind die Bankrenditen deutlich gefallen.
2. Die Jagd nach Rendite, mit immer riskanteren Methoden, konnte bestenfalls das Niveau des Aufschwungsjahrs 2000 wiederherstellen. Japan ist ein Ausnahmefall.
3. Die Rendite war im Zyklus 2000-2007 erheblich niedriger als im Zyklus 1991-2000.
4. Die Methoden, die letzte Krise zu „lösen“, bereiteten den Boden für eine noch tiefere Krise vor, d.h. einen noch tieferen Fall der Bankrenditen und führten sogar bis an den Rand einer Kernschmelze des Finanzsystems, d.h. seines weltweiten Zusammenbruchs.

1.3 Versagen der Märkte?

Ein Herausgeber der FAZ klagte: „*Auf der kollektiven Jagd nach höheren Renditen machten hohe Gewinnchancen viele Händler blind für das Risiko; mögliche Verluste mussten sie ja nicht tragen. Hier haben Aufsichtsräte und Vorstände vieler Banken versagt. Das gilt auch für die Verletzung goldener Bankregeln. Bankmanager haben mit viel zu hohen Kredithebeln und gefährlich niedrigen Eigenkapitalpuffern hantiert*“ (Steltzner, FAZ 15.11.2008). Steltzner spricht von Marktversagen bzw. vom Versagen der Bankmanager.

Die Verwalter fremden Kapitals hätten es also einfach anders machen sollen. Warum zum Teufel sind sie aber nicht auf diese einfache Idee gekommen, höhere Eigenkapitalpuffer anzulegen und hohe Kredithebel zu verschmähen?

Ganz einfach. Der Verzicht darauf wäre die falsche Antwort auf die gesunkene Eigenkapitalrentabilität gewesen. Die Bankmanager haben nicht versagt. Im Gegenteil, sie haben alles, aber wirklich alles versucht, um das ihnen anvertraute Kapital rentabel zu verwerten. Preise und erzielbare Profitraten haben die Finanzinvestitionen in die entsprechenden Bahnen gelenkt. Andere Anreize für Aktivitäten kennt die kapitalistische „Marktwirtschaft“ nicht. Deshalb genossen die Bankmanager auch das „Vertrauen der Märkte“, wie es immer hieß. Die Finanzkrise zeigt nicht an, dass Märkte versagt, sondern dass sie funktioniert haben. Der Begriff „Marktversagen“ schließt die Illusion ein, dass die Finanzkrise nicht hätte eintreten müssen, wenn die Markt nicht versagt, sondern funktioniert hätten. Die Märkte haben aber gerade deshalb „versagt“, d.h. die Krise hervorgerufen, **weil** sie funktioniert haben. Rendite als Leitstern führt eben zur Überproduktion auch von „Finanzprodukten“ und verwandelt vormalige „Werte“ in wertlosen Sondermüll. Auch von daher ist „Soziale Marktwirtschaft“ ein Widerspruch in sich.

Profite steigern mit möglichst wenig Eigenkapital

Die heutige tiefe Krise wurde mit einer Fülle von „innovativen“ Methoden vorbereitet, die die Eigenkapitalrenditen steigern sollten. Das geschieht am Wirkungsvollsten mit Finanzgeschäften, die die Profitmasse **ohne** den Einsatz von Eigenkapital erhöhen. Je mehr Gewinne aus der Verwertung von Fremdkapital gezogen werden, desto mehr steigt die Profitmasse bei gleichbleibendem Eigenkapital, desto mehr steigt die Eigenkapitalrendite. Daraus folgt: „*Die Banken sind nicht an einem hohen Eigenkapital interessiert. Machen sie Gewinn, ist die Eigenkapitalrendite um so höher, je niedriger das Eigenkapital - die Rendite ist wiederum das, was an der Börse zählt*“ (FAZ 10.10.2008).

Das Eigenkapital einer Bank stellt jedoch eine gewisse Sicherheit für diejenigen dar, die den Banken Einlagen (Depositen) zur Verfügung stellen. „*Je höher die Eigenkapitalquote, desto besser ist das Unternehmen gegen Verluste abgesichert*“ (FTD 17.11.2008). Je größere Räder mit gleichbleibendem Eigenkapital und wachsendem Fremdkapital gedreht werden, desto eher treten Verluste auf, die nicht mehr aus dem Eigenkapital gedeckt werden können.

a) Kreditverbriefungen

Die wichtigste Methode, den Kreditumsatz bei gleichbleibendem Eigenkapital zu steigern, ist die Verbriefung (Securitization) von Krediten, d.h. ihr Weiterverkauf. Die Verbriefung ist „*die eigentlich wichtige Innovation in den Finanzmärkten*" (Münchau 2008, 115). „*Früher verblieb das Kreditrisiko für Darlehen und Hypotheken bei den Banken. In der US-Immobilienkrise Ende der 80er Jahre etwa gingen viele im Hypothekengeschäft tätige Banken ... bankrott, was 1990/91 eine Bankenkrise, eine Kreditverknappung und eine Rezession auslöste*" (Nouriel Roubini, FTD 05.11.2007).
Als Reaktion auf diese Krise gingen Banken dazu über, Risiken aus der Kreditvergabe so schnell wie möglich an andere zu verkaufen. Das Risiko hat damit zu- und nicht abgenommen. Der Markt für die Verbriefung von Krediten (Kreditmarkt) hat sich in den 90er Jahren und danach explosionsartig ausgeweitet (Münchau 2008, 103 f.). Banken wurden von Kreditgebern zu Kredithändlern. Der Kredit, d.h. der Anspruch auf Zins und Tilgung aus einem Kredit, wird selbst zu einer Ware, die auf dem Kreditmarkt gehandelt wird und zusätzliche Gewinne bringt. Mit Hilfe der Verbriefung konnten die Profitraten aufgehübscht werden, denn „*die Margen in diesem Geschäft* (lagen) *deutlich höher als bei der traditionellen Kreditvergabe*" (Wagenknecht 2008, 39). Die Banken profitieren nämlich nicht nur von den Gebühren bei der Ausgabe von Krediten, sondern auch von den Extragebühren, die sie mit dem Weiterverkauf des Kredits erlösen. Um eine verbriefte Forderung auf einen Dollar zu kaufen, musste man mehr als einen Dollar zahlen (Otte 2008, 93). Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich lobte deshalb, dass die „*Übertragung von Kreditrisiken*" „*die generelle Widerstandsfähigkeit der Finanzinstitute*" gestärkt hätte, d.h. ihre Rentabilität (BIZ, 72. Jahresbericht, 146 f.).
Je schneller Kredite weiterverkauft werden, desto höher wird die Umschlaggeschwindigkeit des Leihkapitals. Auf der Basis eines unveränderten Eigenkapitals können neue Kredite im Rahmen der Eigenkapitalvorschriften vergeben werden, die ihrerseits wieder verkauft werden können. Die Zins- bzw. Gebühreneinnahmen im Verhältnis zum Eigenkapital steigen, wenn dieselbe Summe an Passiva möglichst oft im Jahr verliehen wird.
Die Kreditverbriefung ist keine US-Spezialität. Auch Europas Banken haben 2007 Kredite in Höhe von 454 Mrd. Euro verbrieft. „*Vor allem die Jagd nach Renditen* (hat*) die Märkte für Risikotransfer und -handel explodieren lassen*" (Die Welt 05.03.2007). Das ist nur die halbe Wahrheit. Es war die Jagd nach Renditen, die aus dem Niedergang der Eigenkapitalrenditen entsprang.

Formen der Kreditverbriefung: Asset Backed Securities (ABS)

Um Kredite weiterzuverkaufen, werden sie gebündelt und in Wertpapiere umgewandelt. Die entsprechenden Wertpapiere nennt man Asset Backed Securities (ABS), d.h. auf Vermögenswerte (Asset) gestützte Sicherheiten oder besicherte Wertpapiere. Forderungen an Schuldner werden so zu handelbaren Wertpapieren. Das betrifft nicht nur Hypotheken, sondern auch Autokredite, Kreditkartenforde-

rungen, Konsumentenkredite, Unternehmenskredite, Kredite an Private Equity Gesellschaften , Hedgefonds usw.
Allein 2006 wurden ABS im Volumen von 4.600 Mrd. Dollar auf den Markt geworfen, davon 1.900 Mrd. Dollar hypothekenbesicherte Wertpapiere (Wagenknecht 2008, 53). Drei Viertel der US-Hypotheken wurden verbrieft, d.h. weiterverkauft (Otte 2008, 113). Die Käufer der Wertpapiere erwarben die Ansprüche aus den von den US-Banken vergebenen Krediten, mit besonderem Gewicht auf Hypothekenkrediten. Da potentielle Risiken aus der Bedienung der Kredite durch die Verbriefung auf andere verlagert werden konnten, war eine strenge Prüfung, ob Schuldner wirklich zahlungsfähig waren, nicht mehr notwendig. Die Kreditvergabe als Profitquelle konnte durch die massive Einbeziehung von eigentlich zahlungsunfähigen Schuldnern übermäßig ausgedehnt werden. Risikobehaftete Hypotheken werden als subprime (unterklassige) Hypotheken bezeichnet. Allein die Schrott-Hypotheken, die von 2005 bis 2007 vergeben wurden, werden auf etwa 1.800 Mrd. Dollar geschätzt (FAZ 22.10.2007).

Als Sicherheiten dienten die Werte der Immobilien, die unaufhörlich zu steigen schienen. Da auch Immobilien für letztlich unbekannte Märkte errichtet werden, trat mit Notwendigkeit der Punkt ein, an dem zu viele Immobilien gebaut worden waren. Dazu kamen mit der Entwicklung des Aufschwungs steigende Zinsen, die die Zahlungsfähigkeit von Hauseigentümern erschütterten und die zu Hausverkäufen führten. Als die Hauspreise 2007 zu fallen begannen, schwanden die Sicherheiten. Die Hypothekenschulden von immer mehr Hauseigentümern überstiegen das als Sicherheit dienende Hausvermögen. Kredite wurden gekündigt, Häuser verkauft, ihre Preise fielen weiter. Damit sanken alle verbrieften Kreditpapierchen im Handelsbestand der Banken im Wert und erzeugten einen gewaltigen Abschreibungsbedarf. Nach einer Schätzung der Ratingagentur Standard & Poor's vom September 2008 muss rund die Hälfte subprime-Kredite von 2005 bis 2007, also 900 Mrd. Dollar abgeschrieben werden. (FAZ 19.09.2008) Musste man vorher z.B. mehr als einen Dollar zahlen, um eine verbriefte Forderung auf einen Dollar zu kaufen, waren es jetzt teilweise nur noch 30 Cent (Otte 2008, 93) oder am Ende gar nichts mehr. Die hypothekenbesicherten Wertpapiere wurden insgesamt mehr und mehr unverkäuflich, gleichgültig, wieviele Schuldner wirklich schon zahlungsunfähig waren.

Formen der Kreditverbriefung: Collateralized Debt Obligations (CDO)

CDOs sind mit einem Pfand (collateral) besicherte Schuldverschreibungen. Sie waren der am schnellsten wachsende Sektor des ABS-Marktes. Sie boten den Anlegern Erträge, die manchmal zwei bis drei Prozentpunkte höher waren als die Erträge aus Unternehmensanleihen. Auch die Erträge für die ausgebenden Banken waren höher (Ausgabe- und Managementgebühren). „*Der Verdienst bei ABS und CDO besteht in einem Servicevertrag zwischen der CDO und der Investmentbank. Die ersten Kreditzahlungen gehen nämlich nicht an die Investoren ..., sondern zunächst an die*

Investmentbanken" (Münchau 2008, 114 f.). Die Gesamtausgabe von CDOs stieg in den USA von 157 Mrd. Dollar in 2004 auf 552 Mrd. Dollar in 2006, um dann ab 2007 wieder zu fallen. Der Weltmarkt wird auf 2.000 Mrd. Dollar geschätzt (http://en.wikipedia.org/wiki/Collateralized _debt_obligation).
Eine CDO ist ökonomisch ein Instrument und rechtlich eine Firma, genauer eine Schattenbank. CDO sind Instrumente der Verbriefung von Verbriefungen. Eine Bank kauft ABS, die auf Hypotheken beruhen, aber auch ABS, die mit Autos oder Firmen besichert sind, zerlegt sie und verarbeitet sie weiter zu neuen Wertpapieren. Die Kredite der erworbenen ABS werden nach ihrem Ausfallrisiko in Tranchen (Scheiben) verschiedener Bonität sortiert und in einem CDO gebündelt. In diesen neuen Kreditpaketen befinden sich Tranchen mit Krediten guter Bonität (z.B. 8 % Rendite), mittlerer Bonität und Tranchen mit besonders hohen Risiken. Die höchsten Renditen brachten die risikoreichen Tranchen, die „*deshalb entsprechend begehrt waren*" (Zeise in FTD 10.07.2007). „*Im Kreditmarkt war es üblich, Renditen von 20 % für riskante Wertpapiere zu handeln*" (Münchau 2008, 111). Wenn man CDOs kauft, kann man wählen, welches Risiko man eingehen möchte. Die Rückflüsse aus den zugrundeliegenden Sicherheiten (Hypotheken, Unternehmensanleihen usw.) fließen aber zuerst den Inhabern der mit AAA bewerteten Tranchen zu. AAA oder Triple A (Dreifach A) ist bei der Bewertung der Bonität die höchste Stufe. Gibt es Ausfälle, sehen diejenigen in die Röhre, die die am höchsten verzinste Tranche, d.h. die risikoreichste Tranche gewählt hatten, die gar nicht bewertet werden konnte.
Die Raffinierung von Schrott zu Gold geschah auch dadurch, dass Investmentbanken Dutzende Tranchen mit schlechter Bonität (BBB- plus BBB) in einer neuen CDO verpackten, deren oberste Tranchen dadurch wieder AAA-Status erhielten (FAZ 25.02.2009). „*Durch die neuen und überaus komplizierten Verbriefungstransaktionen* (wurde*) ein überaus großer Teil der Forderungen höherrangig gestaltet ... und* (bekam) *von den Ratingagenturen die oberste Bonitätsstufe zugesprochen*" (BIZ, 78. Jahresbericht, 156).
CDOs haben den Zweck, die Kreditausgabe an im Grunde zahlungsunfähige Schuldner erheblich auszudehnen und dadurch die Zinseinnahmen zu erhöhen. „*Ohne die Erfindung der CDOs und die Bereitstellung verschiedener Risiken je nach Investorengeschmack hätte der zweitklassige Subprime-Hypothekensektor in den USA nicht finanziert werden können. Auch von Anfang an miserable Risiken konnten, vermischt mit normalen, auf diese Weise bei den Investoren untergebracht werden*" (FAZ 25.02.2009). CDOs sind derzeit völlig unverkäuflich (ebda.), müssten also komplett abgeschrieben werden. Der Verkauf von Krediten über ABS und CDOs usw. wird auch als „Kreditersatzgeschäft" bezeichnet. Der Verkauf von Krediten ersetzt das Geschäft aus Krediten. Alle deutschen Banken haben das betrieben.

Zweckgesellschaften

Banken verkauften die kreditbesicherten Wertpapiere (ABS, CDOs usw.) entweder direkt an andere Finanzinstitute oder an Zweckgesellschaften, die sie selbst ge-

gründet hatten. „*Das minderte den Eigenkapitalbedarf der Banken, denen gleichwohl die Gewinne ihrer ‚Schattenbanken' zuflossen. Die Folge: Die Eigenkapitalrendite stieg ...*" (Benedikt Fehr, FAS 18.01.2009). Mit dem Verkauf der in Wertpapieren verpackten Kredite an außerbilanzielle Zweckgesellschaften brauchte man für sie kein Eigenkapital mehr zu unterlegen, denn Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicles-SPV) sind Schattenbanken, die außerhalb der Bilanz der Banken operieren. Ihre Geschäfte unterlagen bis Ende 2007 keinen Eigenkapitalvorschriften. Das änderte sich erst ab 2008. Die Banken konnten durch die Übertragung von Kreditwertpapieren auf Zweckgesellschaften neue Kredite bei gleichem Eigenkapital aufnehmen und damit die Umschlaggeschwindigkeit ihres Kapitals zu erhöhen. So bauten sich Kredittürme auf.

Um den Ankauf der Kredit-Wertpapiere zu finanzieren, nahmen die Schattenbanken kurzfristig (dreimonatig) laufende sogenannte Commercial Papers zu niedrigen Zinsen auf. In den USA bezahlten sie dafür zwischen 2002 und 2004 1,2 bis 1,8 %, in der Schweiz von 2002 bis 2006 zwischen 0,33 % und 1,56 %, in Japan fast nichts (von 1999 bis 2006 zwischen 0,05 und 0,3 %). Die hypothekenbesicherten Wertpapiere in Form von ABS und CDOs dagegen brachten erheblich höhere Renditen ein, insbesondere die mit hohem Ausfallrisiko.

„*Jahrelang haben viele Banken in außerbilanziellen Zweckgesellschaften, für die sie kein Eigenkapital unterlegen mussten, riesige Summen in langlaufende, forderungsbesicherte Wertpapiere investiert und diese durch kurzlaufende Anleihen („Commercial Papers") refinanziert - ein einträgliches Geschäft*" (FAZ 22.10.2008). Es war ein Geschäft durch die Ausnutzung von Zinsdifferenzen ohne Einsatz von Eigenkapital. Die Schönredner des Bankgewerbes nennen diese hochspekulativen Praktiken „Fristentransformation".

Die Geldgeber der Commercial Papers, häufig Versicherungen, Pensionsfonds usw. akzeptieren zwar die hypothekenbesicherten Wertpapiere als Sicherheit, aber nur mit einer Garantie der Mutterbank. Als jedoch die fallenden Immobilienwerte ab 2007 die Sicherheiten verfallen ließen und Ansprüche auf Zins und Tilgung aus den Wertpapieren immer weniger bedient werden konnten, konnten die Zweckgesellschaften die kurzfristigen Kredite immer weniger bedienen bzw. zurückzahlen. Der Markt für Commercial Papiers brach ein, so dass es immer schwieriger wurde, neue kurzfristige Kredite aufzunehmen, mit denen alte kurzfristige Kredite abgelöst werden konnten. Die Mutterbanken mussten also ihre Liquiditätsgarantie einlösen, die kurzfristigen Kredite aus eigenen Mitteln zurückzahlen bzw. die Werte der Zweckgesellschaften doch noch in ihre Bilanz übernehmen. Dort wurden sie mit Milliarden abgeschrieben, da sie weder verkauft noch weiterhin als Sicherheit verwendet werden konnten (Zeise 2008, 38). Der Versuch, die Profitmasse durch außerbilanzielle Geschäfte mit Zinsdifferenzen zu vergrößern, scheiterte kläglich, weil eben doch „*im Endeffekt das Eigenkapital der Finanzinstitute die Grundlage für die Stabilität all dieser Transaktionen bildet*" (BIZ 78. Jahresbericht, 158).

b) Versicherungen für verbriefte Kredite (Credit Default Swaps - CDS)

Im Laufe der letzten Jahre ist „*einer der unglaublichsten Versicherungsmärkte entstanden, die es je gegeben hat: der Markt für Credit Fault Swaps (CDS), also Versicherungen gegen Zahlungsausfälle auf festverzinsliche Wertpapiere*" (Wolfgang Münchau in FTD 17.09.2008). Lag das Volumen des Weltmarkts für die Versicherung von Kreditverbriefungen durch CDS 2001 noch bei rund einer Billion Dollar, explodierte es bis 2007 auf 62 Bio. Dollar. Das übersteigt das jährliche Bruttosozialprodukt der gesamten Welt. Die Zahlen erfassen das gesamte Handelsvolumen. Da CDS in einem Jahr mehrfach gekauft und verkauft werden und CDS wiederum mit CDS rückversichert werden, ist das wirkliche Volumen erheblich geringer. 2007 sollen real Kredite im Umfang von 3 Bio. Dollar versichert worden sein (Zeise 2008, 54). CDS sind die populärste Form der Kreditderivate, d.h. der von Krediten abgeleiteten Finanzprodukte.

Die Explosion des Umfangs der Ausfallversicherungen zeigt ein entsprechendes Bedürfnis. Verbriefte Kredite und Anleihen wurden in wachsendem Maße als risikoreich eingeschätzt. Insoweit waren „die Märkte" nicht völlig blind. Aber was soll's, wenn man mit riskanten Versicherungen von riskanten Wertpapieren wiederum Geschäfte machen kann? Kredite und Anleihen gegen Ausfälle zu versichern, hat ein für die Rendite erfreuliches Ergebnis. „*Der Clou bei der Sache. Wer seine faulen Kredite mit Kreditversicherungen abdeckt, schneidet bei der Risikogewichtung blendend ab*" (Capital 21.10.2008). Wenn ein Kredit das Rating BBB-hat und vom größten CDS-Versicherer, der AIG abgesichert wurde, erhielt der faule Kredit das Rating der AIG, nämlich AAA. Da die Risikogewichtung abnahm, mussten die faulen Kredite mit weniger Eigenkapital unterlegt werden. Der Weg ist frei für neue Kredite bei geringerem Eigenkapital. Die Rendite stieg. „*Die Eigenkapitalentlastung der Banken hat wesentlich zur Popularität der CDS beigetragen*" (Gerald Braunberger, FAZ 03.04.2009).

Über CDS versichert der Sicherungsgeber den Sicherungsnehmer (d.h. den, der Ansprüche aus Krediten hat) dagegen, dass der Kredit aufgrund von Zahlungsunfähigkeit ausfällt. Ein Kreditwertpapier über 10 Mio. Euro wird z.B. gegen eine jährliche Gebühr von 100 Basispunkten oder einem Prozent seines Werts versichert. Je höher das Ausfallrisiko, desto höher die Risikoprämie, die über den iTraxx Crossover Index abgebildet wird.

Tritt der Versicherungsfall ein, muss der Sicherungsgeber zahlen, bekommt aber die besicherte Forderung vom Sicherungsnehmer übereignet (abgetreten). Wenn der Restwert der Forderung z.B. 8,6 % ist, muss der Sicherungsgeber 91,4 % der versicherten Forderungen an den Sicherungsnehmer zahlen. So geschehen beim Konkurs von Lehman Brothers (FAZ 21.10.2008). Hier spielten CDS eine Schlüsselrolle (FTD 06.11.2008). Lehman-Anleihen waren im Umfang von 365 Mrd. Dollar mit CDS abgesichert. Beim Bankrott mussten die CDS-Versicherer zahlen.

Die American International Group (AIG), der größte US-Versicherungskonzern, hatte in Form von CDOs verbriefte Kredite mit CDS gegen Ausfall versichert.

Potentielle Zahler bei Kreditausfällen müssen Sicherheiten hinterlegen. Wenn die Ausfallwahrscheinlichkeit steigt bzw. die CDS-Wertpapiere im „Wert" fallen, werden die Papiere in ihrer Bonität herabgestuft. Der Wert von CDS in der Bilanz von AIG fiel von 533 Mrd. Dollar auf 300 Mrd. Dollar ab (Handelsblatt 02.03.2009). Der Abschreibungsbedarf war so gigantisch, dass AIG 2008 mit nahezu 100 Mrd. Dollar den größten Verlust aller Zeiten ausweisen musste. Das Konzernrating von AIG wurde von AAA auf am Ende A herabgestuft.
AIG brauchte deshalb mehr Eigenkapital und musste gleichzeitig den Versicherten riesige Summen an weiteren Sicherheiten an viele Banken in den USA und Europa überweisen, die bei ihr Kredite mit CDS versichert hatten. Die Deutsche Bank erhielt z.B. 11,8 Mrd. Dollar. AIG hatte die notwendigen Summen nicht. Bis März 2009 musste der US-Staat AIG mit 182 Mrd. Dollar vor dem Bankrott retten.. Kein Wunder, dass der Aktienkurs von AIG in den letzten zwölf Monaten um 99 % geschrumpft ist (FTD 03.03.2009). Ginge AIG bankrott, könnten bei Banken in den weltweit Verluste über 180 Mrd. Dollar anfallen, eine Katastrophe. AIG hat seit Ende der 90er Jahre CDS-Geschäfte groß aufgezogen und Milliarden Gebühren dafür kassiert. Heute gefährdet das auch Renten- und Lebensversicherungen von AIG im Umfang von 1,9 Bio. Dollar. Notenbank-Chef Bernanke bezeichnete AIG deshalb als Hedgefonds mit angehängter Versicherungssparte (FAZ 11.03.2009).
Kreditausfallversicherungen in Form von CDS werden vor allem von Hedgefonds kreiert, von Banken und von Versicherungsgesellschaften. Ob diejenigen, die die Versicherungsleistung garantieren, auch in der Lage sind, sie zu bezahlen, weiß niemand (Münchau 2008, 89).Es wird auch nicht geprüft, denn CDS fallen nicht unter die Versicherungsaufsicht. Sie werden weder an der Börse gehandelt noch an einer zentralen Stelle, sondern zwischen den Akteuren direkt abgewickelt (Over the Counter - OTC). CDS sind deshalb letztlich nicht wirkliche Versicherungen, sondern Wetten darauf, dass der Versicherungsfall **nicht** eintritt. Man will nur Gebühren als Zusatzprofit kassieren und am Handel mit CDS verdienen.

c) Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften

Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften (Private Equity Fonds) sind keine Banken, sondern private Kapitalsammelstellen, die weder Bilanzierungsvorschriften noch der Bankenaufsicht unterliegen. Sie sind Schattenbanken. Da sie keinen Eigenkapitalvorschriften unterliegen, können sie auf ein minimales Eigenkapital Kredite in einer Höhe aufnehmen, die nur von der Abenteuerlust der Kreditgeber begrenzt wird. Banken haben Kredite bis zum 30-fachen des Eigenkapitals und mehr an diese Gesellschaften vergeben. Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften sind vor allem Geschöpfe der Banken. Ihnen verdanken sie ihren beispiellosen Aufschwung nach der Krise 2001.
Nur mit Hilfe von Fremdkapital konnten die Extraprofite erzeugt werden, die diese Gesellschaften auszeichnen. Solange die Zinsen für die Bankkredite geringer sind als die mit Hilfe von Bankkrediten erzielten zusätzlichen Gewinne durch Fi-

nanztransaktionen, wird der Gewinn, bezogen auf das Eigenkapital, d.h. die Rendite, entsprechend gesteigert. Je höher der Anteil des Fremdkapitals ist, mit dessen Einsatz man Gewinne macht, desto höher kann der Gewinn auf das Eigenkapital ausfallen. Kredite können eine Hebelwirkung haben (leveraged loans), d.h. die Profite auf das Eigenkapital nach oben hebeln. Bei Beteiligungsgesellschaften betrugen die Renditen auf das eingesetzte Kapital im Durchschnitt 13-14 Prozent. (FAZ 12.11.2007) Höhepunkte waren 2006 und 2007. Hedgefonds mussten mindestens 20 % Rendite erwirtschaften (Münchau 2008, 121). „*Banken, Beteiligungsgesellschaften und Hedge-Fonds wurden zu Verschuldungsmaschinen mit abenteuerlichen Kredithebeln im Verhältnis zum geringen Eigenkapital*" (Holger Steltzner, Zur Rettung der Wall-Street, FAZ 22.03.2008). Und Versicherungen u.a. haben das mit CDS „abgesichert".

Kein Wunder, dass diese Zockerbuden zwecks Lösung der Profitratenprobleme der Banken nach der Krise 2000/2001 vor allem in den USA und Großbritannien Konjunktur hatten. Hatten Hedgefonds im Jahr 2000 nur ein Eigenkapital von weniger als 500 Mrd. Dollar eingesammelt, waren es Ende 2007 nach Angaben der IFSL (International Financial Services London) schon 2.250 Mrd. Dollar (FTD 13.11.2008). Geldgeber sind nicht nur Millionäre, sondern auch klassische Fonds, einschließlich Pensionsfonds.

Bis zum Beginn der Finanzkrise jonglierten Hedgefonds „*üblicherweise mit einer Schuldenration von 1 zu 15 - das heißt, für jeden Dollar, den sie von Investoren bekamen, liehen sie sich 15 dazu*" (FTD 10.03.2008). Anfang 2008 allerdings wurden Anlagen von Hedgefonds nur noch zu 70-80 % mit Krediten finanziert, d.h. mit Hilfe von Krediten konnten Hedgefonds eine Kapitalmasse von etwa neun Billionen Dollar mobilisieren. 2007 gab es weltweit mehr als 6.000 Private Equity-Fonds, die etwa 1.300 Mrd. Dollar Eigenkapital besaßen. „*Der Markt für außerbörsliches Eigenkapital (Private Equity) hat in den vergangenen Jahren einen beispiellosen Aufschwung erlebt, der durch die Krise auf den Finanzmärkten abbrach*" (FAZ 14.09.2007). Die Gesellschaften speisen sich aus Geldern von Pensionsfonds, Versicherungen, Stiftungen oder reichen Privatleuten (FAZ 12.11.2007).

Private Equity und Bankprofite

Bis zum Ausbruch der Finanzkrise stellten ihnen Banken das Vier- bis Siebenfache des Eigenkapitals als Kredit zur Verfügung. Beteiligungsgesellschaften konnten auf ihrem Höhepunkt also eine Kapitalmasse von mindestens fünf Billionen Dollar mobilisieren. Die Beteiligungsgesellschaften leben überwiegend davon, mit wenig Eigenkapital und viel Fremdkapital weltweit Unternehmen aufzukaufen, sie auf Profit zu trimmen und nach einer gewissen Zeit teurer zu verkaufen. Auch Unternehmen sind Waren, mit denen man handeln kann. Die weltweiten Unternehmenskäufe mit Hilfe von Private Equity waren in den Jahren 2000 bis 2002 gering, zogen von 2003 bis 2005 leicht an, um dann 2006 und bis Mitte 2007 „*den wohl größten Aufschwung ihrer Geschichte*" (FAZ 13.11.2007) zu erleben und danach in sich zusammenzufallen (metall 6/2007, 19; FAZ 25.09.2008). In dieser letzten

Phase versorgten Banken Beteiligungsgesellschaften verstärkt mit sogenannten „Covenant light"-Krediten, die den subprime-Krediten am Hypothekenmarkt gleichkamen. Es waren lockere vertragliche Regelungen, über die Unternehmen gegen einen höheren Zinssatz Kredite erhalten konnten, die sie normalerweise nicht bekommen hätten (Münchau 2008, 17). Häufig kauften Private Equities damit Unternehmen auf.

Banken kassierten die Gebühren für die Kredite, die dem Kauf von Unternehmen dienten, hatten aber kein Interesse, die Kredite in ihren Büchern zu halten. Investmentbanken „*haben viel Geld damit verdient, freigebig Kredite für Unternehmenskäufe zu vergeben und die Kredite auf dem Weg der Verbriefung weiterzuverkaufen*" (FAZ 16.11.2007). Mit der Verbriefung verkauften sie den Kredit natürlich teurer, als sie ihn ausgegeben hatten. Die Wertpapiere konnten aber nur teurer weiterverkauft werden, solange die Preise für Unternehmen stiegen. Das war vor allem 2006 der Fall, als der Dow Jones und der S&P 500, der Aktienindex der 500 größten börsennotierten Unternehmen der USA deutlich stieg. 2006 waren 50 % der Abnehmer der verbrieften Unternehmenskredite Versicherungskonzerne und Hedgefonds (NZZ 22.05.2007). Die Übernahmen wiederum heizten die Aktienkurse weiter an und damit die Profite aus dem Wertpapierhandel.

Die Banken verdienten auch daran, dass Beteiligungsgesellschaften von ihnen aufgekaufte Unternehmen an die Börse brachten. Eine Platzierung an der Börse ist „die attraktivste Ausstiegsvariante" für Zockerbuden und ihre Banken.

Seit aber die Aktienkurse weltweit in den Keller gefallen sind, ist seit Mitte 2007 der Handel mit der Ware Unternehmen stark zurückgegangen. Die Ausfallquoten bei Übernahmekrediten steigen, die Banken sitzen auf Übernahmekrediten in Höhe von 220 Mrd. Dollar, die sie nicht mehr oder nur noch mit Verlusten weiterverkaufen können. Sie müssen sie in wachsendem Umfang abschreiben. Den aufgekauften Unternehmen wurden Mitte 2007 Schulden in Höhe des 6,6-fachen des operativen Jahresgewinns vor Zinsen, Abschreibungen und Steuern (EBITDA) aufgebürdet (FTD 27.02.2008). Das bringt sie in der Krise an den Rand des Zusammenbruchs. Ihr Unternehmenswert fällt. Die Zockerbuden müssen sie entsprechend abschreiben und geraten selbst in den Strudel.

Hedgefonds und Bankprofite

Hedgefonds sind Aasgeier, die sich von den verfaulten Krediten ernähren, die die Banken ausgereicht und schnell weiterverkauft hatten, um ihre Eigenkapitalrendite aufzubessern. Hedgefonds spielten für die gegenwärtige Kreditblase eine zentrale Rolle. „*Sie sind die vorwiegenden Käufer der hoch dotierten und hochriskanten CDO-Tranchen*" (Münchau 2008, 121). Mit Käufen (Long Sale oder einfach long) spekulierten sie auf steigende Preise für die hochverzinsten Schrott-Tranchen. Gleichzeitig tätigten sie sogenannte Leerverkäufe auf die mittlere, weniger risikoreiche und renditeträchtige Tranche der CDOs. Leerverkauf bedeutet, dass die mittleren Tranchen, die risikoärmer sind und deswegen eine geringere Rendite haben, zu aktuellen Preis verkauft wurden, um ihren Preis zu drücken und sie dann zu ei-

nem niedrigeren Preis zurückzukaufen. Teuer verkaufen, um billig zu kaufen, ist das Prinzip des Leerverkaufs. Mit Leerverkäufen (Short Sale oder short) spekuliert man auf fallende Preise. Wenn die Spekulation auf steigende Preise (long) scheitert, hätte also, wenn alles gut geht, wenigstens die Spekulation auf fallende Preise Gewinne eingebracht, so das Kalkül. Ziel ist also, sich an den Risikoprämien für Schrottpapiere- oder Anleihen usw. zu bereichern und sich gleichzeitig gegen Verluste aus diesen risikoreichen Anlagen abzusichern. Deshalb heißen die Fonds Hedgefonds, d.h. Fonds, die gegen Risiken angeblich schützen. Die Long-Short-Strategie ist eine Standardstrategie der Hedgefonds, die sie auch beim Wertpapierhandel mit Aktien usw. anwenden.
Hedgefonds spekulieren in großem Umfang mit kreditgehebelten Leerverkäufen im Wertpapierhandel. Sie leihen sich von ihrer Investmentbank, dem Prime Broker, Aktien gegen eine Gebühr, verkaufen sie zum aktuellen Kurs, hoffen auf einen Kursverfall, so dass sie sie billiger zurückkaufen und an den Entleiher zurückgeben können. Ihr Gewinn wird umso größer, je größer der Kursverfall im Verhältnis zu den Entleihgebühren ist. Sie rühmen sich deshalb, auch in einer niedergehenden Wirtschaft noch stabile Gewinne realisieren zu können. Umgekehrt die Long-Strategie, kreditgehebelt Aktien zu kaufen und gleichzeitig auf Kurssteigerungen zu setzen.
2004 sollen 40 % der Profite aus dem Aktienhandel im Auftrag von Hedgefonds aus dem Verleih von Wertpapieren gestammt haben (FAZ 23.09.2004). Auch die Kredite, mit denen die Hedgefonds ihre Gewinne hebeln, werden von Investmentbanken ausgegeben. Als Sicherheiten dienten z.B. CDOs.
Hedgefonds nutzen auch Zinsdifferenzen, nehmen z.B. Kredite in einer Währung mit niedrigen Zinsen auf, z.B. in Yen, tauschen die Währung in eine andere Währung um, um höhere Zinsen zu erzielen (und sei es als Tagesgeld), tauschen dann wieder in die ursprüngliche Währung und zahlen den Kredit zurück. Es sind gerade die niedrigen Zinsen, die die Aasgeier des Verfalls der Zinsspannen dazu nutzen, um Gewinne zu erzielen.
Hedgefonds sind private Wettbüros, die alle Sorten von Wetten in den „modernsten“ Formen abschließen. Hedgefonds sind interessiert an stark schwankenden Preisen. Sie verursachen sie mit und nutzen sie aus. Je höher die Schwankungen, desto höher der Gewinn.
Investmentbanken bzw. Investmentabteilungen haben mit Hedgefonds ein siamesisches Verhältnis. Sie sind die „Prime Broker“, die im Auftrag der Hedgefonds alle Transaktionen durchführen, einschließlich Wertpapierhandel, Devisenhandel, Vermittlung von Kredithebeln usw. Für die Geschäftsabwicklung im Auftrag der Hedgefonds verlangen sie Kommissionen, d.h. Gebühren. „*Hedgefonds zahlen die höchsten Kommissionen*“ (Münchau 2008, 125). Da Hedgefonds dauernd neue Transaktionen eingehen, sind sie eine gute Quelle für Gebühren.
Mit den Kommissionen aus der Abwicklung von Hedgefonds-Umsätzen erzielte die Wall Street Schätzungen zufolge über 7 % ihrer Einnahmen (http://www.macroanalyst.de). Das lockte wiederum andere Banken in diese Spar-

te, so dass die Gebühren und damit die Margen aufgrund schärferer Konkurrenz zurückgingen (FAZ 23.09.2004).
Als der Markt für CDOs zusammenbrach, hatten Hedgefonds die entsprechenden Wertpapiere in großem Umfang in ihren der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Büchern. Ratingagenturen schätzen ihren Ankaufspreis auf mehrere tausend Milliarden Dollar (FAZ 14.03.2008). Der Preisverfall dieser Wertpapiere ließ die Sicherheiten für die Milliarden an aufgenommenen Krediten dahinschmelzen. Banken fordern Nachschüsse von Sicherheiten, wenn die Ausfallwahrscheinlichkeit zugenommen hat. Das zwang die Aasgeier zu Notverkäufen. Das wiederum beschleunigte den Preisverfall der Sicherheiten usw. und erzeugte Abschreibungsbedarfe bei den Banken. Geht ein Hedgefonds in Konkurs, müssen Banken die Kredite abschreiben und die Pfänder der Hedgefonds, die den Banken als Sicherheiten dienten, als Aktiva (Forderungen) in ihre eigenen Bücher nehmen. (Ähnlich wie bei den außerbilanziellen Zweckgesellschaften) Aufgrund der Bilanzvorschriften wird dann eine Erhöhung des Eigenkapitals notwendig. Das Eigenkapital aber kann schon abgeschmolzen sein, um die eigenen Verluste auszugleichen. Die Kreditspekulation ohne Einsatz von Eigenkapital schlägt also auch bei Hedgefonds auf die Mutterbanken, die Investmentbanken, zurück. Bear Stearns war ein Beispiel dafür. Reine Investmentbanken sind in der Finanzkrise verglüht, da sie von den Geistern, die sie gerufen haben, verschlungen wurden.
Wenn der Kreditstrom versiegt, brechen die Renditen der Fonds ein. Die Anleger ziehen in großem Maßstab ihr Kapital ab. Um sie auszuzahlen, müssen Hedge-Fonds Anlagepositionen versilbern. Die Notverkäufe senken die Preise von Aktien, Rohstoffen, Wertpapieren usw. Milliarden werden vernichtet mitsamt der Zockerbuden, die sie in Bewegung gesetzt hatten. Der Preisverfall schlägt auf das gesamte Finanzsystem zurück.

d) Derivate

Sie waren vermutlich der am schnellsten wachsende Teil des modernen Finanzzockerwesens. Derivate (*lat.* derivare = ableiten) sind Finanzprodukte, deren Marktwert sich von allen möglichen Basiswerten z.B. von Aktien, Anleihen, Krediten, Rohstoffen, Gold, Mais, Weizen, Milch, Währungen, Zinsen usw. ableitet. Auch CDS sind Derivate, da sie sich als Wertpapiere auf zugrundeliegende Kredite beziehen. Nicht der Kredit selbst wird gehandelt, sondern nur das von diesem Kredit abgeleitete Risiko. Der Wert des CDS hängt vom Ausfallrisiko einer Kreditposition ab.
„*Letztlich sind Finanzderivate immer Wetten auf die Zukunft...*“ (FTD 05.12.2003). Während sie noch Kunden in großem Stil Subprime-Papiere verkaufte, wettete eine US-Großbank massiv auf den Kollaps eben dieses Subprime-Marktes (Handelsblatt 23.-28.12.2008, 2). Derivate wetten auf Preisentwicklungen von Basiswerten, im Fall der CDS allerdings auf das Nichteintreten eines Versicherungsfalls. Die Banken als Wettbüros kassieren die Wettgebühren. Die Formen dieser Wetten nennen sich Futures, Optionen, Zertifikate sowie Termingeschäfte (Forwards) o-

der Swaps. Sie werden ihrerseits als „Finanzprodukt“ gehandelt, und zwar außerhalb der Bankbilanzen und überwiegend außerbörslich, d.h. am Bankschalter. Die Gebühren für die Wettgeschäfte müssen also nicht mit Eigenkapital unterlegt sein. Das ermöglicht Banken, bei gleichem Einsatz von Eigenkapital die Profitmasse zu erhöhen.

Derivate zeichnen die Preis- oder Kursentwicklung ihrer Basiswerte nach. Allerdings nicht nur 1:1, sondern auch mit einem Hebel, z.B. 1,5. Das bedeutet, dass Anleger mit vergleichsweise geringem Kapitaleinsatz überdurchschnittlich gewinnen können oder aber verlieren.
Calls nennt man die Spekulationen auf steigende Preise, Puts die auf fallende. Die Käufer von **Futures** setzen gegen eine Gebühr darauf, dass z.B. eine bestimmte Ware wie Öl zu einem Zeitpunkt in der Zukunft einen bestimmten Preis hat. Ist der Preis höher als der vereinbarte, kann der Käufer des Futures den Anspruch auf eine bestimmte Menge Öl zum höheren Preis sofort weiterverkaufen und streicht die Differenz ein. Liegt der Preis darunter, muss er ebenfalls verkaufen und macht einen Verlust. Genau funktioniert ein Future auf Aktienkurse. Jemand verpflichtet sich mit dem Kauf eines Futures, zu einem bestimmten Zeitpunkt 5.000 Aktien zum Preis von 100 Euro pro Aktie zu kaufen. Ist die Aktie zu diesem Zeitpunkt auf 110 Euro gestiegen, macht der Käufer 50.000 Euro Gewinn. Natürlich abzüglich der Gebühren. Der Gewinn entsteht nicht durch einen Verlust der Bank, sondern durch einen nicht eingelösten Verkaufsgewinn durch die Bank.
Spekulationen auf den Aktienindex verlaufen ähnlich. Wird ein Kontrakt geschlossen, dass der DAX zu einem bestimmten Zeitpunkt 5.000 Punkte hat, erhält der Käufer den Differenzbetrag in Euro, wenn der DAX auf 5.100 Punkten steht. Die 100 Punkte werden mit einem Vielfachen in Euro gehandelt. Steht der DAX auf 4.900 muss der Käufer zahlen.

Optionen dagegen verbriefen gegen eine Gebühr das Recht, Wertpapiere oder irgendetwas Anderes zu einem zukünftigen Zeitpunkt zu einem bestimmten Preis zu kaufen oder zu verkaufen (Termingeschäfte). Liegt der vereinbarte Wert unter dem dann aktuellen Wert, kann man von der Option Gebrauch machen und den Gewinn einstreichen. Liegt er darunter, kostet das nur die Gebühr.
Natürlich sind auch Derivate möglich, die auf die Entwicklung von Derivaten wetten. Die Jungs von der Deutschen Bank z.B. haben einen Fonds aufgelegt, mit dem auf steigende Gebühren für CDS gewettet wird. Die Risikoprämien für CDS-Wertpapiere steigen, wenn die Ausfallwahrscheinlichkeit von Krediten steigt, wenn sich also die Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft. Die Anleger verdienen also daran, dass Unternehmen pleite gehen (FAZ 02.02.2008). Man kann auch am Verfall von Währungen oder anderen Katastrophen verdienen, wenn man richtig darauf gewettet hat. Die Finanzkrise gibt neue Chancen. Derivate dienen heute fast ausschließlich der Spekulation, obwohl sie sich als Instrumente zur Absiche-

rung von Warengeschäften gegen Preisschwankungen entwickelt haben. Selbst das Handelsblatt stellte fest, „*dass sich der globale Finanzsektor zu einem riesigen Spielkasino entwickelt hat*“ (HB 23.-28.12.2008). Die Derivatebranche hat in Deutschland wahre Boomjahre hinter sich. „*Die Banken haben mit ihren Finanzprodukten in dieser Zeit gut verdient ... . Die komplexen Derivatestrukturen lassen ihnen viel Spielraum für Margen*“, da sie für Anleger kaum durchschaubar sind (FAZ 29.08.2008). 2007 war der Gesamtumsatz mit Derivaten in Deutschland 642 Mrd. Euro, nachdem er im Jahr 2000 erst 104 Mrd. Euro betragen hatte.
Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bezifferte die Werte aller weltweit ausstehenden Derivate-Kontrakte im Juni 2003 auf 169,7 Bio. US-Dollar (http://de.wikipedia.org/wiki/Derivat_(Wirtschaft). Ende 2007 waren sie auf 596 Bio. US-Dollar angeschwollen (IMF 2008, 186).
Zwei Drittel des Werts der Derivate-Kontrakte entfallen auf Zinskontrakte, davon der größte Teil auf Interest Rate Swaps. Das sind Verträge zwischen zwei Partnern, die z.B. für eine bestimmte Laufzeit einen variablen Zinssatz gegen einen festen Zinssatz tauschen. Der Swap wird über eine Bank verkauft. Der Käufer eines solchen Swaps hat dann die Gewissheit, einen festen Zinssatz zu zahlen und wettet, dass er damit weniger zahlen muss als bei variablem Zins. Umgekehrt spekuliert der Verkäufer des festen Zinssatzes auf sinkende variable Zinsen. Der Wert dieser Kontrakte besteht im Umfang des (fiktiven) Kapitals, auf das sich der Zinssatz bezieht. Der tatsächliche Umfang des Zinsswapgeschäfts betrug aber nur 6,2 Bio. Dollar oder 2 % des fiktiven Kapitals, auf das sich der Swap bezieht. Die Brutto-Marktwerte aller OTC-Derivat-Kontrakte betrugen Ende 2007 insgesamt 14,5 Bio. US-Dollar (IMF ebda.). In Deutschland werden Ende 2008 insgesamt 350.000 Produkte angeboten, die als Derivate bezeichnet werden. Die oft gewünschte Transparenz ist unmöglich.

Zertifikate sind Inhaberschuldverschreibungen, d.h. Urkunden, in denen sich der Aussteller (die Bank) verpflichtet, unter bestimmten Bedingungen die geliehene Geldsumme zurückzuzahlen oder auch nicht. Zertifikate bieten oft einen gewissen Schutz des eingezahlten Kapitals, entweder einen vollständigen oder zumindest teilweisen Schutz. Zertifikate können gehandelt werden. Ihr Kurs kann also fallen oder steigen. Sie werden direkt an Privatkunden verkauft (Over the Counter-OTC), unterliegen also keiner Regulierung.
Mit dem Kauf des Zertifikats gehen die Käufer Wetten ein, die je nach Ausgang zu hohen Prämien führen können oder eben nicht. Zertifikate haben einen Basiswert, z.B. einen Index von Aktien, Wertpapieren, Rohstoffpreisen usw. Mit dem Kauf von Zertifikaten kann man Wetten auf Kurs- und Preisentwicklungen abschließen, vor allem auf die von Aktienkursen.
Man kann aber auch auf steigende oder fallende Inflationsraten wetten oder darauf, dass die Preise von Kupfer, Gold, Nickel, Sojabohnen oder Weizen und Öl in den nächsten fünf Jahren allesamt weniger als maximal 40 % ihres Werts verlie-

ren. Tritt dieser Fall ein, gibt es einen Kupon von 6,5 % jährlich (FTD 08.10.2008).
Der Reiz von Zertifikaten besteht darin, dass man durch Wetten höhere Renditen erzielen kann. Da Zertifikate eine Anlageform darstellen, die mit Wetten verbunden ist, rechnen sie ebenfalls zu den Derivaten. Die Dresdner bietet die Wette an, dass der DAX Ende 2014 bei 4.500 Punkten liegt. Dann erhalten Anleger 45 Euro pro Zertifikat. Aktuell kostet das Papier 24,50 Euro (FTD 19.11.2008).
Der Markt für Zertifikate explodierte in Deutschland von weniger als 20 Mrd. Euro im Jahr 2003 auf 140 Mrd. Euro Ende 2007, um dann einzubrechen. Die Kurse vieler Zertifikate, die auf steigende Kurse oder Preise setzten, sind in der jetzigen Krise, erheblich gefallen (FAZ 28.10.2008). Da Zertikate außerhalb der Bankbilanzen gehandelt werden und bei Insolvenz des Emittenten im Gegensatz zu Einlagen nicht geschützt sind, muss kein Eigenkapital dafür vorgehalten werden. Da es ferner keine Verpflichtung zum Ausweis der Kosten gibt, können hohe „Verwaltungsgebühren" eingestrichen werden. Die Zertifikate sind „*so kompliziert strukturiert und so intransparent, dass darin viele Gebühren versteckt werden können*" (Önder Ciftci, RBS-Leiter des Zertifikateschäfts, FAZ 11.11.2008, 22). Deshalb haben Banken ein Interesse, ihren Kunden Zertifikate aufzudrängen. Man kauft solche Zertifikate, „*wenn man ... mit der Rendite seiner Staatsanleihen unzufrieden ist und sich in ein kapitalgeschütztes Zertifikat mit einer sehr viel höheren Rendite reinquetschen lässt.*" (ebda.).

Der Handel mit **Devisen** ist eine weitere Methode, Renditen auf das Eigenkapital zu steigern, ohne Eigenkapital einzusetzen. Der Umsatz beträgt etwa 2.000 Mrd. Dollar am Tag. Davon beruhen mindestens 97 % auf der Ausnutzung von Währungsschwankungen (FAZ 24.07.2007). Währungen billig einkaufen und teurer verkaufen, ist die Devise. Die Deutsche Bank ist dabei weltweit federführend. Es gibt ferner Tausende von Derivaten, mit denen man auf steigende oder fallende Devisenkurse wetten kann.

e) Veränderung der Bilanzierungsmethoden, um Renditen zu steigern

Eine Methode, Kurssteigerungen von Wertpapieren für Gewinnausschüttungen bzw. zur Steigerung der Eigenkapitalrendite zu nutzen, ist die Bilanzierung von Vermögenspositionen zu dem Marktpreis, der am Stichtag (Quartalsende, Jahresende usw.) gilt. Ab 2005 müssen alle börsennotierten Unternehmen und solche, die Unternehmensanleihen ausgeben, ihre Bilanzen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufstellen, die die Bilanzierung zum aktuellen Marktpreis, genannt Fair Value, vorschreiben. Für die Festsetzung der Standards ist in Europa ein privater Verein zuständig, der International Accounting Standards Board in London.
Da sich Aktienkurse bzw. Kurse anderer Wertpapiere durch volkswirtschaftliches Kreditdoping erhöhten, stieg aufgrund der IFRS-Methode das Betriebsvermögen, ohne dass dafür Kapital aufgewandt werden musste. So entstanden im Auf-

schwung Bilanzgewinne, die die Eigenkapitalrendite im Verhältnis zu früheren Aufschwüngen auf dem Papier erhöhten. „*Während eines Börsenbooms werden die Aktiva höher bewertet, was der Bank mehr Spielräume zum Zocken gibt; in schlechten Zeiten passiert das Gegenteil*“ (Münchau FTD 19.11.2008). Die Zeitwertbilanzierung führte zu Beginn der Finanzkrise zu einer enormen Beschleunigung von Abschreibungen, da der Kursverfall zeitnah abgebildet werden musste. Das erzeugte erhebliche Verluste in der Bilanz. Die Bilanzregeln wurden rasch geändert. Jetzt ist es möglich, faule Wertpapiere aus dem Handelsbestand in den Anlagebestand zu verschieben. Verluste müssen dann erst bei Fälligkeit der Wertpapiere bilanziert werden. So kann man Verluste vertuschen und aufs Neue „Gewinne“ generieren. „*Ohne die sofortige Änderung der Bilanzregeln wären große Teile des deutschen und europäischen Finanzsektors binnen Wochen bankrott gewesen*“ (Münchau ebda.).
In die Sparte Bilanztechnik fallen auch die Aktienrückkäufe. Die Deutsche Bank z.B. hat ab Mitte 2002 Aktien für rund 15 Mrd. Euro zurückgekauft und eingezogen. Das Eigenkapital sank dadurch um 7,2 Mrd. Euro. Dadurch stieg die Eigenkapitalrendite auf 25 % (Holger Steltzner, Wie die Lemminge, FAZ 26.03.2009). Börsenwert dieser Bank: 20 Mrd. Euro.

f) Finanzielle Kettenbriefsysteme aufbauen

Illegale finanzielle Schneeballsysteme sind die Krönung der Geschäfte ohne Eigenkapital. Hier werden Investoren mit ihrem eigenen Geld bezahlt, nicht mit Erträgen aus ihren Kapitalanlagen. Frische Gelder von neuen Anlegern werden dazu benutzt, Renditen für die alten Anleger zu zahlen. Nicht umsonst gebar der gedopte Aufschwung der USA die größten Betrugsfälle aller Zeiten. Madoff soll Anleger um 50 Mrd. Dollar betrogen haben, Stanford um acht Milliarden Dollar. Es versteht sich fast von selbst, dass die Finanzaufsicht trotz massiver Warnungen lange Zeit keinen Finger rührte. Bis eben die Krise die Kettenbriefsysteme platzen ließ. Letztlich beruhen aber alle Finanzwetten auf der Hoffnung, dass man eine steigende Zahl von Käufern für Finanzprodukte findet, damit die Kurse ewig steigen. Das ist die legale Form der Schneeballsysteme.

Methoden, die letzte Krise zu bewältigen, bereiteten die heutige Krise vor

Die Methoden, sinkende Profitraten aufzufangen, waren und sind abenteuerlich, auf Kreditschwindel angelegt, spekulativ wie im Spielcasino usw. Aber trotz aller Waghalsigkeit und persönlicher Gier schaffte es das Finanzkapital nicht, seine Rentabilität mit diesen Mitteln über das 2000 erreichte Niveau hinaus zu steigern. Im Gegenteil: Die Explosion von windigen Geschäften ohne ausreichendes Eigenkapital, die Ausnutzung aller Chancen, Zockerprodukte zu entwickeln und zu vermarkten, erwiesen sich als Mittel, die Probleme der Kapitalverwertung noch zu vergrößern. Es wird viele Jahre dauern, bis die Billionen Dollar und Euro verdaut sind, die in Form entwerteter Ansprüche auf Zahlungen anderer, in Form unver-

käuflicher Wertpapiere, fauler Kredite, abgeschmolzener Aktienkurse usw. die Bilanzen der Finanzkonzerne und anderer Unternehmen verseuchen.
So viel zur Verwertung von Kapital als der bestmöglichen und effizientesten Triebfeder für das Wohlergehen aller Gesellschaften. Die Märkte haben funktioniert und genau das hat zu dieser schweren Krise geführt. Es kann also nicht darum gehen, das „Vertrauen der Märkte" wiederherzustellen, erst recht nicht, das Vertrauen in ein Wirtschaftssystem, das so funktioniert.

1.4 Mangelnde Aufsicht durch den Staat?

„*Als politisch korrekt gilt, das Marktversagen zu geißeln und das Versagen des Staates auszusparen*" (Holger Steltzner in FAZ 15.11.2008). Die Repräsentanten des Kapitals suchen die Ursachen des Desasters lieber nicht bei sich bzw. beim Kapital, sondern beim Staat, der sie nicht daran gehindert hat, das zu tun, was sie getan haben. „*Die Kritik muss an der Aufsicht ansetzen. Das ist für Politiker freilich ein brenzliges Thema: Die Banken- und Marktaufsicht hat an jedem einzelnen Finanzplatz katastrophal versagt*" (Bettina Schulz, Das Versagen der Aufsicht, FAZ 25.09.2008).
Vom Versagen der Aufsicht zu sprechen, macht Vertreter des Kapitals zu besonders lustigen Vögeln. Man hat uns nicht genug beaufsichtigt, jammern die Wirtschaftsführer. Sie verhalten sich wie Schüler, die hinter dem Rücken ihrer Aufsicht führenden Lehrer Dummheiten machen, und - wenn sie gelingen - der mangelnden Aufsicht die Schuld geben. Sie erklären damit, dass der Staat in der Lage gewesen wäre, die Krise durch entsprechende Aufsicht zu verhindern, sie selbst aber nicht. So viel Gläubigkeit in die herkulischen Fähigkeiten des Staates hätte man den Freiheitskämpfern des „Neoliberalismus" gar nicht zugetraut. Die Staatsillusion entspricht der Marktillusion und existiert gleichzeitig mit ihr. Und so sind wir in der glücklichen Lage, dass alle versagt haben und sich gegenseitig die Schuld zuschieben, der Markt, der Staat, die Vorstände, die Aufsichtsräte, die Banker, die Politiker, die Zentralbanker, die Ökonomen, die Wirtschaftsprüfer, die Ratingagenturen, die Medien usw. Aber natürlich ist das gesamte System kerngesund und das Bestmögliche. Alle haben versagt, nur das System der Versager hat nicht versagt.

Staatliche Eigenkapitalvorschriften

Aus nationalen Regulierungen entwickelte sich 1975 als Reaktion auf die erste Weltwirtschaftskrise nach dem zweiten Weltkrieg der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht. Diese internationale Aufsicht wurde von den Finanzministern, Notenbankern und Bankenaufsehern der zehn wichtigsten Industriestaaten bei der Baseler Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)[1] angesiedelt.

[1] Die BIZ wurde 1930 von verschiedenen Zentralbanken, u.a. der deutschen, gegründet. Aktionäre, d.h. Inhaber der BIZ sind europäische Zentralbanken, die FED, die Zentralbanken Japans, Kanadas, Australiens usw. Die BIZ dient als Bank der Zentralbanken deren Koordination.

Vor allem die Bankenkrisen Anfang der 80er Jahre und drohende Bankinsolvenzen aufgrund sinkender Eigenkapitalunterlegung erzeugten die Notwendigkeit einer internationalen Beschränkung der Kreditvergabe.
1988 trat die erste verbindliche, internationale Übereinkunft in Kraft, ein Mindestmaß an Eigenkapital für Bankgeschäfte vorzuhalten und darüber der Kreditvergabe Zügel anzulegen (Baseler Abkommen oder Basel I). Sie wurde in den 90er Jahren internationaler Standard. „*Aufgrund eines anhaltenden Verdrängungskampfs bauten die Banken ihre Geschäfte ... ohne eine angemessene Eigenkapitalunterlegung aus,*" heißt es zur Begründung der Notwendigkeit von Basel I bei Wikipedia (http://de.wikipedia.org/wiki/basel_I). Basel I kam allerdings zu spät, um die japanischen Banken an ihrer Kreditorgie zu hindern. 1989/1990 platzte die kreditfinanzierte Immobilien- und Aktienblase in Japan.
Regulierungen sind keine von außen aufgezwungenen Maßnahmen, wie es den Vertretern der Privatinteressen erscheint, sondern im Interesse des Gesamtkapitals notwendige Maßnahmen. Der Umstand, dass das Finanzkapital bzw. das kapitalistische Wirtschaftssystem Krisen produziert, die zu Verlusten der Einleger, der Sparer usw. und zum Zusammenbruch des Kreditsystems als Ganzem führen können, hat die staatliche Aufsicht erzwungen. Der Staat strebt gewissermaßen an, die Privateigentümer der Banken vor sich selbst zu schützen, in dem er ihnen teilweise sogar gegen ihren Willen Vorschriften aufzwingt, die ihnen nützen sollen. Allein diese immer stärker werdenden Regulierungen des Finanz- und Versicherungswesens, deren Geschäftstätigkeit permanent gemeldet und überwacht werden muss, zeigt, dass ein Abbau staatlicher Regulierung ohne die Ausschaltung privater Interessen nicht möglich ist.
In Deutschland gibt es wie in vielen anderen Ländern eine nationale staatliche Bankenaufsicht. Sie war eine Antwort auf den Zusammenbruch der zweitgrößten deutschen Bank, der Darmstädter- und Nationalbank (Danat-Bank), im Jahr 1931. Die Danat-Bank wurde damals von der Reichsregierung mit der Dresdner Bank fusioniert. 2009 wurde die bankrotte Dresdner Bank von der Bundesregierung mit der Commerzbank fusioniert. Die Bankenaufsicht wird heute von der Bundesbank und der 2002 gegründeten Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wahrgenommen, die dem Finanzministerium untersteht. Letztere wird vollständig aus Gebühren und Umlagen der beaufsichtigten Banken, Versicherungen, Pensionsfonds, Kapitalanlagegesellschaften und Finanzdienstleistungsinstitute (Wertpapierfirmen, die keine Banken sind) bestritten. In den USA entstand die Bankaufsicht 1934. Im Zentrum der Bankenaufsicht stehen Vorschriften, in welcher Weise die Kredite bzw. Finanzgeschäfte der Banken mit Eigenkapital unterlegt sein müssen. „*Je höher die Eigenkapitalquote, desto besser ist das Unternehmen gegen Verluste abgesichert*" (FTD 17.11.2008), desto sicherer sind auch die Einlagen der Bankkunden. Das Interesse des Bankkapitals ist genau entgegengesetzt: „*Die Banken sind nicht an einem hohen Eigenkapital interessiert. Machen sie Gewinn, ist die Eigenkapitalrendite umso höher, je niedriger das Eigenkapital - die Rendite ist wiederum das, was an der Börse zählt*" (FAZ 10.10.2008).

Aufbau von Bankbilanzen

Jede Bilanz besteht aus Aktiva (Vermögen) und Passiva (Kapital). Die Bilanzsumme gibt auf der Seite der Passiva den Umfang der Mittel an (Eigenkapital und Fremdkapital), auf der Seite der Aktiva die Verwendung der Mittel (Forderungen, Wertpapierbestand, Vermögen usw.). Die Bilanz muss ausgeglichen sein. Wenn Vermögenswerte an Wert verlieren, weil z.B. Kredite nicht mehr mit Zins und Tilgung bedient werden können oder Wertpapiere an Wert verlieren, müssen sie abgeschrieben werden, d.h. das Vermögen auf der Seite der Aktiva vermindert sich. Abschreibungen vermindern den Jahresüberschuss, das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung, können ihn aber auch völlig aufzehren und zu Verlusten führen oder sich mit Verlusten aus dem laufenden Geschäft zum Gesamtverlust addieren. Wenn bei der Gewinn- und Verlustrechung einer Bank Verluste anfallen, wird das Eigenkapital aufgebraucht.

Das Eigenkapital muss jedoch in einem bestimmten Verhältnis zu den Risiken auf der Seite der Aktiva stehen, d.h. auf der Seite der Bilanz, auf der die Verwendung des Eigen- und Fremdkapitals der Bank registriert wird. Die Geschäfte der Bank müssen mit Eigenkapital abgesichert sein. International wird reguliert, in welchem Verhältnis das Eigenkapital zur Bilanzsumme, also der Summe der Aktiva stehen muss. Da die Risiken nicht bei jeder Verwendung der Mittel gleich sind, werden die Risiken gewichtet. Die Kernkapitalquote muss mindestens 4 % der risikogewichteten Aktiva betragen. Wenn aufgrund z.B. aufgrund von Abschreibungen zu viel Eigenkapital aufgezehrt wird und nicht durch neu aufgenommenes Kapital ersetzt werden kann, kann das dazu führen, dass die vorgeschriebene Kernkapitalquote unterschritten wird. Die Ansprüche der Eigentümer des Bankkapitals (in Form von fremdem oder eigenem Kapital) können nicht mehr befriedigt werden, weil das Kapital, aus dessen Verwendung diese Ansprüche befriedigt wurden, vernichtet worden ist. Die Bank muss dann von der Bankenaufsicht geschlossen werden. Wenn die Bank kein frisches Eigenkapital mehr bekommt oder sich durch Verkäufe von Vermögensbestandteilen refinanzieren kann, tritt ein Zustand der Überschuldung ein, der zum Konkurs führt.

Im Konkursfall wird das noch vorhandene Vermögen auf die Gläubiger aufgeteilt.

Eigenkapital heißen die Mittel, die einer Bank von den Eigentümern unbefristet zur Verfügung gestellt wurden. Dazu kommen Rücklagen und eventuelle Gewinnvorträge. Das Eigenkapital kann durch Kapitalerhöhungen von außen erhöht werden oder durch Verzicht auf Ausschüttung an die Eigentümer.

Das Eigenkapital wird in drei Ränge gestaffelt (Tier 1 bis 3; tier *engl.* = Lage, Reihe). Zu Tier 1 (dem sogenannten Kernkapital) gehören vor allem Stammkapital, Kapitalrücklagen, Gewinnrücklagen und nicht kumulative Vorzugsaktien (d.h. stimmrechtslose Aktien ohne Anspruch auf Dividendenzahlungen in Verlustjahren). Das Kernkapital ist der Teil des Eigenkapitals, der dem Unternehmen dau-

erhaft zur Verfügung steht (§ 10 Abs. 2 Kreditwesengesetz). Die Deutsche Bank hat z.B. 2008 ein Kernkapital von 32,7 Mrd. Euro, das überwiegend aus Kapital- und Gewinnrücklagen besteht.
Tier 2 erhöht das Kernkapital um das sog. Ergänzungskapital. Dieses besteht vor allem aus Fremdkapital, das langfristig festgelegt und bei Insolvenz nur nachrangig geschützt ist (z.B. Genussrechtskapital) sowie aus kumulativen Vorzugsaktien. Das Tier 2-Kapital der Deutschen Bank betrug 2008 40,6 Mrd. Euro.
Tier 3 erhöht Tier 2 um nachrangiges Fremdkapital mit Laufzeiten zwischen zwei und fünf Jahren. Mit diesen Mitteln dürfen nur Risiken im Wertpapierhandel (Marktrisiken) unterlegt werden.

Eigenkapitalunterlegung mit Basel I

Basel I legte fest, dass Banken im Verhältnis zu ihren ausgeliehenen, risikogewichteten Krediten mindestens 8 % Eigenkapital halten müssen. Kredite (Forderungen) an den Staat mussten, weil risikolos, gar nicht unterlegt werden, Forderungen an Banken nur zu 1,6 %, Hypotheken zu 4 % und Forderungen an Unternehmen und Private zu 8 %. Die 8 % werden als Risikogewicht von 100 % bezeichnet. Ein Kredit an ein Unternehmen in Höhe von 100 Mio. Euro musste also zu 100 %, d.h. mit acht Millionen Euro Eigenkapital gedeckt sein, eine Forderung an Banken in derselben Höhe nur zu 20 %, d.h. mit 1,6 Mio. Euro usw. Da alle Forderungen pauschal nach Risiko gewichtet wurden, war die Unterlegung mit Eigenkapital deutlich geringer als acht Prozent der ausgegebenen Kredite (http://de.wikipedia.org/wiki/basel_II).
Marktpreisrisiken, d.h. mögliche Verluste aus Währungsschwankungen, Kursverluste von Wertpapieren, Zinserhöhungen usw. mussten überhaupt nicht mit Eigenkapital unterlegt sein. Das ist erst seit 1996 der Fall. Allerdings waren die Eigenkapitalanforderungen für Marktrisiken von Wertpapieren (z.B. in Form verbriefter Kreditpakete) viel geringer als die für Kreditrisiken (Zeise 2008, 177). „*Die Differenz dürfte die Praxis der Verbriefung und des Weiterverkaufs von Krediten stark gefördert haben*“ (ebda.), da Kredite selbst mit höherem Eigenkapital unterlegt sein mussten. Basel I sollte dazu dienen, mehr Eigenkapital vorzuhalten und die Kreditvergabe zu beschränken. Aber alle Methoden, dieses Ziel vollständig auszuhebeln, d.h. mit möglichst wenig Eigenkapital ein möglichst großes Kreditrad zu drehen, waren mit Basel I abgedeckt. Sie waren legal. Die „Regulierung“ hat die riskanten, unregulierten Operationen ermöglicht. Sie war eine Scheinregulierung.
Basel I bedeutete:

- Schattenbanken wie Zweckgesellschaften, Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften und reine Investmentbanken unterlagen den Richtlinien nicht.
- Der Verkauf von Krediten in Form von Wertpapieren (Verbriefung) wurde nicht reguliert.
- Außerbilanzielle Geschäfte wurden von Basel I nicht erfasst.

- Kurzfristige Kredite bis zu einer Laufzeit von einem Jahr (Commercial papers) mussten nicht mit Eigenkapital unterlegt werden. Banken konnten also Liquiditätsgarantien für kurzfristige Kredite ihrer Zweckgesellschaften aussprechen, ohne sie mit Eigenkapital abzusichern.

„*Basel I verleitete Banken dazu, Zweckgesellschaften einzurichten, in denen sie faule Kredite versteckten und verbrieften*" (Münchau in FTD 19.11.2008). Die Geier der Banken wären demnach durch den Staat verführt worden, die Geier zu sein, die sie ansonsten nicht gewesen wären. Das stellt die Dinge auf den Kopf. Wenn schon Verführung, dann haben die Banken den Staat verführt. Das mussten sie aber gar nicht, weil er sich ohnehin willig hingegeben hat.
Banken mussten Basel I auch nicht umgehen. Finanzminister, Zentralbanker und staatlichen Aufsichtsorgane haben mit Basel I die unglaubliche Ausdehnung der Kreditvergabe, die Veredelung von Kreditgiftmüll in Wertpapiere und ihren Weiterverkauf möglich gemacht. Die staatlichen Richtlinien entsprachen den Rendite-Interessen des Finanzkapitals. Zentralbanken, Bankenaufsicht und Finanzminister bzw. die jeweiligen Regierungen handelten als Repräsentanten des Gesamtkapitals. Sie setzten zwar der Kreditvergabe gewisse Schranken, verhalfen aber den Banken dazu, in neuen Formen Krediträder in nie zuvor gekanntem Ausmaß drehen zu können.
Im Nachhinein erscheint es als „*schwerer Fehler des Abkommens und des Baseler Ausschuss*" (Zeise 2008, 176), z.B. die Zweckgesellschaften zugelassen zu haben, ohne dass sie mit Eigenkapital unterfüttert werden mussten. Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften als Verschuldungsmaschinen außerhalb von Basel II zuzulassen, bezeichnet Zeise ebenfalls als „*entscheidenden Fehler*" (ebda. 179). Wenn Fehler enorme Renditen ermöglichen und sei es auch nur zeitweise, kann es vom Standpunkt der Banken aus schwerlich ein Fehler gewesen sein. Wenn die Methoden, mit möglichst wenig Eigenkapital die Kreditvergabe hochzujagen, wirklich Fehler waren, dann hätten sie ja mit Basel II korrigiert werden können. Das Gegenteil aber war der Fall.

Eigenkapitalunterlegung mit Basel II

Die Kreditvergabe ist ab 1.1.2007 mit verbindlicher Geltung ab 1.1.2008 durch Basel II reguliert. Gemäß einer EU-Richtlinie gelten diese Vorschriften ab 2008 in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für Banken und Finanzinstitute. 2007 war den Banken freigestellt, nach Basel I oder Basel II zu verfahren. Praktisch alle größeren Banken wählten Basel II (Zeise 2008, 177). Die neuen Regeln müssen ihnen also in Bezug auf die Eigenkapitalunterlegung noch weiter entgegengekommen sein.
Es blieb dabei, dass 8 % der risikogewichteten Aktiva mit Eigenkapital unterlegt werden müssen. 8 % Eigenkapitalunterlegung werden weiterhin mit einem Risikogewicht von 100 % gleichgesetzt. Der Kern von Basel II besteht darin, dass alle Risikopositionen bei Krediten, Wertpapieren und „Fehlern von Bankangestellten"

nicht mehr pauschal mit 100 %, 50 % oder 20 % usw. gewichtet werden, sondern individuell. Kredite an Unternehmen und verbriefte Forderungen müssen jetzt nur noch dann zu 100 % unterlegt werden, d.h. mit 8 % Eigenkapital, wenn sie mit der schlechten Note BBB+ bis B- bewertet werden. BBB+ kennzeichnet einen unteren Grad des Risikos. B- sind hochspekulative Anlagen. Unternehmenskredite und verbriefte Forderungen mit dem Rating AAA bis AA- müssen nur mit 20 % des Risikogewichts, d.h. mit 1,6 % der Forderung unterlegt sein. Ein Unternehmenskredit über 100 Mio. Euro wird mit 1,6 Mio. Euro gesichert. Je schlechter das Rating, desto höher wird das Risikogewicht, desto mehr Eigenkapital muss zur Deckung aufgewandt werden. Das Risiko kann bis zu 1250 % gewichtet werden. In diesem Fall muss eine Forderung von 100 Millionen Euro mit 100 Mio. Euro Eigenkapital unterlegt sein.
Verbriefte Wertpapiere, die mit Kreditausfallversicherungen (CDS) gedeckt sind, schneiden bei der Risikobewertung blendend ab. Mit CDS kann man Dreck zu Gold machen. Wenn Kredit-"Versicherer" unglaubliche Risiken auf sich laden und ihrerseits ausfallen können (wie beispielsweise der US-Riese AIG), geht das in die Bewertung nicht ein.
Die Banken haben die Wahl, die Risiken entweder durch eine von ihnen bezahlte Ratingagentur oder selbst zu bewerten. Zwei Drittel der Banken nutzen eigene Ratingmodelle (FAZ 04.01.2008). Wenn Banken selbsterstellte Ratings benutzen, kann ein AAA-Papier sogar nur mit 7 bis 20 % gewichtet werden, d.h. im günstigsten Fall muss ein Kredit von 100 Mio. Euro nur mit 560.000 Euro Eigenkapital unterlegt sein (FAZ 04.01.2008).
Banken haben das massive Eigeninteresse, die Risiken geringer anzugeben, als sie sind, um mehr Kredite im Verhältnis zu ihrem Eigenkapital ausgeben zu können und damit die Eigenkapitalrendite zu erhöhen. Zeise bezeichnet das als Aufweichung der Regeln von Basel I (Zeise 2008, 175 f.). Bei Basel I spielte die Beurteilung der Bonität des Schuldners und damit der Ausfallwahrscheinlichkeit des Kredits noch keine Rolle. Die Banken bewerten ihre Risiken zwar unter Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzaufsicht bzw. anderer nationaler Aufsichtsbehörden. Diese aber sind gar nicht in der Lage, die Selbsteinschätzungen des Risikos aller Kredite aller Banken angemessen zu überprüfen.

Basel II senkt die Eigenkapitalanforderungen noch unter das bescheidene Niveau von Basel I. Da sich der Prozentsatz von 8 % Eigenkapital jetzt auf die in Einzelfall risikogewichteten Aktiva bezieht, vermindert sich der Prozentsatz des Eigenkapitals im Verhältnis zu den Aktiva. Es können also noch mehr Kredite vergeben und noch mehr verbriefte, mit CDS hochgejazzte Forderungen gekauft werden. Auf diese Weise steigt der Profit bezogen auf das Eigenkapital und damit Eigenkapitalrendite, vor allem in Zeiten des Aufschwungs. Basel II ist als ein Instrument zur Förderung der Eigenkapitalrenditen des Finanzkapitals ins Leben getreten. Allerdings hat die individuelle Risikogewichtung im Fall der Krise den gegenteiligen Effekt. Da die Ratings von Forderungen herabgestuft werden müssen,

wenn ihre Ausfallwahrscheinlichkeit steigt, steigt der Bedarf an Eigenkapital in der jetzigen schweren Krise drastisch an. Die verzweifelten Versuche, die Bankrenditen mit windigen „Regulierungen“ zu steigern, führen in der Krise zu Verlusten, die die vormaligen Extragewinne schneller als vorher wieder auffressen.
Basel II änderte nichts daran, dass

- Kredite weiterhin ohne Beschränkungen verbrieft, d.h. weiterverkauft werden können,
- Hedgefonds ebenso wenig den Eigenkapitalvorschriften unterworfen sind wie Beteiligungsgesellschaften,
- Banken weiterhin Hunderte von Milliarden in Steueroasen schleusen können,
- Finanzwetten auf alles und jedes nicht eingeschränkt oder verboten werden.

Kreditlinien der Mutterbanken an Zweckgesellschaften müssen jetzt allerdings mit Eigenkapital unterlegt werden, auch wenn sie eine Laufzeit von unter einem Jahr haben.

Kern- und Eigenkapitalquote

Basel I und II schreiben vor, dass das Eigenkapital mindestens 8 % der risikogewichteten Aktiva betragen muss oder – mit anderen Worten - dass die Eigenkapitalquote mindestens 8 % zu sein hat. Banken dürfen die geforderten Eigenkapitalquoten nicht unterschreiten. Wenn das Eigenkapital durch Wertberichtigungen bei Krediten und Wertpapieren aufgebraucht wird und die Quote unter 8 % der risikogewichteten Aktiva fällt, muss Eigenkapital nachgeschossen werden. Gelingt das nicht, ist die Bank zahlungsunfähig.
Die Kernkapitalquote, also das Verhältnis des Kernkapitals (Tier 1) zu den risikogewichteten Aktiva soll nach Basel II weiterhin nur 4 % betragen. Die Quoten sind in einzelnen Ländern höher.
Wie wenig die Kernkapitalquote von 4 % als Maßstab taugt, zeigt das Beispiel von Lehman Brothers. Die Bank wies Ende des 2. Quartals 2008 eine Kernkapitalquote von 10,7 % im Verhältnis zu den risikogewichteten Aktiva aus. Nach der Risikogewichtung blieben nämlich von der Bilanzsumme von 639 Mrd. Dollar nur noch 216 Mrd. Dollar übrig, die unterlegt werden mussten. Das Kernkapital betrug 23,1 Mrd. Dollar. Die Kernkapitalquote wurde durch die Risikobewertung auf 10,7 % hochgepuscht. Lehman schätzte z.B. die Bonität der Wertpapiere, die auf Kreditverbriefungen bzw. mit Subprime-Hypotheken gesicherten strukturierten Produkten beruht, einfach als gut ein. Drei Monate später brach Lehman zusammen und ging trotz seiner „soliden“ Kernkapitalquote in den Konkurs. Der Züricher Bankenprofessor Hans Geiger bezeichnete die Kernkapitalquote deshalb als „Schönwetterprodukt“, das den Krisentest nicht bestanden hat (Capital 14/2008).
Die Deutsche Bank dampfte die Bilanzsumme von 2.202 Mrd. Euro Aktiva im Jahr 2008 risikogewichtet auf 308 Mrd. Euro Aktiva ein. Nur in dieser Höhe müssen Aktiva mit Eigenkapital unterlegt sein. Da sich das Eigenkapital auf 31,1 Mrd.

Euro beläuft, ist die Kernkapitalquote (oder Tier 1) 10,1 %. Der Umfang der illiquiden Wertpapiere und Kredite belief sich Ende 2008 aber auf 89 Mrd. Euro, dem Dreifachen des Eigenkapitals. Würde nur ein Drittel dieser Summe abgeschrieben, wäre das Eigenkapital aufgezehrt und die Deutsche Bank zahlungsunfähig, wenn sie kein neues Kapital bekommt. Die Deutsche Bank soll rund 6.000 CDS-Verträge in ihren Büchern haben mit einem Nominalwert von 68,5 Mrd. US-Dollar. In diesem Umfang müsste sie im Versicherungsfall haften, kann sie aber nicht (Thomas Lukscheider, Linkszeitung 11.12.2008).

Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme - Verschuldungsgrad

Ein besserer Indikator für die Fähigkeit, Kredit- und Wertpapiergeschäfte mit Eigenkapital abzusichern, ist das Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme, d.h. zu den nicht nach Risiken gewichteten Aktiva.
Das Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme betrug 2008 bei der Deutschen Bank 1,4 % und lag damit international in den untersten Rängen (vgl. auch http://www.capital.de/unternehmen/100015841.html). Der „Verschuldungshebel" oder Verschuldungsgrad ist also 1 zu 71. Auf einen Euro Eigenkapital kommen 71 Euro Verbindlichkeiten, wie sich Schulden im Bankerjargon nennen.
Das Centre for European Policy Studies (CEPS) stellte fest, dass „*die führenden Banken Europas ... auf einen Verschuldungshebel (oft von mehr als 30, manchmal bis zu 50)* (kommen würden), *der unter den gegebenen Marktkonditionen als ein Desaster im Wartestand bezeichnet werden muss*" (Christian von Hiller, FAZ.Net 30.09.2008). Die Kredithebel der Großbanken sind mit denen der Hedgefonds vergleichbar. Der Verschuldungsgrad z.B. der Schweizer Großbanken hatte sich im Zeitraum von 1996 bis 2006 von 11 auf 40 ausgeweitet, d.h. statt 9 % der Aktiva waren nur noch 2,5 % der Aktiva durch Eigenkapital gedeckt (Zeise 2008, 182).
Aber auch der Verschuldungsgrad (Verhältnis Eigenkapital zur Bilanzsumme) sagt wenig aus. Die US-Banken Wachovia, Washington Mutual (ebenso wie Wells Fargo) wiesen Ende Juni 2008 acht Prozent Eigenkapital im Verhältnis zur Bilanzsumme auf und rutschten trotzdem in die Krise. Wachovia, die viertgrößte US-Bank wurde von Wells Fargo übernommen. J.P. Morgan übernahm die kollabierte Washington Mutual. Wenn Aktiva an Wert verlieren, das Rating heruntergestuft wird und mehr Eigenkapital bereitgestellt werden muss, damit eine Bank nicht bankrott geht, nützen auch die acht Prozent nichts.
Die internationalen Eigenkapitalvorschriften haben die Haftung für Verluste aus privaten Geschäften erheblich zurückgefahren. „*Zu geringe Eigenkapitalerfordernisse haben das liberale Prinzip von Freiheit und Verantwortung verletzt, wonach zum Recht auf Gewinnchance untrennbar die Pflicht zur Haftung für Verluste gehört*," heißt es in einem Papier des FDP Vorsitzenden von NRW Andreas Pinkwart (FAZ 11.11.2008). Die Senkung der Eigenkapitalausstattung bedeutet, dass die Finanzkonzerne sich im Krisenfall auf Unterstützung durch ihren Staat als Gesamtkapitalisten verlassen und letztlich damit von allen Bürgern ihrer jeweiligen Länder Garantien für ihre Geschäftsideen erwarten. Der Liberalismus ist mausetot.

Versagen der Aufsicht?

„*Er setzt Mindestkapitalstandards, er kontrolliert die Eigentümer und Geschäftsführer, er prüft die Risikosteuerung, er legt Mindestliquiditätsreserven fest. Keine andere Branche wird durch eine so engmaschige eigene Gesetzgebung gegängelt und dazu von einer Aufsicht mit so rigorosen Eingriffsrechten überwach*" (Zeise 2008, 169). Angesichts des Wusts an Gesetzen, Richtlinien und Paragraphen kann man auf diese Idee kommen.

In Wirklichkeit aber zeigen Basel I und Basel II, dass die beteiligten staatlichen „Regulierer" (Aufsichtsorgane, Finanzministerien, Zentralbanken) gar nicht ernsthaft die wilden Zockereien einschränken wollten, egal von welchen politischen Parteien sie gestellt wurden. Die FAZ stellte deshalb fest: „*Auch in der EU gab es einen Wettlauf um möglichst laxe Aufsichten*" (15.11.2008). Jürgen Stark, Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank: „*Man hat dort, wo besonders innovative Ansätze entwickelt wurden, auf Regulierung verzichtet ... Die Risiken waren seit zehn bis fünfzehn Jahren bekannt*" (FAZ 09.11.2008). Auf die Frage, warum trotzdem nichts passiert sei, antwortete er: „*Weil es keinen politischen Willen gab, in einem relativ günstigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld die Konsequenzen zu ziehen. .. Viele hatten Interesse an der Expansion des Finanzsektors als wichtigem Beitrag für wachsenden Wohlstand. Davon haben wichtige Finanzzentren der Welt lange gut gelebt*" (ebda.).

Der Staat hat „versagt", weil er Agent des Finanzkapitals ist. „Politikversagen" bzw. „Staatsversagen" sind in Wirklichkeit ein „Versagen" des Finanzkapitals. Dieses aber hat nicht versagt, sondern nur seiner Natur gemäß gehandelt.

Amerikanische und europäische Finanzexperten fassten auf einer Tagung der BMW-Stiftung ihre Ansicht zusammen. „*Vor allem dürften die Regeln nicht wie bisher weitgehend von den Finanzmarktakteuren selbst geschrieben werden, sondern von „desinteressierten Wirtschaftsfachleuten". … Die unzulässige Interessensverquickung liege an der Wurzeln der verheerenden Krise*" (FAZ 01.04.2009) Die Finanzaristokratie formuliert die staatlichen Regeln selbst. Die Staaten repräsentieren nichts Anderes als das Gesamtinteresse des Finanzkapitals. Das ist in den USA noch deutlicher zu sehen als in Deutschland. Dort war der Finanzminister unter Bush ein ehemaliger Manager von Goldman Sachs und der Finanzminister vor ihm ist heute Chef einer bedeutenden Beteiligungsgesellschaft. Die USA haben nicht umsonst selbst die aufgeweichten Vorschriften von Basel II bisher nicht anerkannt.

Die staatliche Aufsicht ist letztlich eine Alibiaufsicht, die die schrankenlose Kreditvergabe im Verhältnis zu Eigenkapital nicht verhindern, sondern aufrechterhalten und unter den jeweiligen Bedingungen fördern soll.

Die sogenannte Aufsicht war nicht einmal in der Lage, die Folgen der Profitinteressen rechtzeitig zu registrieren, obwohl die Risiken lange bekannt waren. Der Zyklus der Konjunktur führte immer schon dazu, dass kurz vor Ausbruch der Krise die Euphorie am höchsten ist. Der Kredit im Besonderen kann einen Zyklus verlängern bzw. ihm einen zusätzlichen Anschein verleihen, „robust" und „nachhaltig" zu sein. „*Daher scheint immer das Geschäft fast übertrieben gesund gerade unmittelbar vor dem Krach. Den besten Beweis liefern z.B. die ‚Reports on Bank Acts' von 1857 und 1858, wo alle Bankdirektoren, Kaufleute, kurz alle vorgeladenen Sachver-*

ständigen, an ihrer Spitze Lord Overstone, sich wechselseitig Glück wünschten über die Blüte und Gesundheit des Geschäfts - genau einen Monat bevor die Krise im August 1857 ausbrach" (Marx, MEW 25, 501 f.). Nicht einmal die Fehleinschätzung ist überwiegend persönliches Versagen. Der Prozess der Kapitalverwertung erzeugt zwangsläufig Scheuklappen bei denen, die Agenten der Kapitalverwertung sind.
Es ist reine Demagogie, wenn die Interessenvertreter des Finanzkapitals dem Staat Versagen bei der Regulierung vorwerfen. Die Staaten haben vielmehr das Interesse der Finanzaristokratie verfolgt, gefallene Profitraten durch riskante, d.h. nicht mit Eigenkapital ausreichend gedeckte Finanzgeschäfte zu erhöhen. Die Finanzaristokrie sollte dankbar sein, kann es aber nicht, weil sie einen Pappkameraden braucht.

2.1 Sinkende Zinsen – Folge von Kapitalüberschüssen

Wir haben gesehen, dass die Durchschnittsrate des Zinses in den letzten Konjunkturzyklen gefallen ist. Der langfristige Fall der Zinsen war nicht Folge einer falschen Politik, sondern der ökonomischen Entwicklung, die enorme Kapitalüberschüsse erzeugt hat, die nach Anlage schrieen.
Das gefallene Zinsniveau zeigt einen Überschuss an Kapital an, genauer an Geldkapital. Je mehr Kapital angeboten wird, das den Investitionsbedarf und den Kreditbedarf der Unternehmen übersteigt, desto billiger wird die Ware Geld. Diese Entwicklung schlägt sich auch in den Leitzinsen der Zentralbanken nieder. Da tendenziell mehr Kredite nachgefragt werden, je billiger die Ware Geld ist, können niedrige Zentralbankzinsen als eigentliche Ursache der Kreditexplosion erscheinen. Das über längere Zeiträume sinkende Zinsniveau ist aber in erster Linie Folge des Kapitalüberflusses, nicht seine Ursache. (vgl. isw 1998, 7)
„*Auch abgesehn von der Profitrate,* (hat) *der Zinsfuß eine Tendenz zum Fallen ... infolge des Wachstums des verleihbaren Geldkapitals",* erklärt Marx (Das Kapital Bd. III, 637).
Der Zusammenhang zwischen Profitraten und Zinsniveau kann hier nicht weiter verfolgt werden. Nur so viel: Wenn die Profitraten in der Tendenz fallen (und das tun sie), nehmen deswegen auch die Zinssätze tendenziell ab. Je niedriger die Profitraten sind, desto geringer ist die Bereitschaft und die Fähigkeit, hohe Zinsen zu zahlen. Die Höhe der Zinsen hängt vom Kräfteverhältnis zwischen Kreditgebern und Kreditnehmern ab, ist aber eingebunden in die Entwicklung der Profitraten der Unternehmen. Gesunkene Zinsen spiegeln von daher zumindest in ihren langfristigen Entwicklungen immer auch gesunkene Profitraten wieder.

Weltweit explodierende Finanzvermögen

Die Finanzkonzerne sind die Sammelstellen des Geldvermögens. Das weltweite private Geldvermögen hat sich von 2000 bis 2007 um 71 % von 64 Bio. Dollar auf 109,5 Bio. Dollar erhöht (isw 2008, 26; BCG, World Wealth Report 2008). Es besteht zu rund 40 % aus Anlagen in Aktien und Investmentfonds, ferner aus An-

lagen in festverzinslichen Wertpapieren und Bargeld. Das Vermögen von Privatleuten, Unternehmen und Staaten wird bei Geschäftsbanken, Fonds und Versicherungskonzernen angelegt.
1980 betrug das weltweit von Banken und anderen Vermögensanlegern verwaltete Finanzvermögen vier Billionen Dollar. Damals übertraf es noch das von allen Ländern der Welt erwirtschaftete Sozialprodukt.
Bis 1998 explodierte das Finanzvermögen auf 81 Billionen, 2006 schon auf rund 140 Billionen US-Dollar (Monatsbericht 7/2008, 24). Mc Kinsey schätzte es auf 167 Bio. Dollar, der Internationale Währungsfond (IWF) sogar auf 194 Bio. Dollar. Wie auch immer. Das Weltsozialprodukt betrug Ende 2006 nur rund 50 Bio. Dollar, gerade noch ein Drittel bis ein Viertel der Finanzanlagen. Es scheint, als hätte sich die Finanzwirtschaft von der „Realwirtschaft" gelöst. Aber – wie wir sehen werden - der Schein trügt.

Verwaltung des Finanzvermögens 2006 in US-Dollar			
75 Bio. $	oder	54 %	→ Banken
23 Bio. $	oder	16 %	→ Pensionsfonds
22 Bio. $	oder	15 %	→ Investmentfonds
18 Bio. $	oder	13 %	→ Versicherungen
2 Bio. $	oder	2 %	→ Hedgefonds
140 Bio. $			

Die Banken verwalten etwas mehr als die Hälfte des weltweiten Finanzvermögens. Aber auch Hedgefonds und Investmentfonds wären zum guten Teil ohne Bankkredite nicht lebensfähig.

Private Rentenversicherung - Pensionsfonds

„*Eine der bedeutendsten, wenn nicht sogar die bedeutendste Erfindung zur Aufblähung des Finanzsektors ist die kapitalgedeckte Altersvorsorge*" (Zeise 2008, 61). Das von Pensionsfonds verwaltete Vermögen wird inzwischen auf weltweit 30 Bio. Dollar geschätzt (ver.di publik Oktober 2008). 1992 sollen es nur fünf Billionen Dollar und 2001 erst 13,6 Bio. Dollar gewesen sein (isw 2008, 26 f.). Lohnbestandteile werden in Kapital verwandelt. Aus der Anlage dieses Kapitals müssen Renten bezahlt werden. Die Mehrzahl der Pensionsfonds investiert in großem Stil in Aktien. 40 % der in den USA ausgegebenen Aktien sollen sich in der Hand von Pensionsfonds befinden (Zeise 2008, 64). Auch Pensionsfonds und Versicherungen waren aufgrund der sinkenden Zinsen gezwungen, in den Verbriefungsmarkt einzusteigen und riskantere Anlagen mit höheren Renditen zu suchen, um die zugesagten Renten zahlen zu können.

Versicherungswirtschaft

Die Kapitalanlagen der Versicherungskonzerne in Deutschland haben sich von 800 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf 1.141 Mrd. Euro im 2007 erhöht. Die Versicherungskonzerne halten Aktien, Unternehmensanleihen, Unternehmensbeteiligun-

gen, festverzinsliche Wertpapiere usw. Sie können nur an den Kapitalmärkten die Renditen erwirtschaften, die sie brauchen, um die Zinsgarantien einzulösen, die sie den Versicherten gegeben haben. Da die Konzerne überwiegend von zinstragenden Papieren abhängen, ist die Verzinsung z.B. der Lebensversicherungen im letzten Konjunkturzyklus stark gefallen. Betrug sie 2000 noch 7,18 % blieben 2007 noch 4,25 % übrig, 2008 4,39 %. (FTD 13.10.2008) 3 % Zinsen sind garantiert. Auch die Versicherungskonzerne waren aufgrund der sinkenden Zinserträge zu riskanteren Anlagen gezwungen.
„*Ein niedriges Zinsniveau zwingt viele institutionelle Anleger geradezu dazu, in höher rentierliche Anlagen zu investieren; nur so können sie die Renditeversprechen realisieren, die sie den Anlegern gegeben haben*" (FAZ 07.02.2008). Die Verzinsung der Lebensversicherungen in Deutschland z.B. ist von 7,18 % im Jahr 2000 auf 4,39 % im Jahr 2008 gefallen (FAZ 16.09.2008).

Kreditexplosion

Die Bilanzsumme der Geschäftsbanken hat sich weltweit von 2002 bis 2006 auf 75 Bio. Dollar fast verdoppelt (Monatsbericht 7/2008, 17). In dieser gewaltigen Ausweitung der Bilanzsumme drückt sich der Kapitalüberschuss, die gestiegene Kreditvergabe und die enorm gewachsene Verschuldung der Volkswirtschaften aus (FTD 30.09.2008). Viele kapitalistische Volkswirtschaften haben ihre Energie in den letzten Jahren in erster Linie aus dem Doping-Mittel Kredit gezogen. Sichtbar ist das daran, dass der Umfang der vergebenen Kredite den Umfang des Bruttoinlandsprodukts, d.h. die Summe der Preise aller produzierten Waren und erbrachten Dienstleistungen immer weiter übersteigt.
Anleger und Kunden überließen den Geschäftsbanken weltweit 75 Billionen Dollar an Eigenkapital und vor allem an Fremdkapital (Einlagen und Kredite). Eigenkapital und Fremdkapital machen die sogenannten Passiva der Bilanz oder Verbindlichkeiten der Bank aus. Die Passiva müssen profitabel angelegt werden. „*Um die Kundeneinlagen verzinsen zu können, müssen die Banken Kredite vergeben, aus denen sie ihrerseits Zinseinnahmen erlösen*" (FTD 25.10.2007). „*Diese Kapitalmassen üben Gewalt aus, je größer sie sind: Sie wollen sich verwerten, auf Teufel komm raus*" (ver.di publik Oktober 2008, 11). Besser gesagt: sie wollen sich nicht nur verwerten, sie müssen es, sonst wären sie kein Kapital. Aus den auf der Basis der kapitalistischen Produktionsweise erzeugten riesigen Kapitalüberschüssen folgt die Vormachtstellung des Finanzkapitals, die Überwucherung von Produktion und Konsum mit Ansprüchen aus Krediten und Finanzanlagen. *„Dass die Finanzmärkte heute immer dominanter werden",* ist nicht *„Folge politischer Weichenstellungen*", wie ver.di meint (Oktober 2007, 21)., sondern Folge der Entwicklung der Kapitalverwertung. „*Der Wildwuchs auf den Finanzmärkten ist kein Sachzwang, sondern Folge politischer Entscheidungen* ", verkündet ver.di zum Aktionstag des DGB am 16.5.2009 (ver.di, Profiteure zur Kasse, 9; www.wipo.verdi.de). Der Wildwuchs von Methoden, die Profitraten zu steigern, hat aber in erster Linie ökonomische Gründe, nicht politische. Gerade weil es sich um sachliche Zwänge der Kapitalverwertung

handelt, waren Politiker willfährige Diener und Rechtfertiger dieser Methoden. Ver.di wünscht sich Kapital ohne Sachzwänge, mit anderen Worten ein Kapital, das bitteschön aufgehört hat, Kapital zu sein.

USA

In den USA hat sich die Bilanzsumme der Geschäftsbanken von Ende Dezember 2000 bis Ende Dezember 2008 von 6.102 Mrd. Dollar auf 12.321 Mrd. Dollar mehr als verdoppelt. (www.federalreserve.gov/releases/h8/20081205/) Die Bilanzsumme stieg in der Niedrigzinsphase nur um 1.800 Mrd. Dollar. In der darauf folgenden Phase wirtschaftlicher Erholung und steigender Zinsen dagegen bis Ende 2007 um 2.900 Mrd. Dollar. Die Einlagen wuchsen Ende 2000 bis Ende 2008 von 3.853 Mrd. Dollar auf 7.230 Mrd. Dollar.
Die Gesamtverschuldung der USA wächst schneller als das Bruttoinlandsprodukt (BIP) (FTD 11.03.2008; http://www.bea.gov/national/nipaweb/TableView.asp →National income+USA über Google). Ende 2007 hatte sie 47 Billionen Dollar erreicht, d.h. 340 % des BIP oder das 3,8-fache des Nationaleinkommens.
2000 schoben nicht-finanzielle Unternehmen, Staat und Privathaushalte der USA erst einen Schuldenberg von 26,4 Bio. Dollar vor sich her. Das waren nur 268 % des BIP bzw. das 3-fache des Nationaleinkommens.
Die Hypothekenschulden der privaten Haushalte machten 2007 zwölf Billionen aus. Im Jahr 2000 betrugen sie erst 4,8 Billionen Dollar (Wagenknecht 2008, 22).
Die Konsumentenkredite bezifferten sich im Oktober 2008 auf rund 2.600 Mrd. Dollar, Anfang 2000 beliefen sie sich sie erst auf 1.541 Mrd. Dollar (www.federalreserve.gov/releases/G19/hist/cc_hist_sa.html). Die Schulden der US-Verbraucher sind von 90 % des verfügbaren Einkommens im Jahr 2000 auf 130 % im 2.Quartal 2008 explodiert. Die Schuldenaufnahme hat in diesem Jahrzehnt dramatisch zugenommen.
Die Unternehmensschulden belaufen sich auf 12,5 Mrd. Dollar. (FTD 03.12.2008) Sie machen damit rund 90 % des BIP aus, nachdem sie 2000 noch bei über 80 % des BIP lagen (Brenner 2003, 221).
Die Staatsschulden machen 10,5 Billionen aus, die Auslandsschulden 10 Billionen Dollar.

Euro-Zone

Die Euro-Zone weist kein besseres Bild auf. Hier ist die Bilanzsumme der Banken von Januar 2000 bis September 2008 sogar von 11.672 Mrd. Euro auf 24.474 Euro gestiegen (Monatsbericht April 2001, 10*, Dezember 2008, 10*). Die Bilanzsumme des Bankensystems in Europa explodierte von 180 % des BIP im Jahr 2000 auf 253 % des BIP Anfang 2008 (FTD 02.04.2008).

Der Umfang der Kredite an Nicht-Banken im Währungsgebiet stieg von 8.270 Mrd. Euro auf 15.224 Mrd. Euro. Nur 16 % der Kredite gingen an öffentliche

Haushalte, der Rest an Unternehmen und private Haushalte. Allein die Nettoschulden der Unternehmen im Euro-Raum sind nach Angaben der EZB von etwas mehr als 2.000 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf etwa 3.500 Mrd. Euro im Jahr 2007 gestiegen. Die Einlagen von Privatpersonen und Unternehmen stiegen von 4.800 Mrd. Euro auf 8.815 Mrd. Euro.

In Deutschland stieg die Bilanzsumme von 6.084 Mrd. Euro nur auf 8.030 Mrd. Euro, der Umfang der vergebenen Kredite an Banken und Nicht-Banken von 5.579 Mrd. auf 7.490 Mrd. Euro (Monatsberichte, IV.2 Banken). Das BIP stieg dagegen nur von 2.030 Mrd. auf rund 2.500 Mrd. Euro Ende September 2008.
Die Bilanzsumme der großer Banken in Großbritannien explodierte von 2 Bio. Pfd. in 2001 auf 6,3 Bio. Pfd. im Jahr 2008 (Bank of England 2008, 9). Die Bankkredite an private Haushalte und nicht-finanzielle Unternehmen stiegen von 80 auf 125 % des BIP (ebda., 7).

Export des Kapitalüberschusses

Etwa die Hälfte der Kredite der Banken ist außerhalb des eigenen Landes angelegt worden. Das internationale Bankgeschäft hat sprunghaft zugenommen. Die an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich berichtenden Banken hatten 1990 internationale Forderungen in Höhe von 6.000 Mrd. $, 2007 waren es 37.000 Mrd. $ (BIZ, 78. Jahresbericht, 154). „*Der Rückzug der Finanzinstitute eines großen nationalen Banksystems aus dem internationalen Kreditgeschäft könnte sowohl die Volkswirtschaften der fortgeschrittenen Industrieländer als auch die Finanzierungsmöglichkeiten der aufstrebenden Volkswirtschaften beeinträchtigen*“ (ebda.) Die Forderungssumme entspricht etwa 80 % des Weltsozialprodukts. Zinsen und Tilgung für Kredite aus dem Ausland müssen von den Schuldnerländern letztlich über das Sozialprodukt erwirtschaftet werden. Dazu sind aber immer mehr Länder nicht in der Lage. Die Weltbank schätzt, dass 2009 bei Schwellen– und Entwicklungsländern Kredite in Höhe von 2.000 bis 3.000 Mrd. $ fällig werden, d.h. zurück zu zahlen sind (FTD 10.03.2009). Bei sinkenden Exporterlösen und sinkenden ausländischen Direktinvestitionen wird das kaum möglich sein.
Wenn Auslandskapital abfließt, kommt es zu Abwertungen der Währung, die die Bedienung der Schuldenlast weiter verteuern (vgl. Kapitel 5.2). Das Schicksal auch der Gläubigerländer hängt in wachsendem Maße davon ab, ob die Schulden bedient werden können. „*Deutsche Banken sind global die größten Finanziers*“ (FAZ 30.10.2008). Mitte 2008 hatten sie 4,6 Bio. Dollar an Schuldner im Ausland verliehen, eine Summe nahezu doppelt so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland. Als Grund gibt die FAZ an, „*dass der Wettbewerb auf dem heimischen Markt besonders intensiv ist und die Banken deshalb ertragreicheres Geschäft im Ausland suchten*“ (ebda.). Und so fütterten deutsche Banken den Zockerstaat Island, der nur ein BIP von 12 Mrd. $ hat, mit 21,3 Mrd. $. Das sind immerhin rund 30 % der Auslandsschulden Islands. Irland mit seinem BIP von 187 Mrd. $ bekam Kre-

dite über 241 Mrd. $ und an Spanien flossen Kredite über 310 Mrd. $ oder mehr als 20 % des spanischen BIP.

Deregulierung und Kapitalüberschuss

Der Kapitalüberschuss, der insbesondere in den Finanzzentren der USA und Europas verwaltet wird, speist sich aus internationalen Quellen. Der wachsende Kapitalüberschuss hat die Kapitalverkehrskontrollen zwischen den entwickelten Industrieländern weggefegt, so dass er von den Finanzkonzernen international eingesammelt und international angelegt werden konnte. Vor allem seit Mitte der neunziger Jahre wurden die Finanzsysteme so dereguliert, dass der Kapitalverkehr zwischen den Industrieländern inzwischen praktisch keinen Beschränkungen mehr unterliegt (Monatsbericht Juli 2008, 18).
Auch hier war „die Politik" der Erfüllungsgehilfe der Interessen des Finanzkapitals und nicht das Schaltzentrum. „*Das Dilemma ist selbstverschuldet. Die Politik hat die Finanzmärkte in den vergangenen 30 Jahren in unverantwortlichem Maße von der Leine gelassen und steht jetzt vor den Scherben ihrer Deregulierungspolitik. Wir brauchen wieder harte Eingriffe und Kontrollen für den Finanzsektor*" (Axel Troost, Finanzpolitik der Regierung ist total falsch, junge welt 16.09.2008). Nicht die Deregulierung ist das Hauptproblem, sondern der wachsende Kapitalüberschuss, der sie erzwungen hat bzw. die Produktionsweise, die den gigantischen Kapitalüberschuss hervorbringt. Harte Eingriffe in den Finanzsektor sind natürlich dennoch notwendig.

Die Abschaffung von Kapitalverkehrskontrollen hatte weitreichende Folgen.

- Z.B. konnte Geldkapital in Niedrigzinsländern, vor allem in Japan aufgenommen und zu höheren Zinsen anderswo angelegt werden. Das sind sogenannte Carry-Trades. Das Niedrigzinsland der letzten beiden Jahrzehnte war Japan. „*Der Rest des Globus wurde von einem dauernden Geldüberschuss (aus Japan) heimgesucht, ...*" (Zeise 2008, 193). In den Empfängerländern sinkt dadurch ebenfalls das Zinsniveau (ebda.).
- Ein weiterer Grund für die zeitweise vergleichsweise niedrigen US-Zinsen nach 2001 „*war die rege Zufuhr von Kapital aus dem Ausland*" (Zeise 2008, 91). Sie speiste sich vor allem aus den riesigen Devisenreserven in China (inzwischen 1.900 Mrd. Dollar - FAZ 31.10.2008, 37) und Japan sowie den Überschüssen der Ölförderländer, die aus den Exportüberschüssen dieser Länder stammen. Sie wurden vor allem in den USA, aber auch in Europa usw. angelegt und förderten den dort zu verwertenden Kapitalüberschuss. Der Kapitalüberfluss wird weltweit produziert, konzentriert sich aber in erster Linie in den entwickelten Ländern.

Die Tendenz zu sinkendem Zinsniveau wird auch dadurch beschleunigt, dass die weltweite Anlage des überschüssigen Geldkapitals den Konkurrenzkampf der Banken untereinander erheblich verschärft hat.

Geld ist genug da – als Geldkapital

Der Überfluss an Geldkapital, der Hinterlassenschaft des Kapitalüberschusses, zeichnet entwickelte kapitalistische Gesellschaften aus. Nicht zuletzt darin drückt sich ihr Reichtum aus. Dieser Reichtum wird nicht verwandt, um Bereiche zu entwickeln, die geringere oder gar keine Renditen abwerfen, z.B. den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, den Ausbau erneuerbarer Energien, den sozialen Wohnungsbau, den Ausbau von Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen, die Förderung von Landwirtschaft und Handwerk. Er wird nicht in den Ausbau aller Möglichkeiten gesteckt, die individuellen Fähigkeiten jedes Einzelnen zu entwickeln, nicht in massive Arbeitszeitverkürzung, Gesundheitsprävention bzw. verbesserte Gesundheitsversorgung, kostenlose Befriedigung von Grundbedürfnissen nach Mobilität, den massiven Ausbau der Kinderbetreuung usw. Er wird auch nicht zur Bekämpfung der Armut verwandt, die sich als Kehrseite des Reichtums ebenso schnell entwickelt wie dieser.

Trotz überquellender Kassen können dringende gesellschaftliche Bedürfnisse nicht befriedigt werden. Geld ist genug da. Aber der Reichtum kapitalistischer Länder hat eben die Eigenschaft, Kapital zu sein und sich als Kapital zu verwerten. Er dient nicht der maximalen Befriedigung von Grundbedürfnissen aller Menschen, sondern ausschließlich der Befriedigung seines eigenen Grundbedürfnisses. Und das besteht eben nur in seiner eigenen Vermehrung.

Die Explosion der Kredite setzt auf eine Wirtschaft, die Zinsen und Tilgung aus der ständigen Erhöhung der Löhne und Profite bezahlen kann. Tatsache ist aber, dass die kapitalistische Wirtschaft sowohl eine Tendenz zum Fall der Profitraten hat, als auch zu einer relativen und absoluten Senkung der Löhne führt. Es ist also vorprogrammiert, dass Kredite zu irgendeinem Zeitpunkt nicht mehr bedient werden können. Die Überproduktion von Geldkapital äußert sich in einer Finanzkrise. Der Überschuss an Geldkapital muss genau vernichtet werden wie die Überproduktion von Industriekapital.

2.2 Sinkende Zinsen – Folge falscher Geldpolitik?

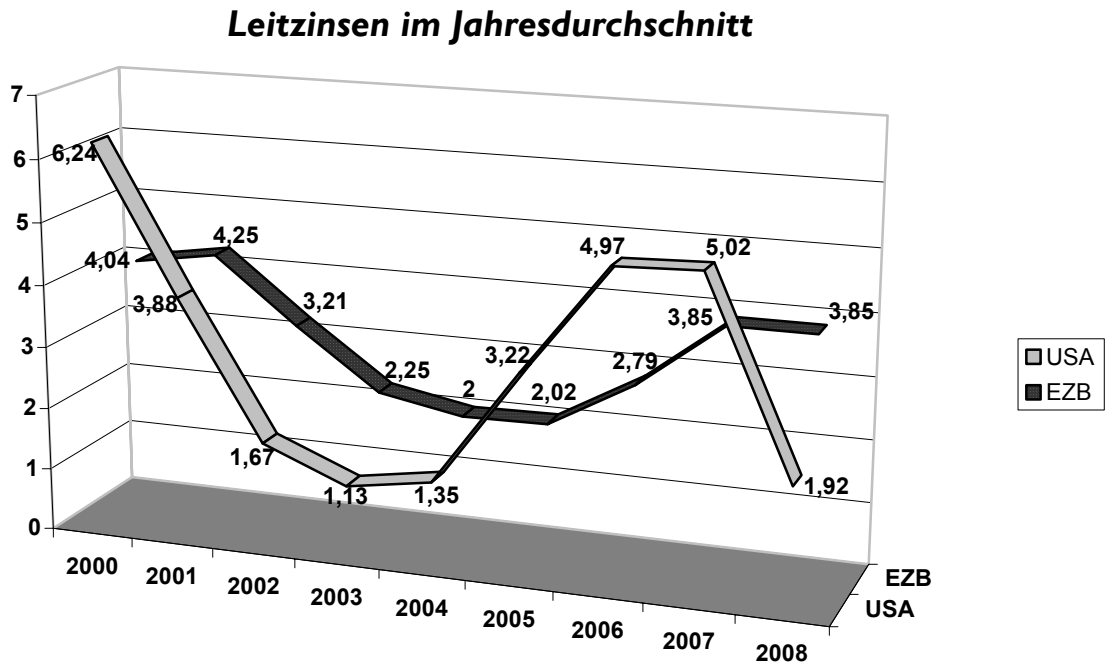
Die gängige Erklärung der Finanzkrise lautet meist wie folgt:

Nachdem die US-Zentralbank als Reaktion auf die Krise 2001 den Leitzins bis auf ein Prozent gesenkt hatte, nahm der Bau von Eigenheimen in den USA einen enormen Aufschwung. Die Kredite schienen durch die Hauspreise gedeckt, die aufgrund der massiven Bautätigkeit im Wohnungsbau stiegen. Da die Zinsen jedoch variabel festgelegt waren, also von der Marktlage abhingen, konnten viele Kredite nicht mehr bedient werden, als ab 2004 die Zinsen wieder stiegen und ab Anfang 2007 die Hauspreise fielen. Die Banken, in deren Büchern sie standen, mussten Abschreibungen vornehmen. Da die US-Banken die Hypotheken aber zu Wertpapieren gebündelt und in die ganze Welt weiterverkauft hatten, verhagelte es auch die Bilanz der Käufer dieser Wertpapiere in Europa und Asien. Das führte

zur Finanzkrise. „*Die jetzige Krise entstand, weil die Welt zu lange - in erster Linie von der amerikanischen Notenbank Fed - mit zu billigem Geld versorgt wurde*“ (Bettina Schulz, FAZ 25.09.2008).
Dieser Versuch einer Ursachenerklärung ist eine Variante der vom Kapital bevorzugten „Analyse“, den Staat als Hauptverantwortlichen zu identifizieren. „*Am Anfang des Desasters* (stand) *ein massiver Staatseingriff: Es war die langjährige Politik des billigen Geldes in Amerika, die zur übermäßigen Kreditvergabe einlud*“ (Philip Plickert, FAZ 17.10.2008).
Merkwürdig nur, dass die Zentralbankzinsen im jetzigen Jahrzehnt weltweit unter dem Niveau der 90er Jahre lagen, nicht nur in den USA. „*Die Notenbanken praktisch aller Industrieländer (haben) ... im historischen Vergleich ihre Zinsen sehr niedrig gehalten*“ (Zeise 2008, 106). „Zu niedrige“ Zinsen können also nicht in erster Folge der Geldpolitik der USA, d.h. eines einzelnen Staates sein. „*Die Niedrigzinspolitik, die die Notenbanken nach dem Zusammenbruch des New-Economy-Booms ab 2001 eingeleitet haben, hat zu einem ... nicht da gewesenen internationalen Kreditboom geführt, der Nachwirkungen hat*“ (Die Welt 05.03.2007). Demnach wären alle Notenbanken schuld und alle Staaten hätten eine falsche Geldpolitik gemacht?
Den Zentralbanken die Schuld in die Schuhe zu schieben, dient letztlich auch der Rechtfertigung der Privatbanken. „*Die Ursache für die internationale Kreditkrise ist ... in letzter Konsequenz in der chronischen Niedrigzinspolitik der Zentralbanken zu sehen, die mittlerweile eine Überschuldung heraufbeschworen zu haben scheint*“ (Thorsten Polleit, Chefvolkswirt bei Barclays Capital – FAZ 26.01.2009). Wieder einmal hat die Politik die wehrlosen privaten Banken verführt, die mit der Überschuldung nichts zu tun haben.

Leitzins - abhängig von ökonomischen Entwicklungen

Der Leitzins der Zentralbanken ist die unterste Grenze für Zinsen, gewissermaßen der Mindestzins. Da er von der staatlichen Zentralbank festgesetzt wird, unterliegt er politischen Einflüssen und erscheint als Maßnahme der Geldpolitik. Dennoch folgt er in erster Linie ökonomischen Gesetzen.
Sichtbar ist das daran, dass das gesamte Zinsniveau langfristig gefallen ist, bedingt durch wachsende Kapitalüberschüsse.
Sichtbar ist das ferner daran, dass die Leitzinsen mit dem Konjunkturzyklus schwanken. Der Konjunkturzyklus hängt bekanntlich nicht von den Zentralbanken ab. Unter den heutigen Bedingungen steigen die Leitzinsen in der Regel im Aufschwung und fallen in Krisen. Ihre Entwicklung hängt also von der Nachfrage nach Kredit und von der Entwicklung der Profitraten ab.
Im Gefolge der Krise 2001 bzw 2002 bis 2004 fielen die Leitzinsen in den USA und in der Eurozone, stiegen im Aufschwung 2005 bis 2007 bzw. 2008 und stürzten in der jetzigen Krise wieder ab. Der Zyklus der USA endet zur Zeit früher als der in Europa. Das erklärt die leichte Ungleichzeitigkeit der Zinsentwicklung.



(www.federalreserve.gov/releases/h15/data/Annual/H15_FF.O.txt
und www.bundesbank.de/statistik/statistik_zeitreihen.php)

Die Höhe des Leitzinses hat keinen nennenswerten Einfluss auf den Konjunkturverlauf. Der Leitzins folgt vielmehr im Wesentlichen der Entwicklung der am Markt erzielbaren Zinsen. Den Zugang zur Finanzkrise gewinnen wir also nicht über die Geldpolitik („*Die Geldpolitik hat uns da reingerissen*", FTD 13.10.2008). Auch wenn der Leitzins der USA 2001 bis 2003 höher gewesen wäre, hätten wir heute eine Finanzkrise.
Wir sehen ferner, dass im gesamten Zyklus die US-Zinsen im Wesentlichen nur von 2001 bis 2004 sowie 2008 niedriger waren als in der Eurozone, dagegen 2000 bzw. 2005 bis 2007 deutlich höher.

Klage über FED – Klage über Wettbewerbsvorteil

Der Zentralbankzins ist der Zins, zu dem sich Banken von der Zentralbank Geld leihen können, wenn sie flüssige Mittel brauchen. Er stellt den untersten Zins in der Zinspyramide dar. Eng an ihn lehnen sich die kurzfristigen Zinsen (Dreimonatsgelder) an, zu denen sich z.B. die Banken untereinander Geld leihen. Nur diese waren in den USA 2001 bis Mitte 2004 niedriger als im Euro-Raum. Die langfristigen Zinsen dagegen lagen in den USA trotz niedrigerer Zentralbankzinsen seit der Krise 2001 auf ähnlichem Niveau wie im Euroraum (http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/zeitreihen/ZR016.xls).
Der Leitzins der Zentralbank stellt zunächst einen Anspruch der Zentralbank und damit letztlich des Staates auf einen Teil des Bankprofits dar. Wenn der Leitzins gesenkt wird, sinken als Erstes die Zinsaufwendungen für die Banken, d.h. ihre Zinsmargen steigen. Ob sie die Zinssenkungen an die Kunden weitergeben, ist eine völlig andere Frage. In der Regel geschieht das nur teilweise oder gar nicht.

2001 senkte die FED (Federal Reserve) den Leitzins von 6,5 % auf 2 %, dann Mitte 2003 bis Mitte 2004 auf 1 %, das bis dahin niedrigste Niveau seit dem Zweiten Weltkrieg. 2005 kletterte er wieder auf 4 %, um dann 2006 und 2007 bei 5 % zu landen. Die US-Banken verschafften sich darüber, dass die Zentralbank den Leitzins niedrig hielt, in den Jahren 2002 bis 2004, also in der Krise, einen Vorteil gegenüber den Banken der konkurrierenden Länder.

Nachdem der Leitzins gesenkt worden war, sanken die Zinsaufwendungen sehr stark, so dass trotz fallender Zinseinkommen der Zinsüberschuss steigen konnte. Der sinkende Leitzins führt eben nicht sofort und nicht in vollem Umfang bzw. gar nicht zu sinkenden Zinsen für die Kreditkunden.

Zinsüberschuss aller Banken der USA in Milliarden US-Dollar			
	Zins-einkommen	Zins-aufwendungen	Zins-überschuss
2000	546,2	293,2	252,3
2001	521,1	252,8	268,4
2002	460,0	166,2	293,7
2003	429,4	131,6	297,8
2004	440,2	131,1	309,1
2005	550,3	215,2	335,1

(http://stats.oecd.org/WBOS/Index.aspx?QueryName=298&QueryType=View&Lang=en)

Allerdings sank die Zinsspanne aller US-Banken trotz dieser segensreichen Maßnahme von 3,27 % der Bilanzsumme in 2001 auf 3,02 % in 2005 (ebda., eigene Berechnung). Die US-Zentralbank wirkte also im Interesse der Finanzkonzerne dem Fall ihrer Bankrenditen wirksam entgegen. Zum Ärger des deutschen Finanzkapitals.

Aber auch die Notenbanken der europäischen Länder senkten die Leitzinsen mit demselben Ziel der Steigerung der Zinsmargen der Banken. „*Ein Vorteil des schwächeren konjunkturellen Umfelds waren für viele Banken die höheren Zinsmargen. Als die Notenbankzinssätze herabgesetzt wurden, nahmen die Banken in einer Reihe von Ländern die Einlagezinsen schneller zurück als die Kreditzinsen*“ (BIZ 72. Jahresbericht, 141). Dadurch stiegen die Nettozinsspannen. Das schuf einen gewissen Ausgleich für die in der Krise gestiegenen Ausfallrisiken bei Krediten, insbesondere bei Unternehmenskrediten und für die Ertragsrückgänge beim Handel mit Aktien und bei Fusionen und Übernahmen (ebda. 139 f.).

Wären die US-Leitzinsen höher gewesen, hätte das die Renditen der US-Banken geschwächt und umgekehrt die Konkurrenzfähigkeit der deutschen bzw. der EU-Banken erhöht. Man beklagt sich also über einen Wettbewerbsvorteil der USA.

Andererseits beeinflusst der Leitzins auch die Zinsen, die für Staatsanleihen vom Staat bezahlt werden müssen. Je niedriger die Zinsen sind, desto billiger wird es, sich zu verschulden. Das wiederum macht höhere Staatsverschuldung möglich bzw. erträglicher.

Niedriger US-Leitzins – Ursache der Immobilienblase?

Es ist eine Binsenweisheit, dass niedrige Leitzinsen die Kreditvergabe anregen. Der FED und damit dem US-Staat die Schuld für die Finanzkrise in die Schuhe zu

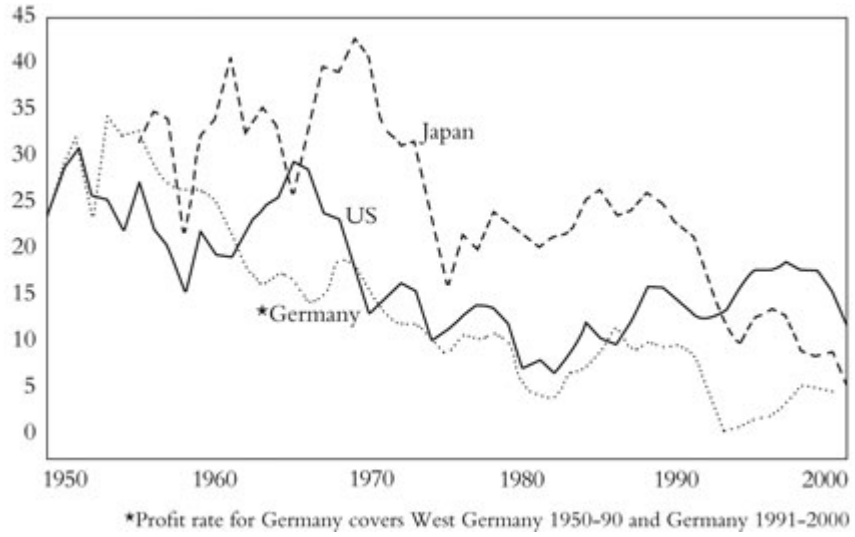
schieben, ist ebenso beschränkt wie selbstgerecht. Im Euroraum war der Leitzins in der Krise höher als in den USA und dennoch entwickelten sich auch in Spanien, Frankreich, den Niederlanden, Irland usw. Immobilienblasen. Selbst der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, stellte fest, „*dass trotz der Schwäche in Deutschland das für den Euro-Raum gewichtete Mittel* (der Immobilienpreise) *an die Überbewertung der Vereinigten Staaten heranreichte.*" (FAZ 11.08.2008) Die Zinsen in Großbritannien waren noch höher als im Euroraum und dennoch kam es zu einer mit den USA vergleichbaren Immobilienblase.
Allerdings fielen mit der Einführung des Euro und eines einheitlichen Zinssatzes der Europäischen Zentralbank die Zinsen insbesondere in Südeuropa sehr stark. „*Das billige Geld kurbelte den privaten Konsum, die Unternehmensinvestitionen und die Immobilienmärkte kräftig an und schuf damit jenen überhitzten Boom, der nun in einem besonders starken Absturz endet*", so das Institut der deutschen Wirtschaft, ein Institut des Bundesverbands der Deutschen Industrie (FAZ 10.03.2009). Auf die Idee, die Einführung des Euro deswegen für schädlich zu halten, kommen die Kritiker der Fed deswegen allerdings nicht.
Immobilienblasen und die Finanzkrise hätten auch durch eine „andere Geldpolitik" der FED oder der EZB nicht vermieden werden können. Das Bedürfnis nach einer enormen Ausdehnung der Kreditvergabe im Immobiliensektor entsprang nämlich nicht in erster Linie einer falschen Geldpolitik, sondern der Notwendigkeit, durch Kredithebel die Eigenkapitalrenditen zu steigern, die gerade wegen des sinkenden Zinsniveaus bedrohlich gefallen waren. Immobilienblasen entstanden in einer Vielzahl von Ländern aufgrund des weltweiten Kapitalüberschusses, der nach dem Aktiencrash 2000/2001 seine bevorzugte Anlage in Immobilien suchte.
Im selbstgerechten Deutschland gab es in diesem Jahrzehnt keine Immobilienblase, d.h. auch keinen darauf basierenden Aufschwung. Nicht weil die Zinsen der Zentralbank ausreichend hoch waren, sondern weil die gigantische, trotz erheblich höherer Zinsen kreditfinanzierte Immobilienblase schon Mitte der 90er geplatzt war. Wirklich ein Grund, auf die „Soziale Marktwirtschaft" stolz zu sein.
Während die Finanzaristokratie und ihr Hofstaat heftig über die Politik des billigen Geldes von gestern klagt, befürwortet sie uneingeschränkt, dass die Zentralbanken heute mit noch niedrigeren Zinsen als damals die Kapitalmärkte mit Liquidität fluten. Sie stimmt also der Bildung einer neuen, noch größeren Blase zu. „*Durch das billige Geld, das sie in die Märkte drücken, schaffen sie ... bereits wieder den Keim der nächsten großen Spekulationsblase*" (Bernd Ziesemer, Der wunde Geist des Kapitalismus, Handelsblatt 23.-28.12.2008, 2). Die Verzweiflung muss groß sein, wenn man zu Mitteln greift, die man selbst verurteilt.

2.3 Kapitalüberschuss – Produkt der „Realwirtschaft"

Der Kapitalüberschuss entsteht nicht durch Umverteilung. Er entsteht, weil das Kapital mit steigender Produktivität die Grundlagen seiner Verwertung unter-

gräbt. Es untergräbt sie vor allem, weil das Kapital seine Produzenten, die LohnarbeiterInnen, mehr und mehr überflüssig macht.
Kapital besteht letztlich aus der Aneignung unbezahlter Arbeit der Arbeitskräfte. Wenn weniger Arbeitskräfte beschäftigt werden, sinkt unter sonst gleich bleibenden Bedingungen die Mehrwertmasse, während der Umfang des investierten Kapitals zunimmt. Damit steigt der Druck auf die Profitraten. Es wird unabweisbar, aus den verbleibenden Arbeitskräften durch Arbeitszeitverlängerung, Intensivierung der Arbeit und Lohnsenkungen mehr herauszuholen, um dem Druck auf die Profitraten entgegenzuwirken. Noch mehr Arbeitskräfte werden überflüssig.
Die Freisetzung von Arbeitskräften untergräbt nicht nur die Produktion von Mehrwert, sondern auch seine Realisierung. Denn die Verschlechterung der Lage der LohnarbeiterInnen schwächt auch die Nachfrage nach Konsumgütern und erschwert darüber die Realisierung der in den Waren steckenden Profite. „*Die progressive Tendenz der allgemeinen Profitrate zum Sinken ist also nur ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlicher Ausdruck für die fortschreitende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit*“ (Marx, MEW 25, 223). Da das Kapital selbst die Basis seiner Verwertung unterminiert, wird es gegen die LohnarbeiterInnen immer aggressiver. Egal, ob es kurzfristigen oder langfristigen Profitinteressen folgt.

US-amerikanische, deutsche und japanische Profitrate im produzierenden Gewerbe.

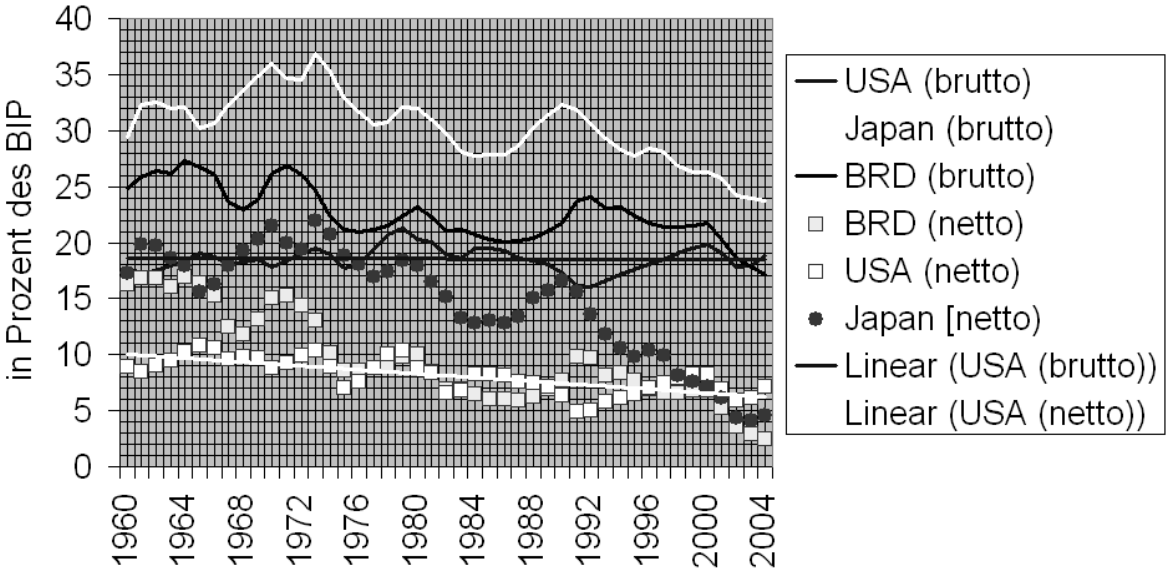


(Grafik: IMF zit. nach Konicz, 24.11.2008
http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29184/1.html)

Der Überschuss an Kapital hat seine Quelle also darin, dass es dem Kapital mit dem Fortschritt seiner Entwicklung an produktiven Anlagemöglichkeiten mangelt. Die Profitrate ist „*der Stachel der kapitalistischen Produktion*“ (ebda. 251). Dieser Stachel aber erlahmt mit der Entwicklung der Produktivität, auch wenn die Profitmasse noch steigt. Diese Tendenz spiegelt sich im Erlahmen von Investitionen usw.
Wenn die Profitmasse trotz langfristig fallender Profitraten steigt, entwickelt sich ein wachsender Kapitalüberschuss. Der Fall von Profitraten „*befördert Überproduktion, Spekulation, Krisen, überflüssiges Kapital neben überflüssiger Bevölkerung*“ (ebda. 252). Der Kapitalüberschuss zeigt also Schranken der kapitalistischen Produktion

an, die mit der Entwicklung der Kapitalverwertung massiver werden. Die Profitraten sind in allen entwickelten kapitalistischen Ländern seit der Weltwirtschaftskrise 1975 unter das bis dahin erreichte Niveau gefallen.
Die derzeitige Krise hat „*ihre Wurzeln in einem langfristigen Abfall und der Nichterholung der Profitrate ..., was die wesentliche Ursache des bis heute anhaltenden Rückgangs der Kapitalakkumulation darstellt. Die Profitrate US-amerikanischer Nicht-Finanzunternehmen von 2001 war die zweitniedrigste der Nachkriegszeit nach der von 1980. Daher hatten Unternehmen keine andere Wahl, als sich mit Investitionen und Einstellungen zurückzuhalten*" (Brenner 2009, 6). Weltweit sind die Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen) in den letzten Jahrzehnten gefallen.

Investitionsquoten
Brutto- und Nettoanlageinvestitionen



(http://de.wikipedia.org/wiki/Nettoinvestition)

In Deutschland sanken sie ebenfalls von Zyklus zu Zyklus.

Nettoinvestitionen (ohne Staat) in % des Volkseinkommens 1970-2008	
1970-1975	13,9 %
1976-1982	9,6 %
1983-1993	8,2 %
1994-2003	7,5 %
2004-2007	4,0 %

(https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de ZR032.xls; eigene Berechnung)

Die Tabellen spiegeln nicht den gesamten Zyklus von 1968 bis 1975 wieder, ebenfalls nicht den von 2004 usw. Ab 2001 jedenfalls ist ein beispielloser Abfall der Nettoinvestitionen zu verzeichnen. Selbst 2007, ein Jahr des Aufschwungs, lag mit 5,52 % noch unter dem Krisenjahr 2001.
Ab den 80er Jahren steigt der weltweite Kapitalüberschuss stark an. Er drückt sich aus in explodierenden Aktienkursen und entsprechenden Börsencrashs von 1987 und 2000/01, in Immobilienblasen wie in Japan und den USA Ende der 80er Jahre, in der Überschwem-

mung von „Tigerstaaten“ mit Kapital und dessen Rückzug, nachdem die Landschaften abgegrast waren und schließlich in der Kreditexplosion im ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends.
Im letzten Konjunkturzyklus sind die Profitraten enorm gestiegen. In Deutschland z.B. stieg der Jahresüberschuss der Unternehmen vor Steuern von 2003 bis 2007 um 85,5 % (Monatsbericht 1/2009, 36), beträchtlich stärker als in der vorletzten Aufschwungphase von 1998 bis 2001. Die Bruttoumsatzrendite erreichte 2007 mit 5,4 % einen Wert, der höher war als alle Werte seit 1987.
Dieser Höhenflug jedoch ist überwiegend auf die weltweit enorme Ausdehnung von Märkten vor allem mit Hilfe von Krediten zurückzuführen, also auf die Verwendung des Kapitalüberschusses als Wette auf die Zukunft. Ausgerechnet der Kapitalüberschuss ist es, der in Form von Kredit die schlaffer werdende kapitalistische Wirtschaft bei Produktion und Konsum wiederbelebt, bis die Gesellschaft an den Ansprüchen erstickt, die die Gläubiger an eben die „Realwirtschaft“ stellen, aus der das überschüssige Kapital entsprungen ist. Entsprechend groß ist der Zusammenbruch der künstlich befruchteten Expansion und der damit verbundene erneute Fall der Profitraten.
Die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt das ungeheuere Ausmaß an, in welchem Grad die Produktion von Kapital und Waren über die wirklichen Möglichkeiten der kapitalistischen Produktionsweise hinausgeschleudert worden ist.

Letztlich besteht der Kapitalüberschuss, der über Finanzkonzerne und Fonds nach Anlage sucht, aus brachliegenden Geldern, die zeitweise oder dauerhaft für die Produktion und den Verkauf von Waren sowie für den aktuellen Konsum nicht benötigt werden. Mit dem Umfang des Kapitals wächst folglich auch das Kapital, das als Geldkapital genutzt werden kann.
Das überschüssige Kapital speist sich aus dem Geldkapital derer, die sich aus der Sphäre des industriellen Kapitals und seiner Reproduktion zurückgezogen haben und nur noch als Rentiers ihr Geldkapital verwalten lassen. Es stammt aus der Aneignung von Grundrente aus Immobilienbesitz, aber auch aus den Teilen von Löhnen und Gehältern von Lohnabhängigen und Selbstständigen, die nicht für Konsumzwecke benötigt und den Banken als Geldkapital zur Verfügung gestellt werden. Und er besteht z.T. aus reinen Kurswerten auf Aktien und Wertpapieren, die sich im Aufschwung ausdehnen und in der Krise wieder zerfallen.

2.4 Kapitalüberschuss – Folge falscher Verteilung?

Dierk Hirschel, Chefökonom des DGB: „*Der Zufluss in die Spekulation speist sich vor allem aus der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums: so geht das 140 Billionen Dollar schwere weltweite Finanzvermögen auch auf sinkende Steuern für Reiche, die Privatisierung sozialer Sicherung sowie explodierende Unternehmensgewinne zurück. ... So er-*

zeugt die Kapitalschwemme einen permanenten Anlagedruck" (D. Hirschel, Lehren aus der Krise, FAZ 11.12.2008).
Sahra Wagenknecht: „*Letztlich ist die aktuelle Finanzkrise nichts anderes als das Resultat neoliberaler Umverteilung: Durch die Senkung von Unternehmens-, Vermögens- und Spitzensteuersätzen sowie eine Politik des Lohn- und Sozialdumpings sind jene Rekordgewinne entstanden, die anschließend auf den Finanzmärkten auf der Suche nach immer höheren Renditen verspekuliert wurden*" (Sahra Wagenknecht, Doppelte Enteignung, junge welt 15.10.2008). Daraus folgt, dass eine andere Steuerpolitik und eine Politik, die Lohn- und Sozialdumping verhindert, auch den Kapitalüberschuss beseitigen kann, der zu Finanzkrisen führt.
Die Verteilungsverhältnisse haben sich weltweit in der Tat seit langem zuungunsten der Lohnabhängigen und zugunsten des Kapitals verändert. Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen, die Lohnquote, ist in vielen entwickelten Ländern gesunken, die Reallöhne sind es über längere Zeiträume ebenfalls. Reallöhne, bezogen auf die gewachsene Produktivität, sind noch mehr gefallen. Die Schere zwischen Armut und Reichtum, zwischen Oben und Unten klafft weltweit innerhalb und zwischen den kapitalistischen Ländern immer weiter auseinander. Dass aber der Mangel an verteiltem Geld Ursache der wachsenden Armut sei, ist eine ebensolche Binsenweisheit, wie dass der Überfluss an Geldbesitz Ursache des Reichtums sei. Schlechtes Wetter müsste dann in der Abwesenheit von schönem Wetter begründet sein und die Anwesenheit des Teufels in der Abwesenheit Gottes.
In der Tat wurde das Auseinanderklaffen der Verteilung staatlich gefördert. Dass jedoch mangelnde Versorgung mit staatlichen Geldern Ursache wachsender Armut sei und die staatlichen Steuergeschenke die Ursache des Kapitalüberschusses, ist nur eine Variante der Tautologie, dass wenig Geld die Ursache der Armut und viel Geld die Ursache des Reichtums sei. Nur weil Maßnahmen, die sich zugunsten des Kapitals auswirken, durch staatliche Instanzen hindurchgehen, haben die Verteilungsverhältnisse noch lange nicht „vor allem" politische Ursachen.

„*Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst; letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst. Die kapitalistische Produktionsweise z.B. beruht darauf, dass die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind unter der Form von Kapitaleigentum und Grundeigentum, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich daraus von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel. ... Der Vulgärsozialismus ... hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen, die Distribution* (Verteilung) *als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen*" (Marx, MEW 19, 22).
Die Verteilungsverhältnisse entsprechen der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsweise, die von den Marketing-Abteilungen des Kapitals als Soziale

Marktwirtschaft verkauft wird. Sie sind nicht vor allem Ergebnis falscher Politik bzw. eines noch nicht vollzogenen Politikwechsels der SPD nach links.

Auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise führt die wachsende Produktivität dazu, dass sich immer mehr Kapital in der Verfügung immer größerer Konzerne und damit in der Hand ihrer Eigentümer und Verwalter zusammenballt. Quellen dafür sind der fortschreitende Ruin kleiner und mittlerer Unternehmen in Industrie, Handwerk, Handel und Landwirtschaft, Fusionen und die Unterordnung und Einordnung scheinbar selbstständiger Unternehmen unter die Produktions- und Handelsketten einiger weniger Konzerne. Krisen beschleunigen die Konzentration des Kapitals; der Staat fördert sie.
Je größer der Umfang des Kapitals, das sie verwalten, desto höher auch die Vergütung der Manager. Da die Deutsche Bank ein Bilanzvolumen regiert, das annähernd den Umfang des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands hat, kassiert ihr Vorstandschef einige Millionen Euro jährlich mehr als ein Sparkassendirektor. Die Großaktionäre der Konzerne, die Eigentümer selbst, kassieren jedoch je nach dem Umfang ihres Aktienbesitzes ein Vielfaches der Managergehälter. Je größer der Umfang ihres Kapitals, über das sie verfügen, desto größer auch ihr Reichtum.

Die wachsende Produktivität führt auf dem anderen Pol der Gesellschaft dazu, dass die Nachfrage nach der Arbeitskraft derer, die außer ihrer Arbeitskraft nichts besitzen, tendenziell abnimmt. Deswegen hat die Arbeitslosigkeit seit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 erheblich zugenommen. Die Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft verschlechtern sich mit der sinkenden Nachfrage nach ihr, sichtbar an der Explosion prekärer Arbeitsverhältnisse. Es wächst der Druck auf die Löhne und damit auch die Verarmung der arbeitenden Lohnabhängigen. Die Existenzunsicherheit der LohnarbeiterInnen nimmt zu.
Je mehr arbeitssparende Technologien eingesetzt werden und die Produktivkraft der menschlichen Arbeit steigern, desto größer wird der Widerspruch zwischen der stürmischen Entwicklung der Produktivkräfte und der durch die Produktionsverhältnisse beschränkten Konsumtionsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft. Das erzeugt periodische Krisen, in denen sich die Kluft zwischen Lohnarbeit und Kapital noch mehr vertieft. Denn Krisen werden nicht nur mit Vernichtung von Kapital gelöst, sondern auch mit der Erneuerung der Produktionsgrundlage auf der Basis einer verbesserten Technik.
Die Masse der Profite in der Hand weniger Eigentümer und ihrer Manager steigt also in der Entwicklung der Kapitalverwertung ebenso, wie auf der anderen Seite Löhne und Sozialeinkommen relativ dazu und/oder sogar absolut sinken müssen. Die Veränderung der Verteilungsverhältnisse ist kein Produkt einer Umverteilung. Die Veränderungen in der Verteilung, die gleichzeitige Produktion von mehr Reichtum und mehr Armut, ist Produkt des Verwertungsprozesses von Kapital selbst, Produkt der bestehenden Produktionsweise. Von daher ist es „*überhaupt feh-*

lerhaft, von der sog. Verteilung Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen" (Marx, MEW 19, 22).
Alle, die an der Erhaltung und bestenfalls Reformierung der Kapitalverwertung interessiert sind, interessieren sich für das A&O des Kapitalismus, die Verwertung des Kapitals, so gut wie gar nicht. Vertreter der Arbeitgeber und ihre Sozialpartner beschäftigen sich lieber mit der Verteilungsfrage, also damit, ob Gewinne oder Löhne und Sozialleistungen zu hoch oder zu niedrig sind, ob sie gerecht oder ungerecht sind. Auf dieser Basis werden Alternativen für eine gerechtere Gesellschaft, eine kapitalistische Gesellschaft ohne Armut oder sogar eine Solidarische Gesellschaft entworfen, die auf Umverteilung von oben nach unten beruhen. Die sich höher und höher auftürmenden Schranken der Kapitalverwertung als solcher lässt man lieber außer acht. Sie würden die leere Hoffnung auf eine Solidarische Gesellschaft der Kapitalverwertung untergraben und auch die leere Hoffnung auf einen Kapitalismus ohne Krisen.
Insoweit ist die Krise eine Chance. Sie kann das Wolkenkuckucksheim einer solidarischen Kapitalverwertung und eines Kapitalismus ohne Finanzkrisen erschüttern.

2.5 Wirtschaftskrise wegen mangelnder Binnennachfrage?

„*Die Wirtschaftskrise ist durch die viel zu schwache Binnennachfrage verursacht*" (ver.di Wirtschaftspolitische Informationen 1/2009, 2). Das ist die vorherrschende Erklärung in den DGB-Gewerkschaften.
Weil die Binnennachfrage zu schwach war, soll also die Industrieproduktion Deutschlands im letzten Quartal 2008 gegenüber dem Vorjahresquartal um 7,7 % gesunken sein, im Euroraum um 8,6 %. Die Kapazitätsauslastung betrug im 1. Vierteljahr 2009 nur noch 76,2 % gegenüber 86,5 % in 2008 (Monatsbericht 2/2009, 6*).
Die Statistiken scheinen der Erklärung der Krise durch mangelnde Binnennachfrage zunächst Recht zu geben.

	Privater Konsum	Staatskonsum	Ausrüstungen	Exporte
2000	100	100	100	100
2008	102,1	107,3	124,9	169,9

(preisbereinigt: Monatsbericht Deutsche Bundesbank 2/2009, 61*)

Eindeutig bleibt der private Konsum hinter allem anderen zurück. Triebfeder des Wachstums waren Exporte und Ausrüstungsinvestitionen. Die wichtigsten Elemente des privaten Konsums sind Nettolöhne und –gehälter sowie Sozialleistungen. Der erste Gedanke könnte also sein: Wenn Löhne und Sozialleistungen höher gewesen wären, hätten die produzierten Waren und Dienstleistungen auch abgesetzt werden können. In der Tat: wenn die Nachfrage dem Angebot entsprechen

würde, würde es keine Wirtschaftskrisen geben. Wenn es eine freie Marktwirtschaft geben würde, würde es auch keine Monopole geben usw. usf.
Warum zum Teufel aber bleibt die Binnennachfrage hinter der Produktion zurück?
Marx bezeichnet es als „*reine Tautologie, daß die Krisen aus Mangel an zahlungsfähiger Konsumtion … hervorgehn*" (MEW 24, 409). Dass der Absatz von Waren stockt, weil sie nicht gekauft werden., ist tautologisch. Dass der Konsum der breiten Masse zu schwach ist, sagt über die Ursachen von Krisen noch gar nichts aus. „*Die Unterkonsumtion der Massen ist ... eine Vorbedingung der Krisen und spielt in ihnen eine längst anerkannte Rolle; aber sie sagt uns ebenso wenig über die Ursachen des heutigen Daseins der Krisen, wie über ihre frühere Abwesenheit*" (Engels 1969, 266). Mit Letzterem meint Engels, dass Unterkonsumtion besteht, solange es ausbeutende und ausgebeutete Klassen gibt, Krisen aber erst seit 1825 existieren.
Kapitalistische Krisen erklären sich aus der „*neuen Erscheinung der Überproduktion*" (ebda.), nicht aus der Jahrtausende alten Erscheinung der Unterkonsumtion.

Dass mangelnde Kaufkraft die wichtigste Ursache von Krisen sei, wird dennoch vom Münchener Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (isw) oft mit einem Zitat von Marx „belegt": „*Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde"* (Marx, MEW 25, 501).
Die Frage bleibt aber, warum die Konsumtion der Masse beschränkt, also in heutigen Begriffen die Binnennachfrage zu schwach ist. Das benennt Marx im Satz, der vor dem zitierten steht. „*Die Konsumtionsfähigkeit der Arbeiter (ist) teils durch die Gesetze des Arbeitslohns, teils dadurch beschränkt, dass sie nur solange angewandt werden, als sie mit Profit für die Kapitalistenklasse angewandt werden können*" (ebda.).
Die Gesetze des Arbeitslohns besagen – kurz gesagt -, dass die Bewegung des Arbeitslohns „*ausschließlich*" (Marx, MEW 23, 666) reguliert ist durch den Umfang der Arbeitslosigkeit (industrielle Reservearmee). „*Je größer der gesellschaftliche Reichtum, ... desto größer die industrielle Reservearmee*" (Marx, MEW 23, 673), da die wachsende Masse an Produktionsmitteln aufgrund des Fortschritts der Produktivität im Laufe der Entwicklung mit weniger Arbeitskraft in Bewegung gesetzt werden kann. Die Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft verschlechtern sich dadurch. „*Es folgt daher, dass im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muss*" (ebda. 675).
Andererseits werden LohnarbeiterInnen nur beschäftigt, wenn aus ihrer Arbeit genügend Profit herausgezogen werden kann. Wenn aber – wie aufgezeigt – die Profitraten im Laufe der Entwicklung der Kapitalverwertung langfristig fallen, sinkt folglich auch deshalb die Nachfrage nach Arbeitskraft, steigt der Druck auf die Löhne und Sozialleistungen. Die im Laufe des letzten Zyklus real gesunkene Summe der Nettolöhne und –gehälter und die real noch stärker gefallenen Sozialleistungen in den USA und in Deutschland zeigen indirekt den Fall der Profitra-

ten an. „*Gleichzeitig hielten sie (die Unternehmen) um die Rentabilität wiederherzustellen, die Löhne niedrig und die Regierungen reduzierten das Wachstum der Sozialausgaben*“ (Brenner 2009, 6). Man kann also aus dem Zitat von Marx nicht schließen, dass Krisen ausbrechen, weil Löhne und Sozialleistungen zu niedrig seien und auch nicht, dass mit Lohnerhöhungen und höheren Sozialleistungen bzw. mit Umverteilung von oben nach unten Krisen verhindert werden könnten.

Krisen – Folge von Überproduktion

Krisen folgen immer auf den Höhepunkt eines Aufschwungs. Im Aufschwung sind aber Lohnsteigerungen und Steigerungen von Sozialleistungen vergleichsweise am höchsten und können dennoch Krisen nicht verhindern. (Roth 2003, 291-310). In den USA macht die (kreditgedopte) Binnennachfrage 70 % des Bruttoinlandsprodukts aus, in Deutschland nur 56 %. Dennoch stecken auch die USA in einer tiefen Wirtschaftskrise. Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 folgte auf eine Periode, in der es die höchsten Lohnsteigerungen der Nachkriegsgeschichte gegeben hat.

„*Krisen* (werden) j*edesmal gerade vorbereitet durch eine Periode, worin der Arbeitslohn allgemein steigt …. Jene Periode müßte – von dem Gesichtspunkt dieser Ritter vom gesunden und „einfachen“ (!) Menschenverstand – umgekehrt die Krise entfernen. Es scheint also, daß die kapitalistische Produktion vom guten oder bösen Willen unabhängige Bedingungen einschließt, die jene relative Prosperität der Arbeiterklasse nur momentan zulassen, und zwar immer nur als Sturmvogel einer Krise*“ (Marx, MEW 24, 49 f.).

Krisen entstehen, weil Unternehmen, ob Finanz- oder Industriekonzerne, jeder für sich in Konkurrenz zueinander Kapital verwerten und für unbekannte Märkte produzieren bzw. Finanzprodukte verkaufen. Jedes Unternehmen weitet die Produktion so stark aus, wie es irgend geht, weil davon seine Renditen abhängen.

Erst hinterher stellt sich heraus, ob die Märkte aufnahmefähig waren. Das treibt die Waren- und Kapitalmassen immer wieder über die Aufnahmefähigkeit der Märkte hinaus, zumal diese vom Kapital selbst, wie oben beschrieben, relativ zu seiner Produktionsfähigkeit immer mehr eingeengt werden (vgl. auch 2.4). Krisen entstehen also, weil die Konsumtionskraft der Gesellschaft oder – anders formuliert - „*die Ausdehnung der Märkte ... nicht Schritt halten (kann) mit der Ausdehnung der Produktion*“ (Engels 1969, 257). Auf der Basis des Privateigentums bzw. des Sondereigentums an Produktionsmitteln, auf der Basis von Kapitalverwertung und Warenproduktion kann es nicht anders sein.

Die Wirtschaftskrise hat in erster Linie ökonomische Ursachen. Sie ist Ergebnis der Überproduktion auf dem Boden der Kapitalverwertung. Sie ist nicht in erster Linie Produkt einer falschen Politik, wie Horst Schmitthenner (IG Metall) behauptet: „*Diese Krise ist das Ergebnis einer Politik, die uns weismachen wollte, dass Wachstum und Beschäftigung durch massive Umverteilung von unten nach oben erzeugt wird*“ (junge welt 09.02.2009).

Auch unter der erhofften „Links"-Regierung, die eine Millionärssteuer und einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,71 Euro einführt usw., die also einen „Politikwechsel" vollzieht, würde die Kapitalverwertung, die ja Grundlage der linken Regierung bleibt, zu Überproduktions- und Finanzkrisen führen. Die Binnennachfrage würde auch auf einem höheren Niveau mit der Ausdehnung der Produktion nicht Schritt halten können.

Konjunkturzyklen – Folge der Politik?

Rätselhafterweise war die Binnennachfrage in Deutschland im Aufschwung auch nicht viel höher als jetzt in der Krise. Wenn aber ein- und dieselbe Binnennachfrage sowohl einen Aufschwung als auch die Krise begleiten kann, kann sie kaum die treibende Kraft der Krise sein.
Der Einbruch der Produktion ab dem letzten Quartal 2008 ist vor allem Ergebnis der zyklischen Entwicklung des Industriekapitals. Die Krise war wieder fällig. Man kann vom Beginn einer Krise sprechen, wenn die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr sinkt. So war es 1967, der ersten Krise der Nachkriegszeit, 1974/75, 1981/82, 1992/93 und 2001/03. Umgekehrt liegen die Höhepunkte des Zyklus immer im Jahr vor Ausbruch der Krise, also 1966, 1973, 1980, 1991, 2000 und jetzt 2008. Von 1950 bis 1967 gab es ebenfalls eine zyklische Bewegung des Kapitals, allerdings nur in der Form, dass die Wachstumsraten der Industrieproduktion zeitweise geringer waren. Krisen gab es nicht.
Die Krise ist dann überwunden, wenn die Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr steigt. Der Aufschwung setzt aber erst ein, wenn die Industrieproduktion des Niveau des letzten Höhepunkts überschritten hat. Die Aufschwünge dauerten von 1968 bis 1973, 1976 bis 1980, 1985 bis 1991, 1998 bis 2000 und 2004 bis 2008. Seit dem letzten Quartal 2008 ist die Industrieproduktion unter das Niveau des Vorjahres gesunken. Deutschland steckt also in einer Krise.

Wenn diese Entwicklung politische Ursachen hätte, müsste die Politik selbst Ursache der zyklischen Entwicklung sein. Sie müsste, wenn sie richtig war, den Aufschwung erzeugt haben und wenn sie falsch war, die Krise. Bekanntlich setzt die Existenz des Teufels die Existenz Gottes voraus und umgekehrt. Wenn die Politik für die Krise verantwortlich ist, dann ist ihr auch der Aufschwung zuzuschreiben. Das behauptet die Bundesregierung ja auch. Nur bleibt rätselhaft, wie eine Politik, die eben noch richtig war, im nächsten Moment falsch ist, wenn die Krise beginnt.
Zyklen gibt es sowohl im Prozess der Produktion von Waren als auch in verschiedenen Erscheinungsformen auf den Finanzmärkten (Aktiencrashs, Immobilienkrisen usw.). Diese beiden Krisenherde können voneinander unabhängig auftreten oder zusammen. Zur Zeit verbinden sie sich zu einer tiefen und langandauernden Krise, die möglicherweise auch den Zyklus insgesamt aus dem Gleis bringt.

Konjunkturzyklen auf der Grundlage der Entwicklung des Kapitals gibt es seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts. Sie zeigen an, dass die Kapitalverwertung Schranken aufbaut, die sie nicht anders überwinden kann als durch Vernichtung von Kapital. In Krisen werden Kapitalmassen, die sich nicht mehr verwerten können, vernichtet oder entwertet bzw. Kapazitäten in Produktion, Handel, Transport und Finanzwesen abgebaut. Sie werden mitsamt der Beschäftigten abgebaut, die die Überkapazitäten erarbeitet hatten. Ist genug zerstört, beginnt der Zyklus neu auf einer höheren Stufe der Konzentration des Kapitals und der Produktivität, also auch mit einem geringeren Arbeitsvolumen.
Dieser Prozess verläuft jedoch nicht gleichförmig, sondern mit einer abnehmenden Dynamik. Typisch für die Entwicklung des Kapitals ist, dass die Wachstumsraten im Laufe der Entwicklung der Zyklen abflachen, dass die allgemeine Profitrate im Laufe der Entwicklung fällt (vgl. 2.3) und die Investitionen im Laufe der Entwicklung relativ zum BIP abnehmen. Die Dynamik erlahmt.

Diese Entwicklung verläuft nicht in allen Ländern gleichzeitig. Sie zeigt sich vor allem in den fortgeschrittensten Industrieländern, also in den USA, Deutschland und Japan. „*Am aufschlussreichsten ist, dass der gerade zu Ende gegangene Konjunkturzyklus von 2001 bis 2007 der bei weitem schwächste der Nachkriegszeit war, und zwar trotz des stärksten staatlich finanzierten wirtschaftlichen Impulses der US-amerikanischen Geschichte in Friedenszeiten*“ (Brenner 2009, 5).

Wirtschaftskrise – Übergreifen der Finanzkrise?

Es wird behauptet, dass die Finanzkrise auf die Wirtschaftskrise übergegriffen habe. Der Anschein kann entstehen, weil die Finanzkrise Mitte 2007 ausbrach und die Industrieproduktion in Deutschland erst im letzten Quartal 2008 drastisch einbrach. Die Produktionseinbrüche sind jedoch in erster Linie Folge eines vom Zyklus des Finanzkapitals unabhängigen Zyklus des Industriekapitals. Der seit 2004 andauernde Aufschwung endete eben wie immer in einer Überproduktionskrise. Die Krise brach nicht aus, weil ein kranker Finanzmarktkapitalismus die gesunde „Realwirtschaft“ infiziert hätte.
Dennoch beeinflusst die Verwertung des Geldkapitals natürlich den industriellen Zyklus. Der letzte Zyklus wies im Aufschwung höhere Profitraten auf als im Aufschwung vergangener Zyklen. Ursache war das kreditgedopte Wachstum der Weltproduktion und des Welthandels. Die Verschuldung erreichte in Friedenszeiten ein Niveau, das es bislang nur in Kriegszeiten gab. Der Kredit, gespeist aus den Kapitalüberschüssen der „Realwirtschaft“, wirkte im letzten Zyklus wie Viagra für die Warenproduktion. Deutschland, dessen Exporte 50 % des BIP ausmachen, profitierte davon in besonders starkem Maße. Während die inländische Verwendung des BIP preisbereinigt von 2000 bis 2008 um 2,8 % zunahm, explodierten die Exporte um 70 %. Der Zuwachs des BIP ist ausschließlich auf die Zunahme der Exporte zurückzuführen (Monatsberichte Tabelle X 1.) Der Industrieabsatz von Automobilen, Maschinen usw. war ebenfalls kreditgedopt. Die Scheinblüte

der Industrieproduktion kracht jetzt genauso zusammen wie die Scheinblüte der ewigen Geldvermehrung durch Geldanlagen.
Die Explosion des Kredits dehnt zwar den Umsatz aus und beflügelt Investitionen, belastet aber andererseits Profite und Löhne in zunehmendem Maße. Die Entwicklung des Geldkapitals führt also dazu, dass Krisen mit Krediten „gelöst" werden, nur um neue, noch tiefere Krisen vorzubereiten. Das trifft auch auf die Explosion des Staatskredits zu, mit der die jetzige Krise „gelöst" wird. Sie wird, wenn die Staatsschuld weiterhin bedient werden soll, vor allem zu brutalen Angriffen auf die LohnarbeiterInnen führen. Die Zyklen und damit auch die Krisen eines Zyklus sind Folge der ökonomischen Gesetze der Kapitalverwertung, nicht der falschen Ideologie des Neoliberalismus oder einer periodisch auftretenden persönlichen Gier oder einer periodisch falsch werdenden Politik, auch nicht einer periodisch auftretenden Unlust von LohnarbeiterInnen, Lohnarbeit zu verrichten. Sie können folglich auch nicht durch eine Umkehr vom Modell des Neoliberalismus zum Modell der Sozialen bzw. Solidarischen Marktwirtschaft, eine Umkehr von der Gier zur Bescheidenheit (vielleicht unter dem ethischen Einfluss der Religionen) oder einen Politikwechsel von einer falschen zu einer richtigen Politik behoben werden, solange die Kapitalverwertung und die ihr entsprechenden Eigentumsverhältnisse Grundlagen der Ökonomie sind.

Krise am Beispiel der Automobilindustrie

In der Automobilproduktion schlägt das Herz der Industrie der entwickelten Industrieländer. Die größten Automobilproduzenten der Welt, General Motors, Ford, Toyota, Volkswagen, Daimler usw. haben die Welt mit ihren Autos überflutet und in Konkurrenz zueinander jeder für sich letztlich gewaltige Kapazitäten aufgebaut, die sich als Überkapazitäten erweisen.
Der Autoexperte Ferdinand Dudenhöffer schätzt die weltweiten Überkapazitäten zur Zeit auf über 30 Prozent. Alle Hersteller könnten 66 Mio. Fahrzeuge produzieren, der Weltmarkt nähme aber nur 50 Mio. auf. Seit 2005 sind neue Werke mit Kapazitäten von mehr als 6 Millionen Autos gebaut worden (http://www.atzonline.de).
Und das, obwohl schon 2005 drei Viertel von weltweit 110 Automanagern die globalen Überkapazitäten auf unter 20 % schätzten, KPMG, eine der größten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften der Welt, sogar auf rund 25 % (Spiegel-Online 10.01.2005). Man war eben im Aufschwung euphorisch.
Es wurden letztlich Kapazitäten für mehr Autos aufgebaut, als der Weltmarkt hergibt. Wenn die Sättigung relativ zur zahlungsfähigen Nachfrage erreicht ist, bricht der Absatz weltweit ein. Im Vergleich zum Vorjahr stürzte der Autoabsatz von GM im Februar 2009 um 53 % ab, bei Ford um 48 %, bei Toyota um 37,5 %. Die deutschen Autobauer brachen etwas weniger ein: BMW um 34,7 %, Daimler um 20,6 % und VW um 17,5 % (Handelsblatt 04.03.2009).
Die Überkapazitäten von Opel liegen bei 30 Prozent, so Forster, Europa-Chef von General Motors (FAZ 04.03.2009). Trotzdem meint Armin Schild, IGM-

Aufsichtsrat bei Opel: „*Die Fahrzeuge, die Opel nicht verkauft, ..., die werden in Seoul und Nagasaki gebaut*“ (Deutschland Radio Kultur 26.02.2009). Die Überkapazitäten von Opel werden also durch die koreanischen und japanischen Produzenten erzeugt, nicht von Opel selbst. Das hätte auch der Pressesprecher von Opel sagen können.

Egal wie umweltfreundlich die Antriebssysteme waren, wie niedrig der Benzinverbrauch, wie gerissen das Management: alle Autobuden brachen weltweit ein, die einen mehr, die anderen weniger.

Die Überproduktion von Waren, die sich in Überkapazitäten äußert, ist letztlich eine Überproduktion an Kapital. Es ist, gemessen an der Aufnahmefähigkeit der Märkte, zu viel Geld in Produktionsmitteln investiert worden. Ursache der Krise ist die Überproduktion von Kapital im Verhältnis zur zahlungsfähigen Nachfrage, nicht etwa zu geringe Lohnerhöhungen in der Automobilindustrie. Auch Lohnerhöhungen in der Metallindustrie Deutschlands um 20 % hätten den Karren nicht flott machen können. Die Zahl der Beschäftigten in Bergbau und Verarbeitendem Gewerbe ist von 6,374 Millionen auf dem Höhepunkt des Aufschwungs im Jahr 2000 auf 5,425 Millionen in 2008, dem Höhepunkt des letzten Aufschwungs, gefallen. Die Zunahme von Teilzeit, Leiharbeit und befristeter Arbeit haben die Zusammensetzung der Beschäftigten erheblich verändert. Die rasant gestiegene Produktivität und die damit verbundene sinkende Nachfrage nach Arbeitskraft untergräbt die Zahl derjenigen, die Mehrwert produzieren können und zugleich auch die Kaufkraft der LohnarbeiterInnen. Die sinkende Nachfrage nach Arbeitskraft ist notwendige Folge der Entwicklung der Produktivität unter der Regie des Kapitals und unterspült auch die Kaufkraftsteigerungen durch Lohnerhöhungen.

Die Binnennachfrage in Deutschland macht den Kohl im übrigen auch nicht fett, denn drei Viertel aller in Deutschland produzierten PKWs werden ins Ausland verkauft (FAZ 04.03.2009). Die Produktion hat in erster Linie den Weltmarkt im Visier, nicht den nationalen Markt. Die Binnennachfrage reißt es auch deshalb nicht, weil zwischen 60 und 80 Prozent der privaten Neuwagen auf Kredit gekauft werden (FAZ 13.02.2009). Ein großer Teil der Produktion entfällt ferner auf Geschäftswagen, deren Anschaffung steuerlich begünstigt ist, da die Mehrwertsteuer als Vorsteuer entfällt. Der Mittelstand lebt davon. Leasing, d.h. das Vermieten von Autos, erhöht ebenfalls den Absatz. Die Binnennachfrage muss in wachsendem Maße durch Kredite aufgestockt werden, um die Überproduktion an den Mann zu bringen. Am deutlichsten sah man das in den USA, wo eine gigantische Verschuldung vieler Privathaushalte erhebliche Lohnsenkungen auszugleichen sucht.

Da die Autokonzerne in erster Linie für den Weltmarkt produzieren müssen, verlagern sie immer häufiger ihre Produktion in die entsprechenden Absatzmärkte. Einmal in die Welt gesetzt, weil man mit Autos mehr Profit machen kann als mit öffentlichen Verkehrsmitteln, vermehrt das Kapital die Autoproduktion krebsartig und will sie bis ins Universum ausdehnen. Dann aber reicht die weltweite Binnennachfrage noch weniger.

Lösungen der Finanz- und Wirtschaftskrise

3.1 Finanzmärkte sollen der „Realwirtschaft" dienen?

In einem Statement vom Juni 2008 erklärte Attac: „*Die grundsätzliche Orientierung für eine echte Umkehr muss darauf gerichtet sein, die Dominanz der Finanzmärkte über die Realökonomie zu brechen*" (Zeise 2008, 187).
Im Jahr 2000 betrug der Gesamtumsatz der Güter und Dienstleistungen der USA gerade mal 1,9 % der Umsätze der US-Finanzmärkte, 1970 waren es noch rund 38 % (Konicz 2008, 8). Auch bei Finanzumsätzen von 30 % des BIP, wären sie noch dominant. Die Bilanzsummen der großen Banken übertreffen die der größten Konzerne und die Haushalte der Staaten. Daimler z.B. hatte 2008 eine Bilanzsumme von 132 Mrd. Euro. 16 deutsche Banken haben eine erheblich höhere Bilanzsumme, allein die WestLB mehr als das Doppelte. Die Dominanz der Finanzinstitute entspringt dem jetzigen Entwicklungsstand der Kapitalverwertung. Sie beruht auf der Verwaltung der Kapitalüberschüsse, die die „Realwirtschaft" erzeugt. Sie zeigt an, dass es in der sogenannten Realökonomie massive Schranken gibt, die mehr Kapital produzieren, als es in der „Realökonomie" Verwertungsmöglichkeiten gibt. Die Kapitaleigenschaft der Produktions- und Finanzmittel führt zu langfristig abnehmenden Profitraten und steht ihrer produktiven Verwendung mehr und mehr entgegen. Von daher müssten die Quellen des Kapitalüberschusses in der „Realwirtschaft" beseitigt werden, um die Dominanz der Finanzmärkte über die „Realökonomie" zu brechen.

Die Dominanz der Finanzmärkte rührt auch aus der Verwendung des Kapitalüberschusses, dem Kredit. Staaten, Unternehmen und private Haushalte sind bis über beide Ohren verschuldet und damit von ihren Gläubigern abhängig bzw. dominiert. Das Wohl und Wehe aller hängt mehr und mehr davon ab, ob sie die aus der Kreditvergabe folgenden Ansprüche gegenüber den Banken befriedigen können. Gerade die massive Ausdehnung der Staatsverschuldung, mit der die jetzige Krise bewältigt werden soll und die auch von DGB-Gewerkschaften befürwortet wird, stärkt die Dominanz der Finanzkonzerne.

„Realwirtschaft" vor Finanzmärkten schützen?

„*Um die ‚Realwirtschaft' vor der Ansteckung durch die Finanzmarktkrise zu schützen, muss das Vertrauen in das Bankensystem wieder hergestellt werden*" (IG Metall Wirtschaft aktuell 20/2008, 1.10.2008, 2).
Die Kapitalüberschüsse, die die Finanzmärkte aufblähten, sind in der sogenannten „Realwirtschaft" erzeugt worden. Sie sind das Grundproblem, nicht die Regulierung der Verwendung der Kapitalüberschüsse. Banken, Versicherungen und Pensionsfonds verfügen über Gelder von Unternehmen und privaten Haushalten, die überschüssig sind, d.h. im Reproduktionsprozess des Kapitals zeitweise oder dauerhaft brachliegen, gefördert durch langfristig gefallene Profitraten.

Der Kapitalüberschuss diente als Quelle für Kreditvergabe. Ohne die enorme weltweite Expansion der Verschuldung, d.h. der Finanzmärkte, und die Explosion der Zockergewinne aus Immobilien- und Aktienblasen, hätte die angeblich so solide „Realwirtschaft" die Wachstumsraten des letzten Konjunkturzyklus gar nicht erzielen können. „*Das Wirtschaftswachstum* (der USA im Konjunkturzyklus 2001 bis 2007) *basierte vollkommen auf* (kreditfinanziertem) *privatem Konsum und Investitionen in Immobilien. ... Allein der Immobilienmarkt machte fast ein Drittel des BIP-Wachstums und fast die Hälfte des Beschäftigungszuwachses in den Jahren 2001-2005 aus. ... Als die Immobilienpreise fielen, setzte eine Rezession der „Realwirtschaft" ein und der Finanzsektor erlebte einen Zusammenbruch, weil die Dynamik beider von der Immobilienblase abhängig gewesen war*" (Brenner 2009, 6 f.). Der Niedergang der „Realwirtschaft" in Form des Zusammenbruchs der Überproduktion an Immobilien riss zugleich die Banken und Versicherungen mit. Sollte man nicht die Finanzinstitute ebenso vor der „Realwirtschaft" schützen wie umgekehrt?

Die lobhudelnden Anhänger des Industriekapitals in Deutschland übersehen, dass auch das stolze Wachstum der Exporte der deutschen Industrie den Kapitalüberschüssen in der Hand der Finanzkonzerne zu verdanken ist. „*Nur durch die hohe, aber weitgehend kreditfinanzierte Auslandsnachfrage war die Margenausweitung möglich,*" kommentierte die Financial Times die Tatsache, dass die Profitraten der nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften in Deutschland 2007 um 57 % höher waren als im Durchschnitt der 90er Jahre (FTD 13.02.2009)

Auch die Explosion der Geldmenge, eine indirekte Folge der Kreditnachfrage, förderte die Produktion. Solange der Laden lief, beschwerten sich die Vertreter der „Realwirtschaft" und ihre Sozialpartner nicht und lobten die USA sogar als das Land der niedrigen Zinsen. Das Jammern über die Gier des Finanzsystems und seine schädlichen Auswirkungen auf die „Realwirtschaft" fing erst an, als die Scheinblüte verflogen war, die das Kreditdoping erzeugt hatte. Allerdings war trotz Kreditviagra das Wachstum des US-BIPs im Zyklus 2001-2007 niedriger als in allen vorherigen Zyklen. Die kapitalistische Wirtschaft verliert an Kraft.

Kreditdoping trieb die Produktion weiter über die Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft hinaus, als sie es aufgrund der Produktion von Privateigentümern für unbekannte Märkte ohnehin getan hätte. Die Kreditansprüche, die die „Realwirtschaft" beflügelten, übersteigen jedoch ihre Kraft sie zu befriedigen bei weitem. Sie müssen heute billionenfach abgeschrieben werden. Das erzeugt eine langandauernde tiefe Krise. Der Kredit, untrennbarer Bestandteil der „Realwirtschaft", erweist sich, wie die gegenwärtige Finanzkrise zeigt, als gewaltiges Mittel zur tiefen Erschütterung der bestehenden Produktionsweise.

Die zyklische Entwicklung der Industrieproduktion, in den USA gekoppelt mit der Immobilienproduktion, liegt dem Zyklus der Finanz-„Industrie" zugrunde. Aufschwünge führen zur Kreditnachfrage, Krisen zum Einbruch der Kreditnachfrage. Aufschwünge sind nicht das Ergebnis des Kredits, sondern des „normalen Konjunkturzyklus". Kredite wirken nur wie der Turbo eines ohnehin vor sich gehenden Prozesses.

Die Finanzwirtschaft ist selbst in ihren verrücktesten Formen ein Produkt der kapitalistischen „Realwirtschaft". Sie kann nicht aus der Gesamtwirtschaft herausoperiert werden. Dass das Finanzsystem vor der „Realwirtschaft" geschützt werden müsse und die Krise der „Realwirtschaft" auf das Finanzsystem übergreift, kann man mit größerer Berechtigung sagen, als dass die „Realwirtschaft" vor dem Finanzsystem geschützt werden müsse. Denn die „Realwirtschaft" wirft dem Finanzsystem Berge überschüssigen Kapitals vor die Tür.
Die Warenproduktion ist weit über die Aufnahmefähigkeit der Märkte hinaus ausgedehnt worden. Daraus folgt, dass die Überproduktion an Waren, die übermäßige Ausdehnung der Produktionskapazitäten genauso zurückgefahren werden muss, wie die Überproduktion an Geldkapital. Produktionseinbrüche aber stellen die Befriedigung der Ansprüche der Banken und Aktionäre in Frage. Die Formel, dass die Finanzkrise auf die „Realwirtschaft" „übergegriffen" habe, geht von der oberflächlichen Wahrnehmung zweier getrennter ökonomischer Sphären aus. Die Finanzkrise ist Teil einer Krise der Kapitalverwertung insgesamt.

Geld und „Realwirtschaft"

Es ist kompletter Quark, dass Waren real, ihr Geldausdruck aber irreal sei. Geld steht nicht neben der realen kapitalistischen Warenproduktion. Der Wert jeder Ware drückt sich in Geld aus. Geld ist nur eine Form der Ware. Geld kann sich wieder in „reale" Waren zurückverwandeln. Es kann aber auch Grundlage für reine Geldoperationen auf Geldmärkte sein, da es selbst eine reale Ware ist und eine selbstständige Existenz neben der materiellen Warenwelt führt. Mit Geld kann folglich auf dem Boden dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung gehandelt werden, z.B. in Form von Devisen. Mit Geld kann man auch Wetten auf die Entwicklung der Preise von Waren abschließen, da es in einer Waren produzierenden Gesellschaft üblich ist, Profit eben auch aus der Differenz zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis zu ziehen.
Die Verselbstständigung der Geldmärkte hat ihre Wurzeln in einer Ökonomie, die Gebrauchsgüter als Waren produziert. Die „Marktwirtschaft" ist die ökonomische Grundlage für spekulative Geldgeschäfte aller Art. Die spekulativen Geschäfte werden stärker, je enger die Basis für Verwertung von Kapital in der sogenannten Realökonomie wird. Im übrigen sind auch Investitionen in Produktionsmittel oft nicht von spekulativen Anlagen zu unterscheiden, denn sie beruhen auf Annahmen über künftige Entwicklungen, die kaum bekannt sind.
Geld und Ware sind nur verschiedene Formen des Kapitals. Kapital kann in Waren und/oder in Geld bestehen. Das Geldkapital ist eine verselbstständigte Form des Kapitals. Es ist von daher nicht möglich, das Geld dem Reproduktionsprozess des Kapitals zu entziehen und „*Banken als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge*" zu organisieren, wie Michael Schlecht und Sarah Wagenknecht es vorgeschlagen haben (junge welt 16.10.2008).

Kredite und „Realwirtschaft“

Wenn Geld überschüssig ist, kann es als Kredit verliehen werden. Kredite erzeugen Ansprüche auf Teile des Mehrwerts von Unternehmen, auf Teile von Steuern bzw. von Löhnen, in jedem Fall auf Aneignung eines Teils der Ergebnisse fremder Arbeit aus dem Prozess der Reproduktion von Kapital. Ohne Mehrwertproduktion können Kredite nicht bedient werden, da auch Arbeitskräfte nur solange beschäftigt werden, wie sie Mehrwert produzieren und der Staat von Steuern lebt, die ohne Mehrwertproduktion nicht anfallen würden.

Kredite sind in einer warenproduzierenden Gesellschaft lebensnotwendig. Sie ermöglichen dem industriellen Kapital, seine Produktion über das Ausmaß hinaus zu erweitern, das durch das eigene Kapital gegeben ist. Sie ermöglichen die Bezahlung von Waren, ohne dass sie schon verkauft sind. Sie ermöglichen dem Staat, zu investieren, obwohl es die Steuereinnahmen nicht erlauben würden. Sie ermöglichen Konsumenten, Waren zu kaufen, die sie sich ansonsten nicht leisten könnten. Die Kreditlinien der Banken halten also den Prozess der Produktion und des Verkaufs von Waren in Gesellschaften der Warenproduktion aufrecht und beschleunigen andererseits diesen Prozess. Gerät dieser Prozess ins Stocken, können selbst profitable Unternehmen zahlungsunfähig werden und die komplexen Verarbeitungs- und Zuliefererketten empfindlich stören.

Die wachsende Kreditmasse spiegelt einerseits das Wachstum des Kapitals wieder, das sich in Produktion, Handel und Transport umschlägt, andererseits aber auch die Tatsache, dass sich in eben diesem Prozess mit der steigenden Profitmasse überschüssiges Kapital bildet, das sich als reines Geldkapital verwirklichen muss, weil es nicht genug rentable Anlagemöglichkeiten im Prozess der Warenproduktion oder des Warenhandels findet. Der Kapitalüberschuss drückt also einerseits die Akkumulation des Kapitals, andererseits aber auch Schranken der kapitalistischen Produktion aus. „*Diese rasche Entwicklung des Leihkapitals ist daher ein Resultat der wirklichen Akkumulation, denn sie ist die Folge der Entwicklung des Reproduktionsprozesses, und der Profit, der die Akkumulationsquelle dieser Geldkapitalisten bildet, ist nur ein Abzug vom Mehrwert ...*“ (Marx, MEW 25, 519). Es ist also Unsinn, das überwiegend auf der Vergabe von Krediten beruhende Finanzwesen der sogenannten „Realwirtschaft“ der Kapitalverwertung in der Warenproduktion entgegenzustellen.

Genauso wie Geld selbst kann auch das verliehene Geld, der Kredit, seinerseits zur Ware werden. Kredite können als Ware gehandelt werden, wenn sie in Wertpapiere umgewandelt werden. In einer warenproduzierenden Gesellschaft kann alles zur Ware werden, verrückterweise selbst Schulden. Denn auch faule Kredite können ge- und verkauft werden. Je öfter Kredite als Wertpapiere verkauft werden, desto mehr löst sich die Beziehung zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer auf. All das erscheint als Entfernung von der „Realwirtschaft“, ist es aber nicht, da der Handel mit Krediten eine logische Konsequenz aus der Produktion von Waren ist. Nicht nur der Kreditmarkt, d.h. der Handel mit Krediten trägt Züge eines Spielcasinos. Auch Kredite als solche sind schon spekulativ, denn der Kreditgeber wettet auf zukünftige Geldeinkommen des Kreditnehmers.

Geld-„Schöpfung" durch Kreditvergabe

Mit der Vergabe von Krediten kann allerdings auch Geld „geschöpft" werden (Benedikt Fehr, Der Weg in das Milliarden-Desaster, FAZ 31.12.2008). Kredite sind zunächst Buchgeld auf dem Girokonto. Buchgeld muss jederzeit in bar ausgezahlt werden. Sollte eine Geschäftsbank zu wenig Bargeld haben, nimmt sie bei der Zentralbank einen Kredit auf, den sie sich in bar auszahlen lassen kann. Die Zentralbank druckt also Geld im Verhältnis zu ihrer Fähigkeit, ihrerseits Kredite an Geschäftsbanken bar auszuzahlen. Je höher der Umfang des Kreditvolumens ist, desto schneller wächst also auch die Geldmenge. „*Mit dem Anwachsen des Kreditangebots sind die Geldmengen angewachsen*" (Die Welt 05.03.2007).
In den USA wuchs die Geldmenge von Ende 2000 bis Oktober 2008 um knapp 3 Bio. Dollar auf 7,9 Bio. Dollar. Im Euro-Raum wuchs sie im selben Zeitraum noch schneller, um 4,5 Bio. Euro auf 9,4 Bio. Euro. Ähnlich stark nahmen die Geldmengen auch in anderen Ländern zu. Letztlich reguliert also die Kreditvergabe der Banken die Geldmenge. Sie entscheidet letztlich über die umlaufende Geldmenge. Da sie aufgrund gesunkener Margen mehr Kredite vergeben mussten, um von Kreditprovisionen und Zinsen zu profitieren, explodierte auch die Geldmenge. Das wiederum vergrößerte das Spielkapital, das im Spielcasino der Banken eingesetzt werden konnte. Ein Teil der Kredite wurde aufgenommen, „*um dieses Geld an den Finanzmärkten gewinnbringend anzulegen. Das trieb die Preise praktisch auf allen Finanzmärkten nach oben, von Immobilien über Aktien und Rohstoffe bis hin zu komplexen Anleihen. Die durch Geldschöpfung finanzierte Inflation der Vermögenspreise kümmerte die Zentralbanken nicht*" (Fehr in FAZ 31.12.2008).
Andererseits beflügelte die Expansion der Geldmenge auch die Warenproduktion selbst, z.B. den Immobilienmarkt, die Rohstoffmärkte usw., weil Preise und die darüber zu erzielenden Profite die Investitionen regulieren.

Aktien und „Realwirtschaft"

Die Anhänger eines sozial reformierten Kapitalismus lehnen den Shareholder-Kapitalismus ab. Shareholder sind Anteilseigner, d.h. Aktionäre, Besitzer von Aktien, die von Aktiengesellschaften ausgegeben wurden. Die wichtigsten Konzerne, ob in den USA oder in Deutschland, sind in der Regel Aktiengesellschaften. Sie beruhen auf gesellschaftlichem Kapital, nicht mehr nur auf dem privaten Kapital eines Eigentümers. Aktiengesellschaften sammeln über den Verkauf von Aktien Kapital ein. Die Aktionäre sind im Verhältnis zum Umfang ihrer Aktienpakete Eigentümer. Die Kritiker des Shareholder-Kapitalismus haben nichts gegen Aktiengesellschaften als Grundlage des „Shareholder-Kapitalismus", nur etwas gegen überzogene Ansprüche der Aktionäre.
Die Aktie verkörpert einen Anspruch auf einen Teil des Mehrwerts eines Unternehmens aus dessen Produktion, die sogenannte Dividende. Das Kapital, das Aktionäre Unternehmen zur Verfügung gestellt haben, ist ausgegeben, investiert. Die Aktionäre können es nur zurückbekommen, in dem sie den Anspruch auf Divi-

denden auf Wertpapiermärkten verkaufen. Die Aktie selbst führt ein Eigenleben, da sie als Wertpapier gehandelt wird. Das liegt in der Natur der Aktien.
Da Aktien als Waren gehandelt werden, kann sich ihr Marktwert erheblich vom ursprünglichen Wert des wirklichen Kapitals entfernen. Der aktuelle Marktpreis aller Waren, auch der Aktien, ergibt sich aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Kurssteigerungen spiegeln also nicht zuletzt auch Spekulation auf Kursgewinne wieder. Dieses Motiv steigt mit dem Umfang des überschüssigen Kapitals, das nach Anlage sucht. 2000 stand der DAX bei 6.433 Punkten, 2002 bei 2.892 Punkten, 2007 bei 8.067 Punkten, Anfang März 2009 ist er bei unter 4.000 Zählern gelandet. Ähnlich war die Entwicklung an anderen Aktienmärkten. Weltweit soll 2008 Aktienvermögen über 17 Billionen Dollar verbrannt sein bzw. 44 % des Aktienvermögens der Aktionäre (FAZ 08.01.2009). Ähnliches findet mit dem Geldvermögen der Reichen statt. Es wird mit dem Niedergang von Kursen ebenfalls entwertet. Im Jahr 2000 stand es auf 25,5 Bio. Dollar, 2007 auf 40,7 Bio. Dollar (isw 2008, 26). 2008 wird es erheblich gefallen sein. Sofern der Marktwert nicht den wirklichen Wert der Unternehmen und der Anlagen der High Net Worth Individuals (HWNIs) widerspiegelt, ist der Reichtum der Nationen nicht gesunken. Nur ihr fiktives Kapital hätte sich vermindert, allerdings mit katastrophalen Folgen für Unternehmen und HWNIs, wenn der Marktpreis ihrer Vermögensanlagen unter den Preis gefallen ist, zu dem sie sie erworben haben. Noch kritischer wird das Ganze, wenn Aktien bzw. Aktiengesellschaften mit Krediten gekauft werden, die mit dem Marktwert der Aktien besichert sind oder wenn Kredite mit dem Marktwert von Kreditwertpapieren besichert werden, deren Sicherheiten wiederum in Anleihen, Immobilien usw. bestehen, die ebenfalls als Waren gehandelt werden und deren Marktpreis fällt. Je mehr Ansprüche mit anderen Ansprüchen gedeckt werden, desto labiler wird das Kartenhaus.
Die Verselbstständigung der Aktie ist eine der Verrücktheiten der kapitalistischen „Realwirtschaft", die sich vom Privateigentum individueller Eigentümer zum gesellschaftlichen Eigentum einer Vielzahl individueller Eigentümer entwickelt hat. Sie würde nur dann verschwinden, wenn Eigentümer keine Aktionäre mehr sein könnten, Aktien und auch Unternehmen demzufolge auch keine Waren mehr. Die „Realwirtschaft", die von Aktiengesellschaften beherrscht wird, wird in rührender Weise von ver.di verklärt, wenn es heißt: „*Der (Unternehmer) in der Industrie oder die Dienstleiterin haben ... noch einen Bezug zu den arbeitenden Menschen*", für Fondsmanager aber seien arbeitende Menschen nur „abstrakte Kostenfaktoren" (ver.di Oktober 2007). Der Bezug zu den arbeitenden Menschen besteht bei beiden Teilen des Kapitals, dem Industriekapital und dem Geldkapital, darin, dass sie von der unbezahlten Arbeit der „arbeitenden Menschen" leben und sich um die Beute streiten. Der „Unternehmer" mit seinem menschlichen Bezug ist bei Aktiengesellschaften überhaupt nicht mehr vorhanden. Die Lohnabhängigen kennen die Eigentümer gar nicht und erfahren vom Wechsel der Eigentümer oft erst aus der Zeitung.

Kapitalüberschuss in der „Realwirtschaft"

Wenn wir die Abschreibungen auf Sachanlagen ausklammern, aus denen der größte Teil der neuen Investitionen in Sachanlagen finanziert wird, flossen in den Jahren 2005 und 2006 über 80 % des gesamten Mittelaufkommens der Unternehmen in Deutschland in die Geldvermögensbildung. Die Bundesbank schrieb: „*Die schon seit Längerem zu beobachtende tendenzielle Gewichtsverlagerung hin zu den finanziellen Vermögenswerten hat sich somit beschleunigt fortgesetzt. Dazu rechnen außer Bankguthaben, Beteiligungen und Wertpapieren vor allem Forderungen gegen Kunden und verbundene Unternehmen*" (Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2006, Monatsbericht 12/2007, 43 f.). Das hat sich auch im Boomjahr 2007 fortgesetzt. Weil aber die Lagerbestände enorm aufgestockt wurden, flossen nur noch 56,7 % des Mittelaufkommens (ohne Abschreibungen auf Sachanlagen) in die Geldvermögensbildung (Monatsbericht 1/2009, 43; eigene Berechnung).

Diejenigen, die die Interessen des Industriekapitals gegen die Interessen des Geldkapitals vertreten, übersehen, dass „*selbst große Industrieunternehmen* (sich) *verwandelten ... zu Banken mit angeschlossener Produktionsabteilung*" (Hirschel in FAZ 11.12.2008). Porsche, Besitzer des größten europäischen Autokonzerns, erzielte 2007/2008 einen Gewinn von 8,6 Mrd. Euro, davon 7,6 Mrd. Euro aus Wertpapiergeschäften, aus erfolgreichen Spekulationen mit Optionen auf Aktienkursentwicklungen. Porsche z.B. gilt als „*Investmentbank mit angeschlossener Autoproduktion*" (FTD 29.10.2008). Die „Heuschrecke" Schäffler finanzierte die Übernahme von Continental **nur** mit Bankkrediten, darunter 5 Mrd. Euro von der Commerzbank (FAZ 13.03.2009). Die Industriekonzerne, die Fleisch gewordene „Realwirtschaft", betreiben häufig Finanzgeschäfte in Milliardenhöhe. Die Autokonzerne, Herz der deutschen Industrie, verfügen selbst über Banken. Diese haben Kredite aufgenommen, um damit wiederum billige Kredite zu vergeben, mit denen sie verzweifelt versuchen, ihre Überproduktion an Autos loszuschlagen.

Viele Aktiengesellschaften hatten im letzten Aufschwung ein Problem: „*'Wohin nur mit dem vielen Geld?', ist zurzeit eine der Hauptfragen in den Management-Etagen vieler Unternehmen. Das hohe Weltwirtschaftswachstum ... hat dafür gesorgt, dass viele Firmen gerade im Geld schwimmen. Als Folge davon sind immer mehr Unternehmen zu ... Fusionen und Übernahmen (M&A), hohen Ausschüttungen – oder .. Aktienrückkaufprogrammen*" gezwungen (NZZ 01.06.2007). In den USA und Japan „*haben die Unternehmen häufiger in große Akteinrückkaufprogramme und nicht in Sachkapazitäten investiert*" (Heise, Chef-Volkswirt der Allianz in FAZ 09.03.2009). Aktienrückkäufe, 1931 verboten, sind in den USA längst wieder erlaubt. Von 2004 bis 2008 kauften allein die 500 Aktienunternehmen des S&P für 1,8 Bio. Dollar eigene Aktien zurück, schütteten eine Bio. an Dividenden aus, gaben aber nur Gewinne über 2,2, Bio. Dollar an (FAZ 27.03.2009).

In Deutschland sind Rückkäufe seit 1998 erlaubt. Nahezu alle DAX-Konzerne betreiben das im Volumen von Dutzenden von Milliarden Euro. Aktienrückkäufe zeigen, dass überschüssige Liquidität (nicht zuletzt erzeugt durch den kreditge-

dopten Aufschwung) nicht rentabel im eigenen Unternehmen angelegt werden kann. Der Rückkauf von Aktien und ihre Vernichtung im Reißwolf vermindert die Zahl der umlaufenden Aktien und erhöht damit die Dividende der verbleibenden Eigentümer. Er dient ferner der Aufmöbelung der Aktienkurse durch selbst erzeugte Nachfrage und macht Spekulationsgewinne der Eigentümer möglich. Und nicht zuletzt vermindern Aktienrückkäufe das Eigenkapital und erhöhen darüber die Eigenkapitalrendite. Etwas Besseres wissen die Leuchttürme der „Realwirtschaft" in Deutschland mit ihren Gewinnen nicht anzufangen. Lieber fressen sie sie auf, als sie für gesellschaftliche Bedürfnisse zu verwenden. Eine drastische Erhöhung der Gewinnsteuern könnte den Konzernen bei ihren Problemen helfen, mit ihrem Geld etwas anzufangen.
Die Explosion der Firmenübernahmen in den vergangenen Jahren zeigt nach Meinung der Neuen Zürcher Zeitung dasselbe Problem. Das Volumen der weltweiten Firmenübernahmen (Mergers & Acquisitions – M&A) stieg von 1,305 Bio. Euro im Jahr 2002 auf 4,637 Bio. Euro im 2007, um dann 2008 auf 3,3 Bio. abzufallen (FAZ 21.01.2008). Fusionen sind gute Gelegenheiten, überschüssiges Kapital loszuwerden. Man steckte es lieber in die Übernahme von bestehenden Sachanlagen als in den Aufbau neuer Investitionen. Fusionen beflügeln auch die Kredit- und Aktienmärkte und sorgen für satte Provisionen der sie organisierenden Investmentbanken. Die Investmentbanken nahmen 2007 an Gebühren für M&A-Transaktionen weltweit 41 Mrd. Dollar ein, allen voran Goldman Sachs (FAZ 03.01.2008).
Fusionen sind Mittel, höhere Profitraten zu erzielen, indem die Produktivität erhöht wird. Doppelstrukturen in Verwaltung, Entwicklung, Vertrieb werden abgebaut, Produktionskapazitäten werden zusammengefasst, ihre Auslastung erhöht. So quält sich die „Realwirtschaft" unter gewaltigen Kosten zu einer höheren Stufe der Vergesellschaftung. Kritisch wird es allerdings, wenn die Fusionen, zu denen die Konzerne der „Realwirtschaft" gezwungen sind, um in der Konkurrenz zu bestehen, mit Milliarden an Krediten finanziert werden und zu Aktienkursen abgeschlossen wurden, die nach Vertragsabschluss gefallen sind.
„*Der hohe Verschuldungsgrad macht die gesamte Volkswirtschaft ähnlich anfällig wie den Bankensektor*" (Zeise 2008, 180). Beispiel Schäffler.

Interessenwidersprüche innerhalb des Kapitals

Die Begrenzung der Kritik auf die Interessen der Banken bzw. der Aktionäre spiegelt die Interessen vor allem des in der Industrie angelegten produktiven Kapitals wieder. Auf dieser Basis verbünden sich die Führungen der Industriegewerkschaften mit dem Industriekapital.
Je höher die Ansprüche des Geldkapitals und die Ansprüche der Aktionäre an den in der Produktion erzeugten Mehrwert, desto geringer ist der Unternehmergewinn, desto weniger bleibt auch für die Lohnansprüche der LohnarbeiterInnen. Umgekehrt haben Aktionäre ein Interesse an möglichst hohen Ausschüttungen des Gewinns und Banken Interesse an möglichst hohen Zinsen, an Fusionen von

Firmen und Outsourcing von Betriebsteilen, durch die sie verdienen können usw. Die Verselbständigung des Geldkapitals im Finanzsystem wäre nur beseitigt, wenn die kapitalistische Warenproduktion beseitigt wäre, deren überschüssiges Kapital die Finanzmärkte speist. Erst dann kann man das „Casino schließen". Unser Ausgangspunkt der Kritik kann nicht die Verteidigung des warenproduzierenden Industriekapitals gegenüber den Finanzkonzernen sein, die Verteidigung von Siemens und Daimler gegenüber der Deutschen Bank.

3.2 Verstaatlichung oder Vergesellschaftung?

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise notwendige Folge der Verwertung von Kapital ist. Sie ist weder die Folge der Gier einzelner Personen bzw. Unternehmen, noch die Folge von Fehlern der Staaten, die Gier zu zügeln. Sie ist auch nicht die Folge einer falschen Politik bzw. Verteilung oder der Loslösung der Finanz- von der „Realwirtschaft". Sie ist notwendige Folge der Reproduktion des Kapitals auf seiner heutigen Entwicklungsstufe. Die Methoden der Finanzkonzerne, dem Fall ihrer Profitraten entgegenzuwirken, haben die Kreditsysteme vieler Länder an den Rand des Zusammenbruchs getrieben. Die Kredittürme, deren Verlangen, mit Zins und Tilgung bedient zu werden, von den Schuldnern aus Unternehmen, Banken, Konsumenten und Staaten in wachsendem Maße nicht befriedigt werden kann, fallen in sich zusammen. Es zeigt sich, dass die Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter das Diktat der Kapitalverwertung die wirtschaftliche Stabilität rücksichtslos untergräbt.

Umfang der Abschreibungen und Verluste

Der Internationale Währungsfond (IWF, *engl.* IMF) hat seine Schätzungen über den Abschreibungsbedarf der Banken in Folge der Finanzkrise schon mehrfach nach oben korrigiert. Ende 2007 waren es noch 600 Mrd. Dollar, im April 2008 schon 945 Mrd. Dollar, im Herbst 1.400 Mrd. Dollar, im Januar 2009 dann 2.200 Mrd.. und im April 3.100 Mrd. Dollar, die auf US-Kredite und ihre Verbriefungen abzuschreiben wären. Alle bisherigen Schätzungen beschönigen offensichtlich die Lage.

Die Bank of England schätzte die weltweiten Gesamtverluste im April 2008 auf 1,4 Bio. Dollar, im Oktober 2008 aber schon auf 2,8 Bio. Dollar (Bank of England 2008). Auch diese Zahlen beschönigen den Ernst der Lage.

Allein die Verluste des US-Finanzsektors könnten nach Einschätzung von Nouriel Roubini 3,6 Bio. Dollar erreichen. Das ist mehr als das BIP Frankreichs und Großbritanniens zusammen genommen. Wenn die Häuserpreise um 20 % fallen und die Arbeitslosigkeit auf 9 % steigt, schätzt er die notwendigen Abschreibungen auf die für 12,4 Bio. Dollar in den USA ausgegebenen Kredite auf 1,6 Bio. Dollar, wobei 1,1 Bio. Dollar auf US-Banken und Brokerhäuser entfielen. Auf Wertpapiere in Höhe von 10,8 Bio. Dollar müssten weitere zwei Billionen Dollar

abgeschrieben werden, wovon 700 Mrd. Dollar auf US-Banken entfallen würden (http://www.rgemonitor.com/707). Insgesamt könnten sich die Verluste von Banken und Brokerhäuser in den USA also auf 1,8 Bio. Dollar summieren. Der restliche Abschreibungsbedarf von 1,8 Bio. Dollar würde bei anderen Finanzinstitutionen der USA anfallen, vor allem aber bei Banken außerhalb der USA. In den USA haben die Wertberichtigungen bei Unternehmensanleihen nach Meinung der Bank of England die Ausfälle aufgrund der Immobilienkrise schon überholt, die ja der Auslöser der Finanzkrise war (www.heise.de/tp/blog/8/ 118032).
Die letzten Schätzungen von Roubini besagen, dass über die 1,2 Bio. Dollar in subprime-Hypotheken weitere Kredite und Wertpapiere im Umfang von sieben Billionen Dollar in Gefahr stehen, den größten Teil ihres Werts zu verlieren. Wenn die Rezession weiter fortschreite, würden weitere Billionen jetzt noch hochrangiger Unternehmensanleihen und erstklassiger Hypotheken usw. im Wert fallen (Matthew Richardson, Nouriel Roubini, Nationalize the Banks! We are all Swedes Now, Washington Post 13.02.2009).
Das Volumen der Wertberichtigungen, die durch Kredite und Derivate entstehen, die von Banken außerhalb der USA ausgegeben wurden, ist damit noch gar nicht erfasst. Das Volumen von Giftmüll-Wertpapieren allein in den Büchern zweier britischer Banken wird auf 650 Mrd. Euro geschätzt (FAZ 07.03.2009). Nach einer Umfrage der Bundesbank bei 20 Banken in Deutschland sollen sich in deren Bilanzen allein bei Wertpapieren Giftmüllpapiere im Volumen von 281 Mrd. Euro befinden (FAZ 23.01.2009), von denen erst ein Viertel abgeschrieben ist. Noch nicht gerechnet ist der Giftmüll bei Auslandseinrichtungen und Zweckgesellschaften, ebenfalls nicht das Volumen fauler Kredite an Banken, nichtfinanzielle Unternehmen, Privatpersonen und Staaten und auf Grund fallender Aktienkurse sinkende Werte von Unternehmensbeteiligungen der Banken. Das Finanzministerium geht davon aus, dass der gesamte deutsche Bankensektor Risikopapiere im Umfang von bis zu einer Billion Euro in den Büchern führt (Spiegel-Online 17.01.2009).
Niemand kann die Gesamthöhe der Verluste sicher abschätzen. Zugrunde liegende Entwicklungen, die die Zahlungsfähigkeit von Unternehmen, Staaten und Privathaushalten beeinflussen, lassen sich schwer vorausberechnen. Der Wertberichtigungsbedarf dürfte aber weltweit erheblich über die Abschreibungen auf US-Finanzmüll hinausgehen.
Nur einige Hinweise:

- Seit Ende 2008 brechen Auftragseingänge in der Industrie weltweit dramatisch ein. Das führt zu einer Welle von Entlassungen und Unternehmenszusammenbrüchen, die wiederum zu Abschreibungen bei Unternehmensanleihen führen werden. Abschreibungen sind auch fällig, wenn die Bonität der Unternehmensschuldner sinkt.
- Allein der Markt für CDS-Wertpapiere, die das Risiko von Unternehmensinsolvenzen absichern, soll sich auf 1,2 Bio. Dollar belaufen. Die Prämien für die Versicherung von Unternehmensanleihen sind extrem ge-

stiegen, der Wert dieser Papiere ist teilweise auf 10 % gefallen (FAZ 27.10.2008).

- In Europa gelten 20 % der als spekulativ eingestuften hochverzinsten Unternehmensanleihen als ausfallgefährdet. Bis zu 50 Mrd. Euro stehen deshalb auf dem Spiel (FTD 18.12.2008). Anleihen müssen rasante Kursverluste hinnehmen, die auch von hohen Zinsen nicht ausgeglichen werden konnten. Die Zinsaufschläge bei Industrieanleihen machen 3 bis 5 Prozentpunkte über dem Zins für Bundesanleihen aus.
- Die Bankkredite von EU-Banken an Osteuropa haben ein Volumen von 1,5 Bio. Euro. Da es massive Kapitalabflüsse aus diesen Staaten gibt, werten Währungen ab. Viele Kredite sind aber in zinsgünstigen Euroländern aufgenommen worden. Es müssen also immer mehr Zloty, Rubel, Forint usw. für die Bedienung dieser Schulden aufgebracht werden. Insbesondere Österreich hat in Osteuropa Kredite vergeben, über 289 Mrd. Euro. Das entspricht 67 % seines Bruttoinlandsprodukts (FTD 20.02.2009).
- Gegenüber britischen Schuldnern haben deutsche Banken rund 760 Mrd. Dollar ausgeliehen, gegenüber irischen rund 241 Mrd. Dollar, spanischen 311 Mrd. Dollar usw.. (FAZ 24.10.2008 - Quelle BIZ) Die britische Währung hat aber aufgrund massiver Kapitalabflüsse gegenüber dem Euro um 25 % verloren, so dass Kreditgebern aus dem Euro-Gebiet Verluste drohen, wenn ihre britischen Schuldner nicht mehr in der Lage sind, immer mehr britische Pfund für ihre Kredite aufbringen zu müssen.
- Einzelne Länder der Euro-Zone haben sich so verschuldet, dass ihnen der Staatsbankrott drohen könnte. Dazu zählen Island, Spanien, Griechenland, Italien, Portugal usw. Wer kommt für die Schulden auf?
- Forderungen der Banken an Hedgefonds könnten in gewaltigem Maße faul werden, da Hedgefonds sehr starke Kapitalabflüsse haben. An zweiter Stelle der Gläubiger von Schuldnern auf den Cayman-Islands (häufig Hedgefonds) stehen mit 124 Mrd.Dollar deutsche Banken (FAZ 27.10.2008).
- Das Wachstum Chinas beruhte weitgehend auf Exporten in die USA und Europa. Die gehen drastisch zurück. Das Wachstum Chinas beruhte ferner auf kreditfinanzierten Investitionen, die ebenfalls zu Vermögenspreisblasen bei Aktien, Immobilien, Grundstücken usw. führten. „*Unterm Strich ist die chinesische Krise also sehr ernst und sie könnte die globale Krise noch entscheidend verschärfen*“ (Brenner 2009, 12).
- Der weltweite Einbruch der Aktienkurse hat dazu geführt, dass 2008 nach Berechnungen von Bloomberg Börsenwerte im Volumen von 32 Bio. Dollar vernichtet sind (FTD 09.12.2008). Allein an der Wallstreet verpufften 2008 Aktienwerte in Höhe von 6,9 Bio. Dollar oder fast 40 % des gesamten Aktienvermögens (FAZ 02.01.2009). Der Verfall der Aktienkurse zieht erhebliche Wertberichtungen in den Bilanzen nach sich und erschüttert auch die Sicherheiten von Krediten an Unternehmen oder Anleihen von Unternehmen, soweit sie in Aktienwerten bestehen.

Schon diese wenigen Andeutungen zeigen, *„dass den Banken in aller Welt möglicherweise Wertberichtigungen in extremer Höhe bevorstehen. Das wiederum erklärt, weshalb der Geldmarkt .. weitgehend ausgetrocknet ist, ... Es fehlt an Vertrauen, dass die andere Bank in ein paar Wochen noch zahlungsfähig ist"* (FAZ 27.10.2008).

Auch Versicherungskonzerne sind hoch gefährdet. Große Versicherer wie Swiss Re oder ING halten Kreditverbriefungen und Unternehmensanleihen in Höhe des Mehrfachen ihres Nettovermögens. Die Allianz z.B. hat 120 Mrd. Euro in ABS, Aktien und Unternehmensanleihen investiert. Das entspricht dem Vierfachen der Nettovermögenswerte. Schon mäßige Wertverluste könnten dazu führen, dass wesentliche Teile des Eigenkapitals aufgezehrt werden. Das Misstrauen der Anleger hat dazu geführt, dass die Aktienkurse der europäischen Versicherer seit Juli 2007 um 60 % gefallen sind, fast so stark, wie die der europäischen Banken, die um 75 % abgestürzt sind (FAZ 24.01.2009).

Zocken auf staatliche Rechnung

a) Statt Eigenverantwortung - minimale Deckung durch Eigenkapital

Die wichtigste Deckung der Geschäfte besteht im Eigenkapital eines kapitalistischen Unternehmens. Hier setzt die „persönliche Haftung" der Eigentümer ein. Die persönliche Haftung der Eigentümer hat mit der persönlichen Haftung von Bankmanagern nichts zu tun. Bankmanager handeln im Auftrag der Eigentümer und haften nur insoweit, als sie selbst Aktien ihrer Bank besitzen. Haften können nur Eigentümer.
Zum Eigenkapital zählt merkwürdigerweise auch Fremdkapital, sogenanntes Hybridkapital und Genussrechtskapital. Hybridkapital ist stimmrechtsloses Fremdkapital. Es wird zum Eigenkapital gerechnet, weil es bei Insolvenz nachrangig, d.h. erst nach Befriedung aller anderen Forderungen bedient wird, und ferner langfristig festlegt ist (mehr als fünf Jahre). Ende 2007 betrug das Hybridkapital z.B. der Commerzbank 3,4 Mrd. Euro des Eigenkapitals in Höhe von 16,1 Mrd. Euro. Weitere 1,3 Mrd. Euro bestanden in Genussrechtskapital. Dieses hat zusätzlich zu den beiden Voraussetzungen für Hybridkapital noch als Bedingung, dass die Inhaber von Genussrechtswertpapieren auch an jeweiligen Verlusten beteiligt werden. Bei der Commerzbank besteht also rund ein Viertel des Eigenkapitals in einer besonderen Form des Fremdkapitals.

Die Bilanzsumme der Geschäftsbanken (Commercial Banks) der USA belief sich Ende 2008 auf 12,4 Bio. Dollar, das Eigenkapital auf 1,2 Bio. Dollar. Die Eigenkapitalquote der Geschäftsbanken, bezogen auf ihre Bilanzsumme, betrug immerhin 9,7 % (http://www.federalreserve.gov/releases/h8/20081229). Offensichtlich reicht aber diese Quote nicht aus, um die Risiken abzudecken. Wenn die Verluste des US-Bankensystems tatsächlich die Höhe von 1,8 Bio. Dollar erreichen würden,

wäre das gesamte Eigenkapital aufgezehrt. Das Finanzwesen wäre zahlungsunfähig und damit zusammengebrochen.
Die Banken im Euroraum hatten im Dezember 2008 ein Bilanzvolumen von 31.807 Mrd. Euro, das mit Eigenkapital von 1.771 Mrd. Euro gedeckt war (www.bundesbank.de/statistik →ESZB). Die Eigenkapitalquote betrug also 5,57 %.
Die Banken der sogenannten Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland stehen noch schlechter da. Sie verfügten im Dezember 2008 über ein Eigenkapital in Höhe von 376,7 Mrd. Euro (Monatsbericht 03/2009, IV.2. Banken). Ihre Bilanzsumme war 7.970 Mrd. Euro, die Eigenkapitalquote also mit 4,7 % nur die Hälfte derjenigen der USA. So „sozial" ist die deutsche „Marktwirtschaft", an der die Welt laut Merkel und Steinbrück genesen soll. Wenn der Wertpapiermüll der 20 in Deutschland befragten Banken tatsächlich abgeschrieben werden müsste, wäre der größte Teil des Eigenkapitals der Banken aufgezehrt. Wertberichtungsbedarf steckt aber noch in anderen Posten der Aktiva, vor allem den Krediten an Banken, Unternehmen, Privatleuten und Staaten. Auch in Deutschland droht der Zusammenbruch des Banksystems.

Eigenkapitalquote der Banksysteme in Prozent der Bilanzsumme	
Deutschland	1,92 %
Belgien	3,03 %
Schweiz	3,45 %
Frankreich	3,57 %
Schweden	3,85 %
Großbritannien	4,17 %
Spanien	5,56 %
Griechenland	6,25 %
Irland	6,25 %
USA	8,33 %
Türkei	11,1 %

(Floyd Norris, The World's Bank could prove too big to fail – or to rescue, New York Times 11.10.2008 nach Bridgewater Association; eigene Umrechnung)

Das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme und damit die Fähigkeit zur „persönlichen Haftung" ist langfristig erheblich gefallen. Die Eigenkapitalquote z.B. der Geschäftsbanken der USA fiel von etwa 50 % Mitte des 19. Jahrhunderts auf 20 % bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Bis zum Ende des zweiten Weltkriegs fiel die Eigenkapitalquote weiter auf etwa sechs bis sieben Prozent und pendelte in den folgenden Jahrzehnten bis Ende 2008 zwischen sechs und zehn Prozent (Bank of England 2008, 41; http://www.federalreserve/gov/h8/20081229 - eigene Berechnungen).
Das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme ist ein grober Anhaltspunkt, wie gefährdet ein Banksystem in Krisenzeiten ist. Im internationalen Vergleich schneiden die USA dabei nach Angaben der New York Times gut ab. Wie wir gesehen haben, reicht selbst das nicht aus, dass die Banken für die Risiken eigenständig haften, die sie eingegangen sind, um ihre fallenden Renditen aufzufrischen.

Umgerechnet auf die leverage ratio (das Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital) hatten die USA eine Rate von 1 zu 12, die Schweiz eine von 1 zu 29 und Deutschland eine von 1 zu 52. Auf eine Einheit Eigenkapital kamen also 12, 29 oder 52 Einheiten Fremdkapital. Wenn diese Angaben stimmen, würde theoretisch ein Wertverfall der Bankaktiva von rund zwei Prozent in Deutschland, vier Prozent in Großbritannien und acht Prozent in den USA das Eigenkapital aller Banken des jeweiligen Landes auslöschen. Was die FAZ in Bezug auf Deutschland schreibt, gilt international. „*Die Zahlen illustrieren, dass ein vergleichsweise geringer Wertberichtigungsbedarf oder Verlust bei den Aktivposten Kapital und Rücklagen empfindlich schmälern, wenn nicht aufzehren kann. Ginge eine Bank pleite, müssten auch die Einleger und Halter von Bankanleihen einen Teil der Verluste schultern, was eine Kettenreaktion auslösen könnte. Private Einleger sind allerdings durch Sicherungsfonds geschützt. Mit ihren Hilfen versucht die Regierung, Bankpleiten vorzubeugen*“ (FAZ 23.01.2009, 11).

Bei all dem muss berücksichtigt werden, dass die wirkliche Eigenkapitalquote erheblich geringer ist.

1. Die Bilanzsumme der Filialen und Tochtergesellschaften der Banken im Ausland ist diesen Angaben noch nicht enthalten.
2. Die „Bilanzsumme“ der außerbilanziellen Zweckgesellschaften, der Schattenbanken, und der außerbilanziellen Finanzgeschäfte, für die die Banken letztlich mit ihrem Eigenkapital haften, müsste noch hinzugerechnet werden. Sie wird aber geheim gehalten.

Aus all dem folgt, dass das Eigenkapital der Banken nicht ausreicht, um die Verluste aufzufangen, zu denen die aufgrund des Drucks auf die Profitraten notwendige Jagd nach Rendite geführt hat. „*Die Bankensysteme sind in den meisten Ländern insolvent. Die zu erwartenden Verluste übersteigen ihre Kapitalbasis*“ (Nouriel Roubini in FAZ 28.01.2009).

„*Es ist sonderbar, dass eine so schwankungsanfällige Branche es sich leisten kann, so wenig Eigenkapital vorzuhalten. Die Anomalie erklärt sich durch die explizite und implizite Staatsgarantie für den Sektor*“ (Zeise 2008, 168). Diese Haftung durch den Staat und die staatlichen Zentralbanken gilt nicht nur für Landesbanken und Sparkassen, sondern für den gesamten privaten Sektor. Die unausgesprochene Staatshaftung erhöht die Renditen, da sich die erwirtschafteten Gewinne deswegen auf ein geringeres Eigenkapital beziehen können. Sie ermöglicht natürlich auch spekulative Geschäfte und sichert die Banken gegen die Folgen ab. „*Das sichere Wissen, in einer Krise vom Staat gerettet zu werden, erlaubt es den Banken und anderen Finanzhäusern, in guten Zeiten Geschäfte ohne ausreichendes Risikobewusstsein zu betreiben - Geschäfte, die nicht zuletzt für Spitzenleute äußerst einträglich sind*“ (FAZ 19.03.2008).

Die Sonntagspredigten des Liberalismus dagegen verkünden die Eigenverantwortung. „*Oberstes Prinzip der Wirtschaftsordnung muss es sein, Risiko und Haftung wieder zusammenzubringen. Wer (gierig) nach höchsten Renditen strebt, soll das tun dürfen, solange er die Folgen tatsächlich zuallererst auch selbst trägt*“ (Heike Göbel, FAZ 24.12.2008). Tut er aber nicht.

b) Statt Eigenverantwortung - Ruf nach Staatskapital

Die riesigen Abschreibungen vor allem der Großbanken zwingen sie dazu, die Kreditvergabe zurückzufahren, weil die Verluste ihr schmales Eigenkapital vermindern. Sie brauchen frisches Kapital, um das bestehende Geschäftsvolumen wenigstens zu halten. Doch von privaten Kapitalanlegern bekommen sie es kaum noch, da diese zu Recht Leichen im Keller der Bilanzen vermuten. Außerdem droht ihr investiertes Vermögen aufgrund des Verfalls der Aktienkurse der Banken zu verfallen. Die bisherigen privaten Kapitalgeber haben herbe Verluste erlitten. Es verwundert nicht, dass sich das Privatkapital zurückzieht.

Finanzinstitute haben nach Angaben des IWF von Mitte 2007 bis September 2008 weltweit insgesamt 580 Mrd. Dollar abgeschrieben und 430 Mrd. Dollar neues Kapital aufgenommen. Während im 2. Halbjahr 2007 noch 88 % des neu aufgenommen Kapitals von internationalen institutionellen Investoren und Vermögensgesellschaften stammten, waren es im ersten Halbjahr 2008 nur noch 31 %. Über den gesamten Zeitraum allerdings betrug der Anteil von Staatskapital schon 60 % oder 214 Mrd. Dollar (IMF 2008, 24; eigene Berechnung). Der Staatsanteil stieg seither an. Bis Ende November 2008 haben Staaten den Banken weitere 400 Mrd. Dollar frisches Kapital zugeführt. Die Zusagen jedoch sind erheblich höher. Staatliche Kapitalspritzen bedeuten noch keine Verstaatlichung. Denn solange es geht, sind die Staaten als Vertreter des privaten Gesamtkapitals nicht an Stammaktien mit Stimmrechten interessiert bzw. an einer Übernahme der Geschäfte. Sie begnügen sich mit Vorzugsaktien ohne Stimmrechte, d.h. sie lassen sich bisher in der Regel ihre Eigentümerrechte aus Aktienanteilen gegen Gebühren und Risikoprämien abkaufen. Der Staat erzielt über Vorzugsaktien Zinseinnahmen in Höhe von acht bis zehn Prozent „*Der Steuerzahler erhält ... eine Beteiligung an der Bank, die sich hoch verzinst*" (FAZ 09.10.2008). Vorzugsaktien bedeuten, dass der Einfluss der bisherigen privaten Aktionäre nicht geschmälert wird. Diese entscheiden nach wie vor über den Vorstand und die Geschäftspolitik. Mit den Vorzugsaktien geben die Staaten gewissermaßen einen hochverzinsten Kredit. Vorzugsaktien werden im Insolvenzfall nachrangig bedient, haben also ein hohes Verlustrisiko. Der Druck auf eine tatsächliche Verstaatlichung wird allerdings um so größer, je höher die Abschreibungen ausfallen und je näher die Insolvenz einer Bank oder des gesamten Bankensystems rückt. Die US-Regierung hat im Rahmen des Troubled Asset Relief Programms (TARP) bisher für 270 Mrd. Dollar stimmrechtslose Vorzugsaktien von Banken gekauft (FAZ 27.11.2008) und stellt damit immerhin 22,5 % des bisherigen Eigenkapitals der Banken. Allein jeweils 45 Mrd. Dollar flossen an die ehemals größte Bank der Welt, die Citigroup, und an die Bank of America. Der US-Staat stellte diesen Banken erheblich mehr Kapital zur Verfügung, als sie überhaupt an der Börse kosten (Bank of America: 19 Mrd. Dollar; Citigroup 30 Mrd. Dollar). Inzwischen hält der US-Staat 36 % der Anteile der Citigroup, da er die Vorzugsaktien in Stammaktien umgewandelt hat.

Selbst eine reine Investmentbank wie Bear Stearns wurde mit Staatskapital vor dem Untergang gerettet. Weitere 40 Mrd. Dollar flossen an den Versicherungs-

konzern AIG. Die US-Regierung erwarb die Aktien zu Preisen, die mehr als 30 % über dem Marktpreis am Kauftag lagen und schob den Banken damit mehr als 80 Mrd. Dollar Steuergelder zu (My way, Watchdog: Treasury overpaid for bank stocks, 05.02.2009).

Großbritannien beteiligte sich mit 50 Mrd. Pfd. in Form von Vorzugsaktien am Kapital von sieben Großbanken. Der Staat hielt darüber 60 % der Anteile der Royal Bank of Scotland (RBS), der zweitgrößten Bank des Landes. Als die RBS jedoch 2008 den bisher größten Verlust eines Unternehmens in der britischen Wirtschaftsgeschichte in Höhe von 28 Mrd. Pfd. ankündigte, bat RBS selbst die Regierung um weitere fünf Milliarden Pfund Kapital und die Umwandlung der Vorzugsaktien in mit Stimmrechten versehene Stammaktien. Dadurch muss keine Vorzugsdividende von 600 Mio. Pfd. auf die Vorzugsaktien mehr gezahlt werden. Frankreich ist inzwischen mit Vorzugsaktien im Wert von 5,1 Mrd. Euro größter Einzelaktionär der größten französischen Bank BNP Paribas.

Die Regierung Deutschlands hat 80 Mrd. Euro bereitgestellt, immerhin etwa 25 % des bisherigen Eigenkapitals der Banken. 18,2 Mrd. Euro Kapital stellte sie allein der Commerzbank zur Verfügung, eine Summe, für die man die Bank viermal hätte aufkaufen können. Der Staat hält zwar rechnerisch die Mehrheit, verzichtet aber darauf, daraus Eigentümerrechte abzuleiten und dem vorherigen Management die Geschäftsführung abzunehmen. Er schickt nur zwei Vertreter in den Aufsichtsrat, die 25 % der Aktienanteile repräsentieren. Nicht genug: der Bund bürgt auch noch für Bankanleihen über 15 Mrd. Euro, die die Commerzbank aufgenommen hat. All das ermöglichte der Commerzbank, die bankrotte Dresdner Bank der Allianz abzukaufen, damit die Bilanz der Allianz gesunden kann. Die neue Privatbank, die zweitgrößte Deutschlands, ist de facto eine Staatsbank, weil sie auf gesellschaftliche Rechnung arbeitet, bleibt aber der Form nach bisher noch eine Privatbank. Der Staat lässt sich die Kapitalbeteiligung aber kräftig bezahlen. Jährlich muss die Commerzbank 1,5 Mrd. Euro Zinsen dafür aufbringen, während ihr Aktien"wert" auf 1,7 Mrd. Euro gefallen ist. Die Umwandlung in Stammaktien käme billiger.

c) Privater Finanzmüll – entsorgt auf staatliche Rechnung

Mit Kapitalzuschüssen können die Staaten das Problem des Verfalls der Aktiva jedoch nicht lösen. Ihre Kraft reicht dazu nicht aus. Die abschreibungsbedrohten Wertpapiere in den Büchern z.B. der Banken in Deutschland werden auf 1.000 Mrd. Euro geschätzt. Die gesamten Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden machten 2007 aber nur rund 720 Mrd. Euro aus. Auch andere Staaten haben nicht das Kapital, die private und öffentliche Banken zu „rekapitalisieren". „*Dem Staat bleibt inzwischen keine andere Wahl mehr, als die Banken um ihre Risikoaktiva zu entlasten, um so deren Eigenkapital zu schonen*" (Tim Bartz, FTD 19.01.2009).

Der Bankenverband in Deutschland, dominiert von der Deutschen Bank, fordert eine staatliche Bad Bank, die den Banken den gesamten Kredit- und Wertpapiermüll unbefristet abnimmt. In dem Maße, in dem der Abschreibungsbedarf verringert wird, verringern sich die Verluste und damit auch der Verzehr des privaten Eigenkapitals. Problem ist allerdings die Preisfestsetzung für den Ankauf eines Finanzsondermülls, der am Markt gar keinen Preis mehr hat. Die Preise wären gewissermaßen politische Preise, die austarieren, wie viel private Verluste der Allgemeinheit zugeschoben werden können. Wenn der Staat den Müll nicht zu überhöhten Preisen abnimmt, würde es den Banken nichts nützen. Ob sich der Müll später verkaufen lässt, weiß niemand. Der böse Wolf Großbanken lockt die Großmutter Staat mit späteren Gewinnen, die sich vielleicht erzielen ließen. Trickreich. Die Bundesregierung kann sich (noch) nicht erwärmen. 150 bis 200 Mrd. Euro Verlustübernahme wären „dem Steuerzahler" nicht zu vermitteln, erklärte Steinbrück. In den USA handelt es sich um geschätzte zwei Billionen Dollar (FAS 01.02.2009), möglicherweise sogar bis zu vier Billionen Dollar. Die US-Regierung will mit einer Bad Bank Finanzmüll im Umfang von bis zu 1.000 Mrd. Dollar aufkaufen, die von Staat und Privatinvestoren finanziert werden soll. Welche Privatleute dafür freiwillig Geld spenden sollen, weiß niemand.
Da Staaten bis jetzt zögern, unter der Last privater Zockerverluste zusammenbrechen zu wollen, sind Bad Banks im Gespräch, die den jeweiligen Banken gehören. Sie könnten ihren Müll in eine Zweckgesellschaft ausgliedern. Vorteil wäre, dass der Finanzmüll zu einem Preis bewertet werden kann, der nicht ständig an den Marktpreis angepasst werden muss. Erst bei Fälligkeit erfolgte die Bewertung zu Marktpreisen. Die Risiken werden durch einen Bilanztrick in die Zukunft verschoben (FAS ebda.). Kommt es später zu Verlusten, würden die Banken wiederum auf die Übernahme eines möglichst großen Teils von Verlusten durch Vater Staat setzen.

- Staaten oder Zentralbanken können auch im Einzelfall risikobehaftete Wertpapiere des Privatsektors ankaufen, in Großbritannien z.B. im Volumen von bis zu 55 Mrd. Pfd., finanziert durch Staatsschulden. In Deutschland kann der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), der das „Bankenrettungsprogramm" der Regierung über 480 Mrd. Euro verwaltet, Finanzschrott aufkaufen. Die Banken müssen ihn allerdings innerhalb von fünf Jahren zurückkaufen. Deshalb war das Interesse der deutschen Finanzschrotthändler an dieser Form von Entsorgung bisher gleich Null.
- Bürgschaften für Finanzmüll verschieben die staatlichen Subventionen auf den Zeitpunkt in der Zukunft, an dem der Bürgschaftsfall eintritt. Da der Staat für die Kreditnehmer bürgt, wird der aktuelle Abschreibungsbedarf geringer und damit auch der Bedarf an frischem Eigenkapital. Die US-Regierung hat z.B. der Citigroup, der einstmals weltgrößten Bank, staatliche Bürgschaften für faule Kredite und Wertpapiere im Umfang von 306 Mrd. Dollar zur Verfügung gestellt.

- In Großbritannien können sich die Banken beim Staat Policen kaufen, mit denen sie sich gegen Ausfälle bei Krediten und Wertpapieren versichern können. Die RBS und die Lloyds-Gruppe lassen ihre faulen Aktiva in Höhe von 650 Mrd. Euro vom Staat versichern (FAZ 02.03.2009). Der Staat wird zum Versicherer für Aktiva, die kein Versicherungskonzern mehr versichern würde. Ein Anfangsverlust von 6 % wird von den beiden Banken getragen, den Rest – abzüglich eines Eigenanteils von 10 % - trägt der britische Staat.

d) Banken verweigern Interbankenkredite (Kredite zwischen Banken)

Banken sind verpflichtet, bei der Zentralbank eine Mindestreserve zur Absicherung ihrer Geschäfte zu hinterlegen. Die Mindestreserve beträgt in den USA 53 Mrd. Dollar, ein Betrag, der angesichts des Umfangs an faulen Krediten und Wertpapieren lächerlich ist. Die US-Banken haben jedoch über diese Mindestreserve hinaus im Dezember 2008 rund 800 Mrd. Dollar an Überschussreserve bei der Zentralbank gehortet. Im August waren es erst zwei Milliarden Dollar. Banken nehmen lieber einen Zinssatz in Kauf, der gegen Null geht, als ihre Gelder anderen Banken anzuvertrauen (FTD Dossier Krisenstrategie 23.01.2009, 7). Die Sicherheit erscheint ihnen höher.
Die Mindestreserve der EZB beträgt für Deutschland im November 2008 51,7 Mrd. Euro, die Überschussreserve in diesem Monat war jedoch nur 0,281 Mrd. Euro (Monatsberichte 1/2009, V. Mindestreserven 3., 42*). Die Mindestreserve beträgt zwei Prozent der Sichteinlagen und der Termin- und Spareinlagen mit einer Laufzeit von unter zwei Jahren. In Deutschland wird die Kreditzurückhaltung deutlicher im Anschwellen der Tagesgelder, die in der sogenannten Einlagefazilität registriert sind. Es handelt sich um Geld, das für einen Tag zu einem Zinssatz von 1 % bei der Zentralbank geparkt wird. Diese „Übernachtgelder" beliefen sich in Deutschland Ende 2006 noch auf 4,9 Mrd. Euro, im Januar 2009 dagegen schon auf 281 Mrd. Euro. „*Die Banken nahmen die Zinseinbußen in Kauf, da sie bei der EZB sicher sein können, dass sie das Geld zurückbekommen, während Ausleihungen am Interbankenmarkt unbesichert sind*" (FTD 21.01.2009).

e) Statt Eigenverantwortung - Staatsgarantie für Interbankenkredite

Staatliche Subventionen zur Eigenkapitalausstattung haben nur eine begrenzte Wirkung. Denn Banken sind in erster Linie auf Fremdkapital angewiesen. Sie leben wie die bürgerlichen Staaten mehr oder weniger auf Pump. Banken in Deutschland haben Kredite im Umfang von 1.861 Mrd. Euro von anderen inländische Banken aufgenommen (Stand Dezember 2008, Monatsberichte 2/2009, IV. Banken 3., 26*). Ein bedeutender Teil davon sind kurzfristige Kredite.
Allein die zehn größten deutschen Banken müssen 2009 Anleihen im Volumen von 400 Mrd. Euro tilgen. „*In normalen Zeiten begeben Banken einfach neue Anleihen, wenn sie fällig werdende Titel tilgen müssen*" (FAZ 17.01.2009). Kredite werden mit neuen Krediten zurückgezahlt. Je mehr insbesondere kurzfristige Verbindlichkei-

ten zu befriedigen sind, desto instabiler werden Banken im Krisenfall, wenn die Bereitschaft von Banken drastisch gesunken ist, sich kurzfristig Geld zu leihen. Interbankenkredite sind im Fall der Insolvenz einer Bank nicht gesichert, und jede Bank rechnet mit der Zahlungsunfähigkeit der anderen Banken. Also droht die Zahlungsunfähigkeit.

Kurzfristige Verbindlichkeiten der Banken im Verhältniss zum BIP	
Belgien	285 %
Schweiz	260 %
Island	211 %
Großbritannien	156 %
Frankreich	60 %
Deutschland	60 %
Spanien	46 %
USA	15 %

(New York Times 11.10.08 nach Bridgewater Association)

Um den Kreditbedarf der Banken zu decken, geben ihre Staaten also Garantien für Bankkredite. Staaten werden in großem Umfang zu Kreditversicherern der Privatbanken. Die europäischen Staaten haben zugesagt, bis zu einem Volumen von 1.800 Mrd. Euro Bankkredite zu garantieren (FTD 03.12.2008), Deutschland bis zu 400 Mrd. Euro, Frankreich bis zu 320 Mrd. Euro, Großbritannien für 288 Mrd. Euro usw. Folge: Banken müssen kein Eigenkapital unterlegen, um die Kredite abzusichern und es entfallen Risikoprämien für die Aufnahme von Bankkrediten. Der Staat sichert ja ab. Der Staat verlangt Zinsen in Höhe von 2,75 % plus eine Gebühr. Diese beläuft sich z.B. bei der Hypo Real Estate auf 1,5 % des genutzten Garantievolumens. Die an den Staat zu zahlenden „Versicherungsbeiträge" liegen aber immer noch unter den Kosten für nicht garantierte Interbankenkredite. Diese Art von Garantien machen den größten Teil der Rettungspakete der europäischen Staaten aus. Die Privatbanken haben sich untereinander nicht gegen mögliche Ausfälle bei Interbankenkrediten versichert, sondern vertrauen darauf, dass der Staat das für sie erledigt. Sie betrachten ihren Staat als ihre Versicherung.

f) Statt privaten Interbankenkrediten - staatlicher Zentralbankkredit

Die Zentralbanken der USA, der EU, Englands, Kanadas usw. haben seit Ende 2007 den Banken kurzfristige Kredite im Umfang von Tausenden von Milliarden Dollar, Euro, Pfund usw. zur Verfügung gestellt bzw. garantiert. Die staatlichen Zentralbanken und ihre Kredite traten weitgehend an die Stelle der kurzfristigen Interbankenkredite. Zentralbankkredite ermöglichen Banken eine günstigere Refinanzierung als Interbankenkredite, da die Zinssätze niedriger sind. Die Kreditversorgung der Banken durch die Zentralbank zeigt, dass man auf Privatbanken ohne Weiteres verzichten kann. „*Die Versorgung der Unternehmen mit Geld kann von der Zentralbank geleistet werden. Der Geldzwischenhändler, die Geschäftsbank, ..., ist eigentlich unnötig*" (Zeise 2008, 170).

Die Zentralbanken verlangen jedoch im Unterschied zum Interbankenverkehr Sicherheiten für ihre kurzfristigen Kredite. Bis zum Ausbruch der Finanzkrise hat z.B. die US-Bank, die so genannte FED (Federal Reserve), als Sicherheiten für

kurzfristige Kredite nur US-Staatsanleihen (Treasuries) und ihnen gleichgestellte Papiere mit der Bonität AAA akzeptiert. Diese wurden dann bei Fälligkeit von den Banken wieder zurückgekauft. Die FED versteigert seit Ende 2007 kurzfristige Kredite mit einer Laufzeit von bis zu drei Monaten im Rahmen der Term Auction Credit Facility (TAF). Als Sicherheiten werden jetzt auch risikobehaftete Wertpapiere oder Kreditansprüche akzeptiert und in die Bilanz der FED aufgenommen. Die windigen Sicherheiten für TAF-Kredite explodierten von September 2008 bis Januar 2009 von 150 auf 413 Mrd. Dollar; der Posten „andere Kredite" (other loans) stieg von 19 auf 149 Mrd. Dollar. Die FED muss die faulen Papiere, da die Bilanzvorschriften der Geschäftsbanken nicht für sie gelten, nicht wertberichtigen, sondern kann sie zum ursprünglichen Wert bilanzieren. Der Anteil der (sicheren) Staatspapiere an der Bilanz der FED hat sich erheblich verringert, von 80 % der Vermögenswerte der FED Anfang 2008 auf 25 % der Aktiva im Januar 2009. Auf diese Weise bereinigt die FED auf Staatskosten die Bankbilanzen. (FTD 16.10.2008).

Die Bilanzsumme der FED lag im Jahr 2000 noch bei 600 Mrd. Dollar. Allein von Januar 2008 bis Januar 2009 hat sie sich auf 1.892 Mrd. Dollar mehr als verdoppelt (http://www.federalreserve.gov/releases/h41/). Um die explodierende Bilanzsumme zu decken, mit der Banken von faulen Papieren und Krediten entlastet wurden, wurde auch die Druckmaschine angeworfen. Von September 2008 bis Januar 2009 hat sich der Banknotenumlauf sprunghaft um 51 Mrd. Dollar auf 885 Mrd. Dollar erhöht.

Wie die FED versorgt auch die Europäische Zentralbank (EZB) Banken mit Liquidität. Als Sicherheit akzeptiert sie seit Oktober 2008 selbst Wertpapiere mit einer Bonität von BBB- (Handelsblatt 16.10.2008). Mit BBB- werden ausfallgefährdete Papiere bewertet, die knapp über der spekulativen Anlage rangieren. Bei BBB-Papieren nimmt die EZB immerhin einen Risikoabschlag von fünf Prozent vor. Illiquide ABS-Wertpapiere werden mit einem Abschlag von durchschnittlich 16,4 % vom Nominalwert als Sicherheit genommen, unbesicherte Bankanleihen mit einem Abschlag von fünf Prozent (FTD 05.09.2008). Indem die EZB unverkäufliche hypothekenbesicherte Wertpapiere als „Sicherheiten" akzeptiert, können Banken unverkäuflichen Schrott doch noch zu Geld machen. 1999 hatten Staatsanleihen noch einen Anteil von 60 % an den Sicherheiten der EZB, die Geschäftsbanken als Sicherheit für kurzfristige Kredite bei der EZB hinterlegten, 2007 waren es weniger als 20 % (Rainer Sommer, Unsichere Sicherheiten, Telepolis 24.09.2008 – www.heise.de/tp/ r4/artikel/28/28797/1.html).

g) Möglichst keine Eigenverantwortung: schwächliche Einlagensicherungsfonds

In den USA existiert die staatliche Einlagensicherung Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) seit 1933. Sie sichert Ende 2008 mit 18,9 Mrd. Dollar Spareinlagen im Umfang von rund 4.700 Mrd. Dollar ab (FTD 06.03.2009). Zwei Drittel der US-Banken sind Mitglied der FDIC und finanzieren sie über eine Um-

lage. Die Einlagen der FDIC dürfen 1,15 % der garantierten Spareinlagen nicht unterschreiten. Inzwischen tun sie es aber deutlich. Die Beiträge der Banken müssten erhöht werden. Das aber würde ihre Profitraten noch weiter senken. Je tiefer die Krise ist, desto weniger sind die überlebenden Banken imstande, für die Folgen der Krise einzustehen und die Spareinlagen zu sichern. Sollte die FDIC zahlungsunfähig werden, stellt das Finanzministerium ihr Kredite zur Verfügung, bis 2009 sogar in unbegrenzter Höhe. Letztlich garantiert also der Staat die Einlagen bzw. versucht es.

In Deutschland unterhalten die Genossenschaftsbanken (seit 1929) und die Sparkassen jeweils eigene Einlagensicherungsfonds, die die Gelder ihrer Kunden zu 100 % garantieren. Seit 1976 garantieren auch 90 % der Privatbanken Einlagen von Privatpersonen, Unternehmen und öffentlichen Stellen über einen Einlagensicherungsfonds bis zur Höhe von 30 % des Eigenkapitals der Bank. Damit reagierten sie auf die Pleite der Herstattbank im Jahre 1974. Jährlich zahlen die beteiligten Banken 0,3 Promille der Bilanzposition Verbindlichkeiten als Umlage an den Bundesverband deutscher Banken (BdB). Der Einlagensicherungsfonds der Privatbanken soll nach Angaben des Finanzministeriums ein Volumen von 4,5 Mrd. Euro haben (FTD 23.01.2009). 2007 betrugen die Einlagen von Privatleuten, Firmen und Kommunen bei denselben Banken aber 774 Mrd. Euro. Die Einlagen sind in der „Sozialen Marktwirtschaft" noch weniger gesichert als in den USA.
Die Schwäche dieses Zwergenfonds der privaten Banken zeigt, dass sie untereinander für Verluste gar nicht einstehen wollen. Je höher die Beiträge für den Fonds, desto mehr Eigenkapital müsste abgezogen werden, desto niedriger wäre die Eigenkapitalrendite. Lieber vertrauen die Privatbanken auf die Versicherung durch die Allgemeinheit. „*Im absoluten Ernstfall würde wohl der Staat als Retter beispringen - wie auch jetzt schon*" (FTD 07.10.2008). Die Privatbanken waren nicht bereit, den drohenden Zusammenbruch der Privatbanken IKB bzw. HRE alleine zu beseitigen. Auch die Pleite von Lehman Brothers wollte der Fonds nicht bewältigen. Hier fand er aber eine trickreiche Lösung. Entschädigungen über 6,7 Mrd. Euro an institutionelle Anleger und Kommunen werden über eine vom Staat garantierte Anleihe ausgezahlt, die von einer eigens zu diesem Zweck gegründeten Gesellschaft bei den Banken des Einlagensicherungsfonds platziert wird. Die Rückzahlung wird staatlich garantiert, die Banken können die garantierte Anleihe wiederum als Pfand für Kredite bei der Zentralbank hinterlegen, die nur mit zwei Prozent verzinst sind. Ohne Staatsgarantie läuft auch bei der Einlagensicherung nichts. Davon profitieren vor allem die Deutsche Bank und die Commerzbank, die zwei bzw. eine Milliarde Euro der Anleihe gezeichnet haben (FAZ 07.02.2009).

h) Staatliche „Garantien" für Spareinlagen und Termingelder von Privatpersonen?

Kanzlerin Merkel erklärte: „*Kein Sparer muss um seine Einlagen fürchten. Ich sage hier noch einmal: Diese Erklärung gilt*" (FAZ 09.10.2008). Die Erklärung wurde für Ein-

lagen von Privatkunden bei Privatbanken ausgesprochen. Das Versprechen hat jedoch mit einer Staatsgarantie der Einlagen nichts zu tun, wie die Wirtschaftspresse fälschlicherweise behauptet. Merkel hat nur eine sogenannte Patronatserklärung ausgesprochen, eine Absichtserklärung, in diesem Sinne tätig zu werden. Für eine Garantie wäre eine gesetzliche Grundlage notwendig. Außerhalb des Bundeshaushalts, der vom Bundestag beschlossen wird, kann keine Kanzlerin bindende Leistungszusagen abgeben. So weit sind wir noch nicht. Der Bund wäre mit seinem Haushaltsvolumen von 280 Mrd. Euro auch gar nicht in der Lage, Einlagen bei Privatbanken zu garantieren, die im Juli 2008 einen Umfang von 232 Mrd. Euro hatten (FTD 07.10.2008). Die unverbindliche Erklärung soll Vertrauen in private Banken erzeugen, die selbst zueinander gar kein Vertrauen mehr haben. Die Erklärung wirkt dem entgegen, dass Kunden ihre Einlagen fluchtartig abziehen. Und sie zahlt sich aus, denn die Banken müssen keine Risikoaufschläge an ihre Einleger zahlen.
Die irische Regierung garantiert gegen eine Gebühr die Einlagen von sechs irischen Banken im Gesamtumfang von 400 Mrd. Euro. Das entspricht dem 7,5-fachen des irischen Staatshaushalts und dem 2,5-fachen des irischen BIP. Armes Irland, wenn der Staat auch nur zehn Prozent seiner leeren Versprechungen einlösen müsste. Die Garantie zwang Irland schon eine Bank zu verstaatlichen, die Anglo Irish Bank. Da die Aktie von 17 Euro auf 0,20 Euro gefallen ist, dürfte die Übernahme fast kostenlos sein.

Schleichende Verstaatlichung

„*Ein zentrales Grundprinzip der Marktwirtschaft ist, dass es privates Eigentum gibt, wozu untrennbar die persönliche Haftung gehört. Eine Sozialisierung von Bankverlusten ... widerspräche diesem Prinzip*“ (Holger Steltzner, FAZ 24.01.2009). Steltzner spricht indirekt das Urteil: Von Marktwirtschaft kann nicht die Rede sein, wenn die persönliche Haftung der Privateigentümer ausgehebelt wird. Die Logik der Kapitalverwertung treibt aber die von Sonderinteressen getriebenen Geschäfte der Banken unendlich weit über den Punkt hinaus, der durch die „persönliche Haftung“ der Eigentümer überhaupt abgedeckt werden kann. Die Kapitalmassen sind der Kontrolle selbst der mächtigsten Unternehmen entwachsen. Diese arbeiten nur der Form nach auf private Rechnung, letztlich aber auf gesellschaftliche Rechnung. „*Das sichere Wissen, in einer Krise vom Staat gerettet zu werden, erlaubt es den Banken und anderen Finanzhäusern, in guten Zeiten Geschäfte ohne ausreichendes Risikobewusstsein zu betreiben ...*“ (FAZ 19.03.2008). Durch die eingebaute Staatsgarantie im Krisenfall verliert die private Verfügung über die finanziellen Mittel der Gesellschaft ihre Legitimation. „*Der Eingriff des Staates ist ein Armutszeugnis für die Finanzbranche und ein Schlag für die beste aller Lebensformen, die Soziale Marktwirtschaft mit freiem Unternehmertum*“ (FAZ 13.10.2008). Wolfgang Gerhard (FDP) sieht in der Verstaatlichung privater Risiken eine Bankrotterklärung für die Marktwirtschaft (FAZ 11.11.2008). Wenn man statt privater Risiken Privateigentum bzw. private Verfügung sagt und statt ‚Marktwirtschaft“ Kapitalverwertung, hat er recht. Auf jeden

Fall beweist der Ruf der Privaten nach dem Staat: „*Das ganze Getöse, die Branche könne sich schon selbst regulieren und habe alles im Griff, weil die Marktteilnehmer professionelle Fachleute, ist ein gigantischer Reinfall*“ (Bettina Schulz in FAZ 09.10.2008).

Es ist das auf Kapitalverwertung gegründete Bankwesen selbst, das die bestehenden Eigentumsverhältnisse erschüttert und aufgrund seiner inneren Logik auf Verstaatlichung zusteuert. Würden allein die kapitalistischen Marktgesetze gelten, müsste es in Freiheit zusammenbrechen und die gesamte Wirtschaft mit in den Abgrund reißen. Der Staat als Vertreter des Gesamtkapitals kann das nicht zulassen und tut alles, um schon Überlebtes aufrechtzuerhalten. Er tut alles, um zahlungsunfähige private Banken vor dem Untergang zu retten, die eigentlich überflüssig sind, selbst wenn es sich um eine reine Makler- und Börsenbank wie Bear Stearns handelt. Er versucht, Wertpapiere verkäuflich zu machen, die nicht mehr verkauft werden können. Er versucht also mit allen Mitteln, die Märkte daran zu hindern, ihre zerstörerischen Kräfte zu entfalten.
Die bürgerlichen Staaten wehren sich allerdings mit Händen und Füßen gegen die ihnen vom Kapital aufgezwungene Tendenz zur Verstaatlichung, weil sie eben Repräsentanten des Privatkapitals sind und nicht eines gegenüber dem Kapital eigenständigen bzw. unabhängigen gesellschaftlichen Interesses. Die Staaten treten den Banken deshalb zur Zeit (noch) überwiegend als Gesamtkapitalist gegenüber, der sich die Sicherheiten, die er bietet, mit Gebühren und Risikoaufschlägen bezahlen lässt. Über den Kauf von stimmrechtslosen Vorzugsaktien machen sie den Verzicht auf Eigentümerrechte zu Geld. Wenn die staatlichen Eingriffe nicht dazu führen, dass die Bankgeschäfte auch real vom Staat übernommen werden, kann man noch nicht von einer Verstaatlichung sprechen. Mit staatlichen Eingriffen werden im Moment eher Verstaatlichungen verhindert bzw. hinausgezögert. „*Der Staat rückt im Bankgeschäft vor, auch ohne dass es zu Eigentumsveränderungen kommt. ... Die Verstaatlichung der Banken ist jedoch eine klare und aus der Logik, wie Banken funktionieren, eine folgerichtige Entwicklung*“ (Zeise 2008, 171). Wenn die bürgerlichen Staaten reale Eigentümer werden, dann allerdings nur, weil sie sich im äußersten Notfall dazu gezwungen sehen, um den Zusammenbruch von Banken oder des Banksystems zu verhindern. Die Verstaatlichung wird durch den Gang der Entwicklung gegen den Willen des bürgerlichen Staates und der Privateigentümer erzwungen. Das ist daran abzulesen, dass die USA und auch Großbritannien Vorzugsaktien in Stammaktien umwandeln, weil Großbanken wie die Citigroup oder RBS nicht einmal die Vorzugszinsen zahlen können.
Das Gerede von der (staats)freien Marktwirtschaft, vom (staats)freien Unternehmertum, stammt aus 19. Jahrhundert und überlebt heute nur als Glaubenssatz, als dogmatisches „Grundprinzip“, als Formel. Liberale Dogmen ähneln den religiösen Dogmen, weil sie längst vergangene Zeiten ideologisch versteinern. Die christlichen sind nur etwas älter als die liberalen.

Verstaatlichung?

In wachsendem Maße wird die Forderung gestellt, die privaten Großbanken zu verstaatlichen. Gysi und Lafontaine und LINKE-Fraktion forderten „*die Bundesregierung auf, die privaten Großbanken zu 100 % zu vergesellschaften*“ (Deutscher Bundestag Drucksache 16/11747 vom 28.01.2009). Vergesellschaftung ist hier nur ein bekömmlicherer Name für Verstaatlichung. Die Verstaatlichung der privaten Großbanken würde zunächst einmal den Widerspruch teilweise auflösen, dass der heutige Staat zwar faule Kredite und den Kreditverkehr zwischen den Banken verstaatlicht oder staatlich garantiert, sowie einen wachsenden Teil des Bankkapitals besitzt, aber nicht der reale Eigentümer der Banken sein will. Das Privatkapital strebt eine maximale Staatshaftung an, will aber selbst nach wie vor die private Verfügung über die Bankgeschäfte behalten. Die private Verfügung über die Finanzmittel der Gesellschaft ist entbehrlich und steigert sich zum Schmarotzertum.

Verstaatlichen, um zu reprivatisieren

Aber eine solche Verstaatlichung erfolgt nur, weil die Bankrotteure des Privatkapitals gar nicht mehr imstande sind, die Verluste „eigenverantwortlich“ zu tragen, die sie produziert haben. Die Verstaatlichung wäre letztlich das Ergebnis der drohenden Insolvenz des Banksystems bzw. einzelner Banken. Verstaatlichungen durch kapitalistische Staaten haben letztlich das Ziel, das bankrotte Banksystem mit Mitteln der Allgemeinheit zu sanieren und erneut Privateigentümern zu übergeben. Paul Krugman bezeichnet deshalb die Verstaatlichung als Pre-Privatization, als Vor-Privatisierung.

Ziel ist nicht die Enteignung, sondern die Konsolidierung von Privateigentum. Zwar werden Privateigentümer in großem Stil enteignet, jedoch nicht durch ihren Staat, sondern durch den Markt, der ihr Aktienvermögen auf Bruchteile zusammenschmilzt. Wenn es nur nach Marktgesetzen gehen würde, wären sie schon komplett vom Markt enteignet, und zwar entschädigungslos. Ein Prozess der Enteignung findet auch bei denen statt, die letztlich die Sanierung des Privateigentums anderer bezahlen müssen, wenn der Staat die Rechnung präsentiert. Letztlich enteignet hier das Kapital selbst. Gesellschaftliche Kräfte, die das Kapital, das sie enteignet, ihrerseits enteignen könnten, sind nicht in Sicht.

Richardson und Roubini, zwei New Yorker Professoren, stellen sich eine Verstaatlichung folgendermaßen vor. Die Regierung erklärt, welche Banken insolvent sind und welche nicht und verstaatlicht die insolventen Banken. Das Kapital der Aktionäre wäre vernichtet, es gäbe keine Entschädigung. Die Vermögenswerte würden in gute und schlechte eingeteilt und sämtlich verkauft, um die Einleger und Gläubiger auszuzahlen. Die Einleger und Inhaber kurzfristiger Kredite würden mit den Erträgen zuerst ausgezahlt, danach die Inhaber langfristiger Kredite. Die verbleibenden faulen Werte würden in einem Unternehmen konzentriert und schließlich zu Lasten der Steuerzahler verwertet. „*Das mögliche Ergebnis wäre ein ge-*

sundes Finanzsystem mit vielen neuen Banken, die gut kapitalisiert sind. Insolvente too-big-to-fail Banken würden in kleinere Banken aufgebrochen, die mit geringerer Wahrscheinlichkeit das Finanzsystem bedrohen würden. Die Regulierungen müssten ebenfalls reformiert werden, um die Wahrscheinlichkeit kostspieliger zukünftiger Krisen zu reduzieren" (Richardson, Roubini, Washington Post 13.02.2009).
In den USA müssten z.B. die Citi Group, JPMorgan, die Bank of America und Wells Fargo verstaatlicht werden. Roubini bezeichnet sie als Zombiebanken, die sich ihrerseits insolvente Banken wie Merrill Lynch, Washington Mutual, Bear Stearns, Wachovia usw. einverleibt hätten, um durch ihre Größe den Druck auf den Staat zu erhöhen, sie auf Kosten der Allgemeinheit auszuhalten. Roubini zieht den Schluss: „*Paradoxerweise könnte die Verstaatlichung eine marktfreundlichere Lösung der Bankenkrise sein: sie ist der größte Einschnitt für die Halter von Stamm- und Vorzugsaktien nahezu insolventer Einrichtungen und – mit größter Sicherheit – sogar der unbesicherten Gläubiger im Fall, dass die Verluste einer zahlungsunfähigen Bank zu groß sind; sie sieht einen fairen Abschluss für den Steuerzahler vor*" (Roubini, It's Time to Nationalize Insolvent Banking Systems, RGE Monitor 10.02.2009 – www.rgemonitor.com/blog/roubini/255507/). Von Fairness kann keine Rede sein, wenn die ganze Gesellschaft für private Hasardeure (Glücksspieler) gerade stehen soll.
„Marktfreundlicher" wäre diese Lösung, da die Zahlungsunfähigkeit von Banken sowie der Verfall der Marktpreise der Aktien- und Vermögenswerte nüchtern akzeptiert würden. Roubini bezeichnet sich nicht umsonst als Ökonom des freien Marktes. Es würde nicht länger versucht, mit vielen Milliarden aus Steuermitteln zu Lasten der Allgemeinheit letztlich zahlungsunfähige private Banken zu retten. Sie würden durch den Staat als Insolvenzverwalter abgewickelt. Eine solche Verstaatlichung könnte den Steuerzahler möglicherweise billiger kommen als die endlosen Staatsgarantien und Staatszuschüsse für die Fässer ohne Boden, die Banken heute vielfach darstellen. Aber da die wirklichen Verluste, die durch die Verstaatlichung auf die Gesellschaft umgelegt werden und die Dauer der Krise nicht bekannt sind, könnte die Schlussrechnung auch anders aussehen. Die Pleite der Glücksspieler könnte billiger kommen.
Die Verstaatlichung, so verstanden, wird als Weg verstanden, das bankrotte Banksystem und die Verwertung von Geldkapital im Interesse des Gesamtkapitals auf „gesündere" Beine zu stellen und dann zu reprivatisieren. Roubini verweist auf das Beispiel Schwedens im Jahr 1992. Hier wurden bankrotte Banken ebenfalls zeitweise verstaatlicht, saniert und reprivatisiert. Der schwedische Staat delegierte die Sanierung sogar an private Banker und Manager, die er für diesen Zweck anheuerte.
Da der Zweck der Verstaatlichung die spätere Reprivatisierung ist, ist sie abzulehnen. Es ist nicht einsehen, warum mit einem, wenn auch möglicherweise verringerten Aufwand an gesellschaftlichen Mitteln, private Eigentumsverhältnisse wiederhergestellt werden sollen.

Die Linkspartei fasst die von ihr geforderte Verstaatlichung der Deutschen Bank nicht als Mittel auf, sie in „kleinere Banken“ (Roubini) zu zerlegen. Sie soll sich in ein Staatsmonopol verwandeln. Gysi und Lafontaine betonen, dass die Verstaatlichung billiger käme. Tatsächlich? Da der Staat auch den gesamten Finanzmüll übernimmt, darf er sich um das Recyclen kümmern. „*Nicht abtragbare Verluste werden nicht sozialisiert, sondern durch die Aufnahme einer Zwangsanleihe für Einkommensbezieherinnen und –bezieher ab einem zu versteuernden jährlichen Einkommen von über 1 Mio. Euro finanziert*“ (Bundestag Drucksache 16/11747). Mit einer Zwangsanleihe würden Wohlhabende dazu gezwungen, in bestimmter Höhe zu einem bestimmten Zinssatz und einer bestimmten Laufzeit Staatsanleihen zu kaufen. Die Verstaatlichung der Verluste erhöht also die Staatsschuld. Da die Zwangsanleihe abgelöst werden muss, werden die übrig bleibenden Verluste letztlich doch vom Staat übernommen, zumal er die Anleihe auch verzinsen muss. „*Eine mögliche Reprivatisierung der verstaatlichten Banken ... ist nicht ausgeschlosse*n“ (Bundestag Drucksache 16/11747 vom 28.01.2009), verkünden die Kämpfer gegen Privatisierung. Das wird die Großbanken beruhigen. Die jetzigen Reparaturarbeiten stellen die Bedingungen wieder her, die neue Finanzkrisen erzeugen. Alles wird getan, „*um das kranke System am Leben zu erhalten*“ (FTD 17.11.2008). Nach wie vor würde die Kapitalverwertung als Selbstzweck die Menschen als „Naturgesetz“ beherrschen und neue Kapitalüberschüsse produzieren.

Staatskapital statt Privatkapital?

Wenn schon die private Finanzwirtschaft auf Rechnung der ganzen Gesellschaft arbeitet und ohne die Krücken des Staates nicht überleben kann, liegt es nahe, dass der Staat dauerhaft reale Eigentümerrechte wahrnehmen wird, statt wie jetzt darauf zu verzichten. Das wäre eine schwere Niederlage des Privateigentums.
Aber auch dauerhaftes Staatseigentum an Banken wäre keine Lösung, da es Staatseigentum an Kapital ist und dessen Verwertung nach wie vor im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit stehen würde. Die Umwandlung von privatem in staatliches Eigentum wäre nur eine Umwandlung von Privatkapital in Staatskapital, in Kapital unter Verfügung der Agentur des Gesamtkapitals. Das Grundproblem ist die Kapitaleigenschaft der Finanzmittel. Der außerhalb der Kreditinstitute erzeugte Kapitalüberschuss, wird sich, wenn er nach seiner krisenbedingten Vernichtung wieder überquillt, erneut auf riskante Anlagen stürzen. Da die Banken, ob staatlich oder privat, das ihnen von kapitalistischen Unternehmen zur Verfügung gestellte Geld als Kapital verwerten müssen, wird sich erneut eine Finanzkrise, eine Überproduktion von Kapital entwickeln. Die Landesbanken, im Besitz von kommunalen Sparkassen und Bundesländern, haben Verluste in Höhe von Dutzenden Milliarden eingefahren, weil sie als Konzerne des Staatskapitals wie die Privatbanken auch ihre gesunkenen Renditen mit waghalsigen Spekulationsgeschäften aufpäppeln wollten. Eine Kopie der bankrotten Landesbanken auf Bundesebene brauchen wir nicht.

Mit der Verstaatlichung der Banken wird ihre Bilanzsumme letztlich Teil des staatlichen Haushalts, d.h. die in den Bilanzen schlummernden Risiken und die zu erwartenden Verluste werden direkt aus einem privaten zu einem staatlichen Risiko bzw. Verlust. Das ist deutlich an den Banken zu sehen, die schon staatlich sind. Die Bayerische Landesbank, die HSH Nordbank und andere Landesbanken bieten das Modell. Sie aufrecht zu erhalten, erzeugt einen gewaltigen Zuschussbedarf durch die jeweiligen Landesregierungen und die kommunalen Sparkassen.

Kreditversorgung – öffentliches Gut?

Es besteht die Hoffnung, dass eine Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung des Finanzwesens die Finanzgeschäfte zu einem öffentlichen Gut jenseits der Kapitalverwertung werden könnte. Ein verstaatlichtes Bankwesen auf der Grundlage einer Ökonomie, in der nach wie vor die sachlichen Bedingungen von Produktion, Handel und Transport Kapital in privater Hand sind, ist aber nach wie vor Teil dieser kapitalistischen Ökonomie, von der es abhängt. Zinsen als Haupteinnahmequelle der Banken wären nach wie vor Teil des Mehrwerts bzw. von Teil von anderen Einkommen, die im Prozess der Mehrwertproduktion anfallen (Löhne, Steuern usw.). Banken müssten also am Florieren der Kapitalverwertung interessiert sein, von der sie leben. Sie können ihren kapitalistischen Charakter nicht abstreifen.

Das Kapital durchläuft in seinem Reproduktionsprozess verschiedene Stadien. Eines davon ist seine zeitweise oder dauerhafte Verwandlung in Geldkapital, die Grundlage des kapitalistischen Bankwesens. Geldkapital ist immer Eigentum seiner Besitzer, nie öffentliches Gut. Es wird von seinen Besitzern nur zur Verfügung gestellt, wenn es Zinsen abwirft, die wiederum aus dem Prozess der Kapitalverwertung stammen. Das Kapital in seiner Form als Geldkapital seines kapitalistischen Charakters zu entkleiden, während es in allen anderen Formen weiterbesteht, ist eine irrwitzige Vorstellung.

Vergesellschaftung statt Verstaatlichung?

„*Die Banken müssen vergesellschaftet werden. Nicht verstaatlicht*“ (ISW 2008, 53). Für das ISW ist es eine „*Pluralität von demokratischen Kräften*“, die aus Vertretungen der jeweiligen Belegschaft, aus gewerkschaftlichen Organen, Arbeitsloseninitiativen, sozialen Bewegungen aller Dimensionen, Sozialforen, kommunalen Einrichtungen, Verbraucherorganisationen usw. bestehen, „*die den Anspruch erheben können und müssten, bei den substantiellen Entscheidungen der Banken mitzureden*“ (ebda.). Das wären alle Entscheidungen, für wen und für was Geld ausgegeben werden sollte. Auf welcher Grundlage sollen diese gesellschaftlichen Kräfte ihren Einfluss ausüben, wenn sie selbst keine Eigentümer sind, sondern nur „mitreden“ sollen? Mitreden bzw. erweiterte Mitbestimmung hat mit Vergesellschaftung gar nichts zu tun. Es liegt im Belieben der jetzigen Eigentümer der Banken, wen sie mitreden lassen. Die angesprochenen gesellschaftlichen Kräfte haben meist auch gar nicht

den Anspruch, bei der Kreditvergabe der Banken mitreden zu wollen. Sie erheben auch nicht den Anspruch, Eigentümer sein und als Repräsentanten der Gesellschaft die Bankgeschäfte leiten zu wollen.
Bliebe also nur die Verstaatlichung durch den jetzigen Staat als Basis eines größeren Einflusses gesellschaftlicher Kräfte. Die Verstaatlichung wäre dann Voraussetzung einer Vergesellschaftung. Der gesellschaftliche Einfluss soll z.B. in einem Lenkungsausschuss bestehen, der die Kreditpolitik der verstaatlichen Großbanken festlegt. In ihm sollen Gewerkschaften, Verbraucherverbände, Regional- und Bundespolitik, Umweltverbände, IHK sowie Klein- und Mittelbetriebe vertreten sein. „*In einem solchen Ausschuss manifestiert sich der über die reine Eigentumsübertragung hinausgehende Charakter der Vergesellschaftung*" (Horst Arenz, Verstaatlichung oder Vergesellschaftung, junge welt 09.02.2009). Arenz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter eines MdB der Linkspartei. Nur auf dem Boden des staatskapitalistischen Eigentums kann sich ein Teil der Gesellschaft einbilden, dass ihr Einfluss einer wirklichen Vergesellschaftung entspricht. Es handelt sich letztlich um die Ausdehnung der Mitbestimmung auf das Finanzwesen, in einer sozialpartnerschaftlichen Grundkonstruktion von Kapital, Lohnarbeit und Staat. Vergesellschaftung in Form von sozialpartnerschaftlicher Mitbestimmung hat mit wirklicher Vergesellschaftung nichts zu tun.

Verstaatlichung wäre nur dann die Vorstufe einer wirklichen Vergesellschaftung, wenn dieser Staat im Gegensatz zum jetzigen ein Staat der Mehrheit und die ökonomische Basis nicht mehr die Verwertung von Kapital durch die private Aneignung unbezahlter Arbeit der Lohnabhängigen wäre. Die bestehende Krise zeigt auf, dass die gegenwärtigen Eigentums- und Produktionsverhältnisse in wachsendem Maße zum Hindernis der Entwicklung werden. Eine wirkliche Vergesellschaftung setzt voraus, dass die Gesamtheit der Produzenten im Besitz der gesamten Mittel der Produktion des gesellschaftlichen Reichtums sind. Sie setzt also völlig andere Eigentumsverhältnisse voraus und eine Produktionsweise, in der die massenhafte Vernichtung und Vergeudung des Reichtums der Gesellschaft nicht mehr zum Standard gehört, weil der Reichtum keine Kapitaleigenschaft mehr hätte.

3.3 Hypo Real Estate – Verstaatlichung im Interesse der Deutschen Bank

Die Hypo Real Estate (HRE) wurde 2003 aus der HypoVereinsbank (HVB) ausgegliedert, damit die italienische Bank UniCredit die HVB kaufen konnte, ohne die üblen Risiken zu übernehmen, die diese im Immobiliengeschäft aufgehäuft hatte. Die HRE war schon bei ihrer Gründung eine Bad Bank. Der ehemalige Mutterkonzern HVB haftete allerdings fünf Jahre für die Risiken ihrer Bad Bank, genau bis zum 28.09.2008. Am 26. September teilte Vorstandsvorsitzender Funke der Bankenaufsicht mit, dass die HRE nach dem 30.09.2008 die Insolvenz nicht mehr

abwenden könne. Einen Tag vorher hatte Finanzchef Fell die Refinanzierung der HRE-Tochter Depfa (Deutsche Pfandbriefanstalt) noch als „*anhaltend stabil*" bezeichnet (FTD 30.09.2008). Es folgen wilde Verhandlungen. Montag, den 29.09., um 1.30h ruft Merkel Ackermann an. „*Das Gespräch mit dem Chef der Deutschen Bank bringt den Durchbruch*" (Birgit Marschall, Stütze vom Staat, FTD 30.09.2008). Der Bund gewährt Bürgschaften über 26,6 Mrd. Euro, die privaten Banken über 8,4 Mrd. Euro.

Eineinhalb Stunden, nachdem die Haftung ausgelaufen war, gewährte die Bundesregierung der HRE die Staatshilfe. HVB und UniCredit waren dank der großzügigen Bundesregierung aus dem Schneider. Da der Bundestag die Bundesregierung ermächtigt, selbst über Bürgschaften im Umfang von bis zu 360 Mrd. Euro zu entscheiden, reichten ein paar Personen, um Milliarden ins Spiel zu bringen.

Die HRE hatte Ende Juli 2007 die Depfa mit Sitz in der Steueroase Dublin übernommen. Die Depfa war der größte Staatsfinanzierer der Welt und ein großer Wettkönig zugleich. Denn um die geringe Marge bei der Finanzierung der öffentlichen Hand aufzubessern, nahm die Anstalt billige kurzfristige Kredite auf, um sie langfristig teurer an Staaten auszuleihen, und hielt ihr Eigenkapital niedrig. Das verbesserte die Rendite. Der HRE war das riesige Spekulationsrad mit Zinsdifferenzen aus verschiedenen Laufzeiten von Krediten nicht verborgen geblieben. Gegenüber Analysten soll HRE-Vorstand Funke die Depfa mit dem Spielcasino in Monte Carlo verglichen haben (Markus Frühauf, FAZ 07.03.2009). „*Der Staatsfinanzierer befand sich vor der Übernahme in einer kritischen Situation*" (ebda.). Im ersten Halbjahr 2007 näherten sich die kurzfristigen Zinsen den langfristigen. Die Spekulation begann zu platzen. Die Kapitalmarktsparte der Depfa Bank rutschte in die Verlustzone (ebda.). Trotz allem übernahm die HRE die Depfa für 5,7 Mrd. Euro und zahlte sogar noch einen höheren als den aktuellen Aktienkurs. Eine Bad Bank übernahm eine Bad Bank. Depfa-Vorstand Bruckermann, dann Vize der HRE, konnte seine Depfa-Aktien in HRE-Aktien tauschen und verkaufte sie sofort wieder. Er wusste, warum. Die Depfa wurde aus einer irischen Bank (seit 2002) wieder zu einer deutschen Bank. Die Folge der Übernahme jedenfalls war: „*Für die fehlgeschlagenen Zinswetten der Depfa bürgt zum größten Teil der Steuerzahler*" (FAZ ebda.)

Wäre die Depfa eine irische Bank geblieben, hätte die Bundesregierung für ihre Zinswetten auch nicht aufkommen können. Insgesamt wurden bisher 102 Mrd. Euro als Spielkapital zur Rettung der HRE eingesetzt., etwa die Hälfte der Bilanzsumme der früheren Depfa in Höhe von 200 Mrd. Euro. Die Bundesregierung trägt davon 87 Mrd. Euro. Ein Ende ist nicht in Sicht.

Die Maßnahmen wurden mit einem „systemischen Risiko" begründet, mit angeblich schwerwiegenden Auswirkungen auf das Finanzsystem in Deutschland. Genauere Zusammenhänge offenzulegen, halten die Milliardenverteiler nicht für nötig. „Systemrelevante Bank" heißt es weiter. Um Ausgaben in Höhe von zwei Jahren Hartz IV für eine Bank einzusetzen, reichen anscheinend zwei Worte. Selbst die FAZ sieht nur „nebulöse Gründe" für die Subventionen. „*Hätte der steuerzah-*

lende Bürger nicht zumindest das Recht, sich von der Plausibilität eines Zusammenbruchs der nationalen Geldversorgung ein rationales Bild zu machen?" (Rainer Hank, Die Enteignung, FAZ 04.02.2009). Wo kämen wir da hin!
Der Vorstandsvorsitzende und der Aufsichtsratchef der HRE sind von Vertretern der Deutschen Bank abgelöst worden. Solche Posten besetzen die Kräfte, die die mächtigsten Interessen gegenüber der HRE vertreten. Welche Interessen in welcher Höhe diese Bank an den massiven staatlichen Hilfsmaßnahmen hat, bleibt dunkel. Sie müssen enorm sein.
Die HRE ist zahlungsunfähig. Sie sollte Pleite gehen. Dann zahlen die, die diese Skandalbank ernährt und ihre Finanzmanipulation gedeckt haben. Die Bankrotteure erklären, ganz Deutschland würde verlieren. Sie verwechseln sich mit Deutschland. Verlieren würden vor allem die Gläubiger dieser Zockerbank.
Die HRE hatte am 30.09.2008 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 135 Mrd.Euro, von denen Kredite über 88 Mrd.Euro eine Laufzeit von bis zu drei Monaten und über 30 Mrd. Euro eine Laufzeit von 3 Monaten bis zu einem Jahr hatten. Interbankenkredite sind unbesichert. Dafür müssen sie mit höheren Zinsen bezahlt werden. Zu den unbesicherten Schuldnern gehören auch Versicherungen.
Werner Rügemer meint, dass „*die wichtigsten hiesigen Banken, allen voran die Deutsche Bank*," die Gläubiger seien. Diese würden sich aber „*feige versteckt*" halten (Werner Rügemer, Bankrott wäre besser, junge welt 25.02.2009).
Weitere 190 Mrd Euro weist die Bilanz der HRE als verbriefte Verbindlichkeiten aus. Darunter fallen vor allem Pfandbriefe. Die HRE bekommt als Hypothekenbank Geld, indem sie Pfandbriefe ausstellt, die mit den Hypothekendarlehen bzw. Staatskrediten (Kommunalobligationen usw.) gedeckt sind, die sie ausgegeben hat. Diese wiederum sind ihrerseits mit Immobilien abgesichert, die nur bis 60 % des aktuellen Marktwertes als Sicherheit akzeptiert werden. Die Pfandbriefe sind wegen der hohen Sicherheit der Emittenten (der Bank, die sie ausgibt) niedrig verzinst. Die günstigen Zinsen des Pfandbriefs ermöglichen auch eine günstige Kreditvergabe an Staaten. Kredite an Staaten bzw. Hypotheken werden also verbrieft, d.h. gewissermaßen an die Inhaber der Geldgeber der Bank im Form eines Pfandbriefs weiterverkauft. Das Geschäft bleibt aber in den Büchern der Bank.
Wenn die HRE Pleite geht, werden die Inhaber von Pfandbriefen nicht getroffen. Der Pfandbrief ist ja nach wie vor besichert. Die Vermögensmasse würde zunächst einmal den Pfandbriefinhabern zufließen.
Im Insolvenzfall würden sich also die Kreditinstitute nur aus der dann noch verbleibenden Vermögensmasse bedienen können. Das wäre ihre einzige Sicherheit. Was von der bankrotten HRE übrig bleibt, ist unklar. Die Gläubigerbanken jedenfalls würden erhebliche Verluste erleiden. Deshalb hat der Bund die Ablösung der unbesicherten Interbankenkredite durch neue kurzfristige Kredite mit Staatsgarantien versehen. Ein Grund, weshalb die HRE ein Fass ohne Boden ist., besteht darin, dass der Bund offensichtlich unbesicherte Interbankenkredite vor allem der Deutschen Bank mit Garantien besichert.

Grundsätzlich können alle Banken Pfandbriefe ausstellen, die mit den von ihnen vergebenen Hypotheken oder Staatskrediten gedeckt sind. Pfandbriefe werden auch als covered bonds bezeichnet (gedeckte Wertpapiere). Der Pfandbrief ist eine günstige Möglichkeit vor allem der Großbanken, an Geld zu kommen. Auch die Deutsche Bank hat angekündigt, Pfandbriefe zu begeben. Auf die HRE entfällt etwa ein Fünftel des Pfandbriefmarkts in Deutschland. Ein bedeutender Emittent von Pfandbriefen würde verschwinden. Andere würden zwar an seine Stelle treten. Die Pleite der HRE würde allerdings zu Risikoaufschlägen führen (Hermannus Pfeiffer, Die Mär vom Dominoeffekt, Freitag 27.02.2009). Das würde die Geldbeschaffung der Banken verteuern. Der Bund, als Vertreter des Gesamtkapitals, hält auch aus diesem Grund die HRE künstlich am Leben, um die Profitraten der Banken zu stabilisieren. Der Bund hat erklärt, dass er für die Sicherheit der Pfandbriefe gerade stehe. Finanzstaatssekretär Asmussen bezeichnete den Pfandbrief als „*eines der wenigen funktionierenden Refinanzierungsinstrumente für Banken*" (FTD 06.10.2008).
Pfandbriefe werden gehandelt und haben Kurse. Würde die HRE fallen, könnte das einen Abschreibungsbedarf bei Pfandbriefen erzeugen. Auch das will die Finanzbranche vermeiden (Kai Lange, Die HRE und das 900-Milliarden-Risiko, Spiegel Online 05.10.2008).

Das „systemische Risiko", das der Staat vermeiden will, besteht also in den Verlusten, die die Pleite der Müllbank HRE bei Banken und Versicherungen erzeugen würde. Es geht um die Höhe ihrer Profitraten. Das ist das systemische Risiko.
Die Staatsgarantie würde komplett, wenn die HRE verstaatlicht würde. Schon bei den ersten Verhandlungen im September 2008 hieß es: „*Der Deutsche-Bank-Chef wollte die sofortige Verstaatlichung, der Finanzminister lehnte ab*" (FTD 06.10.2008, 25). Der frühere Vorstandschef der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, konnte es offen aussprechen: „*Man sollte angeschlagenen Banken keine Garantien geben, sondern sie verstaatlichen. Der Staat übernimmt die Institute, rekapitalisiert sie und kann sie danach wieder privatisieren*" (www.tagesschau.de 8.10.2008). Ackermann heute: „*Eine in den letzten Wochen vieldiskutierte Vollverstaatlichung des Immobilienfinanzierers würde nach Ansicht des Deutsche-Bank-Chefs die Refinanzierung stabilisieren*" (FTD 09.03.2009). Auch der von der Deutschen Bank entsandte Vorstandschef der HRE, Axel Wieandt wirbt für die Verstaatlichung der HRE. „*Dann sind wieder ganz andere Kredite an uns möglich*" (Spiegel Online 29.01.2009). Die Deutsche Bank und andere könnten dann Kredite an die HRE vergeben, die durch den Staat voll gesichert sind.

Um die Verstaatlichung zu erleichtern, wird sogar die Enteignung ihrer Aktionäre gesetzlich vorbereitet. Die FAZ deutete an, „*die Enteignungsforderung werde nicht zuletzt von wichtigen Gläubigerbanken der HRE, allen voran der Deutschen Bank, geschürt*" (ebda.).
Die 102 Mrd. Euro bisheriger Garantien und Kapitalhilfen bereiten die Verstaatlichung vor und sollten sie sogar erzwingen. Denn auf Grund der Garantien müss-

te der Staat bei einer Pleite jetzt die Verluste tragen, die ansonsten die Großbanken hätten tragen müssen. Er garantiert ja die ehemals unbesicherten Interbankenkredite.

Lafontaine fordert ebenso wie die Deutsche Bank die Verstaatlichung der Hypo Real Estate. „*Wenn der Staat jetzt diese Bank übernimmt, dann ist das die billigste Lösung, weil der Staat, wenn es darum geht, kurzfristig und schnell Geld zu bekommen, das Geld am preiswertesten bekommt. Also hier bei der Hypo Real Estate kann auch Laie verstehen, dass Verstaatlichung die billigste Lösung wäre*" (wdr Morgenecho 02.02.2009). Für die Gläubiger der Bank, vor allem die Deutsche Bank, ist Verstaatlichung in der Tat die für sie „billigste Lösung". Der Staat würde jedoch alle Verluste der skrupellosen Finanzzocker übernehmen, um diese für die Banken „billigste Lösung" zu ermöglichen. Für die LohnarbeiterInnen kommt es in jedem Fall teuer.

3.4 Mehr Regulierung der Kapitalverwertung der Banken?

Die LohnarbeiterInnen müssen daran interessiert sein, es Banken zu erschweren, gesellschaftliche Mittel auf den Finanzmärkten zu verspielen. Denn letztlich erwartet das Kapital, dass sie die Zeche dafür zahlen sollen, wenn der Staat als „Retter" die Rechnung für die „Rettung" der Banken präsentiert.

■ Erheblich höhere Eigenkapitalquote

Das Eigenkapital der Banken ist die wichtigste Größe, die darüber bestimmt, ob sie in der Lage sind, im Krisenfall für ihre Verluste ohne Staatshilfe aufzukommen. Je höher das Eigenkapital, desto eher können sie das. Zeise erklärt mit Recht, dass noch wichtiger als die Frage der Verstaatlichung „*die enge Kontrolle und Regulierung*" sei (Zeise 20089, 171). Der Vorsitzende der britischen Financial Service Authority (FSA), Adair Turner, erklärte, die Kapitalunterlegung für Kredite, die die Banken vergeben, müsse „*um ein Vielfaches größer*" sein als heute (FTD 23.01.2009).

Die Eigenmittelquote aller Unternehmen, das Verhältnis der Eigenmittel zur Bilanzsumme, liegt in Deutschland bei etwa 25 %, im Maschinenbau lag sie 2008 sogar bei 34 %. Das Eigenkapital ist nicht auf risikogewichtete Aktiva bezogen, wie bei den Banken, sondern auf alle Aktiva. Alle Unternehmen verfügten bei einer Bilanzsumme von 2.223 Mrd. Euro über Eigenkapital in Höhe von 549,8 Mrd. Euro (Monatsbericht 1/2009, 50). Die Deutsche Bank dagegen, mit einer ebenso hohen Bilanzsumme, kam gerade mal auf ein Eigenkapital von 31 Mrd. Euro.

Die Kreditvergabe der Banken muss erheblich beschränkt werden. Eine Eigenkapitalquote von z.B. 20 %, bezogen auf die Bilanzsumme, würde die Kreditvergabe stark einschränken und wäre ein erheblich höherer Puffer im Krisenfall. In diesem Umfang müssten die Eigentümer der Banken für Verluste haften. Eine Ei-

genkapitalquote von 20 % der Bilanzsumme würde bedeuten, dass Banken nur mit einem Fremdkapitalhebel von 1 zu 5 arbeiten dürften, sich also nur mit dem maximal Fünffachen des Eigenkapitals verschulden könnten. Der Zustand bis zum Ende der 40er Jahre des letzten Jahrhunderts wäre wiederhergestellt. Die höhere Eigenkapitalunterlegung in Verbindung mit einem erhöhten Einlagensicherungsfonds hätte dann die Wirkung eines Krisenfonds.

■ *Keine Geschäfte außerhalb der Börsen und außerhalb der Bilanz*

Derivate sind fast ausschließlich Wetten auf Preis- und Kursentwicklungen. Finanzwetten sind zu untersagen. Falls sie nicht verboten werden, sollte eine Unterlegung mit Eigenkapital von 100 % vorgeschrieben sein, damit die Aktionäre selber voll für ihre Wetten haften.

■ *Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften*

müssen geschlossen werden oder, wenn nicht, dann wenigstens den gleichen Eigenkapitalrichtlinien unterliegen wie Banken.

■ *Verbriefung von Krediten untersagen*

Die Verbriefung von Krediten hat sich zu einer Methode entwickelt, die Kreditvergabe ohne Rücksicht auf Verluste auszudehnen und die Risiken an ahnungslose Käufer weiterzureichen. Der Verkauf von Krediten als undurchschaubare Wertpapiere, d.h. die Verbriefung von Krediten, muss untersagt werden. Wer einen Kredit vergibt, muss auch dafür haften. Nur zehn oder zwanzig Prozent der verbrieften Kredite in den eigenen Büchern halten zu müssen, führt dazu, dass Schrott weiterverkauft wird und Kredite hervorragender Bonität in den Büchern bleiben.

■ *Kapitalverkehr mit Steueroasen untersagen*

Allein deutsche Banken haben 295 Mrd. Euro in Steueroasen angelegt, vor allem auf den Cayman Islands. Die Summe ist höher als der Bundeshaushalt. Sie finanzieren damit die Zockergeschäfte vor allem der Hedgefonds und entziehen sich der Besteuerung in Deutschland. Insgesamt soll weltweit Kapital im Umfang von sieben Billionen Dollar in Steueroasen geparkt sein. Damit muss Schluss sein. Kapitalverkehrskontrollen müssen eingeführt werden, die den Kapitalverkehr mit Schmarotzerinseln und – staaten unterbinden.

■ *Einlagensicherungsfonds der Privatbanken ausbauen*

Der Einlagensicherungsfonds als Fonds gewissermaßen eines Kollektivkapitals der Banken muss so ausgebaut werden, dass aus ihm, statt aus dem Staatshaushalt mindestens Verluste, die durch die Zahlungsunfähigkeit einer Großbank entstehen, bewältigt werden können.

■ *Credit Default Swaps*

müssen der Versicherungsaufsicht unterliegen. Versicherungsgeber müssen nachweisen, dass sie im Versicherungsfall flüssig sind. Der Handel mit CDS muss unterbunden werden.

Neue Regeln ...

Die Staaten der G 20 wollen „*neue Regeln vereinbaren, um schwere Wirtschafts- und Finanzkrisen zu verhindern*" (FTD 23.02.2009). Es besteht eine starke Tendenz, Reformvorschläge zur Regulierung der Verwertung des Geldkapitals als Lösung der Probleme anzusehen und ihre Wirkung als „Systemwechsel" zu betrachten. Sie sind jedoch allenfalls Mittel, die Abwälzung von Finanz- und Wirtschaftskrisen auf die arbeitende Bevölkerung zu erschweren.

... um das Casino zu schließen?

Der britische Premierminister Brown gab als Ziel aus, „*Spekulation zu verhindern*" (FTD 23.02.2009) Solange die gegenwärtigen Eigentumsverhältnisse bestehen, liegt die profitable Verwendung der brachliegenden Mittel der Gesellschaft in der Verfügung des Finanzkapitals. Da mit spekulativen Anlagen ein höherer Profit zu erzielen ist, ist Spekulation ein untrennbarer Teil des Bankgeschäfts. Alle Elemente, die der Spekulation zugrunde liegen, die Verselbstständigung des Warenwerts in Form von Geld als Grundlage der Geldmärkte, die Trennung des Kapitaleigentums von produktiver Arbeit in Form der Aktie und die darauf beruhende Börse sowie die Verfügung über fremdes Kapital in Form von Kredit und die darauf beruhenden Kreditmärkte, sind nach wie vor vorhanden, auch wenn der Verwertung von Geldkapital Fesseln angelegt werden. Das Casino würde weiter bestehen, nur mit weniger Jetons.

Jede Investition des Kapitals ist letztlich spekulativ, weil sich eben erst hinterher herausstellt, ob der Bedarf danach bestand. Alle Industriekonzerne spekulieren auf Absatz. Beispiel Schifffahrt. „*Fast die Hälfte der weltweiten Containerflotte wird von Norddeutschland aus kontrolliert*" (FTD 09.03.2009) Die „Soziale Marktwirtschaft" hat in großem Stil auf ständig steigende Zuwächse des Frachtaufkommens spekuliert. Der Welthandel jedoch ist eingebrochen. Die Überkapazitäten sind gigantisch. Die Werften haben weltweit noch Bestellungen über 540 Mrd. Dollar für Frachtschiffe in ihren Auftragsbüchern stehen, zum großen Teil aus Deutschland. Niemand braucht sie. Die Spekulation der Reeder und Werften wurde natürlich mit Krediten finanziert. Die deutsche HSH Nordbank ist der größte Schiffbaufinanzierer der Welt. Nur staatliche Kapitalinfusionen halten sie noch am Leben. Die gesamte kapitalistische Wirtschaft ist ein Spielcasino, nicht nur die Wettbüros smarter Jungs, die sich stolz „Investmentbanker" nennen.

Das Spielcasino des Kapitals wäre erst dann geschlossen, wenn die Kapitalverwertung nicht mehr die Grundlage der Ökonomie wäre.

... als Mittel, Finanzmärkte zu entwaffnen?

Die Finanzmärkte wären auch nach der Verwirklichung aller geforderten Maßnahmen nicht entwaffnet. Ihre „Waffe", das Geldkapital, das sie weltweit sammeln und weltweit anlegen, wäre immer noch in ihrer Hand. Auch wenn dem Geldkapital Fesseln angelegt würden, der Druck der Anleger, deren Finanzvermögen zunimmt und Renditen sehen will, treibt die Banken nach wie vor zu riskanten Anlagen. Jörg Huffschmid sagt richtig, dass Regulierungen „*den Druck nicht aus der Welt* (schaffen), *der Banken ... dazu getrieben hat, ... immer riskantere Strategien einzuschlagen. ... Es ist der Druck der Anleger, deren Finanzvermögen immer weiter zunimmt und Renditen erwartet*" (www.memo.uni-bremen.de; M-0909 vom 26.02.2009).

... zur demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte?

Mit den oben genannten Maßnahmen wäre auch keine demokratische Kontrolle der Finanzmärkte verwirklicht. Schon „Kontrolle von Märkten" ist ein Widerspruch in sich. Märkte bestehen aus unbekannten Wirkungen unbekannter Entscheidungen einer unbekannten Zahl von unbekannten Leuten, die auf unbekannte, weil private Rechnung handeln. Märkte sind ihrer Natur nach unkontrollierbar. Da Finanzmärkte nicht kontrollierbar sind, kann das Volk sie auch nicht beherrschen (*altgriech.* demos = Volk, kratein = herrschen).
Auch Staaten träumen von der Kontrolle der Märkte. „*EU will totale Kontrolle der Märkte*", titelte die FTD (23.02.2009). Das grenzt an Größenwahn. Ein paar schärfere Regulierungen sind weder eine totale, noch eine „lückenlose" Kontrolle.
Es ist umgekehrt: Märkte beherrschen (kontrollieren) Menschen und halten sie in einem Zustand der Unfreiheit, gerade weil Menschen die Ergebnisse ihrer eigenen Tätigkeit als fremde Macht gegenübertreten. Und „die Märkte" beherrschen auch die Staaten, die von einer Potenz träumen, die sie niemals haben werden. Wäre es anders, würde es keine Krisen geben.

... um das Bankwesen demokratischer Kontrolle zu unterwerfen?

Lafontaine verlangte, „*die Krise als Chance zu einer Demokratisierung der Wirtschaft zu nutzen*" (junge welt 02.03.2009) Die Zahl der Banken hat sich von 1990 bis 2008 in den USA aber sowieso schon auf die Hälfte, in Deutschland auf ein Drittel vermindert (Handelsblatt 23.-28.12.2008) Die jetzige Krise führt zu einer gewaltigen Beschleunigung der kapitalistischen Monopolisierung, nicht zur Demokratisierung. Banken brechen zusammen, fusionieren oder werden abgewickelt. Der Staat fördert die Konzentration im Bankwesen massiv mit staatlichen Geldern. Die Bank of America verschmolz so mit Merrill Lynch, die britische Lloyds TSB mit der HSBO, die Commerzbank mit der Dresdner Bank. Es findet eine Zentralisierung von privater Verfügung in noch weniger Händen mit Hilfe des Staates statt.

Die Bankenrettungsprogramme wurden in den USA, Großbritannien, der Schweiz, Deutschland usw. von kleinen Komitees erarbeitet, die aus Bankern und ihren Freunden im Staatsapparat bestanden. Sie wurden in der Manier von Notstandsgesetzen in kürzester Zeit über die Parlamente durchgestellt. Die Parlamente ermächtigen Regierungen, Milliarden Gelder zu verteilen, ohne dass sie über ihre Notwendigkeit und ihre Höhe Rechenschaft ablegen müssen. Die Finanzaristokratie dehnt **ihre** Mitbestimmung über staatliche Entscheidungen aus.
Nouriel Roubini über den Zustand der USA: „*Da sagt doch dieser Paulson: ‚Glaubt mir, ich werde alles richtig machen, wenn ich die absolute Kontrolle bekomme'. Aber wir leben doch nicht in einer Monarchie*" (Paulson – US-Finanzminister und ehemaliger Chef von Goldman Sachs – zitiert nach Winfried Wolf, Finanzmarkt-Monarchie, junge welt 19./20.12.2008).
Im 6-köpfigen „*Komitee zur Rettung der deutschen Banken*" (SZ 13.10.2009), das den 480 Milliarden-Plan vorbereitete, saß natürlich auch der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank. Die jeweilige Zuteilung der Milliarden erfolgt durch einen „Lenkungsausschuss", der geheim entscheidet.
Das Rettungspaket in Deutschland wird über einen Sonderetat letztlich vom Finanzministerium verwaltet. Er hat ein Volumen von mehr als dem doppelten des Bundeshaushalts. Er ist außerhalb des Haushalts angesiedelt und der Kontrolle des Parlaments nicht unterworfen, obwohl das Bundesverfassungsgericht die Vollständigkeit des Haushaltsplans verlangt. Neun Haushaltsausschuss-MdBs werden spärlich informiert, haben kein Recht auf Akteneinsicht, kein Untersuchungsrecht, sind zur Geheimhaltung verpflichtet und haben nichts zu entscheiden. Das Budget ist nicht öffentlich, obwohl es mit Steuergeldern betrieben wird (Gerhard Strate in FTD 23.10.2008). In der Finanzkrise zeigt sich, „*wie sehr sich politische Macht von der Legislative zur Exekutive verschoben hat*" (MdB Schick – Die Grünen JW 30.03.2009) Statt Demokratisierung sehen wir auf der politischen Ebene eine Zentralisierung der Entscheidungen in noch weniger Händen. Auch bei den G 7 oder G 20 Treffen treffen sich nur Regierungsvertreter „*und produzieren Gesetze, die dann zu Hause von den Parlamenten blind ratifziert werden sollen*" (Wolfgang Münchau, FTD 15.04.2009).
Der Staat „löst" die Krise der Überproduktion von Kapital und Waren, indem er den Staatskredit mobilisiert. Er muss sich die Kredite zur „Rettung" des Privateigentums letztlich wieder von den Privateigentümern besorgen. Je mehr er sich verschuldet, desto eher werden die Staatsfinanzen den Kontrolle der privaten Gläubiger des Staates unterworfen, die ihre Kredite bedient wissen wollen. Gerade die Subventionierung des Reproduktionsprozesses des Kapitals erhöht die Abhängigkeit des Staates von seinen privaten Geldgebern und unterwirft ihn ihren Bedingungen. So stellen selbst Vertreter einer „Demokratisierung" der Wirtschaft des Privateigentums fest: „*Die politische Realität nicht nur in dieser Republik ist durch Demokratieentleerung gekennzeichnet*" (Horst Schmitthenner, Die Systemkrise nutzen, junge welt 09.02.2009). Lafontaines Demokratisierung läuft auf die Hoffnung hinaus, dass die Linkspartei, wenn sie Regierungspartei werden könnte und z.B.

eigene Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden bzw. selbst Einfluss auf die Bankgeschäfte nehmen könnte.
Als scheinbarer Vertreter des Allgemeininteresses müssen die kapitalistischen Staaten allerdings die private Verfügung über Kapital in gewissem Maße einschränken, damit staatliche Subventionen nicht über Bonuszahlungen, Managergehälter, Dividenden usw. in zu großem Umfang direkt in private Taschen umgeleitet werden. Er muss das Gesamtinteresse der LohnarbeiterInnen, die er letztlich für die Zockergeschäfte des Finanzkapitals bluten lässt, wenigstens in solch mickrigen Formen vertreten. Von demokratischer Kontrolle der Banken kann deswegen aber keine Rede sein.

Die jetzige „demokratische Kontrolle" ist also letztlich die Kontrolle, die eine sinkende Zahl von Vertretern des Bankkapitals zusammen mit einer sinkenden Zahl von Vertretern des Gesamtkapitals über die Verbesserung der Bedingungen der Kapitalverwertung in der Krise ausüben. Die geforderten Maßnahmen würde die anarchische Wirkung der Finanzmärkte einschränken, so wie andere gesetzliche Bestimmungen z.B. das anarchische Wirken des Arbeitsmarktes einschränken. Auf die Idee, dass der Arbeitsmarkt demokratisch kontrolliert wäre, wenn es einen gesetzlichen Mindestlohn geben würde, ist bisher glücklicherweise noch niemand gekommen. Der Einfluss der LohnarbeiterInnen macht sich positiv nur darin bemerkbar, dass sie den schädlichen Folgen der Märkte gewisse Schranken setzen können, wenn sie die Kraft dazu haben.
Eine wirkliche demokratische Kontrolle durch diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum erarbeiten, setzt voraus, dass sie Eigentümer der sachlichen Produktionsbedingungen und damit der Ergebnisse ihrer Arbeit sind, über deren Verwendung sie selbst bestimmen können. Dann aber würden sie nur sich selbst kontrollieren und nicht vor der unlösbaren Aufgabe stehen, eine fremde Macht, das Kapital, kontrollieren zu wollen, die letztlich unkontrollierbar ist, wie der Tsunami der gegenwärtigen Krise zeigt.

4.1 Konjunkturprogramme?

Die vorherrschende Meinung in der Gewerkschaftsbewegung heute sieht als Ursache der Krise die zu geringe Binnennachfrage und zu geringe private Investitionen an. Rudolf Hickel: „*Das grundlegende Problem ist folgendes: Die Politik in Berlin will partout nicht einsehen, dass es keinen anderen Ausweg aus der Krise gibt, als ein echtes, umfangreiches Konjunkturpaket zu schnüren und dieses zum Großteil über Kredite zu finanzieren*" (junge welt 06.01.2009).
Die Linke im Bundestag:„*Die Bundesregierung muss der wichtigsten Krisenursache, der Konsumflaute, durch ein Konjunkturprogramm entgegenwirken. Dieses Konjunkturprogramm muss Maßnahmen zur Stützung der Masseneinkommen und ein Investitionspro-*

gramm von mindestens 30 Milliarden Euro beinhalten. Damit wäre auch der Automobilindustrie geholfen" (Pressemitteilung 14.10.2008).

Binnennachfrage stärken – Ausweg?

Die Kapitalverwertung hängt in Deutschland wie in allen entwickelten kapitalistischen Ländern nicht nur von der Binnennachfrage ab. Die Industriekonzerne produzieren für den Weltmarkt, also für die Weltnachfrage. Die Produktivität und die technologische Qualität der deutschen Industrie ist so hoch, dass die Exporte die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Der Weltmarkt ist das Spielfeld, der Binnenmarkt hat im Laufe der Entwicklung an Bedeutung verloren. Zur Zeit jedoch brechen die Exporte der Exportnationen Deutschland, China und Japan ein, weil es eine massive gleichzeitige wirtschaftliche Abwärtsentwicklung auf der ganzen Welt gibt.
Die Lösung scheint klar: Die Binnennachfrage muss gestärkt werden, um die Exporteinbrüche aufzufangen. Also liegt es nahe, dem Kapital genau das vorzuschlagen, nämlich vor allem durch eine Steigerung der Löhne, durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und durch die Erhöhung der Hartz IV-Sätze die Binnennachfrage zu erhöhen. Nur wenn Waren verkauft werden, ist es möglich, die Profite zu realisieren, die in ihnen stecken. Müsste das Kapital daran nicht ein Interesse haben?

Höhere Löhne zur Bekämpfung der Krise?

Die IG Metall hält es für „*ganz entscheidend, dass auch die Arbeitgeber die Binnennachfrage stärken und das gelingt am besten durch höhere Löhne*" (Metallzeitung 11/2008, 10). Das Kapital davon zu überzeugen, dass höhere Löhne in seinem Interesse wären, ist in der Krise noch unfruchtbarer als sonst, denn die gesunkenen Profitraten müssen vom Standpunkt des Kapitals u.a. mit Lohnsenkungen wettgemacht werden. Was für den letzten Aufschwung galt, gilt auch jetzt. Wenn man in den Kategorien der Verteilung, nicht in den Kategorien der Kapitalverwertung denkt, ist allerdings schwer zu verstehen, dass das Kapital gerade dann, wenn die Binnennachfrage einbricht, die geringste Bereitschaft zu Lohnerhöhungen zeigt.
Das Kapital geht ausschließlich davon aus, wie seine Verwertungsbedingungen verbessert werden können. Und die erste Wirkung von Lohnerhöhungen durch Unternehmen besteht nun einmal im Sinken ihrer Profitraten. Einzelunternehmen denken nicht uneigennützig gesamtwirtschaftlich.

Das Kapital müsste also durch harte Lohnkämpfe dazu gezwungen werden, die Binnennachfrage zu erhöhen. Die Spitzen der DGB-Gewerkschaften jedoch sind dazu nicht bereit. Sie sorgen mit dafür, Lohnmäßigung durchzusetzen. Der harte Tarifkampf der Lokführergewerkschaften, der zu hohen Lohnsteigerungen führte, wurde deshalb von den anderen DGB-Gewerkschaften abgelehnt.

Der Aufschwung wurde nicht genutzt, um die Lohnverluste der Krise auszugleichen. Hohe Lohnforderungen wurden erst gegen Ende des Aufschwungs gestellt, als die Bedingungen ungünstiger waren. Das trug zum Reallohnabbau im Aufschwung bei. Der DGB schloss einen Tarifvertrag in der Leiharbeitsbranche ab und verhinderte damit gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Der wäre nämlich nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz automatisch fällig, wenn es **keinen** Tarifvertrag gibt. Förderung der Leiharbeit ist Förderung von Lohndumping.
Die DGB-Gewerkschaften haben mit Ausnahme von ver.di, IG Bau und NGG die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn lange als gewerkschaftsschädlich bekämpft, da das die Tarifautonomie angreife. Von Kampf für höhere Binnennachfrage keine Spur. Ver.di als Vorreiter beim gesetzlichen Mindestlohn hat die ursprüngliche Forderung der Vorläufergewerkschaft hbv aus dem Jahr 2001 nach 3.000 DM brutto erheblich gesenkt. Mit der Inflation fortgeschrieben, käme man damit heute auf zehn Euro brutto pro Stunde. Statt für zehn Euro tritt ver.di aber für 7,50 Euro ein. Kämpft man für die Stärkung der Binnennachfrage, wenn man die eigene Mindestlohnforderung um 25 % senkt? Nein, man kämpft für einen Wettbewerbsvorteil der deutschen Wirtschaft gegenüber den europäischen Konkurrenten, die höhere Mindestlöhne zahlen. 7,50 Euro brutto pro Stunde erzeugen im Durchschnitt noch einen Bedarf an Hartz IV. Zehn Euro, lohnsteuerfrei, wären das Mindeste.
Die Spitzen des DGB halten die Mindestlohnforderung niedrig, weil es ihnen eben nicht in erster Linie um die Binnennachfrage geht, sondern um die Schonung der Kapitalverwertung. Während die Lohnstückkosten 1996 noch 12 Prozent über dem Durchschnitt der Euro-Länder lagen, liegen sie heute 13 Prozent darunter (Stefan Collignon, Die Konjunkturschmarotzer, FTD 10.02.2009). Nicht zuletzt ein „Erfolg" gewerkschaftlicher Lohnpolitik. Das „Bündnis für Arbeit" wirkt weiter.

Höhere Hartz IV-Sätze zur Bekämpfung der Krise?

Die Memorandum-Gruppe fordert innerhalb eines Konjunkturpakets als Sofortmaßnahme die Erhöhung des Hartz IV-Regelsatzes von 349 Euro auf 450 Euro, weil eine derartige Erhöhung „*sofort nachfragewirksam*" würde (junge welt 21.11.2008). Ähnlich die Linkspartei oder ver.di. Ver.di spricht von „*kurzfristig wirksamer Nachfragestimulierung*" (Wirtschaftspolitische Informationen 1/2009, Konjunkturpaket II, Januar 2009,9 – www.wipo.verdi.de). Gut, dass es Leute gibt, die Geld sofort ausgeben müssen, weil sie arm sind. 435 Euro werden gefordert, ein Betrag, der die Mangelernährung mit Hartz IV fortschreibt (Roth 2008).
500 Euro ist die in der sozialen Bewegung inzwischen vorherrschende Forderung. Sie würde zweifellos die Binnennachfrage mehr stärken. Da sie aber auch einen kräftigeren Druck auf Lohnerhöhungen ausüben würde, wird sie von den Spitzen der Gewerkschaften mit Ausnahme der GEW abgelehnt.
Das „Programm für wahrhaft Bedürftige" von fünf Politikwissenschaftlern, u.a. Peter Grottian, fordert richtigerweise z.B. eine Erhöhung des Hartz IV-

Eckregelsatzes auf 500 Euro, die Anhebung aller Renten unter 800 Euro um 100 Euro, einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro brutto usw. Die Verfasser stellen aber kopfschüttelnd fest: „*Entgegen marktwirtschaftlicher Logik werden nicht diejenigen subventioniert, die ihr Geld ausgeben müssen*“ (FR 15.01.2009). Unter „marktwirtschaftlicher Logik“ verstehen sie, dass diejenigen, die zu wenig Geld haben, zusätzliches Geld am ehesten für den Konsum ausgeben.
Die Kapitalverwertung als Grundlage der „marktwirtschaftlichen Logik“ tickt aber anders. Die vorgeschlagenen Maßnahmen führen zu einem Druck auf Lohnerhöhungen und darüber zu einem Druck auf die ohnehin sinkenden Profitraten. Höhere Sozialausgaben engen ferner die Spielräume für die Subventionierung des Kapitals von Banken und Konzernen in der Krise ein. Und da wird man noch viele Milliarden brauchen. Die Forderungen gehen zweifellos in die richtige Richtung, da sie Grundbedürfnisse von Menschen verteidigen. Nur gehen die Forderungen nicht in die „*Richtung, in der die Krise zu überwinden ist*“. Noch nie ist eine Krise der Überproduktion von Waren und Geldkapital mit der Erhöhung von Löhnen und Sozialleistungen „überwunden“ worden, sondern immer nur mit der Vernichtung von Kapital, der Erhöhung der Produktivität, fortschreitender Konzentration, höherer Arbeitslosigkeit und den diesen Prozess begleitenden Senkungen von Löhnen und Sozialleistungen, bis das Spiel auf neuer Grundlage wieder von vorne beginnen kann. „*Mit mehr Gerechtigkeit die Krise* (zu) *überwinden*“, wie es in einem Antrag der Linkspartei heißt (Deutscher Bundestag Drucksache 16/11746 vom 28.01.2009), ist nur ein frommer Wunsch, der auch von der Deutschen Bischofskonferenz stammen könnte.

Forderungen nach höheren Löhnen und Sozialleistungen sollten nicht vom Standpunkt eines erträumten Kapitals gestellt werden, das den Nutzen von Lohnerhöhungen und Hartz IV-Erhöhungen für seine Profite nur noch nicht begriffen hat. Bei den sozialen Forderungen geht es ausschließlich um die Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen vor allem der LohnarbeiterInnen. Die Steigerung der Binnennachfrage im Erfolgsfall ist nur ein Abfallprodukt sozialer Kämpfe für die Lebensinteressen der LohnarbeiterInnen, nicht das Ziel.
Löhne und Arbeitslosenunterstützungen vom Standpunkt der volkswirtschaftlichen Nachfrage zu betrachten, entspricht dem Standpunkt der Bundesregierung. Die Wiederanhebung des Regelsatzes von Schulkindern unter 14 und ein Schulbedarfspaket wurden vor der Krise abgelehnt, als es nur um Bedarfe von Kindern ging. Politiker und Medien-Kommentatoren lehnten das ab, weil sich die Eltern davon eh nur Bier, Zigaretten und Flachbildschirme kaufen würden. In der Krise jedoch haben sie Erhöhungen verabschiedet. Jetzt ist die behauptete Umsatzsteigerung bei Brauereien und Nikotin-Konzernen erwünscht. Grundbedürfnisse von Kindern aus Armutsfamilien spielen nach wie vor keine Rolle. Wenn sie befriedigt werden, dann nur als Abfallprodukt der volkswirtschaftlichen Nachfragestimulierung.

Deutliche Lohnerhöhungen allerdings befürwortet die Regierung nicht. Allenfalls gibt es geringfügige Steuererleichterungen, besonders für mittlere Schichten und die Senkung von Sozialversicherungsbeiträgen, die den Vorteil hat, auch die Arbeitgeberbeiträge zu senken. Die offenen Vertreter des Kapitals streben in erster Linie Steuersenkungen an, weil diese vor allem dem Mittelstand und oberen Schichten zugute kommen. Mit denen sind sie mehr verbunden, als mit ArbeiterInnen, seien sie beschäftigt oder erwerbslos. Von Mindestlöhnen wollen sie aus diesen Gründen auch nichts wissen.

Investitionen stärken

Der Staat soll auch nach Meinung des Kapitals durch Investitionen die erlahmende Kapitalverwertung anfeuern. So handeln alle Regierungen, sei es in den USA, China, Japan, Großbritannien, Frankreich, Deutschland usw. Die Gewerkschaftsführungen fühlen sich bestätigt.
Großbritannien mobilisiert rund 23 Mrd. Euro, u.a. durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf 15 %. Frankreich kurbelt die Wirtschaft mit 26 Mrd. Euro an. Spanien mobilisiert 40 Mrd. Euro vor allem über Steuererleichterungen und 11 Mrd. Euro für die öffentliche Infrastruktur. Japan will 600 Mrd. Euro aufwenden. China hat 458 Mrd. Euro angekündigt.
Den Vogel aber schießen die USA ab. Sie wollen 614 Mrd. Euro (790 Mrd. Dollar) in drei Jahren ausgeben, u.a. 60 Mrd. Dollar für die Aufstockung der Arbeitslosenhilfe, deren Bezugsdauer um 20 Wochen verlängert wird, 150 Mrd. Dollar für die Sanierung der Infrastruktur und 282 Mrd. Dollar für Steuererleichterungen vor allem in Form von Steuergutschriften über 400 Dollar pro Person und 800 Dollar pro Familie. Bankvertreter kritisierten allerdings, der Umfang sei zu gering, um die Wirtschaft wirklich zu beleben (FTD 13.02.2009).

Die Bundesregierung hielt im Konjunkturpaket I drei Mrd. Euro Investitionsausgaben jährlich bis 2012 für ausreichend. Mit dem Konjunkturpaket II legte sie zu. 25 Mrd. Euro pro Jahr sollen es jetzt sein, in 2008 und 2009. Der größte Teil davon entfällt auf Steuererleichterungen und Senkungen von Sozialversicherungsbeiträgen. Immerhin neun Milliarden pro Jahr will man für die Erhaltung der Bausubstanz der öffentlichen Investitionen ausgeben. Damit sollen vor allem Kindergärten, Schulen und Universitäten renoviert und die Infrastruktur z.B. von Krankenhäusern usw. saniert werden.
Nachdem die Bundesregierung lange Zeit notwendige staatliche Investitionen unterlassen hat, um Gewinnsteuern drastisch senken zu können, erzeugt die Krise das Interesse, irgendwie Geld auszugeben zur Ankurbelung von Aufträgen. Vom Standpunkt des Kapitals aus dienen höhere Staatsausgaben dazu, einen Teil der Investitionen und der Kaufkraft zu ersetzen, die „der Markt“ nicht mehr hergibt.
Das Volumen von 9 Mrd. Euro reiche nicht aus, meint DGB-Chef Sommer und fordert das Doppelte. Die IG Metall fordert allein für Investitionen 100 Mrd. Euro für drei/vier Jahre. Ver.di fordert sogar 50 Mrd. Euro jährlich für Bildung, So-

ziales und Ökologischen Umbau zwecks „*Nachfrageförderung*“ (Wirtschaftspolitische Informationen 1/2009, 9).

Was aber reicht aus, wenn doch die Krise der Warenproduktion genauso gelöst wird wie die Finanzkrise, nämlich durch die Vernichtung von schon investiertem Kapital? Der Staat kann nur einen Teil der gesamtwirtschaftlichen Investitionen ersetzen, die in der Krise in den Keller rauschen. Der kapitalistische Staat kann damit die Krise nicht stoppen, sondern nur kurzfristig etwas abmildern.

Finanzhilfen für Unternehmen

Auch bei Industriekonzernen, ausgehend vom wichtigsten Industriezweig, der Automobilindustrie, findet ein Prozess wachsender Staatseingriffe statt, nicht nur bei Banken.
Die Unternehmensverschuldung der Unternehmen der Euro-Zone ist von 2001 bis 2007 auf 240 % der Wertschöpfung gestiegen, in den USA ist sie mit etwa 180 % gleichgeblieben, in Deutschland beträgt sie etwa 160 % der Wertschöpfung (FAZ 07.01.2009). Die Wertschöpfung entspricht in etwa dem Bruttoinlandsprodukt abzüglich der Gütersteuern (Umsatzsteuern, Zölle, Verbrauchssteuern usw.).
Kredite stellen den Schmierstoff der kapitalistischen Wirtschaft dar. Investitionen werden ebenso mit gesellschaftlichen Mitteln vorfinanziert wie die laufende Produktion bzw. der Verkauf von Waren. Kreditlinien sichern den laufenden Betrieb. Wenn Kredite auslaufen, werden sie durch neue ersetzt, d.h. refinanziert.
2009 muss ein Rekordvolumen an Unternehmensschulden refinanziert werden. US-Unternehmen müssen 2009 knapp 800 Mrd. Dollar an Schulden refinanzieren, d.h. in diesem Umfang neue Schulden aufnehmen, um alte abzulösen. „*Die von den Unternehmen benötigten Summen dürften in Europa etwas kleiner sein als in Übersee, aber die Schwierigkeiten sind in ihrem Ausmaß vergleichbar*“ (FAZ 16.10.2008).
Kredite sind zwar durchaus verfügbar. Eine Kreditklemme im Sinn eines Kapitalmangels gibt es zumindest in Deutschland zur Zeit nicht. Die Zinsen aber sind erheblich gestiegen. Zinsen für Kredite mit einer Laufzeit von ein bis fünf Jahren betragen nicht mehr 3,5 %, wie Anfang 2006, sondern rund 6 %. Ursache dafür ist das wachsende Misstrauen in die Zahlungsfähigkeit von Unternehmen. Besonders sichtbar ist das an den Risikoaufschlägen bei der Verzinsung von Unternehmensanleihen und den steigenden Prämien bei Kreditausfallversicherungen über CDS. Staaten und Zentralbanken greifen ein, um eine möglichst günstige Kreditversorgung der Unternehmen zu sichern.

■ Bürgschaften für kurzfristige Kredite

Nicht nur Banken und Staaten, auch Unternehmen können nur überleben, wenn sie die von ihnen aufgenommenen Kredite zum Ende ihrer Laufzeit, d.h. bei Fälligkeit, mit neuen Krediten ablösen können. Ist die Refinanzierung von Krediten durch neue Kredite nicht mehr möglich, naht auch hier das Ende.

Die Bundesregierung greift dem Kapital unter die Arme. Sie bürgt für Bankkredite an Unternehmen und hat dafür 100 Mrd. Euro bereitgestellt, die zu marktüblichen Zinsen vergeben werden sollen. Der Bund rechnet mit Ausfällen von 5 Mrd. Euro. Mit Bürgschaften nimmt der Staat den Banken das Risiko des Kreditausfalls im Insolvenzfall ab. Das senkt die Zinsen. Staatlich garantierte Bankkredite verbilligen die Kreditaufnahme von Unternehmen, die alte Schulden durch neue ablösen müssen. Sie sind auch eine Alternative zu Unternehmensanleihen, die auch Konzerne wie Daimler heute nur noch verkaufen können, wenn sie hohe Zinsen dafür zahlen (7,5 –8 %).
Der Staat wirkt den Gesetzen des Marktes entgegen. Kreditbürgschaften verzögern die Anpassung der Produktionskapazitäten an die Nachfrage. Sie erscheinen deshalb auch den Belegschaften als Rettungsmaßnahme. Die „Rettung" hängt aber letztlich nicht von Krediten ab. Letztlich hängt der Umfang der Produktion und damit auch die Zahl der Arbeitsplätze, abgesehen von der Produktivität, eben von den realen Absatzmöglichkeiten ab. Deshalb ist der radikale Abbau von Arbeitsplätzen früher oder später, plötzlich oder schleichend, durch den Zustand der Kapitalverwertung erzwungen. Wenn Arbeitsplätze abgebaut werden, dann letztlich nicht, weil der Staat nicht geholfen hat, sondern weil die Kapitalverwertung Überproduktion erzeugt und nichts Anderes hergibt.
Wie können ferner Kredite das Heilmittel gegen sinkenden Autoabsatz sein, wenn Kredite doch erheblich dazu beigetragen haben, die Überproduktion mit erst zu erzeugen, die jetzt abgebaut wird? Kredite müssen auch verzinst und getilgt werden. Das erhöht den Druck, LohnarbeiterInnen einzusparen.

■ *Billige Staatskredite*

„*Nur der Staat hält GM noch am Leben*" (FAZ 27.02.2009). Die USA halten mit Krediten die Liquidität von General Motors aufrecht, damit der Konzern Lieferungen und Löhne bezahlen kann. Der Einbruch der Nachfrage um 53 % gegenüber dem Vorjahr lässt schon produzierte Autos auf Halden verfaulen. 2008 machte GM einen Verlust von 30,9 Mrd. Dollar. Der erste Notkredit betrug 13,4 Mrd. Dollar, ein weiterer wäre notwendig. GM droht, dass sein Bankrott die Regierungen weit mehr kosten würde, als wenn weitere Milliarden flössen.
Da die großen Autokonzerne ihre Verbindlichkeiten gegenüber den Lieferanten nur noch schleppend begleichen und deren Absatz ebenfalls erheblich eingebrochen ist, verlangen die US-Zulieferer vom Staat, den Autoherstellern 17,5 Mrd. Dollar zur Verfügung zu stellen, damit diese ihre Rechnungen an die Zulieferer bezahlen können. Für sich selbst wünschen sich die Zulieferer Notkredite über 8 Mrd. Dollar (FTD 06.02.2009). Wenn Zulieferer bankrott gehen, gerät die gesamte Lieferkette für die Automobilproduktion ins Wanken. Die Automobilproduktion könnte zusammenbrechen.
Frankreich gibt PSA Peugeot Citroen und Renault Kredite in Höhe von je 3 Mrd. Euro, u.a. gegen die Auflage, kein Werk zu schließen und Entlassungen, möglichst zu vermeiden. Die Zinsen sollen 6 % betragen, während Banken bis zu 12 % ver-

langen. Da die Firmen zunehmend auf Halde produzieren, sinkt ihre Liquidität. Die Kredite erhalten sie aufrecht. PSA und Renault hatten ihren Kreditbedarf auf zusammen 15 Mrd. Euro beziffert.

■ *Kurzfristige Kredite durch die Zentralbank*

In den USA dienen sogenannte Commercial Papers (CPs), d.h. 3-Monats-Schuldverschreibungen, insbesondere Industrieunternehmen zur Finanzierung laufender Ausgaben. Sie werden vor allem von größeren Unternehmen begeben. Der Markt für CPs trocknet jedoch aus. Belief er sich im August 2008 noch auf 1.777 Mrd. Dollar, war er bis Ende Februar 2009 auf 1.449 Mrd. Dollar abgeschmolzen. Es wird schwieriger, auslaufende CPs durch den Kauf neuer zu ersetzen, weil die früheren Geldgeber selbst unter Druck stehen. Die Zinsen sind folglich empfindlich angestiegen. Der Geldmarkt kann die Kreditbedürfnisse der Unternehmen nicht mehr befriedigen. Deshalb hat die Fed schon im Oktober letzten Jahres ein Programm namens Commercial Paper Funding Facility (CPFF) aufgelegt, mit dem sie CPs im Volumen bis zu 200 Mrd. Dollar zinsgünstig kaufen konnte. Dieses Programm ist im Februar 2009 auf bis zu 1.000 Mrd. Dollar ausgedehnt worden. Die Fed stellt sich auf eine Lage ein, in der der staatliche Ankauf von 3-Monats-Schuldverschreibungen vorherrschend wird.

■ *Staatszuschüsse für Autobanken*

In der Regel werden 60 bis 80 % der Käufe von Neuwagen mit Krediten finanziert. Ohne Konsumentenkredit ist die Autoindustrie nicht lebensfähig. Etwa 45 % der Neuwagenkäufe in Deutschland werden allein über die Autobanken finanziert. Das Volumen der ausgegebenen Kredite von elf Autobanken in Deutschland betrug 2008 rund 51 Mrd. Euro, wobei 20 Mrd. Euro auf VW entfallen (Bundestag Drucksache 16/11998 vom 17.02.2009). Die VW-Bank hat Staatsgarantien über Kredite im Umfang von zwei Mrd. Euro erhalten. Zehn Milliarden hatte VW beantragt. Auch die Opelbank beantragt Garantien über 5 Mrd. Euro. Mit Bankenrettung hat das alles nichts mehr tun. Es geht bei diesem „*staatlichen Geschenkkorb*“ (SZ 19.02.2009) darum, dass Autobanken möglichst billig Kredite aufnehmen können, um mit möglichst zinsgünstigen Krediten ihre Halden zu verringern. Daimler und BMW sitzen mit Anträgen schon in den Startlöchern, um den Nachteil bei der Konkurrenz um die Kunden auszugleichen.

GMAC, der Autofinanzierer für GM, finanziert 80 % der Autoverkäufe von GM. In den letzten fünf Quartalen fuhr GMAC Verluste von 8 Mrd. Dollar ein, weil Autokredite abgeschrieben werden mussten. In den USA gelten Autokredite über 100 Mrd. Dollar als faul.

GMAC wandelte sich in eine Geschäftsbank um und erhielt vom US-Staat Kapital in Höhe von 6 Mrd. Dollar, um Verluste ausgleichen und mehr Autos auf Kredit verkaufen zu können. Der Staat wird in diesem Umfang Eigentümer. Frankreich stützt Autobanken mit Krediten über 1 Mrd. Euro. Toyota hat bei einer staatlich

abgesicherten Bank einen günstigen Kredit über 1,6 Mrd. Euro beantragt, um seinerseits Kunden mit günstigen Krediten zum Kauf eines Toyota zu bewegen.

Mit der Ausdehnung von Staatskrediten und Staatsgarantien wird der Nachfrageeinbruch „bekämpft", der nicht zuletzt durch die reichliche Kreditvergabe der Autobanken entstanden ist. Das Volumen der Autokredite in den USA könnte sich auf 1.000 Mrd. Dollar belaufen. Das wäre das Dreifache der addierten Jahresumsätze von GM und Ford im Jahr 2007. Autokredite sind in großem Umfang ähnlich wie Hypotheken und Konsumentenkredite verbrieft, d.h. in Form von Wertpapieren (ABS) weiterverkauft worden, auch in Deutschland.

■ *Konsumschecks für Autos*

Die Autohändler schieben seit langem den Abbau der Überproduktion von Autos mit Bargeldprämien (Rabatten) und billigen Krediten an. Autokonzerne und IG Metall forderten gemeinsam vom Staat, mit Zuschüssen für einen „starken Nachfrageimpuls" zu sorgen. Und sie erhielten ihn in Form einer sogenannten Abwrackprämie mit einem Gesamtvolumen von 5 Mrd. Wenn Autos, die mindestens neun Jahre alt sind, verschrottet werden und bis Ende 2009 ein Neuwagen gekauft wird, erhält der Käufer 2.500 Euro vom Staat. Der Kauf von zwei Millionen Autos kann damit bezuschusst werden.
In Frankreich muss das Auto mindestens zehn Jahre alt sein. Der Kaufzuschuss ist 1.500 Euro. Abwrackprämien gibt es noch in vier weiteren EU-Ländern. In Deutschland ist die Prämie am höchsten.
Wie wäre es mit staatlichen Zuschüssen für den Kauf von Handys, Kühlschränken, Möbeln, Textilien, Lebensmitteln usw.? Die Automobilindustrie ist bisher als einzige Industrie mächtig genug, für die Realisierung ihrer Profite über den Verkauf ihrer Waren den Staat einzuspannen.
Die KfZ-Steuerbefreiung für ein bis zwei Jahre für alle bis Ende Juni 2009 gekauften Neuwagen löste ebenfalls einen Nachfrageschub aus.
Die Automobilindustrie hofft, mit diesem Strohfeuer auf Kosten der Allgemeinheit die Zahl der Neuzulassungen im Jahr 2009 auf dem Niveau von 2008 zu halten.

■ *Beteiligungen am Aktienkapital*

Bisher schießt der Staat nicht-finanziellen Unternehmen kein Kapital zu. Allerdings hat sich ausgerechnet die CDU schon vorsorglich für Teilverstaatlichungen auch von Industriekonzernen ausgesprochen, insbesondere Rüttgers, der Ministerpräsident von NRW. Man denkt voraus.
Frisches Kapital kann aber auch von den Lohnabhängigen selber kommen. Die Linkspartei fordert deshalb die Bundesregierung auf, „*die Mitbestimmung der Belegschaften zu stärken und sie bis zu 49 Prozent an größeren Unternehmen - insbesondere wenn diese staatlich unterstützt werden – zu beteiligen*" (Antrag im Bundestag, Druck-

sache 16/11746 vom 28.01.2009). Die Belegschaften zu Aktionären zu machen wird als Stärkung der Mitbestimmung bezeichnet. Das Privatkapital soll ja bei Aktiengesellschaften noch die Aktienmehrheit behalten. Belegschaften können Aktienkapital nur erwerben, wenn sie Lohnbestandteile in Kapital umwandeln, entweder direkt vom Monatslohn oder über die Kapitalisierung von Ersparnissen aus Löhnen. Lohnsenkungen sind also angesagt, wenn man Eigentümer werden wollte.

Auch der Betriebsratschef von Opel Bochum tritt dafür ein, dass die Belegschaft Lohnbestandteile kapitalisiert. „*Es geht darum, die Kontrolle über das zu bekommen, was man produziert*" (Neue Ruhr/RheinZeitung 06.03.2009). Wie soll man mit einer Minderheitsbeteilung Kontrolle über das, was man produziert, bekommen, wenn nicht einmal der 100 %-ige Besitz durch General Motors die Kontrolle ermöglicht hat? Typisch für die Kapitalverwertung – unabhängig von den Eigentumsverhältnissen – ist doch, dass keine Kontrolle über das, was man produziert, möglich ist. Wenn man sie hätte, gäbe es jetzt keine Krise, gäbe es keine riesigen Überkapazitäten. Die „Kontrolle" über die Produktion hätte, auch wenn die Belegschaft der Haupteigentümer werden würde (woran auch die Linkspartei nicht denkt), der Markt und damit Entwicklungen der Konkurrenz von Kapitalverwertern, über die niemand eine Kontrolle ausübt.

Die IG Metall hat mit Schäffler eine „Zukunftsvereinbarung" unterzeichnet, die ebenfalls vorsieht, dass sich Mitarbeiter am Gesellschaftskapital beteiligen können. Schäffler wird ihnen Gesellschafteranteile abtreten. Das wird als Ausbau der Mitbestimmung gelobt. Allerdings ist der Zweck dieser Mitbestimmung, die Pläne der Automobilindustrie abzusichern, mit der Übernahme von Continental durch Schäffler ein weltweit führendes Unternehmen zu schaffen, das eine „strategische Bedeutung für die Automobilindustrie" hat. Auf dem Boden der Pläne des Kapitals mitzubestimmen, die Konkurrenzfähigkeit der Autokonzerne zu erhöhen, ist durchaus erwünscht. Solange sich die IG Metall anbietet, die Kapitalisierung von Lohnbestandteilen zu fördern, kann sich der Staat mit Kapitalzuschüssen aus Steuermitteln zurückhalten.

Wenn es um die Stärkung des Kapitals geht, macht es der IG Metall-Führung auch nichts mehr aus, dass die Kapitalisierung von Löhnen die Binnennachfrage schwächt und dass die Lohnabhängigen für die Krise zahlen, deren Verursacher sie nicht waren.

Schutzschirme?

Von „Schutz"- oder „Rettungsschirmen" zu sprechen, wenn der Staat sich gegen die Gewalt der „Sozialen Marktwirtschaft" wehrt, weckt falsche Hoffnungen. Die Staatseingriffe können weder die Krise überwinden und noch die Beschäftigten retten. Voraussetzung der staatlichen „Schutzschirme" ist ja gerade, **dass** die Konzerne Kosten senken, d.h. Löhne, Pensionszusagen usw. zusammenstreichen, Werke schließen oder wenigstens die Zahl der Beschäftigten der realen Produktion anpassen. Schon um Staatszuschüsse zu vermeiden und die Liquidität zu erhöhen,

müssen bei den LohnarbeiterInnen Kosten gesenkt werden. Das ist momentan der Weg von Ford.
Der Export der deutschen Hersteller hat sich z.B. im Februar 2009 auf 220.000 Autos halbiert. In einem einzigen Monat wurden im Vergleich zum Vorjahresmonat 220.000 weniger Autos exportiert. Die staatlichen Kaufprämien steigern die Binnennachfrage, sind aber nur in der Lage, den Produktionsrückgang von drei Monaten auszugleichen. Denn: „*Der Export ist für die deutschen Hersteller wesentlich wichtiger als der Inlandsabsatz*" (FAZ 04.03.2009). Staatszuschüsse mit Kredit sind nur in der Lage, den ungeheuren Einbruch der Nachfrage etwas abzumildern.

Den LohnarbeiterInnen kommen die staatlichen Subventionen insoweit zu gute, als Arbeitskräfte länger beschäftigt werden können, als der Markt es zulassen würde und in bescheidenem Maße Konsumsteigerungen möglich sind, die es unter „normalen" Bedingungen nicht geben würde. Das gilt kurzfristig.
Die jetzige Krise wird jedoch, gerade weil der Aufschwung kreditgedopt war, erheblich länger dauern als die früheren. Und sie fällt wesentlich tiefer aus. Konjunkturprogramme, die Übernahme von Kreditrisiken, Kapitalzuschüsse, Verkaufsförderung von Waren usw. müssten also langfristig angelegt sein, wenn sie eine bescheidene Wirkung erzielen sollten. Die Subventionen für das Kapital erhöhen aber die Staatsausgaben in einer Situation, in der Steuereinnahmen wegbrechen und die für die Kapitalverwertung überflüssigen Arbeitskraftwaren mit höheren Staatsausgaben unterstützt werden müssen. Das untergräbt die Fähigkeit des Staates, sich über längere Zeit gegen die Kräfte des Marktes zu stemmen. Es sei denn, im Vertrauen auf ein glückliches Ende werden noch riesigere Staatsschulden aufgetürmt.

4.2 Explosion der Staatsschulden?

Jede Rezession führt dazu, dass die Staatsverschuldung stärker steigt, weil Steuereinnahmen sinken, während die Ausgaben für die Arbeitslosen steigen, die das Kapital produziert. Weil die jetzige Krise außerordentlich tief ist, wirkt das noch mehr.
Die Rettung der größten Banken und Industriekonzerne in der Krise übersteigt aber auch die Kräfte der stärksten Staaten. Die Riesenunternehmen sind „to big to fail" (zu groß, um bankrott zu gehen), aber gleichzeitig to big to save (zu groß, um gerettet werden zu können). Die Übernahme privater Verluste durch den Staat stößt letztlich an die Grenzen seiner Steuereinnahmen. Die Schweiz z.B. hat Finanzmüll im Wert von 40 Mrd. Franken in ihren Haushalt aufgenommen. Das macht fast ein Viertel der eidgenössischen Steuereinnahmen aus. Berlin hat Steuereinnahmen von 260 Mrd. Euro. Das würde gerade reichen, um die Abschreibung der von 20 Banken selbst angegebenen Giftmüllpapiere abzudecken, aller-

dings um den Preis des Zusammenbruchs aller von Bund finanzierten Staatsfunktionen. Da auch die mächtigsten Staaten letztlich zu schwach sind, um die vom Privatkapital aufgetürmten Risiken aufzufangen, müssen sie sich mit Schulden „stärker" machen als sie sind.
Der Preis der Subventionen für die Finanz- und Industriekonzerne bzw. für die Kapitalverwertung der gesamten Wirtschaft ist eine sprunghaft wachsende Staatsverschuldung..
Nach einer Schätzung vom Dezember 2008 werden die USA, die Euro-Länder, Japan und Großbritannien in 2009 zusammen mindestens für 3,63 Bio. Dollar Kapital aufnehmen müssen. Allein auf die USA sollen dabei 1,5 Bio. Dollar entfallen (FAZ 12.12.2008). Das sind die Zahlen von vorgestern. Für 2009 wird der Haushalt der USA mit einem Defizit von 1,75 Bio. Dollar geplant. Das ist die **Hälfte**(!) des Staatshaushalts von insgesamt 3,275 Bio. Dollar bzw. 12,3 % des BIP. Für 2010 und 2011 ist jeweils ein Haushaltsdefizit von einer Billion Dollar „eingeplant". Löhne, Gehälter, Sozialausgaben, aber auch das riesige Kriegsbudget von über 500 Mrd. Dollar können nur noch mit Schulden beglichen werden.
Das Haushaltsdefizit der Euro-Staaten insgesamt wird voraussichtlich von 1,5 % des BIP in 2008 auf 4,7 % in 2009 zunehmen. Die Neuverschuldung beliefe sich somit auf 428 Mrd. Euro gegenüber 131 Mrd. Euro in 2008 (Fehr in FAZ 21.01.2009), nicht eingerechnet die zahlreichen Schattenhaushalte. 2009 wird der Bund 40-50 Mrd. Euro an neuen Schulden aufnehmen. „*Hinzu kommen weitere Schulden zur Finanzierung der Nothilfen für die Banken, die sich auf bis zu 100 Milliarden Euro belaufen könnten*" (Benedikt Fehr, FAZ 21.01.2009), die Schulden der Bundesländer und Gemeinden nicht gerechnet.
Das Haushaltsdefizit Großbritanniens wird für 2009 auf 8,8 % des BIP geschätzt, für 2010 auf 9,6 % (FAZ 22.01.2009). In Großbritannien ist der Prozess der Verstaatlichung von Banken weit fortgeschritten. Das führt dazu, dass die Schulden der in den vollständigen oder teilweisen Besitz des Staates übergegangenen Banken in die Staatsschuld eingerechnet werden müssen. Die Staatsschuld steigt dadurch dramatisch auf 150 % des BIP (FAZ 23.02.2009). Die realen Verluste der Bankenrettung, die am Staat hängen bleiben, schätzt Goldman Sachs auf 120 Mrd. Pfd. (FAZ 23.02.2009). Die Staatsverschuldung sprengt alle bisherigen Grenzen. „*Wir erleben gegenwärtig die finanziellen Symptome eines Weltkriegs – ohne den Krieg*" (Niall Ferguson in FAZ 24.02.2009).
Staaten versuchen, die Vernichtung von investiertem privaten Kapital zu verhindern, obwohl „die Marktwirtschaft" das erforderlich machen würde. Je verzweifelter sie aber versuchen, die Geister, die das Kapital gerufen hat, mit Schulden zu bändigen, desto mehr wird ihre Verschuldung zum möglicherweise größten Problem. Denn genau dadurch bringen sie sich selbst in die Situation, zahlungsunfähig zu werden.

Rendite für Staatsanleihen sinkt tendenziell

Die massive Ausgabe von Staatsanleihen erhöht tendenziell die Kurse der Staatspapiere. Da aber die Zinsen krisenbedingt stark gesunken sind, zieht es die Renditen der Staatspapiere nach unten. Die Rendite der Staatsanleihen besteht aus dem aktuellen Kurs, dividiert durch den Zinssatz. „*Renditen und Kurse bewegen sich gegenläufig*" (FTD 08.01.2009). Wenn die Kurse steigen, zu denen Staatspapiere gekauft werden, z.B. von 120 auf 135 fällt die Rendite bei einem angenommenen Zins von 3,5 % von 2,92 % auf 2,59 %. Wenn gleichzeitig die Zinsen fallen, fällt die Rendite noch mehr. Die Rendite zehnjähriger Treasuries (US-Staatspapiere) z.B. fiel von Juli 2008 rund 4 % auf 2,02 % Ende Dezember 2008. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen fiel von über 4,5 % Mitte 2008 auf etwa 3 % im März 2009. Zweijährige Bundesanleihen brachten im Sommer 2008 noch 4,7 %, zur Zeit nur noch 1,35 % (FAZ 12.03.2009). Je höher der Kreditbedarf des Staates, desto weniger rentiert sich der Kauf von Staatsanleihen.
Zur Zeit können die USA ihren Kreditbedarf noch decken, weil Anleger weltweit auf der Flucht vor Risiken sind, US-Staatsanleihen für sicher halten und bereit sind, dafür sogar negative Realzinsen in Kauf zu nehmen. Frage ist jedoch, wie lange das Interesse von anhält, unter Verlusten Staatspapiere zu kaufen. „*Wer kauft das dem Staat noch ab?*", fragt die Financial Times und erklärt: „*Jedenfalls wird es überaus spannend zu sehen, wer außer den Zentralbanken die riesigen Fiskaldefizite bei diesen Renditen finanziert*" (FTD 21.01.2009).

Staatsfinanzierer haben Probleme

Die Staaten gelten als sichere Schuldner, weil sie stets Steuern eintreiben können. "*Dafür bekommen Staaten in der Regel ein Spitzenrating, oftmals die Bestnote "AAA"* (FTD 30.09.2008) Doch gerade weil Staatsanleihen der Industrieländer als sicher gelten, ist es für Banken schwierig, mit ihnen ausreichende Renditen zu erzielen. „*Entsprechend niedrige Zinsen müssen sie für ihre Schuldenaufnahme zahlen*" (FTD ebda.). Entsprechend niedrig ist auch die Zinsmarge. Vorteil ist aber, dass zumindest im OECD-Rahmen Kredite an den Staat nicht mit Eigenkapital unterlegt werden müssen. Das erleichtert die Kreditvergabe an Staaten.
Es gibt zwei Möglichkeiten, die Marge aufzubessern. Entweder sich billigere Finanzquellen zu verschaffen (kurzfristige Anleihen) oder an unsicherere Staatsschuldner zu verleihen und darüber höhere Zinsen kassieren zu können (FTD 30.09.2008). Die von der Hypo Real Estate übernommene Depfa war der größte Staatsfinanzierer der Welt. Er ging baden und riss auch die Hypo Real Estate in den Abgrund. "*Letztlich scheiterte die Depfa an systemimmanenten Gegebenheiten, unter denen alle Staatsfinanzierer leiden. ... Eine staatsfinanzierende Bank kann sich nur unter günstigen Umständen und dann allenfalls höchstens einen Tick besser refinanzieren als der staatliche Kreditnehmer. ... Um überhaupt noch eine Marge zu verdienen, müssen die Staatsfinanzierer schon kleinste Zinsdifferenzen ausnutzen und sind so zu permanenten Verstößen gegen die "goldene Bankregel" gezwungen. Sie besagt, dass ein Kredit immer*

fristgerecht refinanziert werden muss - also etwa eine zehnjährige Ausleihe mit einer zehnjährigen Mittelaufnahme." (FTD 30.09.2008) Das war der Depfa zu solide. Sie lieh Staaten langfristig Geld, das sie sich mit niedrig verzinsten, kurz laufenden Krediten besorgte. Aufgrund des Ausbruchs der Finanzkrise fand die Depfa die Geldgeber nicht mehr, die ihr ständig neue kurzfristig Kredite zur Verfügung stellten.
Paradoxerweise will der deutsche Staat ausgerechnet eine Bank retten, die ihr Kapital mit der Finanzierung von Staaten nicht ausreichend verwerten konnte. Paradoxerweise will er die Restbestände einer Bank mit Milliarden Euro retten, die er selbst Ende der 90er für 500 Mio. DM privatisiert hatte. Die Depfa zu behalten wäre vielleicht billiger gekommen.
Momentan können die niedrigen Margen der Staatsfinanzier nicht mehr durch Zockergeschäfte aufgebessert werden. Beeinträchtigt das nicht die Bereitschaft, Staaten Gelder zur Verfügung zu stellen?

Höhere Zinsen

Je maroder die Finanzen eines Staates sind, desto höhere Zinsen muss er anbieten, um Kapital anzulocken. Das trifft zur Zeit vor allem schwächere Länder. Innerhalb der Eurozone muss Griechenland für seine Staatsanleihen inzwischen 6 % zahlen, Irland 5,5 %. Spanien, Portugal und Italien zahlen ebenfalls höhere Zinsen als Deutschland. Die Differenz zu Deutschland mit seinen 3 % erklärt sich aus Risikoaufschlägen. Die Schwierigkeiten einzelner Euro-Länder schlagen auf die „reichen" Länder wie Deutschland zurück und können zu einem weiteren Kapitalbedarf führen. Zwar sieht der EU-Vertrag nicht vor, dass ein Land für die Schulden des anderen haftet, wenn seine Zahlungsunfähigkeit droht. Trotzdem wächst der Druck, Kredite zur Verfügung zu stellen, wenn der Bankrott eines Euro-Staates bevorsteht.
Vorerst aber will Deutschland die südeuropäischen Euro-Länder zwingen, ihre Haushalte in Ordnung zu bringen, also Ausgaben zusammenzustreichen. Das würde „*das Vertrauen in solide Staatsfinanzen wieder ... erhöhen*", so Axel A. Weber, der Präsident der Bundesbank (Die Welt 25.02.2009). Die Bundesbank droht damit, dass die Hilfen, wenn es in Notsituationen notwendig sein sollte, „*durchaus den Charakter der Hilfen des Internationalen Währungsfonds*" haben würden (Die Welt 25.02.2009). Der aber verlangt in der Regel erhebliche Kürzungen der Staatsausgaben als Bedingung seiner Kredite.

Viele osteuropäische Länder innerhalb und außerhalb der EU haben einen bedeutenden Teil der Staatsschulden in Fremdwährungen aufgenommen. Dafür sorgte ihr Banksystem, das überwiegend von westeuropäischen Banken kontrolliert wird. Diese Banken aber ziehen krisenbedingt ebenso wie andere Investoren insgesamt Kapital ab. Folge ist, dass die jeweiligen Währungen abgewertet werden, da sie mehr verkauft als gekauft werden. Während im Sommer 2008 z.B. noch 258 ungarische Forint für einen Euro bezahlt werden mussten, sind es heute über 310 Forint. Rückzahlung der Schulden und Zinszahlungen erfolgen aber in Euro.

Ungarn muss sprunghaft wachsende Summen für die Bedienung der Auslandsschulden aufbringen. Das führt an den Rand des Staatsbankrotts. Um den Kapitalabfluss zu bremsen, hat Ungarn seinen Leitzins auf 9,5 % angehoben. Das wiederum lähmt die Wirtschaft. Ungarn hat eine Soforthilfe der EZB über 5 Mrd. Euro erhalten, ferner 6,5 Mrd. Euro von der EU und 12,3 Mrd. Dollar vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Das sind mehr als ein Drittel des Staatshaushalts. Vom Staatsbankrott bedroht sind ebenfalls Lettland und Rumänien.
Die Banken in Mittel- und Osteuropa haben einen Eigenkapitalbedarf von 40 bis 45 Mrd. Dollar, um sich zu rekapitalisieren, so der Präsident der Weltbank (SZ 23.02.2009). Der Druck auf die westeuropäischen Staaten wächst, auch diesen Kapitalbedarf mit zu befriedigen, um ein Auseinanderfallen der EU zu verhindern. Die Rückstufung der Bonität eines Landes durch Rating-Agenturen senkt seine Kreditwürdigkeit und verteuert über Risikoaufschläge die Zinsen.. Je mehr Zinsen ein Land für seine Schulden zahlen muss, desto näher rückt seine Zahlungsunfähigkeit. Das droht einer Reihe osteuropäischer Länder.

Geldmenge erhöhen – Inflation als Mittel der Entschuldung

Die US-Zentralbank hat in großem Stil die Geldmenge erhöht. Sie kaufte von Banken Hypothekenanleihen und von Unternehmen kurzlaufende Schuldverschreibungen und verdoppelte in wenigen Monaten ihre Bilanzsumme. Der Fed geht es „*um eine langfristig angelegte Ausweitung der Geldmenge*“ (Benedikt Fehr, Wo das Geld für die Schulden herkommt, FAZ 21.01.2009). Die Fed plant, in großem Stil Staatsanleihen zu kaufen und darüber auch den Staat mit Geld zu versorgen, zögert aber noch. Das Ganze nennt sich „Quantitative Easing“ (Quantitative Lockerung), ein anderes Wort für Inflationsförderung.
Die britische Zentralbank hat schon damit begonnen. Sie verkündete Anfang März 2009, Staatsanleihen und andere Anleihen für 75 Mrd. Pfd. kaufen und in diesem Umfang die Geldmenge erhöhen. Geldschöpfung (meist als Buchgeld) ist die letzte Waffe der Zentralbanken, wenn das Zinsniveau gegen Null geht und auch das nicht mehr hilft, die Wirtschaft aufzupäppeln. Die EZB kann sich noch nicht dazu entschließen, da der Verfaulungsprozess der Wirtschaft in der Euro-Zone noch nicht so weit fortgeschritten ist wie in den USA und Großbritannien. Sie hat sich diese Maßnahme aber vorbehalten.
Die Wirtschaft mit Geld voll zu pumpen, wird früher oder später zu Inflation führen. „*Gerade die allerorts in atemberaubendem Tempo und Ausmaß aufgelegten staatlichen Stützungsmaßnahmen legen die Vermutung nahe, dass uns das ganze Geld ... eine Inflation biblischen Ausmaßes auslösen wird*“ (Wieland Staud, FAZ 05.12.2008). "*Einen großen Teil der Nominalwerte wird wohl die Inflation entwerten*." (Holger Steltzner in FAZ 22.03.2008) Die Inflation reduziert die Schulden und „enteignet“ somit die Gläubiger der Staatsschulden und anderer Schulden, und zwar entschädigungslos. „*Es bleibt eine reale Möglichkeit, dass die USA ihre Schulden letztlich weginflationieren – indem die Fed der Regierung Schecks ausstellt, die diese dann verprasst*“ (FTD 11.02.2008). Aktuell ist diese Gefahr in den USA, Deutschland usw. nicht gege-

ben. Die Inflation ist gesunken. Aber: „*wir müssen mittelfristig Inflation befürchten*“, so der Präsident der Bundesbank (Die Welt 25.02.2009). Volkswirte der Banken rechnen ab 2011 mit einem Anstieg der Inflation, falls sich die Konjunktur bis dann erholt haben sollte. „*Sobald sich die Wirtschaft erholt, wird deutlich mehr Geld ausgegeben – und Inflation ausweglos ein Problem. Schließlich wird es mehr Geld als Güter geben*“, so Thomas Mayer, der Euroland-Chefvolkswirt der Deutschen Bank (Handelsblatt 24.02.2009). Der Chefvolkswirt von Barclays Capital hält Inflationsraten von zehn Prozent und mehr in den USA und anderen Staaten für wahrscheinlich, andere tippen auf zunächst drei oder vier Prozent. Die Inflation aber führt ihrerseits zu einem Druck auf Zinserhöhungen, um eine Senkung der Realzinsen zu vermeiden. Das wiederum verteuert die Staatsschulden und macht es schwieriger, sie zu bedienen.

Dollarabwertung – Mittel der Entschuldung

„*Wenn die Notenbank tatsächlich beginnt, US-Staatsanleihen in großem Umfang aufzukaufen, könnte dies zu einem plötzlichen Vertrauensverlust führen“, sagte ein Banker. „Viele Anleger könnten dem Dollar-Raum dann den Rücken zukehren“* (Karsten Seibel und Frank Stocker, WELT ONLINE 14.02.2009). Die USA sind bei der Finanzierung ihrer riesigen Haushaltsdefizite überwiegend auf das Ausland angewiesen. Größte Gläubiger der USA sind China und Japan. China besitzt Staatsanleihen im Umfang von 682 Mrd. Dollar, Japan über 577 Mrd. Dollar. Weitere Milliarden aus diesen Ländern stecken in den staatlichen Hypothekenfinanzierern Fannie Mae und Freddie Mac.. Mit steigender Inflation würden alle Dollaranlagen ausländischer Gläubiger entwertet. Inflation ist eine Form der Entschuldung. Das kann zu einem Rückzug von Anlegern aus Europa und Asien und dem Nahen Osten aus US-Staatsanleihen führen und zu einer Abwertung des Dollar. „*Wir werden mit der Zeit sehr mächtige Folgewirkungen dieser Geldpolitik sehen, unter anderem auch in Form einer Dollarabwertung.*“ (William Poole, eh. Präsident der Notenbank von St. Louis, FAZ 20.12.2008). Der Rückzug von Dollaranlegern kann dazu führen, dass die Schulden der USA nicht mehr mit neuen Schulden refinanziert werden können. Die Kreditwürdigkeit der USA steht auf dem Spiel. Es wird schon spekuliert, ob die USA ihr Rating von AAA behalten werden.

Vergebliche Versuche, die Folgen der Kapitalverwertung zu reparieren

Die bürgerlichen Staaten stemmen sich verzweifelt den Marktgesetzen entgegen und würden gerne die Folgen der Kapitalverwertung ungeschehen machen, ohne sie aufzuheben. Sie hängen ja selbst am Tropf der Kapitalverwertung.
Staaten versuchen, den Untergang von Konzernen zu verhindern, die die Märkte schon zum Untergang verurteilt haben. Sie finanzieren die Konzentration von Banken, die selbst schon zu schwach sind, um Konkurrenten zu übernehmen. Sie fördern die Enteignung von Privaten durch Private mit Mitteln der ganzen Gesellschaft. Sie kaufen Banken unverkäufliche Wertpapiere ab und verschieben da-

mit private Verluste in den Staatshaushalt. Sie verstaatlichen Banken, die ohne die Übernahme durch den Staat zusammenbrechen würden, und nehmen damit ihre Verluste in den Staatshaushalt auf. Die Lasten, unter denen Einzelkapitalien zusammenbrechen würden, schultern nun die Staaten. Und auch sie drohen darunter zusammenzubrechen.
Die explosionsartige Zunahme der Staatsverschuldung hat etwas Verzweifeltes und zugleich Ratloses. Der Staat stemmt sich dem vom Kapital erzeugten Tsunami der Kapitalvernichtung entgegen, allerdings gegen einen hohen Preis, nämlich den eines möglichen Staatsbankrotts in der Zukunft.. Die FTD nennt die Maßnahmen "*Das letzte Aufgebot*". (13.10.2008) Was aber, wenn auch dem Staat die Luft ausgeht? Einige Staaten sind schon in diesem Stadium angekommen, weil sie im Verhältnis zu den aufs Spiel gesetzten Kapitalmassen viel zu schwach waren. Sie brauchen die Hilfe anderer Staaten. Aber auch Großbritannien, das mächtigste Industrieland des 19. Jahrhunderts, könnte seine Entwicklung mit einem Hilferuf an andere Staaten krönen.
Auf Grund der mit Kredit finanzierten staatlichen „Rettungs"programme entwickelt sich eine neue Kreditblase. Die privatwirtschaftliche Kreditblase wird durch die staatliche Kreditblase „bewältigt", die in einer erneuten Krise platzen muss. Das Kapital überwindet die jetzige Krise, in dem es eine neue, noch tiefere Krise vorbereitet und gleichzeitig die staatlichen Mittel, die nächste Krise zu bekämpfen, vermindert. Das kann das gesamte Gebäude in die Nähe des Zusammenbruchs bringen . Die Verstaatlichung der privaten Verluste auf der Basis von Staatsschulden ist auch keine Lösung..

Staatsschulden – verzögerte Abwälzung der Krise auf die breite Masse

Die Explosion der Staatsschulden verschiebt alle Probleme in die Zukunft und deckt sie gleichzeitig zu. Sie erscheint gerade deswegen als soziale Lösung. Je höher sich die Staatsschulden auftürmen, desto größer aber wird die Wucht, mit der sie zu Lasten von Grundbedürfnissen der LohnarbeiterInnen bedient bzw. Abgebaut werden müssen. Was LohnarbeiterInnen heute „gewinnen", verlieren sie morgen.
Die Explosion des Privatkredits hat Umsätze und Gewinne beflügelt, andererseits aber Profite und Löhne in zunehmendem Maße belastet. Die Krise 2001 ff. wurde mit Krediten „gelöst", nur um eine neue, noch tiefere Krise vorzubereiten. Die jetzige Krise wird mit einer Explosion des Staatskredits „gelöst". Die Ansprüche der Gläubiger des Staates wird der bürgerliche Staat eintreiben, indem er die arbeitenden Menschen in bisher nicht gekannter Weise zur Kasse bittet. Das aber untergräbt die Konsumtionskraft im Verhältnis zur Produktionskraft des Kapitals noch mehr. Der Kredit, das Produkt des Reichtums, erweist sich immer mehr als Instrument zur Lähmung der wirtschaftlichen Entwicklung und zur Verschlechterung der Lage derjenigen, die den Reichtum erarbeiten.
Die Kredite, die der Staat aufnehmen muss, um seinerseits wiederum Kredite zu vergeben bzw. Verluste privater Banken und Unternehmen auf seine Kappe zu

nehmen, werden bei eben den skrupellosen Banken und Finanzanlegern aufgenommen, deren Verwertungskrise die Explosion des Staatskredits hervorgerufen hat. Das liefert den Staat noch mehr dem Finanzkapital aus. Staatsschulden privatisieren gewissermaßen den Staat. Es ist rätselhaft, wie Gegner einer Privatisierung von Staatsunternehmen wie der Bahn usw. mit Staatsschulden auf so gutem Fuß stehen. Staatsschulden privatisieren den ganzen Staat.
Wenn Hauseigentümer in einem Haus wohnen, das schuldenfinanziert ist, sind in Wirklichkeit nicht sie, sondern die Banken der Hauseigentümer. Jedenfalls solange die Schuld nicht abgezahlt ist. Die Staaten, die jetzt mit Schuldenaufnahme für Schulden des Privatkapitals haften, verfügen letztlich auch nicht selbst über ihre Einnahmen. Sie unterliegen faktisch den Weisungen der Gläubiger. Der Bund ist mit rund 1.000 Mrd. Euro verschuldet, etwa dem Vierfachen seiner Steuereinnahmen. Die Deutsche Bank ist die führende deutsche Bank bei der Versteigerung von Bundeswertpapieren. Ihr gebührt daraus eine führende Stellung in allen Fragen, die den Bundeshaushalt betreffen
Die zukünftige Entwicklung in Deutschland zeigt sich in den Auflagen, die Kreditgeber heute anderen Staaten gegenüber machen.
Der Bundesbank-Chef erklärte, falls ein Mitgliedsstaat der Euro-Zone tatsächlich Kredite anderer Euro-Länder brauche, „*so müssten diese zwingend mit strikten Anforderungen und Auflagen verbunden werden*“ (Die Welt 25.02.2009). Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkungen, Abbau von Renten und Leistungen der Krankenversicherung und Gewinnsteuersenkungen werden anstehen, um mit Staatsschulden fertig zu werden. Auflagen nach Art des IWF sind nach dem Geschmack auch der Gläubiger in Deutschland. Der IWF z.B. hat der Ukraine einen 16,5 Mrd. Dollar-Kredit zugesagt, stellt aber als Bedingung, dass die Ukraine nur ein Haushaltsdefizit unter einem Prozent zulässt. Das erzwingt Kürzungen. Der IWF verlangt z.B. als Erstes die Anhebung des Renteneintrittsalters.
Bundesregierung und Bundesrat streben im Stil des IWF eine Verfassungsänderung an, wonach sich der Bund ab 2016 nur noch mit 0,35 % des BIP verschulden darf (bezogen auf 2009 wären das rund 900 Mio. Euro), die Bundesländer gar nicht mehr. Die Obergrenzen für Verschuldung zwingen dazu, die Sozialleistungen rigoros zusammenzustreichen, Löhne zu kürzen, Arbeitszeiten zu verlängern usw. Sie sollen es nicht mehr möglich machen, mit finanziellen Zugeständnissen den „sozialen Frieden“ zu fördern. Vorrang soll die Sicherheit der Gläubiger der Staatsschulden haben.
Die Bundesbank lobte die Schuldenbremse und forderte jetzt schon als Antwort auf die Konjunkturpakete eine „*strikte Haushaltsüberwachung*“. Die Gläubiger brauchen eben „*Vertrauen in langfristig tragfähige Staatsfinanzen*“ (Börsenzeitung 20.02.2009). „*Auf der Rechnung* (für die „Rettungsmaßnahmen) *bleiben die Steuerzahler am Ende ... sitzen*“ (Schütte in FTD 12.01.2009).
Wachsende Staatsverschuldung, erst recht aber ein drohender Staatsbankrott führen zu einem Maximum an Steuererhöhungen, Sozialabbau, Lohnsenkungen und Entlassungen von LohnarbeiterInnen. Lettland, dessen Staatsbankrott nur mit 7,5

Mrd. Euro des IWF und der EU verhindert werden konnte, hat z.B. hat die Löhne im öffentlichen Dienst um 15 % gekürzt und will weiter kürzen (FAZ 10.02.2009). Wenn das alles noch mit Inflation begleitet wird, steht für die kommenden Jahre eine absolute Verschlechterung des Lebensstandards der Mehrheit der LohnarbeiterInnen an. Eine Inflation trifft insbesondere die Bezieher niedriger Einkommen, weiß selbst die FAZ (22.03.2008). Inflation senkt die Reallöhne, ist ein Mittel der Lohnsenkung.

4.3 Soziale Forderungen

Für die LohnarbeiterInnen geht es in der gegenwärtigen Krise vor allem darum, dafür zu kämpfen, die Folgen der Krise für die LohnarbeiterInnen abzumildern. Das bedeutet die Losung: Wir zahlen nicht für eure Krise! Eine kapitalistische Krise, die nicht die Folgen einer Krise hat, gibt es aber nicht. Die Lohnabhängigen zahlen, ob sie es wollen oder nicht. Es fragt sich nur, wie viel. Die Formel bedeutet also eher: „Wir wollen nicht für Eure Krise zahlen!“ Wir würden erst dann nicht mehr für die Krisen der Kapitalverwertung zu zahlen haben, wenn diese abgeschafft wäre. Im Mittelpunkt müssen Forderungen stehen, die Arbeitslosigkeit vermeiden bzw. die Folgen der Arbeitslosigkeit, den Druck auf Lohnsenkungen, abmildern können.

■ Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich

Das ist längst überfällig. Um Entlassungen zu reduzieren und die Lebensbedingungen zu verbessern, muss die Arbeitszeit drastisch verkürzt werden. Mit vollem Lohnausgleich, weil die gestiegene Produktivität sich bisher weder in Arbeitszeitverkürzung noch in notwendigen Lohnerhöhungen niedergeschlagen hat. Dass sich die Produktivität erhöht, wenn die Arbeitszeit erheblich verkürzt wird, begründet ebenfalls die Forderung nach vollem Lohnausgleich.

■ Ausdehnung der Dauer des Arbeitslosengeld I auf mindestens 5 Jahre

Die Dauer der Zahlung von Arbeitslosengeld I muss erheblich verlängert werden. Das schwächt die Drohung mit Hartz IV erheblich, die zur Unterwerfung unter das Diktat des Kapitals ins Leben gerufen wurde. Das Niveau von Alg I muss 80 % betragen, um angesichts von Lohnsenkungen Hartz IV-Zuschüsse zu vermeiden.

■ Anhebung des Eckregelsatzes von Hartz IV auf mindestens 500 Euro

Das hebt auch die Kinderregelsätze an. Es ist ein Erfolg des Drucks von unten, nicht zuletzt durch das Bündnis gegen Kinderarmut durch Hartz IV, dass wenigstens die Regelsatzkürzung für Schulkinder unter 14 Jahren weitgehend rückgängig gemacht worden ist. (http://www.kinderarmut-durch-hartz4.de)

Bruttolöhne unter zehn Euro die Stunde sollen unzumutbar sein, Vollzeitarbeit nur zumutbar, wenn Lohn und Kindergeld von Hartz IV unabhängig machen.

■ Rente mit 60 ohne Abschläge

Diese Forderung dient ebenfalls der Arbeitszeitverkürzung sowie dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Anhebung des Rentenalters dagegen ist Arbeitszeitverlängerung und Rentenkürzung.

■ Abschaffung der kapitalgedeckten Altersvorsorge

Wenn Renten an den Finanzmärkten eingespielt werden müssen, ist ihre Basis unsicher. Die Deckung der Ansprüche ist durch Kurseinbrüche nicht mehr gewährleistet. „*In wenigen Monaten sind* (in den USA) *an den Kapitalmärkten Vermögenspositionen in Milliardenhöhe vernichtet worden, die dazu dienen sollten, einen Teil der Bürger im Alter zu versichern.*“ (FAZ 15.11.2008) Es soll sich um 2.000 Mrd. Dollar handeln bzw. 20 % der Rücklagen fürs Alter in den USA. Die Pensionsfonds der Dax-Konzerne sind nur noch zu zwei Dritteln gedeckt.
Die gesetzliche Rentenversicherung muss alleinige Trägerin der Rente werden. Grundrente als Mindestrente innerhalb der Rentenversicherung, nicht als Sozialhilfe.

■ Ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens zehn Euro brutto

Das ist notwendig, um dem Druck der Arbeitslosigkeit auf das Lohnniveau entgegenzutreten. Die Mindestbedürfnisse eines Lohnabhängigen, d.h. der Mindestlohn, dürfen nicht mit Lohnsteuer belegt werden. Einem gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro brutto würde ein steuerfreies Existenzminimum von rund 20.000 Euro entsprechen.

■ Steuerlicher Grundfreibetrag mindestens in Höhe von 12.000 Euro

1.000 Euro mtl. entsprechen etwa dem jetzigen Hartz-IV-Niveau eines Lohnabhängigen in Westdeutschland. Heute wird selbst das Hartz IV-Minimum eines Lohnabhängigen noch besteuert (7.834 Euro jährlich oder 650 Euro mtl.). Unsere Devise ist nicht die des Bundesverbandes der Deutschen Industrie „*Die Mittelschicht braucht mehr Netto vom Brutto, damit die Menschen erfahren, dass Leistung wirklich lohnt*“ (FAZ 24.01.2009), sondern: „Die LohnarbeiterInnen, insbesondere ihre unteren Schichten brauchen mehr Netto vom Brutto,“ indem wenigstens ihr Hartz IV-Niveau steuerfrei wird.

Steuerforderungen

Die Explosion der Staatsschulden durch die Übernahme der Spielschulden des Kapitals wird die Parteien des Kapitals dazu bringen, alle staatlichen Ausgaben anzugreifen, die für LohnarbeiterInnen wichtig sind. Deshalb die Schuldenbrem-

se, die schon früh angezogen werden muss, wenn sie wirken soll. Das Land Berlin könnte dann auch für den Bund Vorbild sein.
Das Kapital und die oberen Schichten müssen zur Finanzierung der Krisenfolgen herangezogen werden, nicht die LohnarbeiterInnen. Der Steuerverzicht des Staates hat ebenfalls zu Kapitalüberschüssen beigetragen, mit denen die so Versorgten kaum etwas anzufangen wussten, außer sie für Ausschüttungen (FTD 06.04.2009) und Finanzanlagen zu verwenden.

■ *Anhebung der Körperschaftssteuer auf die früheren 56 Prozent*

Die drastische Senkung der Körperschaftssteuer hat überschüssiges Kapital erzeugt bzw. auf Kosten der Gesellschaft Profitraten erhöht. Für Investitionen war sie nicht erforderlich. Der Staat hat mit Gewinnsteuersenkungen auch die Rentabilität der Banken gefördert. Auch damit erhöhte er die für Finanzanlagen zur Verfügung stehenden Mittel. Den Banken war es mit den Milliarden, die ihnen der Steuerverzicht einbrachte, möglich, die Profitmasse zu erhöhen, ohne Eigenkapital einzusetzen.

Sinken der Rentabilität in Prozent 2000-2007 gegenüber 1994-2000 (Deutschland)					
	Alle	Groß-banken	Spar-kassen	Genoss. Banken	Landes-banken
vor Steuern	-49,4	-41,2	-47,1	-40,1	-58,2
nach Steuern	-41	-27,2	-29,0	-2,4	-51,8

(http://www.bundesbank.de/download/statistik/bankenstatistik/guv_tab6.pdf; eigene Berechnung)

Die Senkungen der Gewinnsteuern haben deutlich dazu beigetragen, den Fall der Bankprofitraten abzumildern (genauso wie den Fall der Profitraten der produktiv tätigen Unternehmen). Genau das war auch der Zweck der Senkungen. Die Steuersenkungen wurden nicht umsonst 1999-2000 beschlossen, als absehbar war, dass der Aufschwung vorbei geht. Gewinnsteuersenkungen, um die Renditen nach Steuern aufzufrischen und Finanzanlagen zu fördern, gab es in allen entwickelten Ländern, nicht nur in Deutschland.

Weitere Forderungen sind:

- ***Wiederanhebung des Einkommensteuer-Spitzensteuersatzes auf 56 %***
- ***Ersatzlose Abschaffung der Abgeltungssteuer, die den Einkommenssteuersatz von Kapitalerträgen auf 25 % beschränkt***
- ***Wiedereinführung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen***
- ***Wiedereinführung der Vermögenssteuer***
- ***Mehrwertsteuer auf den Handel mit Finanzprodukten***
  Der Handel mit Finanzprodukten, Aktien sowie allen anderen Wertpapieren, mit Devisen, Zertifikaten, Derivaten usw. muss mit Mehrwertsteuer belegt wer-

werden. Es geht nicht, dass der Kauf von Produkten des täglichen Bedarfs wie z.B. Brot mit Mehrwertsteuer besteuert wird, nicht aber der Kauf von Finanzprodukten.

Keine Entlassungen in der Krise?

In den USA sind von Dezember 2007, dem Beginn der Rezession, bis Februar 2009 4,4 Mio. Arbeitsplätze abgebaut worden. In den meisten europäischen Ländern steigt die Arbeitslosigkeit ebenfalls, in einigen, wie Spanien, Irland usw. sogar sprunghaft. In Deutschland wird sie 2009 ebenfalls erheblich höher sein als 2008. Dennoch erklärt die IG-Metall-Führung, dass in einer Rezession nicht sein kann, was nicht sein darf. „*2009 darf es keine Entlassungen geben. Das ist der Ziel der IG Metall*" (direkt 21, 19.12.2008, 3). Auch die Chefs der DAX-Konzerne kündigten vor Weihnachten 2008 einen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen an (FTD 17.12.2008). Kommentar der Financial Times: „*Kaum mehr als ein PR-Gag*" (FTD 16.12.2008).

Bei Siemens, Telekom, Post, Bayer, BASF, BMW, Daimler, MAN oder VW gibt als Gegengabe für frühere „schmerzhafte Einschnitte" im Aufschwung Vereinbarungen, dass bis 2010, 2011 oder 2012 niemand betriebsbedingt gekündigt wird. Auch das Bankgewerbe will 2009 nicht betriebsbedingt entlassen.

Die Garantien sind allerdings wenig wert. 2009 ist ein Jahr der Wirtschafts- und Finanzkrise, in dem die Arbeitslosigkeit auch in Deutschland dramatisch zunehmen wird. Das BIP geht so stark zurück, wie noch nie nach dem zweiten Weltkrieg.

Jahrelang wetteiferten die gegeneinander konkurrierenden Einzelkapitalien, möglichst viel und möglichst kostengünstig auf den Weltmarkt zu werfen, bis „die Märkte" verkündeten, dass sie zu viel produziert und investiert worden ist und die Profitraten einbrechen. Plötzlich gibt zu viele Speicherchips, zu viele Handys, zu viele Autos, zu viel Stahl, zu viel Containerschiffe, zu viele Wertpapierhändler usw. Das wird sich in Deutschland im Laufe des Jahres in einer deutlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit niederschlagen. Die Überproduktion an Waren und an Kapital wird mit Vernichtung von Kapital und der entsprechenden Arbeitsplätze bewältigt.

Wenn die IG Metall, die die Exportoffensive des Kapitals durch Lohnmäßigung unterstützt hat, fordert, dass es keine Entlassungen geben darf, fordert sie faktisch, dass es die Krise, die es gibt, nicht geben darf. Sie hält eine Krise für möglich, in der niemand entlassen wird, wenn man nur mit „*einem Mix aus politischen Maßnahmen und betrieblichen Strategien ... Entlassungen verhindern*" (ebda., 1) würde. Ver.di fordert sogar ein gesetzliches Kündigungsverbot, wenn die Finanzkonzerne sich weigerten, auf Entlassungen zu verzichten, insbesondere die, die das Rettungspaket in Anspruch nähmen (FAZ 30.12.2008). Doch diejenigen, die Rettungspakete in Anspruch nehmen, sind die ersten, die entlassen, um die Verluste

zu reduzieren. Meint ver.di, bei der Hypo Real Estate könnte man Entlassungen verhindern?
Es ist notwendig, gegen Entlassungen zu kämpfen und für die möglichst starke Übernahme der Krisenfolgen durch das Kapital. Die Ausdehnung des Kurzarbeitergelds, die Ausnutzung von Arbeitszeitkonten, die Reduzierung der Arbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich usw. sind Mittel dazu.
Es ist aber nicht notwendig, dabei die Illusion zu erzeugen, dass es Krisen der Kapitalverwertung ohne Entlassungen geben könnte. Das beschönigt die kapitalistische Produktionsweise. Krisen entstehen unabhängig vom Willen des Kapitals und der von ihm abhängigen LohnarbeiterInnen. Die Vernichtung von investiertem Kapital ist, unabhängig vom Willen aller Beteiligten, auf dem Boden der Kapitalverwertung das wichtigste Mittel, die Krise zu „überwinden".
Im Übrigen kann die Arbeitslosigkeit auch steigen, wenn es keine Entlassungen gibt. Betriebe müssen nur die normale Fluktuation der Belegschaften, z.B. beim Auslaufen befristeter Beschäftigung, bei Tod oder Übergang in die Rente, Wegzug usw. nicht mit Neueinstellungen ersetzen. Leiharbeiter müssen ebenfalls nicht entlassen werden.

4.4 Umverteilung - Mittel der Verhinderung von Finanzkrisen?

Sarah Wagenknecht meint, *"dass eine Umverteilung zugunsten der Beschäftigten, der Rentnerinnen und Rentner sowie der Arbeitslosen auch das beste Mittel ist, um künftigen Finanzkrisen vorzubeugen"* (junge welt 15.10.2008).
Vorzubeugen! Wenn also die Verteilungsverhältnisse andere wären, die Reichen weniger Geld hätten, um an den Finanzmärkten zu zocken, der Staat über höhere Besteuerung der Reichen mehr Mittel hätte, um die Binnennachfrage zu stärken und die Lohnabhängigen höhere Löhne und überhaupt mehr Geld hätten, um Waren zu kaufen, könnte man Krisen sogar vermeiden? So kann man sich einen krisenfreien Kapitalismus ausdenken. Krisen sind jedoch nicht das Produkt falscher Verteilung, sondern Produkt einer „falschen" Produktionsweise.
Finanzkrisen entstehen, weil die „Realwirtschaft" gewaltige Kapitalüberschüsse produziert, und die Finanzkonzerne diese in Konkurrenz zueinander auf unbekannten Märkten verwerten. Erst hinterher stellt sich heraus, ob die Märkte zahlungsfähig sind. Das treibt die Kapitalmassen immer wieder über die Aufnahmefähigkeit der Märkte hinaus, zumal diese vom Kapital selbst relativ zu seiner Produktionsfähigkeit immer mehr eingeengt werden.
Das isw erklärt: „*Die Umverteilung der Einkommen umzukehren, in Zukunft also von Oben nach Unten, ist eine fundamentale Voraussetzung der Eindämmung der Geldfluten im Finanzsektor*" (isw 2008, 52). „*Nur eine Umverteilung von Reichtum wird den Anlagedruck an den Finanzmärkten beseitigen können*" (Entschließungsantrag der Bundestagsfraktion Die Linke vom 16.10.2008 nach Marianne Schauzu in junge welt 18.11.2008, 10). Die Linke geht davon aus, dass der Kapitalüberschuss kein Pro-

dukt der Kapitalverwertung ist, sondern Produkt einer falschen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Auch Jörg Huffschmid hält „*langfristig stabile Finanzmärkte*" für möglich. „*Langfristige Stabilisierung muss die Verteilungsverhältnisse zugunsten der Masseneinkommen verändern und die Alterssicherung dem Kapitalmarkt entziehen Statt den Druck der Finanzmärkte immer wieder mühsam einzudämmen, sollte Politik darauf abzielen, diesen Druck gar nicht erst entstehen zu lassen*" (M-0909 vom 26.02.2009 - >www.memo.uni-bremen.de).
Die erhoffte Umverteilung widerspricht den Gesetzen der Kapitalverwertung und ist illusorisch (vgl. Kapitel 2.4). Kapitalüberschüsse entstehen nicht aufgrund falscher Verteilung, sondern weil sich die Verwertungsbedingungen des Kapitals im Laufe seiner Entwicklung verschlechtern und Kapital überschüssig machen (bgl. Kapitel 2.3)
Der Kredit als Hauptanlageform des Kapitalüberschusses durch die Banken hat unter kapitalistischen Bedingungen die unangenehme Eigenschaft, dass er die Produktion noch weiter über die Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft hinaustreibt, als sie es ohnehin schon tut. „*Gleichzeitig beschleunigt der Kredit die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Auflösung der alten Produktionsweise*" (Marx, MEW 25, 457).
Die Grundlagen für Krisen bestünden also trotz der sicherlich zu fordernden Beschränkungen der Kapitalverwertung weiter. Höhere Löhne, Arbeitslosenunterstützungen und Renten sowie eine höhere Besteuerung von Gewinnen und Spitzeneinkommen würden als Nebenwirkung die Geldfluten im Finanzsektor sicherlich etwas eindämmen. Möglicherweise würde sich die Entwicklung von Spekulationsblasen dadurch verzögern. Sicher ist aber selbst das nicht, weil der Kapitalüberschuss nicht in erster Linie von der Höhe der Löhne abhängt, sondern von den Verwertungsbedingungen des Kapitals.

Soziale Forderungen - Mittel zur Umverteilung von oben nach unten?

Soziale Forderungen sollten nicht mit der Behauptung verbunden werden, dass damit die Umverteilung von oben zu erreichen wäre. Die Verwirklichung der Forderungen würde zwar dazu führen, dass Profite zugunsten von Löhnen vermindert würden. Insoweit würde die Verteilung des Mehrprodukts verändert.
Umverteilung aber bedeutet mehr. Sie bedeutet die Umkehrung der Entwicklung der Verteilung auf der Basis einer Produktionsweise, die das ausschließt.
Die bestehende Produktionsweise, d.h. wachsende Konzentration des Kapitals auf der einen und sinkende Nachfrage nach Arbeitskraft, machte es nicht einmal im vergangenen Aufschwung möglich, die Masseneinkommen (Nettolöhne plus Sozialleistungen) real zu erhöhen. Nicht zuletzt die größten Kämpfer für Binnennachfrage und Umverteilung, die Gewerkschaftsführer, waren dafür mitverantwortlich. Die Masseneinkommen sind von 2004 bis zum 3. Quartal 2008 um 2,6 % oder um rund 25 Mrd. gestiegen, die Verbraucherpreise dagegen um 8,6 % (Monatsberichte, eigene Berechnung). So war es nicht nur in Deutschland. Selbst wenn sich die Löhne und Sozialleistungen im Aufschwung real erhöht hätten, wäre das im

Verhältnis zur Akkumulation des Reichtums auf der anderen Seite keine Umverteilung von oben nach unten gewesen. Umso weniger ist es in der Krise möglich, die Verteilungsverhältnisse umzukehren, d.h. die Lage der Arbeiter im Verhältnis zu der der Eigentümer von Kapital zu verbessern.
„*Von der kapitalistischen Produktionsweise eine andre Verteilung der Produkte erwarten, hieße verlangen, die Elektroden einer Batterie sollten das Wasser unzersetzt lassen, solange sie mit der Batterie in Verbindung stehen, und nicht am positiven Pol Sauerstoff entwickeln und am negativen Wasserstoff.*" (Engels, Anti-Dühring, 256).

Dass die bestehenden Verteilungsverhältnisse in wachsendem Maße für ungerecht gehalten werden, zeigt sicherlich an, dass sich die bestehende Produktionsweise langsam überlebt. Aufgabe ist aber, „*die neu hervortretenden gesellschaftlichen Missstände als notwendige Folgen der bestehenden Produktionsweise, aber auch gleichzeitig als Anzeichen ihrer hereinbrechenden Auflösung nachzuweisen*" (Engels 1969, 139).
Die Propagandisten einer Umverteilung von oben nach unten halten die Verteilung für einen bloßen Akt des politischen Willens, der auf der Basis der kapitalistischen Produktionsweise eine dieser völlig widersprechende Verteilung durchsetzen könne. Friedrich Engels nennt die Verteilungsfrage – so verstanden – das Feld der „*sozialen Alchimisterei*" (ebda., 278). Wir sollten soziale Forderungen nicht mit phantastischen Vorstellungen einer phantasierten kapitalistischen Gesellschaft verbinden.

4.5 Rückkehr zur Sozialen Marktwirtschaft?

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und ihr Hauptgeschäftsführer Göhner beobachten mit Sorge ein „*rasant abnehmendes Vertrauen der Menschen in die soziale Marktwirtschaft und die Führungseliten der Wirtschaft*" (WiWo 03.11.2008). Schäuble und von der Leyen erklären deshalb unter dem Titel: „Was die Gesellschaft zusammenhält": „*Ein stärkeres Miteinander ist nötig, damit ein Gefühl der Zugehörigkeit entsteht*" (FAZ 06.01.2009). Merkel bezeichnete in der Regierungserklärung vom Oktober 2008 die Wiederherstellung des Vertrauens als wichtigstes Ziel aller Regierungsmaßnahmen von CDU und SPD (Die Welt 07.10.2008). Da mag der DGB-Chef nicht fehlen. Die Aufarbeitung der gegenwärtigen Krise müsse „*ein klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und gegen den Shareholder-Value-Kapitalismus beinhalten*", sagte Sommer. Er strebt eine „*wirklich soziale Marktwirtschaft*" an, die „*solche auch aus Gier geborenen Krisen künftig vermeidet*" (http://dgb.de ->PM 008 vom 22.01.2009). Da liegt auf einer Linie wie Merkel: „*Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft müssen weltweit beachtet werden.* " (FAZ 31.12.2008).

War es aber nicht gerade das geforderte Vertrauen in die Kapitalverwertung als Wohlstandsmotor, das den Weg in die Krise mit geebnet hat? Vertrauen auf den

Nutzen von Lohnverzicht, auf steigende Aktienkurse, steigende Häuserpreise, private Altersvorsorge, die Riester-Rente, mit AAA bewertete Zertifikate, Derivate und andere Zaubertränke? Nüchterne Bestandsaufnahme der Funktionsweise der Kapitalverwertung ist angesagt, nicht die Wonne des Vertrauens in die Funktionäre des Kapitals, die zu jeder Behauptung fähig sind, wenn sie nur der Profitmacherei nützt. Statt Illusionen über den Kapitalismus zu verbreiten, sollte seine Funktionsweise schonungslos dargelegt werden. Die Enttäuschung und Resignation ist dann erheblich geringer, wenn das Kapital sich nicht so „sozial" verhält, wie man es immer und immer wieder erhofft.
„*Die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft müssen weltweit beachtet werden. Erst das wird die Welt aus der Krise führen*" (FAZ 31.12.2008), sagte Merkel. „Kampf dem shareholder-value-Kapitalismus", schließt sich Sommer an.
Richtig ist, dass die Gesamtverschuldung der USA mit rund 50 Bio. Dollar, also dem 3,8-fachen des Bruttoinlandsprodukts, besonders hoch ist. Die Gesamtverschuldung Deutschlands dürfte nur etwa beim zwei- bis dreifachen des BIP von 2,5 Bio. Euro liegen.
Richtig ist, dass ein bedeutender Teil der US-Kredite und damit auch der Ansprüche gegenüber zahlungsunfähigen US-Schuldnern als Wertpapier verbrieft und weltweit verkauft worden ist. Um die Wertpapiere loszuschlagen, wurden sie mit Kreditversicherungspapieren ohne ausreichende Deckung versichert. Das hat die Finanzkrise ausgelöst.
Aber: deutsche Banken haben „*Finanzprodukte aus der Wall-Street begeistert ins eigene Haus*" geholt, so die FAZ (29.01.2009). Allein das Volumen der CDS-Papiere in den Bilanzen deutscher Banken und Konzerne beträgt 890 Mrd. USD (Thomas Lukscheider, Linkszeitung 11.12.2008). Für diesen Betrag müssten sie im Versicherungsfall eintreten.
Die Ursachen für die Bereitschaft zu abenteuerlichen Geschäften der Banken waren in den USA, in Europa und in Deutschland gleich. Das Überangebot an Geldkapital drückte das Zinsniveau nach unten und untergrub damit die Hauptquelle der Bankprofite, den Zins, damit auch die Zinsspannen und die Eigenkapitalrenditen. Der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin), Jochen Sanio, wies darauf hin, dass es „*vielfach ... auch die unterdurchschnittliche Ertragslage gewesen* (sei), *die sie* (die Kreditinstitute) *dazu getrieben habe, ihr Heil auf gefährlichem Terrain im Ausland zu suchen*" (FAZ 18.01.2008).
Die Methoden, den Fall der Bankrenditen zu bewältigen, sind der Ausgangspunkt für die Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007. Die Gründe, weshalb die Müllpapiere in den USA produziert und u.a. in Deutschland gekauft wurden, waren die gleichen: enorme Probleme bei der Verwertung von Überschusskapital. Die Kapitalverwertung, egal ob unter der Umetikettierung Shareholder-Value-Kapitalismus oder Soziale Marktwirtschaft, egal ob in den USA, in Europa oder in Deutschland, führt in die Finanzkrise hinein, nicht hinaus. Auch die „Soziale Marktwirtschaft" verjubelt den Reichtum dieser Gesellschaft lieber in Spekulation, als ihn für höhere Löhne, höhere Renten oder Arbeitslosenunterstützungen zu verwen-

den. Unverdrossen strebt aber DGB-Chef Sommer als Ziel der bundesweiten DGB-Demonstration am 16.Mai 2009 die „echte Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft" der 50er und 60er Jahre an. Doch ein Rückwärts gibt es nicht.

Vorwärts zur „Solidarischen Gesellschaft" ?

Die Demonstration vom 28. März 2009 stand ursprünglich unter dem gemeinsam am 06.01.2009 in Frankfurt beschlossenen Motto: „Wir zahlen nicht für Eure Krise." Dann mogelten die Organisatoren Linkspartei und attac eigenmächtig den nicht beschlossenen Zusatz „Für eine solidarische Gesellschaft" in das Motto hinein. Der Aufruf folgt damit dem Programm der Fraktion DIE LINKE gegen die Wirtschaftskrise von Anfang Januar 2009. „*Sie fordert darin einen neuen Gesellschaftsvertrag für Soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Ökologie. 'Deutschland ist ein reiches Land, und an diesem Reichtum sollen alle Menschen teilhaben*", heißt es da (www.linksfraktion.de, Klar, Februar 2009, 5). Der Aufruf folgt auch der sogenannten „Verständigungsplattform" zivilgesellschaftlicher Bewegungen, einer Plattform des Politikwechsels unter Federführung der IG Metall: „*Wir wollen am Neuaufbau einer Welt mitarbeiten, in die Menschen in die Lage versetzt werden, solidarisch ihre Probleme zu lösen." „Die übergreifende Perspektive ist die Rekonstruktion und Mobilisierung einer solidarischen Gesellschaft. ... Eine solidarische Gesellschaft braucht eine solidarische Verteilung des Reichtums*" (www.wissenstransfer.info/wissen/pages/news.php?id=99).

Die Solidarische Gesellschaft soll laut Aufruf ein System sein, das endlich Mensch und Natur dient, ein System in dem Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Energie usw. keine Waren mehr sein sollen. Die Solidarische Gesellschaft soll auf einem „Systemwechsel" beruhen, die Arbeitskraft aber soll eine Ware bleiben und ebenso alle sachlichen Produktionsbedingungen, Maschinen und Gebäude, alle Lebensmittel, sowie auch Geld und Kapital.

Die Solidarische Gesellschaft soll also eine kapitalistische Gesellschaft sein, in der nach wie vor Menschen nur leben können, wenn ihre Arbeitskraft von jemandem gekauft wird, der mehr aus ihr herausholt, als sie kostet. „Der kapitalistische Produktionsprozeß ist nicht bloß die Produktion von Waren. Er ist ein Prozeß, der… die Produktionsmittel zu Mitteln der Einsaugung unbezahlter Arbeit macht" (Marx, Das Kapital 1.1, Berlin 2009, 128). Ob unter der Formel „Marktwirtschaft für Menschen" oder „solidarische Gesellschaft" durch „solidarische Umverteilung" oder „Soziale Marktwirtschaft": die Proklamation einer sozialen Kapitalverwertung ist illusionär. Es geht nicht darum, die Kapitalverwertung und damit die Grundbedingung von Verarmung und Krisen zu verteidigen, sondern sie anzugreifen.

Soziale Forderungen wie gesetzlicher Mindestlohn, existenzsichernde Erhöhung des Eckregelsatzes, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht usw. sind auch keine „Schritte auf dem Weg in eine solidarische Gesellschaft", wie es im Aufruf zu den Demonstrationen am 28.3.2009 in Frankfurt und Berlin heißt. Lohnerhöhungen

über einen gesetzlichen Mindestlohn durchzusetzen, ist kein Schritt zur Solidarität zwischen Kapital und Lohnarbeit. Die entgegengesetzten Interessen würden sich auch nicht verringern, wenn der Eckregelsatz von Hartz IV die Existenz (=Dasein) sichert. Auch die verlangte Millionärssteuer wäre kein Akt der Solidarität. Soziale Forderungen dienen nicht dazu, den gesellschaftlichen Zusammenhalt (zwischen wem wohl?) zu fördern, wie es Lafontaine und Gysi formulieren (Klar, September 2008, 2), also den sozialen Frieden aufrecht zu erhalten, sondern Grundinteressen von LohnarbeiterInnen gegen das Kapital zu vertreten. Lafontaine dagegen hat eine Vision: „*Es geht darum, wieder Werte wie Mitmenschlichkeit und Gerechtigkeit in den Mittelpunkt gesellschaftlichen Handelns zu stellen*" (Bonner Generalanzeiger 19.02.2009). Im Mittelpunkt der Gesellschaft steht jedoch das Kapital und seine Verwertung und der einzige Wert, den es akzeptiert sind ökonomische Werte, ausgedrückt im Wert von Waren, in Geld. Im Übrigen zeigt gerade die Abwälzung der skrupellosen Zockergeschäfte auf die ganze Gesellschaft, wie solidarisch die Ackermänner sein können, wenn es um Mitmenschlichkeit geht.

Bei der Vorbereitung der Demonstration zum 28.3. gab es Auseinandersetzungen um die Höhe der Forderungen. Unter dem Druck der Linkspartei und Attac spricht sich der Aufruf nur für einen „armutsfesten" gesetzlichen Mindestlohn aus. Damit wird indirekt der Hungerlohn von 7,50 Euro als armutsfest bezeichnet usw.
Die sozialen Forderungen des Aufrufs halten sich im Allgemeinen auf. Mit wem wird hier Solidarität geübt? Wohl eher mit den Gewerkschaftsspitzen und der SPD, deren Grundhaltung, wenn soziale Forderungen gestellt werden, in Rücksicht auf die Kapitalverwertung besteht. Nachgiebigkeit als Vorbedingung der Solidarischen Gesellschaft?
Aber selbst wenn die sogenannte Triade (10 Euro Mindestlohn, 30 Stundenwoche und 500 Euro Eckregelsatz) in den Aufruf aufgenommen worden wäre, wäre er inakzeptabel. Denn der Aufruf würde dann zehn Euro Mindestlohn, 500 Euro Eckregelsatz und die 30 Stundenwoche und nicht nur Mindestlohn, Regelsatzerhöhung und Arbeitszeitverkürzung als „Schritte auf dem Weg in eine solidarische Gesellschaft" bezeichnen, als Schritte, die den „Umbau der Wirtschaft vorantreiben". Eine Gesellschaft, in der die Arbeitskraft eine Ware ist, die nur gekauft wird, wenn der Käufer an ihrer Nutzung verdienen, kann niemals solidarisch sein. Es sei denn, man kann sich eine solidarische Ausbeutung vorstellen. Das sollte man Bischöfen und dem Papst überlassen. Wenn die Senkung der Arbeitszeit auf 30 Stunden, ein gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro und die Erhöhung des Eckregelsatzes auf 500 Euro gegen den heftigen Widerstand des Kapitals durchgesetzt würde, wäre damit kein solidarisches Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital gegeben, die Ware Arbeitskraft würde sich nur besser verkaufen.

Schluss

Niemand weiß, wie hoch der Abschreibungsbedarf von Kapital insgesamt letztlich sein wird. Angesichts der verfaulenden Kreditberge bei Privathaushalten, Unternehmen, Banken und Staaten, angesichts des phantastischen Umfangs von wertlosen Zockerpapieren, genannt Derivate, angesichts des Verfalls der Aktienkurse und Immobilienpreise, angesichts des Gleichklangs von Finanz- und Wirtschaftskrise, angesichts der erstmalig weltweiten Ausdehnung dieser Krise, wird es lange Zeit dauern, bis das Kapital vernichtet ist, das sich nicht mehr als Kapital verwerten kann.

Im Umfang u.a. des Geldkapitals drückt sich der Reichtum kapitalistischer Gesellschaften aus. Weil dieser Reichtum vorwiegend Reichtum an Kapital ist, wird er nicht verwandt, um Bereiche zu entwickeln, die unterdurchschnittliche oder gar keine Renditen abwerfen, z.B. den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, den Ausbau erneuerbarer Energien, den Bau von Mietwohnungen, den Ausbau von Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen, die Förderung von Landwirtschaft und Handwerk. Er wird nicht in den Ausbau aller Möglichkeiten gesteckt, die individuellen Fähigkeiten jedes Einzelnen maximal zu entwickeln, nicht in massive Arbeitszeitverkürzung, Gesundheitsprävention bzw. verbesserte Gesundheitsversorgung, kostenlose Befriedigung von Grundbedürfnissen nach Mobilität, den massiven Ausbau der Kinderbetreuung usw. Er wird auch nicht zur Bekämpfung der Armut verwandt, die sich als Kehrseite des Reichtums ebener so schnell entwickelt wie dieser.

Der Reichtum wird als Bestandteil des Reproduktionsprozesses von Kapital lieber in unglaublichem Umfang in Wetten investiert, dass die Weltmärkte in Zukunft die erzeugten Konsumgüter und Maschinen abnehmen werden, dass weltweit vergebene Kredite bedient werden, dass weltweit angelegte Finanzmittel sich rentieren usw. Wenn die Wette schief läuft: Pech gehabt. Auf der Basis dieser vorwiegend auf Geldvermehrung ausgerichteten, asozialen Wirtschaft gibt es letztlich keine Lösung für die Krisen, die sie erzeugt.

Ein Systemwechsel wäre in der Tat nötig. In der Form, dass die sachlichen Produktionsbedingungen, der wirtschaftliche Überschuss kein Kapital mehr und die Arbeitskraft keine Ware mehr ist. Die Produzenten des Reichtums müssten die Eigentümer der gesamten Produktions- und Finanzmittel der Gesellschaft sein, um zu ermöglichen, dass der von ihnen erarbeitete Reichtum für die maximale Entfaltung ihrer eigenen Bedürfnisse verwendet wird und nicht in Krisen vernichtet und in Spekulation verjubelt wird.

Wir leben in einer Wirtschaftsordnung, in der die Menschen die wirtschaftlichen Abläufe nicht unter Kontrolle haben, sondern durch die Produkte ihrer eigenen Arbeit beherrscht werden. Das zeigt sich gerade in Finanz- und Wirtschaftskrisen, die von niemand gewollt werden und trotzdem gegen den Willen des Kapitals und der von ihm abhängigen LohnarbeiterInnen ausbrechen. Das zeigt, dass Menschen beherrscht werden von sachlichen, ökonomischen Gesetzen, die wie

Naturgesetze wirken. Letztlich aber sind sie von Menschen gemacht und damit weder natur- noch gottgegeben. Sie werden nicht ewig gelten, wenn sie dem Fortschritt im Wege stehen und sich deswegen überleben. Sie können also von Menschen umgewälzt werden, wenn sie es wollen.
Das Bewusstsein, dass die Produzenten des Reichtums selber die Regie übernehmen müssen, wird wachsen, je stärker die schon entwickelten Produktivkräfte gegen ihre Eigenschaft rebellieren, Kapital zu sein. Denn nichts Anderes bedeutet es, wenn Produktivkräfte in ungeheuerem Umfang vernichtet werden, damit sie auf das beschränkte Maß der Verwertbarkeit als Kapital zurückgeschnitten werden. Das zwergenhafte Privatinteresse von Kapitalbesitzern ist Grundlage der Verschleuderung produktiver Möglichkeiten der ganzen Gesellschaft. Das wird die Lage der heutigen LohnarbeiterInnen immer mehr nach unten ziehen. Der von ihnen erarbeitete Überfluss ist paradoxerweise die Ursache ihrer Verarmung. So entsteht der Zwang, sich über das Gesamtsystem Gedanken zu machen, statt darauf zu setzen, dass es einem gut geht, wenn es nur den Schäfflers gut geht.
Erst wenn Menschen nicht mehr von den Naturgewalten der Kapitalakkumulation beherrscht werden, kann man davon sprechen, dass Zeiten angebrochen sind, in denen statt Abhängigkeit Freiheit und statt Demütigung Menschenwürde Einzug gehalten haben, dass Zeiten angebrochen sind, in denen tatsächlich der Mensch im Mittelpunkt steht, weil die maximale Entwicklung des Potentials aller Menschen der einzige Zweck menschlicher Tätigkeit geworden ist.

Literatur

Bank of England, Financial Stability Report 2008

BIZ - Jahresberichte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Gerold Braunberger, Benedikt Fehr, Crash, Finanzkrisen gestern und heute, Frankfurt 2008

Robert Brenner, Boom und Bubble, Die USA in der Weltwirtschaft, Hamburg 2003

Robert P. Brenner, „Die derzeitige Krise wird der Großen Depression gleichkommen", Sozialismus 3/2009

Friedrich Engels, Herrn Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring"), Berlin 1969

FAS – Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung

FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung

FTD – Financial Times Deutschland

Franz Garnreiter u.a., Weltwirtschaftskrise?, isw Report Nr. 37/38, München 1998

Franz Garnreiter u.a., Finanzkapital „Entwaffnet die Finanzmärkte!" Spekulation. Krisen. Alternativen, isw Report Nr. 75, München 2008

Jörg Huffschmid, Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg 1999

IMF - International Monetary Fund, Global Financial Stability Report, Washington D.C. 2008

ISW – siehe Garnreiter

Tomasz Konicz, Kurze Geschichte der Weltwirtschaftskrise, 24.11.2008
Teil 1 http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29484/1.html
Teil 2 http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29235/1.html
Teil 3 http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29356/1.html

Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19

Karl Marx, Das Kapital Bd. I, MEW 23

Karl Marx, Das Kapital Bd. III, MEW Band 25

Monatsberichte Deutsche Bundesbank, zitiert als Monatsbericht

Wolfgang Münchau, Kernschmelze im Finanzsystem, München 2008

NZZ – Neue Zürcher Zeitung

Max Otte, Der Crash kommt, Berlin 2008

Rainer Roth, Nebensache Mensch, Arbeitslosigkeit in Deutschland, Frankfurt 2003

Rainer Roth, Statt Mangelernährung – Eckregelsatz von mindestens 500 Euro, Dortmund 2008 (www.klartext-info.de).

Armin Varmaz, Rentabilität im Bankensektor, Bremen 2006

ver.di Bundesvorstand, Finanzkapitalismus, Geldgier in Reinkultur, Oktober 2007

Sahra Wagenknecht, Wahnsinn mit Methode, Finanzcrash und Weltwirtschaft, Berlin 2008

Lucas Zeise, Ende der Party, Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft, Köln 2008

Echo

„Sie können sich nicht vorstellen, wie sehr mir Ihre Analysen helfen, wirklich klar zu sehen, da, wo ich zwar genau weiß, daß in der öffentlichen Darstellung etwas sehr verquer ist, mir aber die Begriffe bzw. Strukturen fehlen, um das auf den Punkt zu bringen.“ (F.E., Wiesbaden)

„Eine klasse Leistung …. Endlich ein Buch für Betroffene. Leider sind viele Beschäftigte noch orientierungslos. Dabei ist Eure Information eine große Hilfe.… Ein Kollege hat Dein Buch 3x gelesen und ist voll begeistert.“ (W.-R.T. aus Hamburg)

„ich/wir finden die Broschüre sehr gut und hilfreich“. (D.D. Aus Hamburg)

„sehr gut“ (J.H., Köln)

„sehr informativ. Man findet in dieser Arbeit alle Antworten zu den aktuellen Fragen der Finanz- und Wirtschaftskrise“ (K.K. Aus Kornwestheim)

„in einem Rutsch und mit intellektuellem Gewinn gelesen“ (D.M. Aus Frankfurt)

„Wer den jüngsten Crash begreifen möchte und auf Illusionen verzichten kann, sollte dieses schmale Büchlein lesen, das nicht nur das bei Weitem erhellendste, sondern - in Krisenzeiten nicht zu unterschätzen - auch das günstigste ist." (Felix Baum, taz 14.10.2009)

„Eine gut durchdachte, verständlich geschriebene Analyse der Krise und ihrer Ursachen.“ (Herbert Wulff in junge Welt 18.05.2009)

„Im Fall der erfreulich kurzen, wie präzisen Analyse des Frankfurter Sozialwissenschaflters Rainer Roth handelt es sich ohne Frage um eine - nebenbei auch recht preiswerte - Form der Erkenntnisgewinnmaximierung“ (Stephan Hessler in BIG Business Crime 03/2009)

„Indem der Autor die Krise nicht aus dem kollabierenden Finanzwesen, sondern grundsätzlich aus Anatomie und Funktion der kapitalistischen Produktionsweise erklärt, hebt sich sein Buch aus der sonstigen Literatur zur jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise heraus“ (Klaus Mewes in Marxistische Blätter 05/2009)

Rainer Roth (Autor), KLARtext e.V. (Hrg.):
Die Verhinderung des Weltuntergangs.
Verstaatlichung der Hypo Real Estate

1. Auflage, September 2009, © 2009 Rainer Roth
Kt., 48 Seiten
Preis: **1,00 € plus Porto**

Rainer Roth (Autor), KLARtext e.V. (Hrg.):
Hartz IV: "Fördern" durch Mangelernährung.
Warum der Eckregelsatz mindestens 500 € und der gesetzliche Mindestlohn mind. 10 € betragen muss!

1. Auflage, September 2009, © 2009 Rainer Roth
Kt., 44 Seiten
Preis: **1,00 € plus Porto**

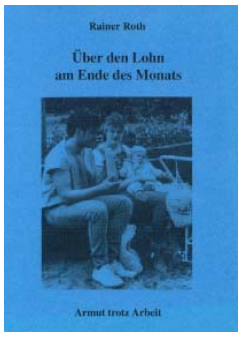
Rainer Roth:
Nebensache Mensch
Arbeitslosigkeit in Deutschland

1. Auflage, Mai 2003, © 2003 Rainer Roth
Paperback, 608 Seiten, ISBN 3-932246-39-X
Preis: **15,00 € inkl. Versandkosten**

Rainer Roth: **Zur Kritik des Bedingungslosen Grundeinkommens**

2. Auflage, © 2006 Rainer Roth
Kt., 81 Seiten, ISBN 3-932246-52-7
Preis: **3,00 € inkl. Versandkosten**

.



R. Roth: **Über den Lohn am Ende des Monats**
Eine Untersuchung zum Thema Lohnniveau.

1. Auflage, © 1997 Rainer Roth
Kt., 221 Seiten
Preis: **5,00 € inkl. Versandkosten**

Alle zu bestellen über www.klartext-info.de oder www.dvs-buch.de